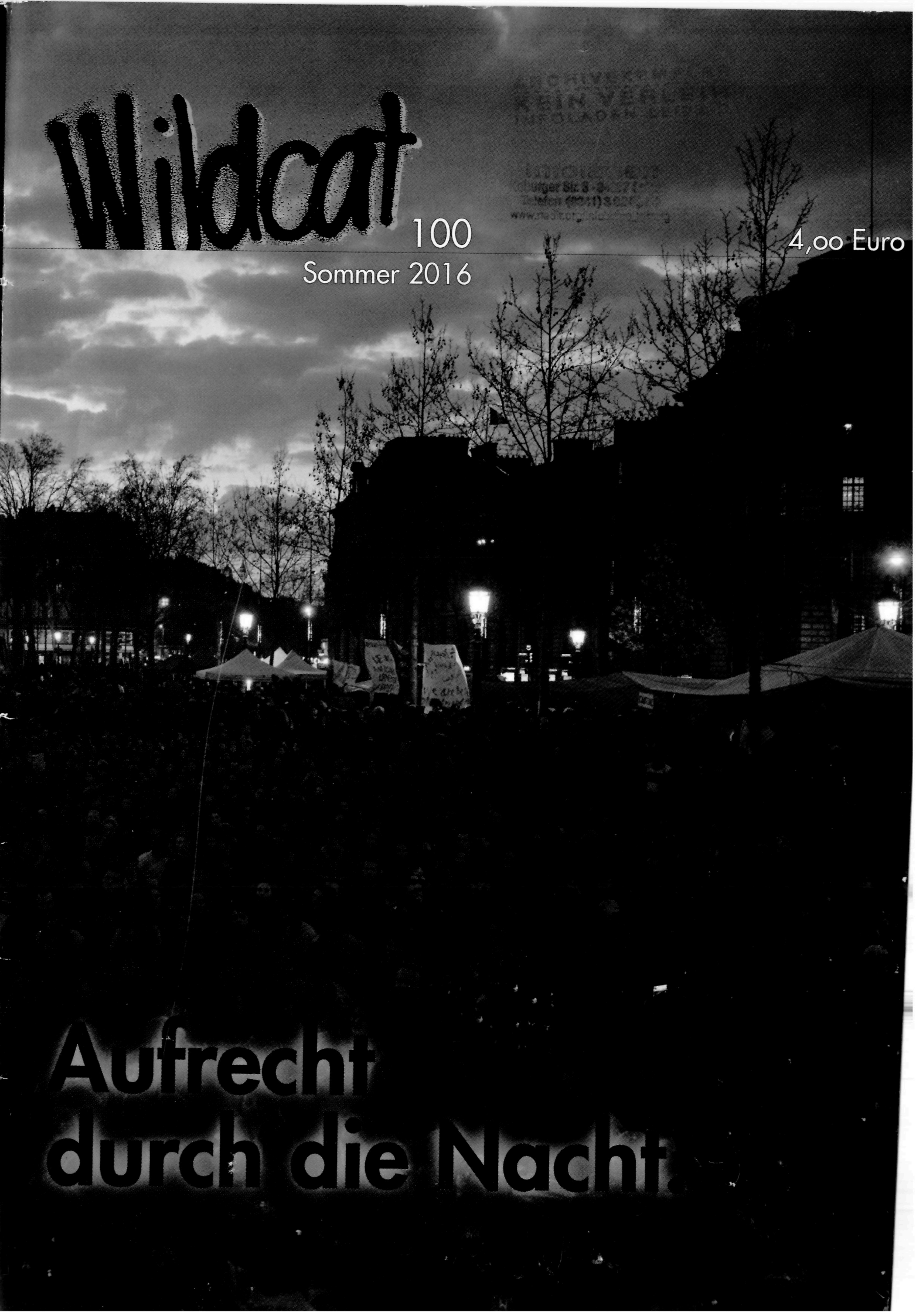
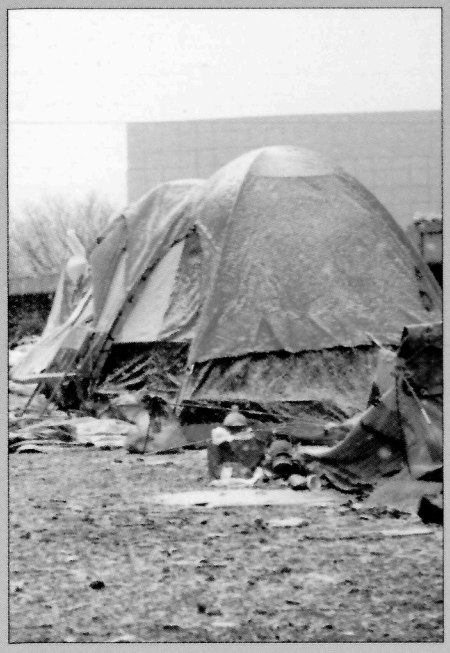


Wildcat

100
Sommer 2016
4,00 Euro

Aufrecht durch die Nacht

Die Nachtlager (Bertolt Brecht)



Ich höre, daß in New York
An der Ecke der 26. Straße und des Broadway
Während der Wintermonate jeden Abend ein Mann steht
Und den Obdachlosen, die sich sammeln
Durch Bitten an Vorübergehende ein Nachtlager verschafft.

Die Welt wird dadurch nicht anders
Die Beziehungen zwischen den Menschen bessern sich nicht
Das Zeitalter der Ausbeutung wird dadurch nicht verkürzt.
Aber einige Männer haben ein Nachtlager
Der Wind wird von ihnen eine Nacht lang abgehalten
Der ihnen zugedachte Schnee fällt auf die Straße.

Leg das Buch nicht nieder, der du das liesest, Mensch.
Einige Menschen haben ein Nachtlager
Der Wind wird von ihnen eine Nacht lang abgehalten
Der ihnen zugedachte Schnee fällt auf die Straße.
Aber die Welt wird dadurch nicht anders
Die Beziehungen zwischen den Menschen bessern sich dadurch nicht
Das Zeitalter der Ausbeutung wird dadurch nicht verkürzt.

Der zugedachte Schnee

Wer Brechts Gedicht liest, muss sich über poetische Komplikationen nicht beklagen. Die Dinge selbst liegen klar. Das beabsichtigte Urteil erscheint abgewogen - aber hat das kleine Lehrwerk, das in zeitgebundene Urteilsbildung intervenieren wollte, sein »Haltbarkeitsdatum« überschritten - wenn nicht sein künstlerisches, dann am Ende sein politisches? Niederschrift und Publikation des Gedichts liegen inzwischen nahezu neunzig Jahre zurück. Obdachlose gibt es in Deutschland immer noch.

»Immer noch« - oder vielleicht doch anders als 1928? Die Symptomatik des Elends erscheint kaum verändert. Eine Statistik zur Obdachlosigkeit gibt es in Deutschland gegenwärtig nicht. Bunter als vor neunzig Jahren präsentiert sich die Riege der Helfer. Neben zahllosen Einzelpersonen kümmern sich Behörden, Organisationen, Vereine, kirchliche, philanthropische, wissenschafts-nahe und staatliche Zusammenschlüsse um die geschätzten 20 000 »herkömmlichen« Obdachlosen. Im Hintergrund blubbert der Tank von Experten, Sozialwissenschaftlern und Politikberatern. Mit der Flüchtlingswelle seit 2015 hat sich die Klientel beider Blöcke atemberaubend vermehrt und differenziert. Für die aktive Helfertruppe verkörpert - im Unterschied zur herkömmlichen, lebensgeschichtlich verhängten Obdachlosigkeit - jeder Flüchtling deren »unfreiwillige« Spielart mit karitativem Appeal.
Ist der Denkansatz von BB's Nachtlagern den neuen Zuständen gewachsen? »Bessern sich wirklich nicht die Beziehungen zwischen den Menschen?«, fragt heute der hilfsbereite Aktive, »wenn ich einem Bedürftigen helfe? Meine Kollegin ist auch aktiv. Nun helfen wir gemeinsam schon zwei von ihnen.« - Brecht würde sich über den Einwurf wundern. Zu seiner Zeit waren unter ›Beziehungen‹ die Grundverhältnisse der politischen Ökonomie zu verstehen, die Beziehungen zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten. Brechts Blick wirkt bis heute durchdringend scharf. Über die obdachlosen Männer, die ein Nachtlager erhalten, sagt das Gedicht, der ihnen zugedachte Schnee falle auf die Straße (Zeilen 11 und 15) . »Zugedachter Schnee«? Wer denkt hier zu? Gott? Den gibt es für Brecht und bei ihm nicht. Das Schicksal? Ebenfalls Fehlanzeige.

»Die Armut fällt nicht von den Dächern wie der Dachziegel; sondern Unglück und Armut sind Menschenwerk; der Mangel wird für sie gekocht, aber ihr Jammern wird verzehrt als Speise«, sagt der JUNGE GENOSSE über die Ausgebeuteten im VI. Aufzug von Brechts Stück *Die Maßnahme* (1930).

So ist es geblieben. Vor jedem Aufschwung muss der Niedriglohnsektor »gepflegt« werden - und dazu gehört als Drohpotential die reale Obdachlosigkeit, die auf den Straßen aller Städte der Gegenwart das notwendige Anschauungsmaterial bildet für alle, die daran denken könnten, sich dem Ausbeutungsprozess zu entziehen. Brechts harte Botschaft gilt bis heute: Die schnee-freien Nachtlager sind erst dann wahrhaft erstrebenswert, wenn niemand mehr ihren Verlust befürchten muss.

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

Wildcat 100 – Sommer 2016

Inhalt

Editorial 3
Frankreich:
Frühing 2016 – eine unerwartete Bewegung 6
Streik im Hafen von Koper 16
Brexit: Völlig falsche Antworten
auf grundlegende Fragen 18
Grazer Spendenkonvoi:
»Es ist ein Neubeginn der Gesellschaft« 23
Rechte Arbeiter in Österreich 28
Bewaffneter Konkurrenzkampf 32
Knastkämpfe in den USA 40
BB: Sleeping Giant 47
Oaxaca:
Kampfgemeinschaft gegen den Staat 48
Der »Islamische Staat« im Irak und Syrien 50
BB: Syrien zwischen Licht und Schatten 56
Abgas: Disruptiver Wandel 58
BB: Tschickweiber haum's uns g'nennt 62
BB: »Just work?« 63
BB: Mannheims ›andere‹ Arbeiterbewegung 64
BB: Linke Betriebsintervention, Streiks
und operaistische Politik 65
BB: Kranke Arbeitswelt 66
Krankenhaus: Rollt die Lawine? 68
BB: Lob der Militanz 70
BB: From Crisis to Communisation 72

Impressum

Eigendruck im Selbstverlag, V.i.S.d.P.: P. Müller – Wildcat
Einzelheft: 4 Euro; Ausland: 5 Euro

Abopreise:

Abo: 6 Hefte (incl. Versand)
Deutschland und Österreich: 20 Euro, Förderabo: 40 Euro
Abo sonstiges Ausland: 30 Euro
WeiterverkäuferInnen: 8 Expl. der aktuellen Nummer 16 Euro

Bestellungen:
Brief: Wildcat, Postfach 80 10 43, 51010 Köln
E-Mail: versand@wildcat-www.de
oder per Abo-Formular auf unsere Website

Konto: Shiraz e.V.
IBAN: DE39 3701 0050 0007 0645 09 | BIC: PBNKDEFF

Kontakt: redaktion@wildcat-www.de

Archiv und Aktuelles: www.wildcat-www.de

A better world

Die Welt sei besser ohne Saddam Hussein. Das sagte Tony Blair sogar noch am 6. Juli 2016, nach der Veröffentlichung des *Chilcot-Berichts*. Er bezog sich damit direkt auf das Versprechen George Bushs vor dem Überfall auf den Irak.

Die Menschen auf der ganzen Welt wissen es besser als diese durchgeknallten Kriegsverbrecher – vor allem die Menschen im Nahen und Mittleren Osten. Im vorletzten Heft hatten wir einen Artikel zur Entstehung des IS aus den Ruinen dieses Kriegs. Zu Aufstieg und Niedergang des IS ausführlich in diesem Heft. (S. 50)

IS, AfD, Brexit… sind völlig falsche Antworten auf grundlegende Fragen – aber die Fragen selber werden nicht falsch, wenn sie von Dschihadisten, Faschisten, Populisten falsch beantwortet werden; und die dahinter stehenden Probleme bleiben auch nach deren Niedergang.

Ein Jahr vor der Brexit-Abstimmung, am 25. Juni 2015 hatte das griechische Parlament ein Referendum beschlossen. Das Ergebnis ist bekannt: Mehr als 62 Prozent der GriechInnen entschieden sich am 5. Juli gegen den Sparkurs – knapp eine Woche später setzte Tsipras das genaue Gegenteil um.

Nochmal vier Jahre früher bombardierte die NATO Libyen und hinterließ ein zerstörtes Land, das noch auf Jahre hinaus von Bürgerkrieg zwischen Milizen geprägt sein wird. Auch in anderen Ländern trugen sie dazu bei, die Hoffnungen des »arabischen Frühlings« brutalstmöglich zu zerschmettern. Das führte unter anderem zum Aufstieg des IS und zur Entstehung einer Flüchtlingskrise (wohlgemerkt: diese Krise ist nicht hier bei uns, sondern in Afrika und im Nahen und Mittleren Osten!). (S. 56)

Weitere acht Jahre zurück hatten die USA und Großbritannien mit einer »Koalition der Willigen« in einem völkerrechtswidrigen und auf Lügen gegründeten Angriffskrieg den Irak zerstört. Das führte zu Hunderttausenden Toten und zur Zerstörung einer ganzen Region. Die entsprechende Wirtschaftspolitik führte zum globalen *Crash* von 2008ff., unter dem weltweit Milliarden Menschen leiden – während die Banken mit Steuergeldern gerettet wurden.

Die korrupten Eliten versuchen, sich an der Macht zu halten, indem sie den Menschen versprechen, sie vor noch schlimmeren Feinden zu beschützen. Dieses Spiel spiel(t)en David Cameron, Nigel Farage, Boris Johnson genauso wie François Hollande, Hillary Clinton, Horst Seehofer, Recep Tayyip Erdoğan und andere.

Es funktioniert nicht mehr. Zwar konnte die Antikriegsbewegung den Irak-Krieg nicht verhindern; zwar wurde der »arabische Frühling« niedergeschlagen, danach der Gezi-Aufstand … Aber die Herrschenden haben keinen der Kriege gewonnen, die sie angezettelt haben.

Derweil haben die Beherrschten Lust daran entwickelt, mal zu probieren, ob die böse Alternative tatsächlich so böse ist. Sie spucken den Eliten ins Gesicht, aber sie entwickeln keine eigene Perspektive: der Brexit war eine schallende Ohrfeige für diese globalen Eliten – aber er hat die Arbeiterklasse in Großbritannien gegeneinander gehetzt.

ArbeiterInnen wählen die FPÖ/AfD, obwohl die ein neoliberales Programm haben. Gibt es bereits einen Krieg der Armen gegen die Armen? Nach dem Artikel über die USA nimmt diesmal ein Bewohner Londons Stellung. (S. 32)

Diese drei Fragen ziehen sich durch das Heft:

1) die *Brexiteers,* die AfD, der IS … sind im Niedergang;
2) nach diesem Niedergang bleiben die Ursachen und das Protestpotential;
3) was bedeutet das – und wie können wir eingreifen?

Es gibt keine schnellen Lösungen und schon gar keine Automatismen.

Die Anschläge im Westen sind Ausdruck der Schwäche des IS; aber gleichzeitig verselbständigt sich der Terror, wie man an Orlando – und aktuell an Nizza – sehen konnte. Der IS kann nicht militärisch besiegt werden, weil er nicht nur Ergebnis der Zerstörung des Mittleren Ostens, sondern auch Ausdruck einer tiefgehenden soziopolitischen Krise des Westens selber ist. Die Attentäter sind gesellschaftliche *Loser*, die mit einem finalen Akt prominent werden wollen. »Prominenz mit dem eigenen Leben zu bezahlen, spricht für eine verzweifelte No-Future-Situation … Es ist zu erwarten, dass verzweifelte Lösungen vermehrt gesucht werden, wenn Gesellschaften sich verschließen und die Kluft zwischen Arm und Reich sowie die zwischen Prominenz und No Name, letztlich auch zwischen Anerkennung und Missachtung größer und dichter wird«, schrieb Florian Rötzer am 18. Juni auf *Telepolis*.

Disruption oder Revolution?

»Da war auf der Seite der Disruption* der sogenannte Brexit, ein Vorgang von solch monumentaler Dummheit, dass er in der jüngeren Geschichte seinesgleichen sucht. Die Protagonisten des Brexits hatten keinen Plan, logen ihren Anhängern die Hucke voll und verabschiedeten sich nach dem Knall mit der Entschuldigung, sie hätten jetzt etwas Besseres zu tun als die Scherben aufzufegen.

Die Proteste in Frankreich gegen das *Loi El Khomri* hingegen hatten revolutionäre Züge, obwohl sie zunächst eigentlich nur auf die Verhinderung eines als *Reform* verkleideten, regierungsamtlichen Sozialmassakers abzielten.« (*Telepolis*, 11.7.2016)

In Frankreich und England sind verstaubte, korrupte Cliquen an der Macht – im Gegensatz zur BRD wird das dort auch so wahrgenommen!

Für Brexit haben diejenigen gestimmt, die sich als Verlierer der Globalisierung sehen. (S. 18)

In Frankreich blieb es nicht bei Unterschriftenlisten. Unter Bedingungen des Ausnahmezustands entstand unerwartet eine Bewegung, die monatelang die Staatsmacht beschäftigte: Valls und Hollande hatten im Januar ihr Arbeitsgesetz als Teil eines »wirtschaftlichen Notstands« erklärt, welcher den Antiterror-Notstand ergänzen sollte. Und die neuen repressiven Maßnahmen wurden massiv gegen die Bewegung eingesetzt. Im März wurde die Dynamik von der Jugend getragen, vor allem den SchülerInnen; im April übernahm diese Stellung die *Nuit-Debout*-Bewegung; im Mai setzten die mehrwöchigen gewerkschaftlich organisierten Streiks ein. (S. 6)

Kritiker sagen: die Proteste hatten revolutionäre Parolen, aber die harte Realität ist, dass nur eine kleine Minderheit sich den Demonstrationen und Streiks angeschlossen hat. Die meisten ließen andere für sich kämpfen – und einige streikende Berufsgruppen, wie die *Air-France*-Piloten, kämpften für ihre korporatistischen Forderungen und nicht gegen das Arbeitsgesetz. Die »Koordinationen« hatten nichts zu koordinieren,weil gar keine echten Kämpfe stattfanden. Ein wirkliches »Zusammenkommen« war nicht möglich, denn die Arbeiterproteste blieben unter scharfer gewerkschaftlicher Kontrolle. In den entsprechenden AGs von *Nuit Debout* saßen vor allem Gewerkschaftsfunktionäre – ArbeiterInnen beteiligten sich kaum. »Alles blockieren« statt zu streiken – wenn drei Stunden der Eingang eines Supermarkts in der Banlieue blockiert wird, juckt das die Herrschenden wenig…

Aber trotz allem: in Frankreich wird zwar keine Revolution gemacht, aber wieder mehr darüber *geredet.* Das kann man schlecht finden, wie *Mouvement Communiste** es tun; wir hingegen finden es wichtig, dass der Systemsturz auch von links und öffentlich diskutiert wird. Und man sollte nicht unterschätzen, was in den letzten Monaten an schnellen Politisierungsprozessen und »Kampfbündnissen« auf regionaler und kommunaler Ebene in Frankreich gelaufen ist.

* Disruption war das Wirtschaftsmodewort des Jahres 2015; es meint einen Umbruch bzw. die Zerschlagung eines bestehenden Geschäftsmodells durch eine Innovation; eine »disruptive« Technologie verdrängt eine ältere vollkommen vom Markt.

* www.mouvement-communiste.com

Wie sehr die Herrschenden diese Bündnisse von unten fürchten, wie stark sie für die Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft drauf angewiesen sind, jede Art von Kollektivität zu zerschlagen, ließ sich auch an dem Hass und der Häme ablesen, mit dem Seehofer im Frühjahr 2016 verkündete, »endlich« sei »Schluss mit der Willkommenskultur«! Der »sogenannte Humanismus« musste ein Ende haben – womit wir wieder bei der Dialektik von gegenseitiger Hilfe und Umsturz der Verhältnisse wären. (siehe U2) Aber die Angst der Herrschenden reicht nicht aus, die Frage nach der revolutionären Antwort ist offen.

.... die Ursachen bleiben – die Frage nach der revolutionären Antwort ist offen.

Wir sind in den letzten Jahren in eine neue politische Konstellation gerutscht, in der nicht mehr die Linke die Sache der Ausgebeuteten, Armen und Entrechteten vertritt und die Rechte die Macht der Herrschenden zu erhalten versucht. Sondern jetzt haben wir auf der einen Seite eine Partei, die den globalen Kapitalismus repräsentiert und recht tolerant gegenüber religiösen und ethnischen Minderheiten, Schwulen, *queer people* und so weiter ist. Dem stehen populistische und immigrationsfeindliche Parteien gegenüber, die offen sind für rassistische, neofaschistische Strömungen und die »soziale Frage« thematisieren (die AfD z. B. ist aus der Kritik am Euro und an der Bankenrettung entstanden). Die ehemals radikale Linke hat sich mit ihrer intellektuellen und akademischen Orientierung an den globalen Eliten und ihrer Verstrickung in den Medienzirkus doppelt verfangen.

Welche Gemeinschaft ist die Antwort?

Ein aktuelles Strategiepapier in der CDU fordert: »Je heterogener ein Land wird, desto wichtiger ist es, den Zusammenhalt auch durch Patriotismus zu fördern.« Aber »das Schlandgefühl ist weg«, bedauerte die *Welt* schon nach dem Ende der EM-Vorrunde.

Der Begriff »Gemeinschaft« taucht in mehreren Artikeln in diesem Heft in verschiedenen Interpretationen auf: einmal als Sehnsucht nach Gemeinschaft in ihrer reaktionären Form wie beim IS (S. 50) mit seinem faschistischen Volksgemeinschaftsversprechen (egalitär nach innen bei Vernichtung der Andersgläubigen) oder bei den *Identitären*, die sich ein Österreich ohne Ausländer wünschen. (S. 28)

Österreichische FluchthelferInnen sehen hingegen auf der Balkanroute eine Gemeinschaft entstehen, die über den Kapitalismus hinausweist; Kommunismus scheint machbar. (S. 23) »Gemeinschaft« wird auch bei Wolfgang Hien in seiner Kritik der kranken Arbeitswelt zu einem zentralen Thema. (S. 67)

Mit »Gemeinschaft« haben wir uns bereits in vielen Heften beschäftigt: wir waren auf der Suche nach »Kollektiven« (als Alternative zur Kleinfamilie), wir haben den »Commons«-Hype kritisiert oder die Idee von Negri/Hardt, dass die bereits stattfindende Produktion »des Gemeinsamen« (»Common Wealth«) zum Kommunismus führen wird.

Klassenzusammensetzung oder Gemeinschaft?

Im Unterschied zur Bourgeoisie sind die Arbeiter nicht nur Mitglieder einer Klasse, sondern Individuen einer Gemeinschaft, sie sind sich darüber bewusst, dass sie sich nur kollektiv befreien können, stand in einem der ersten Hefte von *Socialisme ou Barbarie*. Gilles Dauvé hat Anfang der 70er Jahre die Revolution als Prozess von »Vergemeinschaftung« beschrieben. Angesicht der aktuellen Kommunisierungsdebatte, in der die Beteiligten ihre jeweils letzten Einsichten verabsolutieren – typisch für selbstreferenzielle innerlinke Diskurse – hat er seine Gedanken neu formuliert. (S. 72)

Gigi Roggero will mit der innerlinken Debatte brechen und zurück zu den Anfängen, zum Klassenkampf. Nur im Bezug auf die gesamte Klasse kann der Bezug auf Szene, auf die eigene Gemeinschaft produktiv überwunden werden. (S. 70)

We want the world – and we want it now!

(Sorry Leute, Jim Morrison – in »*When the music's over*« – hatte Recht: drunter gibt's keine Antwort auf die Frage nach einer besseren Welt.)

Stuttgart, 18. Juli 2016

PS: Wir schreiben das Editorial immer, wenn das Heft komplett fertig und das Titelbild bereits gedruckt ist; deswegen konnten wir in der Wildcat 99 noch die Silvesternacht in München kommentieren – wussten aber nix von der Silvesternacht in Köln. Diesmal sind in den paar Tagen zwischen der Fertigstellung des Hefts und dem Schreiben des Edi der Anschlag in Nizza und der Putschversuch in der Türkei passiert. Wir verkneifen es uns, dazu noch schnell Kommentare abzudrücken.

Frühling 2016 –

Seit März hat sich in Frankreich ziemlich unerwartet eine breite Bewegung gegen die Arbeitsrechtsreform entwickelt, die die Regierung Hollande mit allen Mitteln durchboxen will.

Das umfangreiche Gesetzesvorhaben enthält das übliche »neoliberale« Instrumentarium: eine weitere Aushöhlung bisher »gleicher Bedingungen«. Die gesetzliche 35-Stunden-Woche ist nur noch Bezugsgröße für die Berechnung der Überstunden, die in Zukunft erst nach drei Monaten, mit Zustimmung der zuständigen Gremien sogar innerhalb von drei Jahren ausgeglichen werden müssen. D. h. die Überstundenzuschläge fallen weg. Die Ruhezeiten zwischen zwei Arbeitseinsätzen werden abgesenkt. Betriebliche Regelungen können Flächentarifverträge aushebeln; Entlassungen sollen vereinfacht werden, die Höhe der Abfindungen wird begrenzt. Die Macht der großen Gewerkschaftsverbände wird zugunsten von Minderheitsgewerkschaften verringert.

Der mehrfach geänderte Entwurf ging am Mittwoch, 6. Juli in dritter Lesung ohne Diskussion durch das Parlament. Durch die Verknüpfung mit der Vertrauensfrage gilt das Gesetz nun als angenommen.

Den folgenden Artikel haben zwei GenossInnen aus Paris geschrieben, die die Bewegung von Anfang an verfolgt haben.

Erklärendes zur Gewerkschaftslandschaft in Frankreich: http://www.labournet.de/internationales/frankreich/gewerkschaften-frankreich/frankreichs-umkaempfte-arbeitsrechts-reform-teil-40/

Das gesellschaftliche Klima heizt sich auf

Sofort nach Ankündigung der Arbeitsrechtsreform zu Jahresbeginn (genannt »El Khomri-Gesetz« nach dem Namen der zuständigen Ministerin oder »Arbeitsgesetz«), die dem Ministerrat am 9. März vorgelegt werden soll, gibt es erste Demonstrationen, zu denen die Gewerkschaften aufrufen. Während sich die CFDT[1] (gefolgt von CFTC[2], UNSA[3] und CFE-CGC[4], die in der Folge ihre Position ändern wird) mit den ersten kleinen Modifikationen, die schnell in das Gesetzesvorhaben eingefügt werden, zufriedengibt, verkündet die *Intersyndicale*, das Bündnis aus CGT[5], FO[6], Solidaires[7], FSU[8], UNEF[9], FIDL[10] und UNL[11], ihre Opposition. Zu ihnen gesellen sich bei mehreren Gelegenheiten die UEC und die verschiedenen Parteien der Linksfront (*Front de gauche*)[12], diverse Studierenden- und SchülerInnenkollektive, darunter *Mili*[13] (*Mouvement inter luttes indépendant*), aber auch DAL[14] (*Droit au logement* – Recht auf Wohnraum), die Liga für Menschenrechte (die bekanntermaßen gegen die Polizeigewalt und den Ausnahmezustand ist), *Gisti*[15] (*Groupe d'information et de soutien des immigrés*), die Unterstützungsvereine der MigrantInnen etc.

Gleichzeitig finden Soli-Demos für MigrantInnen und gegen den Ausnahmezustand statt. Sie folgen auf die Mobilisierung gegen den Klimagipfel COP21, die der Staat in den letzten Monaten des Jahres 2015 erfolgreich unter Kontrolle gebracht hatte – damals hatte man den Eindruck, der Ausnahmezustand diene eher dazu, die Ökologiebewegung zu ersticken, als die Bevölkerung vor der Terrorgefahr zu schützen.[16]

Je näher die Vorlage des Gesetzes im Parlament rückt, desto häufiger finden Demonstrationen statt: 9. Januar (*Gare du Nord*), 11. Januar, 26. Januar (öffentlicher Dienst), 7. Februar, 4. März (am *Gare du Nord* gegen die Zerstörung des Flüchtlings-Slums in Calais), 6. März (im Stadtteil Belleville), 9. März, 10. März (RentnerInnen), 12. März (*Place du Luxembourg* gegen den Ausnahmezustand), 24. März, 31. März, 5. April, 9. April, 14. April (nicht genehmigte Nachtdemo, am Ende Randale), 28. April (gleichzeitig Streik der Fluglotsen), 1. Mai, 2. Mai (Widerstand gegen die Evakuierung und Zerstreuung des Camps von 1600 MigrantInnen am Platz der Schlacht von Stalingrad), 3. Mai (Studierende), 4. Mai (Widerstand gegen die Räumung des Jean-Jaurès-Gymnasiums, das von 277 MigrantInnen besetzt war), 10. Mai (EisenbahnerInnen), 12. Mai, 18. Mai (Demo der Polizeigewerkschaft *Alliance* und Gegendemo des Kollektivs UNPA[17]), 17., 19. und 26. Mai. Auf der landesweiten Demo am 14. Juni greift die Polizei mit Absicht gewaltsam ein. Die »Gewalttätigkeiten« der *Casseurs*[18] sind für die Regierung der Vorwand, über die Hunderttausende von Menschen hinwegzusehen, die auf die Straße gegangen sind; die Medien machen eifrig mit. Am 23. Juni folgt eine weitere – zunächst verbotene, dann genehmigte – Demo; die Polizei steht Spalier und überwacht die Demo aufs Schärfste, und schließlich am 28. eine Demo, die die Beerdigung der Bewegung signalisieren dürfte. Außerdem gab es noch jede Menge Spontandemos in verschiedenen Pariser Stadtvierteln, manchmal nachts, über die die Presse nichts oder nur wenig berichtet hat.

[1] CFDT – *Confédération Française Démocratique du Travail* – größter Gewerkschaftsbund Frankreichs, früher dem PS nahestehend.

[2] CFTC – *Confédération Française des Travailleurs Chrétiens* – Christlicher Gewerkschaftsbund.

[3] UNSA – *Union des Syndicats Autonomes.*

[4] CFE-CGC – *Confédération Française de l'Encadrement – Confédération Générale des Cadres* – Angestelltengewerkschaft, v. a. in leitender Funktion.

[5] CGT – *Confédération Générale du Travail*, traditionell dem PCF nahestehender Gewerkschaftsbund.

[6] FO: *Confération Générale du Travail – Force Ouvrière* (www.force-ouvriere.org), gemäßigt linke Gewerkschaft, nicht parteigebunden.

[7] Solidaires – *Union syndicale solidaires*, fasst die verschiedenen SUD-Gewerkschaften zusammen. (www.solidaires.org)

[8] FSU – *Fédération Syndicale Unitaire* (Mehrheitsgewerkschaft bei den LehrerInnen im öffentlichen Dienst.

[9] UNEF – Union Nationale

eine unerwartete Bewegung

Nuit debout in Paris

Nach der Demo am 31. März kommt es zu einem unvorhergesehenen Ereignis: Im Gewerkschaftshaus (*Bourse de travail*), wo der Film *Merci Patron* gezeigt wird, beschließt eine Gruppe von DemonstrantInnen, angeführt von François Ruffin, dem Filmemacher und Herausgeber der Zeitung *Fakir*, auf dem Platz der Republik zu bleiben, um die Debatte weiterzuführen: *Nuit debout* (»Aufrecht durch die Nacht«/»Die Nacht auf den Beinen«/»Die Nacht über auf«) ist geboren.

Die Bewegung scheint nur begrenzt in der Lage zu sein, die Gesellschaft insgesamt zu mobilisieren. Doch ein Blick auf die inneren Dynamiken ergibt ein anderes Bild.

• Sie unterscheidet sich von anderen »Platzbewegungen« zuallererst durch die Art ihrer Entstehung: die direkte Verbindung zur laufenden Bewegung gegen das Arbeitsgesetz. Zu Anfang sind es 30, 40 junge Leute; ein Gutteil von ihnen scheint sich in den »BürgerInnen«-Mobilisierungen der letzten Jahre politisiert zu haben (*Les Désobéissants* / »Bewegung der Ungehorsamen«; *Action Climat* rund um den Klimagipfel COP21). Sie beschließen, die Erfahrung der ersten Nacht fortzusetzen und sich die Mittel zu verschaffen, damit das Treffen jeden Abend stattfinden kann. Dieses ist geprägt von ihren Organisationsformen und Wertvorstellungen.

Ihre offenbar gut erprobten Versammlungsformen sind zum Großteil ein Erbe der Anti-Glob-Bewegungen. Insgesamt wird dabei aber eine gewisse Dichotomie aufrechterhalten zwischen »PassantInnen« (passive oder sprechende ZuhörerInnen) und Leuten, die für die Organisation des Ganzen verantwortlich sind. Die gleich zu Anfang gebildeten »Kommissionen«, die die Infrastruktur herstellen – Empfang, Logistik, Ordnungsdienst, SanitäterInnen, Essensversorgung … – scheinen mit der Zeit eine »Spezialisierung« der Tätigkeiten zu reproduzieren zwischen denjenigen, die dazugehören, und denen, die die Dienstleistungen nutzen. Ende Juni sieht es so aus, als zeigten sich bei den AktivistInnen Ermüdungserscheinungen, was auch Auswirkungen auf die Bewegung haben könnte.

In der Debatte setzen sich einige Prinzipien sofort durch – es sind auch diejenigen dieser Generation: Alle haben in gleicher Weise freies und offenes Rederecht. In der Organisation einer Versammlung wird das konkret so umgesetzt, dass Leute nacheinander das Wort ergreifen, ohne Hierarchie oder Strukturierung; man hat den Eindruck, es geht ständig hin und her, manchmal lässt auch jemand seinen Gefühlen freien Lauf.

Die bestehenden politischen Gruppen haben als solche kein Rederecht, die »Mitglieder« können sich äußern, aber nur so wie die anderen auch.

Im Lauf der Wochen kommt es jedoch zu einer Entwicklung: Ab der zweiten Woche bilden sich Kommissionen, die die Debatte organisieren und Initiativen ergreifen sollen, aber sie reproduzieren stattdessen die traditionelle Aufteilung der Probleme und Forderungen (Ökologie, Feminismus, Antispeziesismus (Tierrechte), Antikolonialismus, Bildung ...). In diesen Kommissionen erlangen

des Étudiants de France (www.unef.fr), Mehrheitsgewerkschaft der Studierenden an den Universitäten.

[10] FIDL – Fédération Indépendente et Démocratique des Étudiants (http://www.fidl.org/) – unabhängige und demokratische Föderation der Studierenden.

[11] Union Nationale Lycéenne (www.unl-fr.org/). Besteht aus zwei Gewerkschaften der Oberstufen. Gegründet und kontrolliert von der PS, die zu verhindern versucht, dass sich zu viele »radikale« Gruppen in den Oberstufen verankern. Sie ist wichtig für das innere Gleichgewicht des PS.

[12] 2008 gegründete linke Wahlplattform, bestehend u. a. aus PCF, Parti du Gauche (Vorsitzender: Mélenchon), Ensemble, PCOF (Parti Communiste des Ouvriers de France) usw. Vier Abgeordnete im Europaparlament, zehn Sitze in der Nationalversammlung, 18 im Senat. Führt eine eher virtuelle Existenz aufgrund von Divergenzen zwischen den größeren Parteien. UEC: Union des étudiants communistes [Anm. d. Ü.]

[13] Mili – Mouvement Inter Luttes Indépendant (früher: Mouvement InterLycées Indépendant), gegründet im Herbst 2013.

[14] DAL – Droit au Logement – Recht auf Wohnen. (www.droitaulogement.org/)

[15] Gisti – Groupe d'Information et de Soutien des Immigrés, gibt Einwanderern juristische Unterstützung. (www.gisti.org/)

[16] Die Videos, die die Polizeigewalt auf dem Platz der Republik im November und Dezember zeigen, lassen daran keinen Zweifel aufkommen.

[17] UNPA: Collectif urgence notre police assassine: Kollektiv Notstand-unsere-Polizei-mordet – Familien vereint gegen Polizeiverbrechen und Polizeigewalt. (www.urgence-notre-police-assassine.fr)

[18] *Casseurs* werden Leute genannt, die aus der Demo heraus Ziele angreifen, v. a. Scheiben einwerfen; casser = zerbrechen, deutsch »Randalierer«. [Anm. d. Ü.]

»Die Flexibiltät mit dem Arbeitsgesetz besser verstehen. Die Gesetzesartikel in Bildern«

AktivistInnen der traditionellen Gruppierungen, die in diesen Fragen das Terrain schon besetzt haben, starken Einfluss.

Rasch machen sich einige dieser Kommissionen daran, thematische Debatten am Rande der Vollversammlung (genannt AG – *Assemblée générale*) zu organisieren. Diese Debatten ziehen immer mehr Leute an, vertiefen sich mit der Zeit und drängen nach und nach die Vollversammlung in den Hintergrund, die immer spärlicher besucht wird.

Nach einem Monat gibt es dann den Versuch, die AG in einem komplizierten Abstimmungsprozess in mehreren Etappen zum gemeinsamen politischen Ausdruck der Bewegung zu machen. Dieser äußerst mühselige (und bis dato nicht abgeschlossene) Versuch ist Ausdruck des gemeinsamen Willens, erfolgreich eine Form von direkter Demokratie zu praktizieren, die aber in erster Linie Fragen der Form unabhängig vom Inhalt betrifft. Die Wahl von Delegierten mit genau definiertem Auftrag wird mehrheitlich abgelehnt. Ein gewisses Echo findet hingegen der Aufruf zu einer neuen verfassungsgebenden Nationalversammlung – dies zeigt wiederum, dass auf dem Platz Demokratie vor allem als eine Frage der Form verstanden wird und nicht als das Produkt einer kollektiven Kampfbewegung.

• Da der Ursprung der Bewegung der Kampf gegen das El-Khomri-Gesetz war, gibt es auf jeden Fall eine stabile Verbindung zu den Kämpfen in der Arbeitswelt.

Der »Generalstreik« wird zu einem der großen Themen der Debatte und Gegenstand einer eigenen Kommission. Diese ist attraktiv für gewerkschaftliche Basismilitante, die branchenübergreifend die Gewerkschaftsbürokratien dazu zu zwingen wollen, den unbefristeten Generalstreik auszurufen. Der Druck dieser BasisgewerkschafterInnen hat bei der Petition von Caroline de Haas[19] (1,3 Millionen Unterschriften) als Türöffner fungiert, dann beim Aufruf »Wir blockieren alles« vom 22. März; zuletzt war er spürbar in den lebhaften Debatten beim CGT-Kongress Mitte April, der jedoch lediglich neue Aktionstage beschloss.

Durch diese Gewerkschaftsmilitanten steht auch (unter dem Schutzschirm der Pariser CGT) das Gewerkschaftshaus offen für Treffen von Aktionsgruppen, Veranstaltungen gegen die Repression oder Treffen zwischen GewerkschafterInnen, LohnabhängigenDemonstrantInnen und *Nuit-debout*-Leuten.

Die Kommission organisiert nach der Demonstration am 28. April ganz allein an Ort und Stelle erfolgreich eine Versammlung zum Generalstreik, zu der viele Leute kommen. Hier sprechen gleichzeitig BasisgewerkschafterInnen der verschiedenen sich im Kampf befindenden Branchen (Taxi, Eisenbahn, Post) und zwei Mitglieder der beiden CNT– allesamt für einen Aufruf zum unbefristeten Generalstreik – und die Generalsekretäre der Gewerkschaftsverbände CGT und SUD – die die Volkstribune spielen, ohne konkrete Verpflichtungen einzugehen.

So reproduziert sich die Logik der fehlgeschlagenen Mobilisierung gegen die Rentenreform 2010, doch mit dem Unterschied, dass sie diesmal auf dem Platz stattfindet und nicht hinter den verschlossenen Türen des Gewerkschaftshauses. Voluntaristische Vorstellungen einer kämpferischen Politik kollidieren weiterhin mit der Trägheit der Gewerkschaftsbürokratien – die in den Mobilisierungen nur eine Ergänzung ihrer Tarifverhandlungen sehen, die sich im etablierten politischen Rahmen abspielen müssen –, aber auch mit der Passivität der großen Masse der Lohnabhängigen, die in ihren Betrieben eingeschlossen sind und die keine aktive Gewerkschaft zu mobilisieren versucht, damit sie sich auf der Basis der eigenen Probleme und Motivation der Unternehmermacht entgegenstellen.

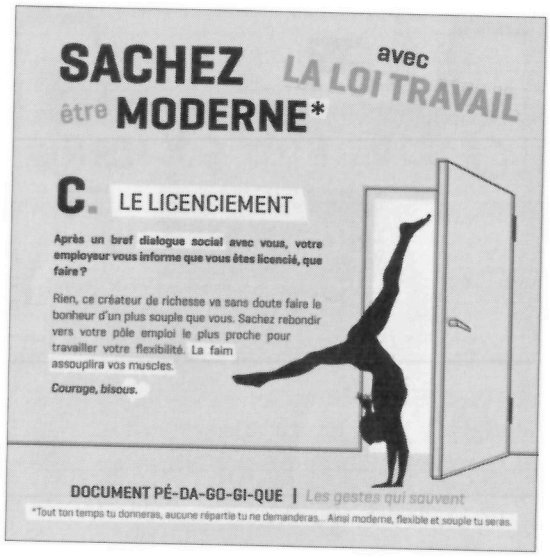
Das Thema »Zusammenkommen der Kämpfe« ist von Anfang an sehr präsent in den Diskussionen und auch Gegenstand einer eigenen Kommission. Aber mehr als ein praktisches Zusammenkommen, das imstande wäre, die Kräfteverhältnisse wirklich zu ändern, gibt es einen starken Drang nach Einheit, ein Bedürfnis, diejenigen konkret zu unterstützen, die sich im Kampf befinden. Letzten Endes handelt es sich um eine Ideologie des Zusammenkommens, die aber bisweilen erfolgreich umgesetzt wird. Einige Beispiele: die (gegenseitige) Hilfe, die den *Intermittents* (SaisonarbeiterInnen) des Theaters bei vielen ihrer Aktionen entgegengebracht wird, insbesondere seit der Besetzung des Odéon und der Académie Française; die

[19] Caroline de Haas verließ 2014 die Sozialistische Partei, um auf der Liste »Feministinnen für ein solidarisches Europa« zu kandidieren. Sie initiierte am 18. Februar 2016 gemeinsam mit Gewerkschaftsmilitanten die Petition »Arbeitsgesetz: Nein danke!«, die nach zwei Wochen schon mehr als eine Million Menschen unterschrieben hatten.

Teilnahme an der Demo der EisenbahnerInnen am Bahnhof Saint-Lazare im April; die stundenlange Blockade der bestreikten *McDonalds*-Lokale; die Anwesenheit der *Nuit-debout*-Leute aus Solidarität mit den MigrantInnen während deren Evakuierung durch die Polizei; dann, als die Streiks sich ausweiten, die bisweilen massive Unterstützung der Streikposten, in Paris insbesondere an den Müllverbrennungsanlagen und in der Provinz an den Raffinerien.

Immer wieder wird über die Idee einer »Blokkade der Warenflüsse« debattiert. Sie machte während der Bewegung gegen die Rentenreform 2010 Furore und wurde für ein wirksames Mittel gehalten, um im Kontext wachsender Prekarisierung der Lohnabhängigen den Generalstreik zu ersetzen und die Wirtschaft zu blockieren. Sie gelangt aber nie wirklich über das Stadium einer Idee hinaus, die die Gemüter bewegt (außer man zählt wie bestimmte Vertreter der »Aufstandsfraktion« das Einschlagen der Schaufensterscheiben von Banken und Kaufhäusern dazu). Die ersten Blockadeversuche (am Binnenhafen von Gennevilliers und vor großen Kaufhäusern in den Banlieues) hatten nur eine begrenzte Wirkung, weil der Kontakt zu den betroffenen Beschäftigten fehlte. In Zusammenhang mit den Streiks haben sich die Blockaden dann ausgeweitet – auf Straßen, Brücken, an den Ausgängen der Häfen und der Raffinerien –, aber das rasche Eingreifen der Polizei hat die Auswirkungen auf die Wirtschaft stark reduziert. Sie waren vor allem eine Gelegenheit, Querverbindungen zu schaffen und gemeinsam eine Aktion zu machen, was sehr motivierend auf die Beteiligten wirkte.

Ab der zweiten Woche lassen sich GewerkschafterInnen von mobilisierten Berufsgruppen auf dem Platz sehen, um Debatten über die spezifischen Probleme ihrer Branche zu organisieren (Militante von SUD Santé-social für *Hôpitaux debout*, die »Gruppe der 37« für *Psychiatrie debout*). Aber diese Initiativen scheinen sich zu erschöpfen – wahrscheinlich weil die so stark gewünschte Annäherung nur mühsam gedeiht in einem Rahmen, der zeitweise mehr einem Messplatz ähnelt als einem Ort der Debatte. Die LehrerInnen, die doch immer am Kämpfen sind, z. B. gegen die Reform der Mittelschulen (*Collèges*), sind nur als Einzelpersonen präsent, insbesondere in der Bildungskommission. Es gibt nicht einmal besondere Diskussionen über die Situation der Studierenden. Die Koordinationen der OberstufenschülerInnen und Studierenden zeigen sich gelegentlich auf der Vollversammlung, aber sie organisieren sich außerhalb des Platzes.



»Lernen Sie modern zu sein mit dem Arbeitsgesetz. C. Die Kündigung.«

• Der Kampf gegen den Ausnahmezustand vermischt sich bisweilen mit dem Kampf gegen die Polizeigewalt, die mit der Mobilisierung der OberstufenschülerInnen begann und sich mit den Demonstrationen am 28. April und 1. Mai verschärfte. Seit Ende April scheinen die Machthabenden nicht mehr darauf zu setzen, dass sich die Bewegung von selbst erschöpft, sondern sie versuchen vor allem von der Teilnahme an den Demos abzuschrecken – aus Angst, diese könnten ein Zusammengehen von jungen *Nuit-deboutistes* und älteren Lohnabhängigen begünstigen.

Auf dem Platz der Republik sind die Schikanen der Polizei alltäglich geworden: Nach der Auflage zum Abmontieren der Technik in der zweiten Nachthälfte (offiziell um die Reinigung des Platzes zu ermöglichen) haben die städtischen Behörden es verboten, dort Getränke zu konsumieren (an den ersten Tagen hatte die Polizei die fliegenden Händler noch ermutigt, auf den Platz zu gehen), Demozüge zu formieren, Lautsprecheranlagen nach Mitternacht zu benutzen, später dann nach 22 Uhr; dies schafft vielfältige Gelegenheiten zur Kontrolle, zum Filzen an den Zugängen zum Platz und zur Metro und zur Belästigung der Platzbesucher.

Die körperlichen Auseinandersetzungen mit der Polizei, die es bei allen Demonstrationen gegen das Arbeitsgesetz gibt, die aber auch in manchen Nächten von kleinen Gruppen von »Gewaltbereiten« provoziert werden, machen die Gewaltfrage zu einem Leitmotiv der Versammlungen und Debatten. Immer wieder wird debattiert über den schwierigen Widerspruch zwischen der moralischen Missbilligung *von Gewalt* – der Mehrheitsmeinung bei jungen Leuten aus diesem Milieu – und dem Willen, solidarisch zu sein mit einer der vielfältigen Ausdrucksformen dieser Bewegung. Dabei wird alsbald deutlich, wie schwer politisch haltbar diese Form von »Radikalismus« ist, die nur

als Futter für die mediale Lynche der gesamten Bewegung dient.

Die Solidarität gegenüber den Opfern der Repression (massive Verhaftungen am Ende der Demos oder nach Aktionen von SchülerInnen) scheint mit einer gewissen Routine verbunden zu sein – ein Erbe der Anti-Glob- und Öko-Kämpfe: Auf dem Platz sind immer Anwälte anwesend, auf den Demos gibt es ein *legal team*, es gibt Anti-Repressions-Treffen etc.

Die Angst vor dem Terrorismus, die die Machthabenden so sehr instrumentalisiert haben, scheint im Übrigen keinen Raum einzunehmen im gemeinsamen Verständnis auf dem Platz, der Ausnahmezustand wird jetzt in erster Linie als juristischer Ausnahmezustand begriffen.

Zuletzt muss die Beharrlichkeit der *Nuit-deboutistes* gewürdigt werden: Trotz des schlechten Wetters, trotz der Polizeischikanen, trotz der Spannungen durch die Gewaltvorfälle spät in der Nacht, trotz der Verausgabung von Energie, die die tägliche »Logistik« abfordert, machen sie weiter, überzeugt, einen wichtigen Beitrag zu leisten, um die Bewegung am Leben zu erhalten.

Die politische Bedeutung von *Nuit debout*

Die Besetzung des großen zentralen Pariser Platzes der Republik zur politischen Reflexion und zum Austausch ist für sich allein genommen schon sehr wichtig. Nicht nur weil es in Paris an unabhängigen Orten für Treffen und Diskussion mangelt.[20] Die Öffnung zur Stadt macht daraus eine echte Ágora (Ort der Versammlung und Debatte im alten Griechenland), indem sie jedermann und jederfrau gestattet zu kommen und an den Diskussionen in der Vollversammlung oder in den Kommissionen teilzunehmen; die Freiheit, hier Debatten zu organisieren (die Beteiligung an den Kommissionen ermöglicht eine Ankündigung der Versammlungen im Programm auf der Website und das Verfügen über einen Lautsprecher); all das trägt dazu bei, aus *Nuit debout* einen politischen Ort im vollen Sinne des Wortes zu machen.

Und die Initiative trifft auf ein Bedürfnis. In einer stark atomisierten Gesellschaft, in einer Stadt, die immer mehr vom Tourismus, vom Spektakel, dem »Fest« dominiert wird, in einer Welt, wo jede öffentliche Äußerung von den allgegenwärtigen Medien vereinnahmt wird, ist das Bedürfnis groß, sich Gehör zu verschaffen und zuzuhören, aber auch, sich auszutauschen und gemeinsam nachzudenken. Genau dieses Bedürfnis macht den unerwarteten Erfolg von *Nuit debout* aus. Dabei ist sie dynamischer geworden und hat an Struktur gewonnen; sie hält sich seit drei Monaten und hat alle Vorhersagen über ihr baldiges Ende Lügen gestraft.

Die Initiative hat sich sehr schnell verbreitert, zuallererst dank der Katalysatorfunktion ihrer Internetseiten (die Website, *Radio debout*, *Télé debout*), und andererseits durch spontane Verbreitung: *Nuit debout* ist auch in anderen französischen Städten entstanden (mit ein paar Ablegern im Ausland), aber auch in bestimmten Stadtvierteln von Paris und einigen Städten der Banlieues, wo die Mobilisierung eher auf lokalen Themen und einer nachbarschaftlichen Atmosphäre aufbauen kann.

Die Medien und die Skeptiker haben sich beeilt, den Akzent auf die eingeschränkte soziale Zusammensetzung der BesucherInnen von *Nuit debout* zu legen: Sie bestünde ausnahmslos aus jungen weißen PariserInnen und prekären Mittelschichtsangehörigen. Eine neuere Studie ist in der Bewertung sehr viel differenzierter.[21] Es stimmt, dass aus den »Siedlungen« der Banlieues niemand auf den Platz kommt. Für die ganz Jungen sind diese täglichen Versammlungen und Debatten aber eine erste politische Sozialisierung – denn seit einiger Zeit spielen die Kämpfe der SchülerInnen und Studierenden diese Rolle nicht mehr, weil sie zu schwach geworden sind oder nicht mehr stattfinden.

Die politische Naivität der jungen Generation, die sich in der Bewegung engagiert, ist übrigens nicht als solche eine Schwäche, wie dies die ultralinken und postautonomen Gruppen behaupten. Sie führt eher dazu, dass sie die Machthabenden beim Wort nehmen und so deren Heuchelei bloßstellen. Für ihre politische Entwicklung ist dies ein nicht zu unterschätzender Faktor. Die Bewegung

[20] Sogar *La Parole errante* in Montreuil ist jetzt bedroht, und niemand kann sagen, ob die Initiativen der Gruppe zu etwas führen werden, die versucht, den Ort vor dem Schicksal anderer militanter Orte zu bewahren.

[21] https://gazettedebout.org/2016/05/17/qui-sont-les-nuitdeboutistes-enfin-une-etude-serieuse/#more-7821

[22] Man beachte das fortschreitende Verblassen der Rolle der Personen, die die Bewegung mitinitiiert haben, wie Ruffin und Lordon (ihre Mobilisierungskonzepte, die wesentlich von der leninistischen Idee durchdrungen sind, dass Mobilisierungen in eng begrenzten Komitees von Kadern organisiert werden, erweisen sich nicht mehr im Einklang mit dem Willen der AkteurInnen von Nuit debout, die geblieben sind, überzeugt von der Berechtigung und Beständigkeit ihrer Bewegung).

hingegen kann erst dann politisch vereinnahmt werden, wenn sie ihre Dynamik verliert und sich mit der Hegemonie der herrschenden politischen Kultur abfinden muss.

Denn *Nuit debout* spielt auch in den Kämpfen gegen das Arbeitsgesetz eine nicht zu vernachlässigende Rolle. Und zwar dank der Arbeit der Kommissionen »Generalstreik« und »Zusammenkommen der Kämpfe«, die sich Tag für Tag mögliche Aktionen ausdenken und diverse Initiativen starten; am Abend der Mobilisierungstage organisieren sie Debatten in den Vollversammlungen über die Fragen, die sich nun im Kampf stellen; vor allem aber gewährleistet *Nuit debout* der Bewegung insgesamt Kontinuität, indem sie eine Art Netz zwischen den verschiedenen Demonstrationen herstellt, die auf dem Gewerkschaftskalender stehen – das hat die Bewegung gegen die Rentenreform 2010 nicht hinbekommen. Allerdings ist Ende Mai, Anfang Juni schon eine gewisse Erschöpfung zu spüren, das schlechte Wetter tut ein Übriges.

Trotz all ihrer Unzulänglichkeiten bleibt die Bewegung aber doch ein wichtiger Stachel im Fuß der Regierung, die kein Mittel gefunden hat, sie sich ohne großen Schaden vom Hals zu schaffen. Von den großen Medien wird sie prinzipiell feindlich und mit Geringschätzung behandelt. Das wilde und unkontrollierbare Ergreifen des Worts scheucht die Herrschenden auf – und diejenigen, deren Aufgabe es ist, ihren Diskurs zu reproduzieren und zu verbreiten. Natürlich macht ihnen ein Ort Angst, an dem außerhalb jeder Kontrolle und jedes etablierten Rahmens Politik Gestalt annimmt. Umso mehr, als die Politprofis, die – wie in Spanien – die Bewegung auf eine einfache Erneuerung des Personals in den bestehenden Strukturen hin orientieren könnten, hier (noch?) keinen Platz gefunden haben.[22]

Der Kampf gegen das »Arbeitsgesetz«

Das Arbeitsgesetz passiert das Parlament in der ersten Märzhälfte. Es wird am 12. Mai von der Kammer angenommen unter Rückgriff auf Artikel 49.3.[23] (Der Misstrauensantrag der Rechten wird abgewiesen, der dissidenten Linken – Ökologisten, PC, PG und PS-Dissidenten – fehlen zwei von 58 notwendigen Unterschriften von Abgeordneten, um einen eigenen Antrag zu stellen.) In der Sozialistischen Partei zeigen sich Risse, der Rückgriff auf Artikel 49.3 hat die Gegner erst recht wütend gemacht. Das Resultat: Die Mobilisierung verbreitert sich und gewinnt einige strategisch wichtige Betriebe; die Regierung scheint durch ihre Unnachgiebigkeit in eine Falle geraten zu sein.[24]

Mitte Mai nimmt die Bewegung eine entscheidende Wendung. Blockaden von LKW-Fahrern in der Nähe der Häfen und Raffinerien wirken wie ein Warnschuss, sie dauern aber nur so lange, bis die Regierung verspricht, die LKW-FahrerInnen von den allgemeinen Bedingungen des Arbeitsgesetzes auszunehmen und die Überstunden nicht anzutasten, die die Hälfte ihres Lohns ausmachen.

In der Zwischenzeit erobert der Streik verschiedene Häfen und Ölraffinerien, die blockiert werden. Am 24. Mai greift die Polizei die Streikposten der Hafenarbeiter an, die das Treibstofflager Fossur-Mer blockieren, und kündigt an, die Blockaden der anderen Raffinerien und Treibstofflager abzuräumen. In einem Zeitraum von drei Wochen streiken fast alle acht Raffinerien und stoppen die Produktion. Die Interventionen der Polizei zur Räumung der Blockaden verstärken nur die Entschlossenheit der Streikenden vor allem im Westen des Landes, keinen Tropfen Benzin herauszugeben. Die Streiks, an denen zu Beginn nur eine Minderheit beteiligt war, erfassen rasch die Mehrheit in den Raffinerien. Aber auch diese Situation dauert nicht lange an, die Tankstellen werden bald wieder mit Treibstoff beliefert und die Streiks werden einer nach dem anderen beendet.

Bei der SNCF ruft die CGT zum unbefristeten Streik an jedem Mittwoch und Donnerstag ab dem 18. Mai auf. SUD-Rail möchte die Bewegung anheizen und ruft zum unbefristeten Streik bis zum 11. Juli auf, dem Tag nach der Fußball-Europa-

[23] Artikel 49.3 besagt, dass die Regierung vor der Nationalversammlung die Verantwortung für ein Finanzierungsgesetz übernehmen kann. Sie beendet die Debatte, indem sie die Vertrauensfrage stellt. Das Gesetz gilt (ohne Sachdebatte) als angenommen, falls ihm nicht innerhalb von 48 Stunden ein Misstrauensantrag widerspricht, der mindestens von einem Zehntel der Abgeordneten unterzeichnet sein muss. Wird er von der Mehrheit des Parlaments angenommen, muss der Staatspräsident zurücktreten. Diese Bestimmung der Verfassung der französischen Fünften Republik aus dem Jahr 1958 erlaubt es der Regierung, die Beratungsrechte des Parlaments auszuhebeln. Der Rückgriff auf diese Verfahrensregel erlaubt es der Exekutive, die Aussprache im Parlament zu einem Gesetzentwurf zu beenden, indem sie die Vertrauensfrage stellt. Der Gesetzestext gilt dadurch (ohne Sachdebatte) automatisch als angenommen – es sei denn, es wird ein Misstrauensantrag gestellt und eine Mehrheit im Parlament stimmt diesem zu. Am 12.05.16 scheiterte ein solcher Misstrauensantrag, den die konservative Opposition eingebracht hatte; kein/e einzige/r sozialdemokratische/r Abgeordnete/r stimmte ihm letztendlich zu, obwohl es in der Sache erhebliche Einwände unter den sozialdemokratischen Abgeordneten zum »Arbeitsgesetz«-Entwurf gab.

[24] Es gibt eine gewisse Ähnlichkeit zu dem Fall, als sie versuchte, die Aberkennung der französischen Staatsbürgerschaft für Terroristen mit doppelter Staatsbürgerschaft in die Verfassung zu schreiben, und eine blamable Niederlage hinnehmen musste.

»Die Eisenbahner sind Tag und Nacht auf den Beinen«

meisterschaft, aber alleine kann sie wenig ausrichten. Die Direktion beziffert den Anteil der Streikenden am 18. Mai auf 15 Prozent, was ganz offensichtlich falsch ist, denn zwischen einem Drittel und der Hälfte der Züge fahren nicht. Bei der SNCF überschneiden sich die Streiktermine für den Kampf gegen das Arbeitsgesetz mit denen des Kampfs gegen die Bahnreform, wo die UNSA und die CFDT ebenfalls zur Aktion aufrufen, um sich nicht zu sehr von ihrer eher korporativen Basis abzukoppeln. Die Einheit ist aber von kurzer Dauer, am zweiten Streiktag ziehen diese Verbände ihre Teilnahme zurück und rufen ihre Mitglieder zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Die vielen Aktionen der ersten Juniwoche scheinen also riskant für die Machthabenden zu werden, auch wenn die *Intersyndicale* keine Straßendemonstration vorgesehen hat. Die Gewerkschaften haben sich dazu entschlossen, einen unbefristeten Streik während der Fußballeuropameisterschaft anzudrohen, statt eine breite und gut organisierte Streikbewegung zu koordinieren – in einem Moment, in dem viele andere Branchen sich eingeklinkt haben.

Der Unternehmens- und Branchentarifvertrag[25] wird von CFDT und UNSA (30 Prozent Stimmenanteil) angenommen und von CGT und SUD (über 50 Prozent Stimmenanteil) abgelehnt. Würden sie ihr Veto einlegen, wäre der Tarifvertrag ungültig. SUD versucht das, aber bei der CGT überwiegt das »Verantwortungsbewusstsein«, und die CGT-Gewerkschaft der BahnarbeiterInnen macht von ihrem Vetorecht keinen Gebrauch: Damit ist der Tarifvertrag auch ohne ihre Unterschrift rechtsgültig.

Die CGT ruft überdies zum unbefristeten Streik bei den Pariser Verkehrsbetrieben RATP ab Donnerstag, 2. Juni, auf , aber die Wirkung bleibt sehr bescheiden, da die Blockaden der Busdepots mehr von den Kommissionen von *Nuit debout* als von Streikenden durchgeführt werden und von der Polizei am selben Tag abgeräumt werden. In den Häfen wird an diesem Tag auch gestreikt, während die Flughäfen und die zivile Luftfahrt zwischen Freitag, 3. Juni, und Sonntag, 5. Juni, zum Streik aufgerufen sind. Die Linienpiloten drohen mit einem Streik nach Beginn der Fußball-Europameisterschaft, also ab Mitte Juni, aber da sie nun isoliert sind, werden sie darauf verzichten.

Der Energiesektor hat sich schon der Bewegung angeschlossen; einige Atomkraftwerke sind in Streik getreten und haben die Stromproduktion gedrosselt, weshalb die EDF gezwungen ist, Strom zu importieren. Die Knappheit macht sich nicht wie beim Benzin bei den Konsumenten bemerkbar, aber eine solche Aktion hat einen hohen symbolischen Wert. Auch hier nehmen die Streikenden nach zwei bis drei Wochen wieder die Arbeit auf.[26]

Im Streik befinden sich nun verschiedene Berufsgruppen, in denen die CGT fest verankert ist: einige hauptsächlich gegen das Arbeitsgesetz, wie die Häfen, die Chemieindustrie und insbesondere der Energiesektor (Brennstoffe, Stromerzeugung), aber auch die Stadtreinigung; weniger die Müllabfuhr, obwohl es auch dort verschiedene Streiks gibt, als vielmehr die Müllverbrennungsanlagen. In Paris beispielsweise treten die städtischen Müllleute in Streik, und die Gemeinde vergibt die Müllabfuhr an verschiedene Privatfirmen, die zum Teil schon in der Hauptstadt tätig sind. Bestreikt und blockiert werden aber insbesondere die vier Müllverbrennungsanlagen der Region Paris, bis die Polizei sich einmischt und die Blockaden abräumt. In Bordeaux geht der Streik bis Ende Juni, und die Müllleute bleiben hart. Weitere Berufsgruppen mit spezifischen Forderungen profitieren vom allgemeinen kämpferischen Klima und reihen sich ein in den Tanz. Die Regierung versucht, sie von der Gesamtbewegung abzukoppeln, indem sie auf einige Forderungen eingeht, sie manchmal sogar antizipiert und jedenfalls Versprechungen nach allen Seiten macht, wie das bei den LKW-FahrerInnen und den EisenbahnerInnen der Fall war.

[25] Für die SNCF gilt der Branchentarifvertrag der EisenbahnerInnen, der mit dem Haustarifvertrag der SNCF zusammenfällt. Die Regierung versucht, die Arbeitszeit in den Branchen zu erhöhen, in denen es Privatunternehmen gibt, die die Arbeitsbedingungen nach unten ziehen werden. Der Trick bei dieser Tarifverhandlung war, dass sich die Bedingungen bei der SNCF nicht verschlechtern, sondern nur bei den anderen Betrieben. [Anm. d. Ü.]

[26] Die Streiks begannen je nach Betrieb oder Standort zu verschiedenen Zeiten. Manche Belegschaften streikten eine Woche, gingen dann wieder zur Arbeit und streikten wieder in der darauffolgenden Woche – eine Taktik, um nicht am Monatsende ohne Geld dazustehen –, schließlich zahlen die französischen Gewerkschaften kein Streikgeld, es gibt nur Sammlungen für die Streikkasse. [Anm. d. Ü.]

Noch vor den LKW-FahrerInnen gehören die LehrerInnen mit dem gesamten öffentlichen Dienst zu den Berufsgruppen, die die Regierung erfolgreich aus der Bewegung herauslösen kann, indem sie einige großzügige Gaben verteilt: 1,2 Prozent Erhöhung des Bezugspunktes für den öffentlichen Dienst, eine neue Prämie in Höhe von 800 Euro jährlich für die GrundschullehrerInnen und eine allgemein höhere Einstufung für die LehrerInnen.

Die Ausweitung und Radikalisierung der Bewegung erlaubt es der CGT gewissermaßen, wieder die Kontrolle über die Situation zu erlangen. Sie ist nun in der Lage, zu zeigen, dass ohne sie keine Bewegung in der Lage ist, sich gegenüber der Regierung durchzusetzen. In den Betrieben ist (mit Ausnahme der Pariser Bahnhöfe, die politisch wichtig sind, aber konkret wenig Einfluss haben) keine Form von autonomer Koordination entstanden – und *Nuit debout* hat nicht genug Gewicht. Wenn die Regierung sich auf Verhandlungen einlässt, ist alles unter Dach und Fach, um mit der Demonstration am 14. Juni die Bewegung zu Grabe zu tragen.

Aber die Regierung bleibt hart. Statt der CGT einen ehrenvollen Ausweg anzubieten, mit dem sie ihrer Basis zeigen kann, dass sie etwas erreichen kann, versteift sie sich bis zum Äußersten auf die Verteidigung des Gesetzesvorhabens. Als die Vorlage in den Vermittlungsausschuss im Senat geht, profitiert die Rechte davon, indem sie den ursprünglichen Entwurf verschärft: Die gesetzliche 35-Stunden-Woche wird gestrichen, die Beschäftigten sollen auf Wunsch des Unternehmers 39 Stunden arbeiten können, wenn es keinen Unternehmens- oder Branchentarifvertrag gibt; falls nötig auch 48 Stunden und in Ausnahmefällen bis zu 60 Stunden. In den kleinen und mittleren Unternehmen soll es möglich werden, die Arbeitszeiten individuell festzulegen. Die Höhe der Abfindungen, die die Gerichte den Beschäftigten im Falle einer nicht gerechtfertigten Entlassung zusprechen können, wird auf 15 Monatslöhne begrenzt. Eine Lehre soll man schon mit 14 statt wie bisher mit 16 Jahren beginnen können. Die Regierung wird bei einem »Meeting«, das als Provokation begriffen wird und gegen das Tausende von DemonstrantInnen protestieren, ihre eigene Version der Vorlage als »linke« Version präsentieren. Am 28. Juni wird das Gesetz dem Senat vorgelegt. Es ist ausgemacht, dass die Kammer die ursprüngliche Version vorschlagen wird.

Die CGT scheint entschlossener zu sein als 2010, auf der Rücknahme der Reform zu bestehen. Zugegebenermaßen hat sich die Regierung nicht verhandlungswillig gezeigt und die CGT von den Verhandlungen ausgeschlossen, die der Abfassung des Textes vorausgingen, aber Tatsache ist, dass die Basis der CGT viel stärker mobilisiert ist als gegen die Rentenreform. Der Grund dafür ist der Angriff, dem die CGT ausgesetzt ist (mit dem Übergang von Flächentarifverträgen zu Unternehmenstarifverträgen; in den Betrieben scheint sie weniger verankert zu sein als die CFDT), aber auch der Wandel, der sich in den letzten Jahren in ihrem Innern vollzogen hat. Früher kontrollierte die PCF die Gewerkschaft in hohem Maße, während jetzt die CGT zu einer Art Föderation von Splittergruppen geworden ist, die sowohl in ihren Aktionen als auch in den Positionen, die sie beziehen, autonom operieren. Die Gesamtorganisation ist so immer schwieriger von oben zu kontrollieren und offener für zentrifugale Kräfte.

• Der von CGT und FO gepuschte Vorschlag einer »Volksbefragung«, um die Teile der Bevölkerung mit in den Kampf einzubeziehen, die nach eigener Einschätzung nicht streiken können, verlagert nur das Terrain der Auseinandersetzung weg vom Streik und der Straße, die günstig für die Bewegung sind, hin zu den Urnen, wo die Dinge sehr viel kontrollierbarer sind. Am Morgen des 28. Juni verkünden die Medien den Erfolg der Abstimmung: Von 800 000 Stimmen gesammelten Stimmen sprechen sich 92 Prozent gegen das Regierungsvorhaben aus. Verglichen mit den 1 300 000 Stimmen der ersten Petition allerdings nur ein relativer Erfolg.

Auf Seiten der Staatsmacht ist es nicht ausgeschlossen, dass die Unnachgiebigkeit nachlässt, es gibt bereits einen offenen Bruch zwischen der Regierung und einem guten Teil ihrer Wählerbasis. Viele Abgeordnete und Regierungsverantwortliche fürchten allmählich die schädlichen Auswirkungen ihrer Starrheit, besonders im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen im April 2017. Schlamassel und Widersprüche vervielfachen sich und lassen erahnen, dass man verzweifelt nach einem Ausweg sucht, der erlaubt, das Gesicht zu wahren. Viele in der PS-Führung scheinen den Gedanken an einen Sieg bei den nächsten Präsidentschaftswahlen bereits aufgegeben zu haben und halten es für ausgemacht, dass sie nichts mehr zu verlieren haben. Dies könnte paradoxerweise Wasser auf die Mühlen der Unnachgiebigkeit der Regierung sein. Hier werden die Aussagen immer widersprüchlicher.

Eine grundlegende Feststellung lässt sich auf jeden Fall machen: Der Bewegung ist es nicht gelungen, über die klassische gewerkschaftliche Protestbasis hinauszugelangen und die große Masse der Lohnabhängigen mit einzubeziehen. Wenn, wie alle Umfragen bestätigen, 75 Prozent der FranzösInnen gegen das Gesetzesvorhaben sind und die Art und Weise, wie es die Regierung durchgeboxt hat, dann hat der größte Teil der ArbeiterInnen noch nicht genug Wut, Mut, Energie beisammen, um zu streiken und auf die Straße zu gehen.

Bei den Straßendemonstrationen gibt es einen Streit über die Teilnehmerzahl zwischen der CGT, die die Zahl überschätzt, und der Polizei, die sie systematisch unterschätzt (die Wahrheit liegt gewöhnlich in der Mitte). Lohnender ist es, wenn wir uns auf die Zusammensetzung der Demonstrationen konzentrieren. Mit dem Fortschreiten der Bewegung lassen sich zwei Dynamiken erkennen:

• Ab Mitte März ist – mit Ausnahme der Demo am 31. – die Beteiligung der Gewerkschaften schwach: kümmerliche Umzüge, wahrscheinlich vor allem Mitglieder des Apparats und RentnerInnen, folgen zwischen Gewerkschaftsballons einer Demospitze aus jungen Leuten, die nicht unbedingt Gewerkschaftsmitglieder, aber immer zahlreicher und entschlossener sind. In ihrem Block formieren sich Gruppen, die für die Auseinandersetzung mit der Polizei gerüstet sind, von der großen Masse weitgehend unterstützt werden und, als die Polizei beginnt, den Ordnungsdienst von CGT-FO als Hilfspolizei einzusetzen, sich schließlich auch mit diesem prügeln. Der Druck der DemonstrantInnen und die Videos über die Konfrontation, die im Internet zirkulieren, setzen dieser allzu auffälligen Kollaboration rasch ein Ende.

• Die Demonstration am 26. Mai markiert einen neuerlichen Wendepunkt: Die Spitze der Demo bleibt gleich, aber drei Viertel der Demonstration bilden nun die Truppen der CGT, die ihre Basisdelegierten in den Betrieben und im öffentlichen Dienst zusammengetrommelt hat. Die Züge von FO und Solidaires sind zwar von der Größe her gleichbleibend, aber viel schwächer. Die FSU ihrerseits ist kaum sichtbar.

Die gegenüber den Gewerkschaften autonome Demospitze, lebendig und bestehend aus eher kämpferischen und neugierigen Leuten, OberstufenschülerInnen und Studierenden, Gewerkschaftsmilitanten, Leuten von NGOs, *Nuit-deboutistes*, Autonomen und Libertären usw. ist etwas Neues im Vergleich zu den Bewegungen der letzten 30 Jahre. Bisher wurde die Demospitze stets eifersüchtig von den Gewerkschaften und speziell der CGT verteidigt. Dass hier nun ein autonomer Block läuft, macht die Veränderung der gesellschaftlichen Situation und der Kräfteverhältnisse in der Bewegung sichtbar. Damit verändert sich auch der Stil der Demos, denn dieser Block an der Spitze ist entschlossen, vor keiner Auseinandersetzung mit der Polizei zurückzuweichen. Dass innerhalb dieses Blocks kleine Gruppen unterwegs sind, die kampferprobt sind, aber wenig auf die Risiken für die anderen Rücksicht nehmen, und am Ende der Demo aufstandsmäßig Scheiben einschlagen (von Banken, Versicherungen, Kaufhäusern und Werbung), ermöglicht es der Staatsmacht, die Demonstrationen als Problem der öffentlichen Ordnung zu behandeln – mit tatkräftiger Hilfe der Medien.

• Die Regierung (und die Gewerkschaften) hat beträchtliche Probleme, mit der Situation umzugehen. Unfähig, eine politische Antwort zu geben, die den Konflikt eindämmen könnte, will sie ihn in ein Problem der öffentlichen Ordnung verwandeln und macht die Gewerkschaften (speziell die CGT) für die Existenz dieses nicht vorhersehbaren unkontrollierbaren Demoblocks verantwortlich. Die Demonstration am 14. Juni, die die CGT als Machtprobe gegenüber der Regierung und der Bewegung konzipiert, wird zur Gelegenheit für eine richtige politisch-mediale Manipulation: Ein zerbrochenes Fenster am Necker-Krankenhaus (ein Krankenhaus für Kinder, in dem der Sohn eines von einem Dschihadisten ermordeten Polizistenehepaars liegt, was nur die Regierung weiß) wird maßlos aufgebauscht, um daraus ein Symbol für die Verantwortungslosigkeit der *Casseurs* zu machen und die CGT zur Distanzierung zu zwingen. Die nächste Demonstration (am 23. Juni) wird zunächst verboten. Die Medien erinnern daran, dass die letzte verbotene Gewerkschaftsdemo am 8. Februar 1962 stattfand, mitten im Algerienkrieg; sie endete mit dem Massaker an der Metrostation Charonne mit acht Toten.[27] Diese Erinnerung ist ziemlich unangenehm für eine Regierung, die sich für links hält: So wird die Demo schließlich erlaubt, aber unter strenger Überwachung; auf dem Weg zum Startpunkt wird man drei- bis viermal gefilzt. Die Medien bilden sich ein, dass die Auseinandersetzungen der vorhergehenden Demos vermieden werden, obwohl der Sitz der CFDT von ein paar hundert wütenden DemonstrantInnen angegriffen wird, einige andere nicht genehmigte Demos, die gleichzeitig stattfinden, werden von den Medien nicht erwähnt. Eines scheint die Regierung jedenfalls erreicht zu haben: Der Block an der Spitze verschwindet aus der Demo, die zahlenmäßig reduziert den Anblick klassischer Gewerkschaftsdemos bietet.

• Die Demonstration am 28. Juni wird genehmigt, aber die Durchsuchungen auf dem Weg zum Sammelpunkt bleiben. Hinzu kommt, dass die Polizei das Gewerkschaftshaus umzingelt, wo eine überfüllte Versammlung von Militanten aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen stattfindet, die daran gehindert werden, zur Demo zu gelangen. Um einen Präzedenzfall für ein solches Vorgehen zu finden, müsste man noch weiter in der Geschichte zurückgehen – bis hin zu einem Moment, der nicht gerade in besseren Zeiten lag. Gegenüber der vorigen Demo gibt es aber eine angenehme Überraschung: Trotz der Durchsuchungen durch die

[27] Fünf Divisionen CRS lösten damals die Versammlung auf. Viele retteten sich in Metrostationen bzw. wurden hineingetrieben von Polizisten, die sie mit Eisengittern bewarfen. Sieben Menschen erstickten, einer erlag seinen Kopfverletzungen. Alle waren sie Mitglieder der CGT. [Anm. d. Ü.]

Polizei nimmt der Umzug an der Spitze wieder seine alte Form an (und einige Fensterscheiben längs der Route gehen zu Bruch).

Die Repression gegen die Bewegung ist heftig: Innerhalb von nur drei Monaten gibt es etwa 1900 Verhaftungen, etwa hundert Leute kommen vor Gericht und werden im Eilverfahren verurteilt. Unzählige Male ist die Polizei mit neuen Methoden gegen die Demonstranten vorgegangen. Dabei kann man nicht von Techniken zur Kontrolle der Situation sprechen, sondern vielmehr von einer organisierten Provokation der Demonstrationen, die blokkiert, gespalten und aufgebracht werden, was friedliche und für Randale organisierte DemonstrantInnen in ihrer Empörung zusammenschweißt

Die Ordnungspolitik scheint sich von dem zu entfernen, was normalerweise auf europäischer Ebene üblich ist. Selbst Repressionsspezialisten kritisieren die in Frankreich praktizierten Methoden.[28] Diese sind jedoch als politische Mitteilung der Regierung an die Bewegung auf der Straße zu verstehen: Wir greifen selbst härter durch, als dies die Rechte traditionellerweise tut.

Die Repression hat aber eine unerwünschte Wirkung. Dass der Staat zuallererst eine Bande von bewaffneten Männern darstellt, die das legale Gewaltmonopol beansprucht, braucht man einer jungen Generation kaum mehr zu sagen, die in dieser Bewegung ihre ersten politischen Erfahrungen sammelt. Die Jungen erleben am eigenen Leib die Brutalität der Polizei und ihrer Befehlsgeber. Während des Klimagipfels oder zu Beginn von *Nuit debout* konnte man noch ab und an die Parole »Polizei gemeinsam mit uns« hören; diese Gefahr besteht heute nicht mehr.

Wie in jeder wirklichen Bewegung sind die Motive ihrer verschiedenen Teile unterschiedlich und bisweilen widersprüchlich. Da ist es fast schon von Vorteil, eine Regierung zu haben, die die angestauten Spannungen polarisiert und die Unzufriedenheit aller zu einer Einheit zusammenbringt. Die einschneidenden Maßnahmen der letzten Jahre sind nicht vergessen worden, und das Gedächtnis der ArbeiterInnen, die sich in den Kampf begeben, reicht weit zurück.

Als Ganzes genommen verkörpert diese Bewegung also etwas viel Wichtigeres als nur den schlichten Kampf gegen das Arbeitsgesetz, gegen den Ausnahmezustand, gegen die Polizeigewalt oder für die Besetzung der Plätze. Sie bringt den Bruch zwischen Staat und Bevölkerung ans Licht – besonders den zwischen der Linken an der Regierung und dem Teil der Gesellschaft, der sie unterstützen sollte. Die sich ausbreitende Kritik an der Fiktion von Demokratie, zu der das »repräsentative« System geworden ist, bestätigt dies. Sie folgt auf die zahlreichen Wahlschlappen der Sozialistischen Partei in den letzten beiden Jahren (Gemeinde-, Departement- und Regionalwahlen) und droht sie in Zukunft noch zu verschlimmern, egal welches Ende das »Arbeitsgesetz« nimmt.

G. Soriano und Nicole Thé, Paris, 28. Juni 2016

Dieser Text wurde auf Wunsch von Genossen außerhalb Frankreichs geschrieben. Er entstand parallel zur Entwicklung der Bewegung, neue Informationen und Überlegungen wurden nach und nach hinzugefügt. Von daher sind Wiederholungen, Redundanzen und Widersprüche unvermeidlich. Wenn wir die Möglichkeit haben, werden wir versuchen, noch einen Artikel zu schreiben, der die Ereignisse zusammenfasst und eine Bilanz zieht.

[28] Olivier Filieule & Fabien Jobard, Un splendide isolement. Les politiques françaises du maintien de l'ordre, http://www.laviedesidees.fr/Un-splendide-isolement.html#nh10 et Josephh Confavreux, "Le pouvoir politique est affaibli face au pouvoir policier", https://www.mediapart.fr/journal/france/210616/le-pouvoir-politique-est-affaibli-face-au-pouvoir-policier?onglet=full

Streik im Hafen von Koper

Die slowenische Regierung versucht, die steigende Staatsverschuldung – von 22 Prozent des BIP 2008 auf 83 im Jahr 2015 – mit Privatisierungen einzudämmen. Auf europäischer Ebene wollen die Herrschenden mit neuen Gesetzespaketen (*Port Package*) die Häfen deregulieren. Das bedeutet, dass die Regierung und die EU die relativ geschützten ArbeiterInnen in den (halb-)staatlichen Unternehmen Sloweniens angreifen – eines davon ist der Hafen von Koper, der zu 67 Prozent in Staatshänden ist. Der Containerumschlag und der Gewinn in Koper erhöhten sich in den letzten Jahren kontinuierlich, es wurden neue Piers gebaut, neue Kräne gekauft, das Hafenbecken ausgebaggert; neue Eisenbahnstrecken und Terminals im Hinterland sind in Planung. Seit 2011 ist der Hafen der wichtigste für die österreichische Industrie, deren Umschlag sich von 2006 bis 2014 fast verdoppelt hat, und der größte der *North Adriatic Ports Association* (NAPA: Koper, Ravenna, Venedig, Triest, Rijeka). 2011 hatten die Arbeiter schon einmal wild gestreikt und Verbesserungen durchgesetzt (s. *Wildcat* 94). Im Juli 2016 streikten sie erneut, um den Verkauf des Hafens zu verhindern – und gewannen. In den deutschsprachigen Medien fand sich kein Wort dazu.

Relative Arbeiterkontrolle

Eine Besonderheit des Hafens ist, dass die ArbeiterInnen, voran die in einer »anarchistischen Basisgewerkschaft« organisierten Kranführer, erreicht haben, dass sie im Aufsichtsrat (drei von neun) und im Vorstand (einer von vier Sitzen) der Betreibergesellschaft *Luka Koper AG* vertreten sind. Sie haben mitzureden, wer Geschäftsführer wird und welche Entscheidungen er treffen kann. In den letzten drei Jahren gab es drei Geschäftsführer – der jetzige ist der Regierung ein Dorn im Auge, weil er die Privatisierung ablehnt.

Seit dem Sommer 2013 versucht die Regierung mit allen Tricks, diese durchzukriegen und damit den ArbeiterInnen die Verfügungsgewalt über Geldflüsse und Investitionen zu entreißen. In den letzten drei Jahren gab es erhebliche Lohnsteigerungen, weil die ArbeiterInnen die Finanzen kennen. Heute verdienen Kranführer *ohne* Nacht- und Wochenendschichten in einem Monat so viel wie *mit* diesen Schichten 2013, etwa 1500 Euro netto – das doppelte eines durchschnittlichen slowenischen *Arbeiter*lohns.

Eine Privatisierung würde zudem bedeuten, dass eine *Port Authority* installiert wird, die ein Vergaberecht an den verschiedenen Piers/Terminals besitzt. Letztere würden an unterschiedliche Firmen, die das Terminal betreiben, vergeben – so würden die Arbeiter im selben Hafen in verschiedenen Unternehmen angestellt und die innerbetriebliche Konkurrenz festgeschrieben. Das ist heute in allen »modernen« Häfen gang und gäbe.

Mit dem Aufsichtsrats- und Vorstandsmodell konnten sie das bis jetzt blockieren. »Wir sind *eine* Belegschaft«, sagt ein Kranführer, der auch im Aufsichtsrat sitzt. Aber auch ohne *Port Authority* sind die Spaltungen im Hafen vorangekommen: An die 40 Subfirmen sind bereits tätig, und die Kranführer verdienen mehr als andere Arbeiter.

Koper Leaks

Ende Juni 2016 ging eine Mail vom slowenischen Infrastrukturminister an die staatliche Holding, in der er erklärt, das Aufsichtsratsmodell »verbessern« zu wollen. Es sollte eine neue Hafenverwaltung geschaffen werden, der Vertrag mit der *Luka Koper AG* »überprüft« und eine zweite Betreibergesellschaft installiert werden. In unserer Sprache: Wenn die jetzige Führungsstruktur des *Luka Koper* entmachtet wird, kann endlich privatisiert werden.

Dieses Schreiben wurde geleaked, die ArbeiterInnen bekamen es in die Hände. Es steht nur drin, was sie seit eineinhalb Jahren vermuteten. Die E-Mail war jedenfalls nicht entscheidend für den Streik, versichert uns der Kranführer. Ausschlaggebend war die Jahreshauptversammlung der Aktionäre der *Luka Koper AG* am 1. Juli.

Zuvor organisierten die ArbeiterInnen und solidarische Gruppen am 28. Juni eine Demonstration durch Koper, an der sich auch Minderheitsaktionäre beteiligten – BürgerInnen, ArbeiterInnen, usw. – die 33 Prozent der Aktien halten und sich in einer Vereinigung zusammengeschlossen haben (*Vseslovensko Združenje Malih Delničarjev*, VZMD, Panslowenische Investoren- und Aktionärsvereinigung; da drin befinden sich auch Nationalisten!). Es sprachen Hafenarbeiter, jemand von den Minderheitsaktionären, Frauen aus verschiedenen Organisationen und von anderen Betrieben, usw. 4000 Leute aus der Region marschierten durch die Stadt (Koper hat 25 000 EinwohnerInnen). Es ging um die katastrophalen Auswirkungen von Privatisierungen und um die Machenschaften der slowenischen Regierung.

Stavka! / »Streik!«

Eigentlich wollte ein Teil der Hafenarbeiter nur die Aktionärsversammlung blockieren, aber die Bullen

Sindikat Žerjavistov Pomorskih Dejavnosti, dt. Gewerkschaft der Kran- und Seefahrer-Tätigkeiten; in ihr sind die etwa 220 Kranführer organisiert. Die Gewerkschaft hat 390 Mitglieder von 840 direkt bei der *Luka Koper AG* angestellten. Insgesamt arbeiten im Hafen 1150 Leute mit den Tochterunternehmen, dazu kommen etwa 500 Arbeiter von den Subfirmen (Leihbuden, usw.). Es gibt noch eine alte Gewerkschaft, die aber fast nicht mehr aktiv ist, und weniger als 60 Mitglieder hat. Zehn Frauen sind Mitglied der Anarcho-Gewerkschaft; generell arbeiten Frauen nur in den Hafenbüros.

verhinderten das – also entschlossen sie sich, den Hafen zu blockieren. Der Kranführer sagt listig, dies sei völlig spontan passiert, »plötzlich legten alle, auch die in den Büros, die Arbeit nieder und trafen sich am Tor«. Schlussendlich kamen etwa 800 Leute zusammen. Die Arbeiter blockierten den Zugang zum Hafen, so konnten keine Streikbrecher eingesetzt werden. Das einzige, das sie verluden, waren verderbliche Waren. Alles andere – Erz für österreichische Stahlwerke, Holz für die steiermärkischen Papierfabriken, Autos aller Marken für den Import/Export, Container mit Konsumprodukten für Europa, u. v. m. – wurde nicht angerührt; am 2. Juli stauten sich 40 Züge bis ins Hinterland; sechs konnten den Hafen nicht verlassen. Die Eisenbahnunternehmer redeten von 700 000 Euro Verlust pro Tag, aber der Kranführer sagt, dass dies Teil der negativen Medienpropaganda war. Ein Arbeiter aus dem *Cargo Center Graz* berichtet, dass die Zahl der ankommenden Container innerhalb kürzester Zeit massiv gesunken sei (das CCG ist mit 16 Zugverbindungen pro Woche der wichtigste Hinterland-Terminal des Hafens).

Der Kranführer räumt ein: »Die Reederein sind unter extremem Druck – bei weltweit sinkendem Volumen ist es wichtig, schneller zu sein; das geht in Europa am besten über den Hafen von Koper, weil man zwei bis drei Tage in eine Richtung und viel Geld gegenüber Hamburg spart.«

Neben der Zurücknahme der geplanten Änderungen der Führungsstruktur forderten die Hafenarbeiter den Rücktritt des Infrastrukturministers und einer Staatssekretärin des Finanzministeriums. Ihre Forderungen richteten sie an den slowenischen Ministerpräsidenten Miro Cerar, mit dem sie ein Treffen verlangten. Der wiegelte zunächst ab. Es sei nicht zu akzeptieren, dass seiner Regierung von den Arbeitern, »von der Straße aus« irgendwas diktiert wird. Bürgerliche Medien fuhren die übliche Diffamierungsstrategie: »Terroristen«, bla… Dagegen kamen viele Freunde und Familienangehörige, auch Kinder der ArbeiterInnen, vor die Tore – am Sonntag, 3. Juli protestierten insgesamt an die 1500 Menschen vor dem Hafen.

Bereits nach den ersten paar Stunden Streik wurde in der Aktionärsversammlung am 1. Juli entschieden, die geplante Entlassung von drei den Arbeitern wohlgesonnenen Aufsichtsratsmitgliedern zurückzunehmen – stattdessen trat der Chef der staatlichen Holding zurück. Trotzdem wurde bis zur Frühschicht am 4. Juli weitergestreikt, um der Forderung nach dem Rücktritt der Regierungsmitglieder und eines Treffens mit Cerar Nachdruck zu verleihen. Am 5. und 6. Juli wurde je eine Schicht (von normalerweise dreien) pro Tag gearbeitet.

Am 6. Juli beschloss der Ministerpräsident, dass er sich doch mit den Arbeitern treffen wolle – diesmal war seine Verteidigung, dass niemand den Hafen privatisieren wolle und die Arbeiter offensichtlich belogen worden seien. Die Arbeiter hörten sich die Worte des Ministerpräsidenten an, kamen aber zu dem Schluss, dass er von nichts eine Ahnung hat. Sie erklärten ihm die Situation und verlangten, dass er sich für sie einsetzt. Danach gingen sie wieder zum Normalbetrieb über, weil sie ihr Hauptziel, die Rücknahme der Pläne der Staatsholding, erreicht hatten. Am 13. Juli traten der Finanzminister und seine Staatssekretärin zurück. »Jetzt müssen wir nur noch den Infrastrukturminister verjagen«, euphorisiert der Kranführer.

Selbstorganisierte Arbeiter sind stark

Leider haben sich in den Tagen des Protests und Streiks Nationalisten eingemischt – Gift für jeden Arbeiterkampf. In Europa kann man heute überall sehen, was das anrichtet. Speziell in südosteuropäischen Staaten haben Proteste immer dann Kraft entwickelt, wenn sie explizit *anti-nationalistisch* waren.

Während des Streiks gab es einen Soli-Bummelstreik im italienischen Nachbarhafen von Triest, wo Schiffe anstatt an einem halben an eineinhalb Tagen gelöscht wurden. Vom kroatischen Nachbarhafen Rijeka kam eines von vielen Soli-Schreiben – der Hafen ist schon privatisiert. Die Arbeiter in Koper sagen, sie sollten auch der slowenischen Regierung schreiben (die drei Häfen sind historisch miteinander durch Kampferfahrungen verbunden: von 1966 bis 1971 kam es zu einer »parallelen Choreografie von Arbeiterunruhen« [Sabine Rutar]).

Leute aus der ganzen Region verstehen, dass es ihnen nur gut geht, wenn es den ArbeiterInnen gut geht – deshalb erklären sich viele solidarisch, der Kampf vertritt Allgemeininteressen.

Der Angriff der Herrschenden ist erstmal gescheitert, die Arbeiter konnten den für sie vorteilhaften Status quo erhalten. Sie zeigen, wie stark eine Belegschaft ist, die sich organisiert und zusammenhält. Die Herrschenden werden versuchen aus dem Scheitern zu lernen. Sie müssen aufpassen, dass ihnen nicht wieder Aufstände wie der 2012/13 oder in Bosnien 2014 um die Ohren fliegen. Die Hafenarbeiter in Koper werden jedenfalls sehr selbstbewusst in kommende Auseinandersetzungen gehen.

Nachtrag:
Mitte Juli berichten Reederei-Webseiten, dass COSCO einem Streik der griechischen Eisenbahner, die Waren vom Hafen von Piräus ins Hinterland bringen, erfolgreich ausweichen kann – sie leiten die Containerschiffe nach Koper um. SMS vom Kranführer: »Ich werde dem nachgehen. Das Problem ist, dass COSCO unsern Hafen sowieso regulär anfährt. Ich schau, ob sich da was verändert.« ■

Diese sehr schöne Darstellung der Streiks liefert Sabine Rutar vom Regensburger *Institut für Ost- und Südosteuropaforschung*: Epistemologische Grenzen und europäische Zeitgeschichte am Beispiel der nordöstlichen Adriaregion, in: *Europa Regional* 22.2014 (2015), 3-4, S. 192-206, http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-459994

Siehe dazu:
Wildcat 96: Aufstand in Bosnien, Frühling 2014
Wildcat 94: Slowenien: Das Ende der Transformation, Frühjahr 2013 (Update zu den Kämpfen am Balkan vom 2.11.13: http://wildcat-www.de/wildcat/94/w94_slowenien.html#update)

Brexit

Völlig falsche Antworten auf grundlegende Fragen

Am 23. Juni stimmten die BritInnen mit knapper Mehrheit für den Austritt aus der EU, die Wahlbeteiligung lag knapp über 70 Prozent – also eigentlich wie immer bei groß angekündigten »Schicksalswahlen«: ein Drittel stimmt dafür, ein Drittel dagegen, ein Drittel bleibt zuhause.

David Goodhart bezeichnete das Brexit-Votum in der *Financial Times* als »Großbritanniens am meisten klassenorientierten Wahlgang der vergangenen Jahrzehnte, eine Bauernrevolte des 21. Jahrhunderts«. Ganz ähnlich Alan Posener in der *Welt*: »Das Referendum war der Aufstand der Leute, die Thatcher um ihren Stolz brachte. Nach Jahren des Klassenkampfs von oben war (es) die Rache der Alten, der Abgehängten, der Verlierer ...«

Wer hat wie gestimmt?

Abstimmen durften nur britische Staatsangehörige mit dauernder Anwesenheit im Land; hätten EU-AusländerInnen so wie bei Kommunal- und Europawahlen abstimmen dürfen, wäre die Wahl anders ausgegangen.

Die Jungen stimmten für *remain* (73 Prozent der 18- bis 24-Jährigen und 62 Prozent der 25- bis 34-Jährigen), 60 Prozent der über 65-Jährigen stimmten für *leave* – aber zwei Drittel der unter 24-Jährigen gingen nicht zur Wahl. Auch regional war die Abstimmung stark gespalten: London und Schottland stimmten deutlich für *remain*, während traditionelle Arbeiterstädte, Badeorte und das ländliche England mit großer Mehrheit für den Austritt aus der EU stimmten.

Es sollte nicht vergessen werden, dass viele Geschäftsleute und Landbesitzer *leave* stimmten, weil ihnen die EU nicht neoliberal *genug* ist. Und wir sollten den Trick durchschauen, »die Arbeiterklasse« darüber zu definieren, dass sie rückwärtsgewandt, rechts und rassistisch ist. Trotzdem hatte die Wahl im soziologischen Sinn einen deutlichen Klassencharakter. Marcus Roberts vom Meinungsforschungsinstitut *YouGov* sah eine »Kluft zwischen metropolitanen, kosmopolitischen, mittelständischen Wählern und sozialkonservativen Wählern aus der Arbeiterklasse«; diese sei »so groß geworden, dass man sie nicht mehr ignorieren kann«. In solchen Gegenüberstellungen fehlt die multinational zusammengesetzte metropolitane Unterklasse in London, Birmingham, Manchester... Auch von ihnen haben viele eher Brexit gewählt, z. B. die (indischen) MigrantInnen der zweiten Generation, sie fürchten die Konkurrenz durch die Neuankömmlinge. Ein Arbeiter aus London: »Meine direkten Kollegen (Migranten der ersten und zweiten Generation) haben Brexit gewählt: *things can't continue this way* ...«

Das Rad der Geschichte

Mehrere Kommentare sahen den Wahlausgang als Zeitenwende: »Die Zeiten, da Grenzen immer unwichtiger wurden und Kapital ungehindert um die Erde geschoben werden konnte, sind vorbei.« Die »Populisten« wollten »das Rad der Globalisierung zurückdrehen«, das Brexit-Votum sei ein erster Schritt in diese Richtung. Aber genauso wenig wie ein Präsident Trump die Schwerindustrie in die USA zurückbringen kann, indem er alle MexikanerInnen verjagt, können die *Brexiteers* Großbritannien re-industrialisieren. (Und weder will Trump die ausländischen Arbeitskräfte verjagen, noch wollen ausreichend viele Brexit-Wähler wieder unter Tage oder am Hochofen schuften.) Es gibt historische und ökonomische Gründe dafür, dass das Finanzkapital in London so mächtig geworden ist, genauso wie dafür, dass es nun vor der nächsten Krise steht – Brexit ist da höchstens der berühmte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt.

Die Kommentare verwechseln Ursache und Wirkung. Und sie sehen nicht, dass sich »das Rad der Geschichte« inzwischen weitergedreht hat: Die Globalisierung, gegen deren Folgen unter anderem abgestimmt worden ist, ist bereits zu Ende gegangen; die populistischen Revolten von rechts sind – ohne es zu wissen – eine Reaktion *darauf*.

Jahrzehntelang wuchs der Welthandel deutlich stärker als das Weltwirtschaftsprodukt. 2012 und 2013 drehte dieser Trend. Das Weltsozialprodukt wächst langsamer als zuvor und der Welthandel noch langsamer. Der Containertransport, das Sinnbild der Globalisierung, legte bis 2007 jährlich meist mit zweistelligen Prozentraten zu, seither nur noch mit jährlichen Raten um die fünf Prozent. Das Volumen des »hot money« ist nochmal stark gestiegen, aber ausländische Direktinvestitionen gehen zurück. Laut Daten des *Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis* vom April diesen Jahres *schrumpft* der Welthandel seit 2015 sogar; das

Meet the new boss Same as the old boss...

Weltexportvolumen ging von Februar 2015 bis Februar 2016 um 10,3 Prozent zurück, im Vergleich zum Hoch im Juli 2008 um 24,7 Prozent (berechnet jeweils in Dollar).

Interessanterweise wachsen parallel zu diesem Trend in Großbritannien, Italien, der Türkei und anderen Ländern Bewegungen »gegen die Globalisierung«. Ihr Potential ziehen sie gerade daraus, dass mit der Globalisierung die vorerst letzte Möglichkeit des aktuellen Kapitalismus zu Ende gegangen ist, *noch irgendwie Wachstum zu erzeugen*. Ohne Wachstum sind aber sämtliche Sozialstaatsmodelle auf Sand gebaut; die Angst davor spielt den »Populisten von rechts« in die Karten.

Ein herber Schlag für...

Die bevorstehenden zwei, drei Jahre Unsicherheit sind Gift für die Kapitalisten. Ein jahrelanges Gerangel um komplizierte Fragen wie einen neuen Freihandelsvertrag, die Ansiedlungsfreiheit, EU-Zugang für die Londoner Finanzbranche usw. dürfte zum Rückgang bei Investitionen führen und die De-Industrialisierung Großbritanniens beschleunigen. Bei einer Umfrage am Montag nach dem Brexit gab ein Viertel der britischen Unternehmer an, dass sie an einen Einstellungsstopp denken, manche wollen Stellen streichen.

Es kann als sicher angenommen werden, dass deshalb in Verhandlungen so schnell wie möglich eine Lösung nahe am »norwegischen Modell« gesucht werden wird. Träte Großbritannien wie Norwegen dem EWR (Europäischen Wirtschaftsraum) bei, hätte es Binnenmarktzugang einschließlich der »Finanzdienstleistungen« – müsste aber das EU-Binnenmarktrecht in nationales Recht übernehmen, ohne noch bei dessen Formulierung mitbestimmen zu können; außerdem gehört zu den vier Binnenmarkt-Freiheiten auch der freie Personenverkehr. Ein solcher Kompromiss stünde den Absichten der Brexit-WählerInnen ziemlich diametral gegenüber, läge aber nahe bei den ökonomischen Interessen der Kapitalisten:

Rund 44 Prozent aller Exporte des Vereinigten Königreichs gehen in die EU; umgekehrt wickeln die Firmen der restlichen EU jedoch nur rund neun Prozent ihrer Ausfuhren mit Großbritannien ab. Genauso viel exportieren sie nach China, in die USA sogar mehr als doppelt so viel. Für die BRD allerdings steht Großbritannien bei den Exportzielen auf Rang drei, nur knapp hinter den USA und Frankreich, deutlich vor China. Deshalb sackte der Dax nach dem Referendum teilweise stärker ab als englische Aktien. Am Freitag, dem 24. Juni 2016, brach er um fast acht Prozent ein, das waren 65 Mrd. Euro Verlust (weltweit wurde an diesem Tag ein Börsenwert von 2,5 Billionen Dollar vernichtet). Zum Vergleich: Am 15. September 2008, dem Tag der *Lehman*-Pleite, verlor der Dax nur 2,7 Prozent.

... die Banken...

Die Aktien von Branchen, die sowieso gerade in die Krise schlittern, sind nach dem Brexit-Votum am heftigsten abgerutscht – ganz ähnlich sind italienische und spanische Staatsanleihen stark unter Druck geraten. Am Freitag nach dem Votum fielen die Aktien von europäischen Banken durchgängig zweistellig. Noch nie sind in Europa Bankaktien an einem einzigen Tag so stark gefallen, der europäische Banken-Index hatte mit einem Minus von knapp 15 Prozent den größten Tagesverlust seiner Geschichte (und fiel am Montag, 27. Juni, um weitere sechs Prozent auf ein Vier-Jahres-Tief; die Deutsche-Bank-Aktie sogar auf den niedrigsten Stand, seit es den Dax gibt).

In der Londoner *City*, dem Bankenzentrum der britischen Hauptstadt, haben 264 Banken ihren Sitz mit insgesamt 400 000 Beschäftigten. Unter Handlungsdruck geraten vor allem die Banken mit Hauptsitz außerhalb der EU. Deshalb gingen am 24. Juni auch die Aktien von US-Banken runter (*Goldman Sachs* und *JPMorgan Chase* um sieben Prozent, Morgan Stanley um neun Prozent). Für sie ist London ein strategischer Ort, von dem aus sie in der ganzen EU arbeiten konnten. Nun wird damit gerechnet, dass sie bis zu 10 000 Beschäftigte aus London abziehen.

Durch den Brexit könnten die Gewinne der europäischen Banken bis 2018 um rund elf Prozent zusätzlich sinken, rechneten *Goldman*-Analysten in einem Brief an ihre Kunden vor. Das Pulver steckt im »zusätzlich«. Die Banken waren bereits im ersten Quartal 2016 in einer Profitkrise, das nehmen die Aktienhändler nun verschärft wahr. Bis zum 7. Juli war der Aktienkurs von *Lloyd's* und *Barclays* um ein Drittel, der der *Royal Bank of Scotland* sogar fast um die Hälfte gesunken und täglich konnte

man Meldungen über den bevorstehenden Kollaps italienischer Banken lesen. Aber auch bei der italienischen Bankenkrise ist der Brexit nur der äußere Anlass – und sie selber ist nur die Spitze des Eisbergs der Krise europäischer Banken.

Sehr viele Hedgefonds, Investmentfonds und Banken hat der Brexit bei ihren Wetten auf dem falschen Fuß erwischt – die allermeisten konnten sich einfach nicht vorstellen, er würde durchgehen. Wenn man ihre kritische Situation bedenkt und in Betracht zieht, in wie vielen spekulativen Positionen diese Unternehmen in Zeiten des Anlagenotstands stecken samt Verkettungen wie *counterparty risk*, *margin calls*, Verschuldungspyramiden usw., kann man sich vorstellen, dass das ganze kurzfristig in eine Situation à la LTCM-Kollaps 1998 reinläuft. Wenn man ein zeitlich näher liegendes Beispiel nehmen will, so stehen wir noch nicht vor dem »Lehman-Moment«, aber nahe am Kollaps von *Bear Stearns* im Frühjahr 2008.

... die Industrie...

Auch die Aktien der Autoindustrie rutschten am 24. Juni teils um zweistellige Prozentwerte ab. Sie könnte unter dem Brexit stark leiden. Großbritannien steht in Europa an zweiter Stelle beim Absatz und an dritter Stelle bei der Produktion von Autos, fast 800 000 Menschen arbeiten in der Branche. 77 Prozent der produzierten Autos werden exportiert, der weit überwiegende Anteil in die EU. 2014 machten Autos 12 Prozent der Gesamtexporte aus.

Daneben gehörten die Aktien von Baufirmen zu den größten Verlierern. Bereits jetzt (7.7.) sind sieben britische Immobilienfonds mit einem Vermögen von zusammen 21,1 Milliarden Euro »eingefroren« (das heißt die Anleger kommen nicht an ihr Geld). Sollten die Fonds im nächsten Schritt gezwungen sein, Immobilien abzustoßen, würde das zu ähnlich massiven Preisverfällen auf dem Immobilienmarkt führen wie in der Krise 2008 in den USA.

... das Pfund...

Noch während die Stimmen ausgezählt wurden, fiel das Pfund im Verhältnis zum Dollar auf den niedrigsten Stand seit 1985. Durch die starke De-Industrialisierung in den vergangenen drei Jahrzehnten hängt das Land praktisch komplett von zwei Sektoren ab: Finanzwirtschaft und Immobilien. Die Industrieproduktion macht gerade noch zehn Prozent des BIP aus, der Finanzsektor bereits acht Prozent. Großbritannien ist hoch verschuldet; die Ratingagenturen *Standard & Poor's* und *Fitch* haben nun das Land herabgestuft, damit wird die Bedienung der Schulden teurer. Großbritannien hat ein chronisches Leistungsbilanzdefizit, das sich seit der globalen Krise massiv verschlechtert hat und nur noch durch die gewaltigen Zuflüsse (z. B. in Immobilienfonds!) finanziert werden konnte. Kein Industrieland ist so abhängig von Kapitalzuflüssen. Im ersten Quartal 2016 importierte Großbritannien sechs Prozent mehr Waren, als es exportierte. Beispielsweise wird nur etwas mehr als die Hälfte der konsumierten Lebensmittel im Land selbst hergestellt – der weitaus größte Teil davon von EU-MigrantInnen; die andere Hälfte wird importiert – was bei sinkendem Pfund nun noch teurer wird.

... die Zuwanderer aus der EU

Die Hauptbetroffenen der Brexit-Abstimmung sind die EU-MigrantInnen. Rund 2,1 Millionen EU-AusländerInnen arbeiten derzeit in Großbritannien, mehr als 750 000 davon sind PolInnen, in letzter Zeit kamen verstärkt Leute aus Bulgarien und Rumänien. Viele von ihnen stehen nun vor einer ungewissen Zukunft.

Die PolInnen und andere MigrantInnen aus EU-Staaten Mittel- und Osteuropas zahlen nach Berechnungen des Londoner *National Institute for Economic and Social Research* rund ein Drittel mehr an Beiträgen und Steuern, als sie durch das System erhalten (allein im Steuerjahr 2013/2014 zahlten sie umgerechnet gut 3,2 Milliarden Euro mehr in die Staatskasse ein, als sie an Zuwendungen erhielten). Eine Studie der *London School of Economics* stellte zudem fest, dass die Immigration in den Jahren 2004 bis 2012 weder zu einem Anstieg der Arbeitslosenrate für die BritInnen noch zu Lohndumping geführt hat. Laut der britischen Statistikbehörde ist die Zahl der EU-ArbeiterInnen in Großbritannien seit 2013 nochmal um 700 000 gestiegen; trotzdem sei keine »Verdrängung« britischer ArbeiterInnen festzustellen. *Aber* in den Städten wächst die Wohnungsnot, Mieten sind unbezahlbar geworden, das Gesundheitssystem ist überlastet.

Seit der Finanzkrise sind die Löhne um rund zehn Prozent gesunken, und die Mieten haben sich durchschnittlich *pro Jahr* um fast zehn Prozent verteuert. Der Immobilienmarkt ist der Hauptgrund für die hohen Lebenshaltungskosten, aber auch Lebensmittel und Energie sind schon jetzt deutlich teurer als z. B. in der BRD.

Währenddessen sind die Einkünfte aus Kapital längst wieder auf dem Stand von vor der Krise. Großbritannien ist das ungleichste Land in der EU, dem ehemaligen Labour-Chef Ed Miliband zufolge besteht es aus »food banks and bank bonuses«, aus öffentlichen Essenausgaben und Bankerboni.

Es war eine Wahl gegen all das ...
- gegen den Abbau des Sozialstaats durch Thatcher und Blair
- gegen das Londoner Establishment
- gegen Brüssel

Die von Cameron vertretene Finanz- und Wirtschaftselite hatte die ganze Macht der von ihr finanzierten Medien dafür eingesetzt, den Ausgang des Referendums zum eigenen Vorteil zu beeinflussen. *Goldman Sachs* und *JPMorgan* hatten jeweils eine halbe Million Pfund in die Remain-Kampagne gesteckt, *Citigroup* und *Morgan Stanley* jeweils 250000 Pfund. »In der Fabrik, in der ich arbeite, hat das Management zusammen mit der Gewerkschaft einen Aufruf für *remain* verteilt – einen Monat nach der Ankündigung von Jobabbau und gewerkschaftlich abgesegneten Umstrukturierungen!« (Arbeiterin aus London)

Wahrscheinlich nicht trotz, sondern gerade *wegen* all dieser Bemühungen und Finanzspritzen hat am Ende eine Mehrheit für den Brexit gestimmt – und die Albträume der Finanzbranche sind wahr geworden. Die *Los Angeles Times* schrieb, die »urbanen Eliten«, die seit den 80er Jahren alles an sich gerissen und damit ihr Blatt überreizt hätten, stünden geschockt vor dieser »Wählerrevolte«.

Das Votum zeigt und verschärft auch die tiefe Krise des EU-Establishments und seiner Fähigkeit, Konsens für sein Programm der neoliberalen Globalisierung zu bilden. Es offenbart die abgrundtiefe Distanz zwischen den Herrschenden und der sozialen Realität. Und es ist ein Urteil über die EU, das nicht mehr aus der öffentlichen Debatte entfernt werden kann. Eine EU, die nur auf Bürokratie gebaut ist (»unsichtbarer Fürst«), wird absehbar zusammenbrechen, weil die Eliten abgekoppelt sind. Wie stark EU-Bürokratie und Finanzbranche verbandelt sind, konnte man gerade in den letzten Tagen beim Wechsel des langjährigen Kommissionspräsidenten Barroso zu *Goldman Sachs* sehen, um, wie er selber sagte, »die negativen Auswirkungen des Brexit auf Goldman Sachs zu verringern«.

Die Abstimmung war eine Niederlage für das Kapital und seine Eliten – aber sie war sicherlich kein Sieg der Arbeiterklasse.

Es war eine rechte Wahl

Das Referendum hatte deutlichen Klassencharakter (»Wer Geld hat, stimmt für Bleiben, wer keins hat, stimmt für raus«; ein Wähler aus Manchester), dies aber im soziologischen Sinn und nicht im Sinn einer Fähigkeit der Klasse, eine eigene politische Perspektive auszudrücken. Die britische Arbeiterklasse hat – wie alle anderen »nationalen« Arbeiterklassen – keine gemeinsamen Interessen mit den britischen Kapitalisten, aber die Kampagne, für die sie nun mehrheitlich gestimmt hat, predigte das Gegenteil. Die Wut der ArbeiterInnen entlud sich in Nationalismus und Rassismus. In den Tagen nach der Wahl haben rassistische Äußerungen und Angriffe auf MigrantInnen stark zugenommen; laut Polizei haben sich die registrierten Hassverbrechen verfünffacht.

Ein ganz großer Teil der 17,4 Millionen Brexit-WählerInnen erhofft sich ein Rückfahrtticket in die Vergangenheit; ganz ähnlich wie die *Forconi* in Italien. Die britische Eisenbahngewerkschaft war deswegen für den Brexit, weil sie die Eisenbahn renationalisieren will, was im EU-Rahmen nicht möglich ist.

In den Maastricht-Verträgen der EU ist festgelegt, dass ihre Mitgliedsstaaten dafür Sorge tragen müssen, dass die ArbeiterInnen für die Krise des Kapitalismus zahlen. Am Beispiel Griechenland haben alle gesehen, was das bedeutet. Das Votum gegen die EU ist somit nicht dumm, aber es greift zu kurz. Denn entweder befreit sich die europäische (und weltweite) Arbeiterklasse gemeinsam von der EU (und von allen Nationalstaaten), oder die jeweilige »nationale« Arbeiterklasse verliert getrennt. Die britische Arbeiterklasse hat verloren. Der Ausgang der Abstimmung stärkt sie nicht, sondern schwächt sie, weil er die Spaltungen untereinander vertieft.

Das Elend der rechten Populisten

Auf die Frage, ob er nach dem Brexit-Votum einen Dominoeffekt in der EU befürchte, antwortete Kommissionspräsident Juncker machiavellistisch kühl: »Warten Sie mal ab, was die nächsten Wochen und Monate in Großbritannien passiert!« Das Parteiensystem droht an den Zerwürfnissen zu zerbrechen, es wird eine Rezession geben, Dinge des täglichen Lebens werden teurer usw. Auf der Ebene der Macht, und nur diese meint Juncker, hat das Votum aber offengelegt: Die Behauptung, die EU sei an allen Übeln schuld, ist überlebensnotwendig für alle nationalen Regierungen – nicht nur für Syriza. Denn die nationalen Regierungen sind schwach und können sich überhaupt nur noch aufeinandergestützt und aneinandergelehnt über Wasser halten! Es wird interessant sein, wie die Herrschenden in Großbritannien nun ihre Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse durchziehen wollen, wo sie nicht mehr »Brüssel« dafür verantwortlich machen können.

Es war eine Wahl gegen den immer weiter sinkenden Lebensstandard der breiten Masse und erneute Einschnitte bei den Sozialausgaben – sie hat im Ergebnis das Gegenteil erreicht. Der Ex-Finanzminister George Osborne kündigte als Folge des Brexit-Votums die Kürzung von Sozialleistungen – und Steuersenkungen für Unternehmen an.

Die Führer der *Leave*-Kampagne hatten weder einen Plan A noch einen Plan B; nach ihrem Sieg im Referendum haben sie sich in die Büsche geschlagen, Boris Johnson und Nigel Farage traten zurück. Sie hatten offensichtlich nicht damit gerechnet zu gewinnen und waren von den Konsequenzen völlig überfordert. Bei den Tories verschwanden in wenigen Tagen sämtliche KandidatInnen, so dass noch vor Drucklegung dieses Hefts und ohne irgendeine

Zu den *Forconi*: »Sie sind in der Lage, den Feind zu erkennen, aber sie schaffen es nicht, etwas anderes als eine reaktionäre Utopie aufzurühren: zurück in die unmittelbare Vergangenheit.«
Wildcat 97, Winter 2014/2015 (www.wildcat-www.de/aktuell/a098_forconi.html)

Zum »unsichtbaren Fürst« siehe ausführlich *Weiße Rose aus Athen*, *Wildcat* 90, Sommer 2011 - www.wildcat-www.de/wildcat/90/w90_weisserose.html

Debatte die Law-and-Order-Innenministerin Theresa May neue Premierministerin wird.

Die Proleten haben versucht, die Folgen der Politik Thatchers *abzuwählen* (wenn das ginge, wären Wahlen verboten!) – und sind gigantisch an der Nase herumgeführt worden. Der Tory-Abgeordnete Daniel Hannan erklärte ihnen das ganz offen: »Wenn die Leute glauben, sie haben abgestimmt und jetzt wird es keine Einwanderung aus der EU mehr geben, dann haben sie sich getäuscht«, sagte er der BBC. Man wolle den Zugang zum EU-Binnenmarkt behalten – dafür müsse man auch weiterhin akzeptieren, dass Arbeitskräfte aus der EU ins Land kommen. Das wichtigste Wahlversprechen der Leave-Kampagne war die Ankündigung, 350 Millionen Pfund pro Woche statt an die EU an das staatliche Gesundheitssystem umzuleiten, sie ließen sogar Busse mit dieser Aufschrift durchs Land fahren. Bereits am Tag nach der Wahl nannte Ukip-Chef Farage dieses Versprechen »einen Fehler« (Übrigens war schon die Zahl von 350 Millionen falsch.).

Die Leute werden merken, dass sie an der Nase herumgeführt worden sind. Die Frage ist, was sie dann machen.

Brexit und die Linke: abgetakelte Fassaden

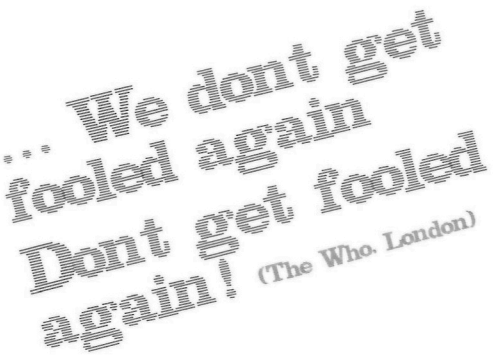
Wer den Zustand der Linken betrachtet, wundert sich nicht, dass die Rechten Erfolge feiern. Die sozialdemokratische Linke war für die Durchsetzung ihrer Forderungen immer auf einen starken Nationalstaat angewiesen. Hand in Hand mit ihm geht sie unter. Die Labour-Party konnte keine überzeugende Position zur Brexit-Kampagne einnehmen. Die radikale Linke zerlegte sich in einer Lexit-Debatte (»linker Exit«). Auch nach der Wahl sah Žižek im Brexit einen möglichen »Weckruf für ein neues, echtes, paneuropäisches Projekt«. Die deutschsprachige vorgeblich radikale Linke erging sich in hilflosem intellektuellem Wortgeklingel:

»Dieser Kampf darum, wer im Verlauf des jüngsten europäischen Krisenschubs sozioökonomisch absteigen werde, ließ maßgeblich die nationalistischen Ressentiments und den unverhohlenen alten europäischen Chauvinismus hochkochen, die derzeit die EU zerfressen. Die EU stellt somit eine abgetakelte Fassade dar, hinter der längst anachronistische, regressiv-nationale Interessensgegensätze aufeinanderprallen … Die nicht gerade für ihre intellektuellen Kapazitäten bekannten Rechtsausleger Europas stilisieren hingegen diese abgetakelte und krisenzerfressene EU zu einer Art übermächtiger Chimäre, die weiterhin quasi diktatorisch die Völker Europas knechten würde. Sobald Brüssel zerschlagen sei, werde alles wieder gut werden, so die geschichtslose Idiotie der EU-Hasser, die Geschichtsbücher nur von weitem betrachtet haben dürften.«[3] Die eigenen »intellektuellen Kapazitäten« bestehen wohl in der Fähigkeit, Fremdwörter übereinanderzuschichten? Und damit kann man sich dann vom dummen Gegner abgrenzen? Diese linken Autoren sind von der Arbeiterklasse genauso weit entfernt wie die Londoner *City*. Und ihr Publikum interessiert sich nur noch für Identitätspolitik und nicht mehr für solch altmodische Dinge wie Verteilungsfragen. Genauso wie die britischen Eliten betrachten sie Rassismus als Problem der Unterklassen bzw. im hiesigen Fall des »dummdeutschen Mobs«. Der einst von ML-Gruppen »hofierte Proletarier hat sich für Nachwuchs-Linke zum dämonisierten Prolet-Arier verwandelt« schrieb das *Neue Deutschland* Ende Juni treffend. In linken Milieus herrsche »ein akademisierendes Verhalten vor, das auf einem vom Elternhaus vermittelten Selbstbewusstsein fußt«. »Im Schatten der identitätspolitischen Sensibilität der deutschen Linken ist nicht nur weit entfernt, sondern auch im eigenen Lande eine neue Klassengesellschaft entstanden.« Diese sei aber nicht Thema des jungen intellektuellen Diskurses.

Der andere Teil der Linken ist immer noch dabei, den Status quo zu verteidigen bzw. den Status quo ante, den guten alten Sozialstaat, zurückzuwünschen. Das bleibt nicht nur im Schlepptau einer dahinsiechenden Sozialdemokratie – vor allem funktioniert es nicht! Denn die Einsätze, um die es geht, sind viel höher, der Hass der Leute auf das ganze System sitzt viel tiefer.

Die radikale Linke kriegt nur dann wieder einen Fuß in die Tür, wenn sie realistische Perspektiven zur Überwindung dieses Systems vertritt. Mit klarem Sinn für die Wirklichkeit: Ohne soziale Revolution von unten ist nichts zu reißen. Nur so können wir dazu beitragen, dass sich die ArbeiterInnen als Teil einer weltweiten Klasse sehen, anstatt sich mit ihrem Hass aufs System von Rechtspopulisten gegeneinander ausspielen zu lassen. Und nur so hätte das Aufbrechen der EU eine emanzipatorische Bedeutung. ■

[3] Tomasz Konicz: *Halt ze German Advance*, 24.6.16 auf telepolis - http://www.heise.de/tp/artikel/48/48633/3.html



»Es ist ein Neubeginn der Gesellschaft«

Interview mit einem Mitglied des Grazer Spendenkonvois

am 20.2.2016

Wie bist du zum Spendenkonvoi gekommen?

Über meine älteste Tochter. Sie lebt in Winterthur in der Schweiz und hat gesehen, dass sich in Graz Leute zusammentun – privat über Facebook. Sie wollte dort mithelfen, kam mich besuchen und fuhr dann weiter nach Graz – zum Kleidersortieren. Ich bin spontan mitgefahren und habe ihr geholfen. Es war dann nicht Kleidung sortieren, sondern es wurde gleich ein Termin vereinbart, dass man noch am selben Abend nach Heiligenkreuz an die ungarisch-österreichische Grenze fährt.

Was waren eure Tätigkeiten zu Beginn? Und wie hat sich die Sache dann weiterentwickelt?

Wir sind mit ca. 15 Autos mit Sachspenden nach Heiligenkreuz gefahren. Aber das Ziel war: mittels Autokonvoi Leute abzuholen, die von Budapest in Richtung Österreich losmarschiert waren. Und so hat das eigentlich mit dem ganzen Spendenkonvoi angefangen. Zuerst mit Autos, also Leute abholen. Gleichzeitig haben wir Lebensmittel und Sachspenden zu den Hotspots gebracht. Und schön langsam hat man sich eine Infrastruktur aufgebaut. Heute haben wir zwei Lager: eines zum Abgeben von Sachspenden; im anderen werden die Dinge deponiert, die dann zu den verschiedenen Hotspots gehen. Zum Beispiel nach Bregana: Da sind wir um drei Uhr in der Früh angekommen, haben die Zelte aufgebaut und nach einer halben Stunde haben wir schon gekocht – warmes Essen und Tee. Das war so Standard.

Mittlerweile sind wir 1000 Leute in der Facebook-Gruppe und ca. 50 gehören zum harten Kern. Es haben sich drei Schwerpunkte herauskristallisiert: weiter an die Grenzen fahren; Integrationsarbeit machen (z.B. Deutschunterricht, Freizeitgestaltung); Wochenendfahrten organisieren.

Habt ihr auch Leute nach Graz mitgenommen? Wenn ja, hat es da Probleme mit den Behörden gegeben? In Wien waren z.B. Leute von staatlicher Repression betroffen, aber auch an der bayrischen Grenze wurden Leute wegen »Schlepperei« festgenommen.

Das hat dann natürlich ganz schnell aufgehört, dieses Abholen. Denn du warst immer mit einem Fuß im Gefängnis wegen »Schlepperei«. Als dann diese 71 Menschen im LKW auf der Autobahn gestorben sind, ich glaube, ab diesem Zeitpunkt hat das generell aufgehört, dass man Leute mitnimmt. Stattdessen wurde dann wichtig, vor Ort schnell zu helfen und die Leute aufzuklären: a) wo sie sind, und b) was sie machen sollen. Diese »Willkommenskultur« ist ein wesentlicher Faktor; die Leute einfach willkommen heißen, ihnen zeigen: Ihr seid willkommen, wir helfen Euch.

Heute haben wir andere Kriege

Wie war die Situation in Bregana, an der slowenisch-kroatischen Grenze?

Wir kamen hin und es war nichts da. Kein Zelt, ca. 1800 Leute waren im Freien. Wir hatten viele Zelte dabei und haben die dann aufgebaut. Denn das größte Problem in dieser Situation ist nicht Hunger oder Durst, sondern Nässe, Regen, Kälte.

Waren zu dem Zeitpunkt auch schon NGOs oder staatliche Organisationen vor Ort?

Nein. Gar nichts. Das war unsere Stärke, dass wir schnell reagiert haben. Zunächst waren wir nur am Wochenende unterwegs: Freitag, Samstag, Sonntag. Wir haben aber eine gewisse Erfahrung von Ungarn schon mitgebracht und sind dann einfach in dieses »Niemandsland« hineingefahren und hatten das Glück, dass wir ÜbersetzerInnen dabeihatten und vor allem bosnische Frauen. Das war unsere große Stärke: drei bosnische Frauen, die selber den Krieg miterlebt haben. Sie haben uns den ganzen Balkan hinunter die Türen geöffnet, weil sie die Sprache beherrscht haben.

Und dann geht die Geschichte durch die Medien – Rundfunk, Zeitung. Und auf einmal waren alle da: MedizinerInnen aus England, Deutschland, das Rote Kreuz, UNHCR. Diese Aufgabe war damit erledigt und wir sind wieder weg.

Habt ihr euch zu dem Zeitpunkt bewusst dafür entschieden, den Rückzug anzutreten, weil die ganzen NGOs kommen und die Sache übernehmen?

Genau. Man hat gesehen, es läuft, sich zurückgezogen und hat teilweise sogar die Infrastruktur übergeben – ganze Kochmöglichkeiten. In dem Fall an eine kroatische Gruppe.

Waren das auch Freiwillige?

Genauso wie wir: »Volontäre«. Im Großen und Ganzen sind in den sechs Monaten so viele selbstorganisierte Gruppen unterwegs gewesen oder sogar Einzelpersonen. Die sich dann einfach eingeklinkt haben in die ganze Bewegung. Es ist ein Neubeginn der Gesellschaft. Weit weg von Hierarchien. Weit weg von Politik. Bei uns gibt es keine Realpolitik. Es wird gelebt. Und es funktioniert auch, wenn man nicht ganz deppert im Schädel ist (lacht). »Sehen und tun.« Da gibt es keinen Chef.

Wie drückt sich dieser Neubeginn der Gesellschaft für dich aus?

Die Beteiligten in dieser Bewegung lehnen Hierarchien und Obrigkeiten ab – es hat etwas Anarchistisches. Ganz wichtig ist die Eigenverantwortung. Wenn ich einen Vergleich zur Hippie-Bewegung der 1960er Jahre ziehe, wo die individuelle Freiheit im Mittelpunkt stand, ist der große Unterschied diese Eigenverantwortung. Ausschlaggebend war damals auch der Vietnamkrieg. Heute haben wir andere Kriege, und deshalb haben sich auch die Bedingungen geändert, wie Menschen zusammenkommen. Man versucht eigenständig – ohne Vermittlung durch irgendwelche Institutionen – und gemeinsam, auf die Situation zu reagieren und den Menschen zu helfen.

Hat es von internationalen Organisationen Versuche gegeben, z.B. die Infrastruktur in Beschlag zu nehmen – euch quasi zu verdrängen, nachdem ihr die erste Hilfe geleistet habt, um die Situation wieder unter staatliche Kontrolle zu bekommen?

Das hat es gegeben, aber es hat nicht funktioniert. Weil die eigentlich überfordert waren. Vom Personal her und von der ganzen Situation. Deshalb war es eine »gesetzesfreie Zone«, weil sie die Lage nicht in den Griff bekommen haben. Bis heute [20.2.16] nicht.

Wie war der Einsatz in Preševo (serbisch-mazedonische Grenze)?

Preševo war eine ganz eigene Situation – ein ganz heikler Hotspot. Denn da haben sich am Tag bis zu 8000 Menschen an der Registrierungsstelle angestellt. Ich glaube, das war sogar eine der ersten Registrierungsstellen.

Man muss sich die Situation so vorstellen: Die Menschen kommen aus dem Registrierungslager heraus – so gruppenweise 20 bis 50 Flüchtlinge. Und dort war das Problem: Auf die haben Albaner im Alter zwischen 17 und 35 Jahren gewartet, ca. 300 Leute, wie so ein Empfangskomitee. Die haben sich wie die Geier auf die Leute gestürzt und gesagt: »Komm mit mir. Ich bringe dich zum Bus.« Dabei sind die Leute erst einmal herausgekommen und wir haben ihnen etwas zu essen und Tee geben können. Und jetzt holen die Albaner die Flüchtlinge ab, wollen sie zu den Bussen bringen und nehmen dafür fünf Euro pro Person.

Waren das so Mafiastrukturen?

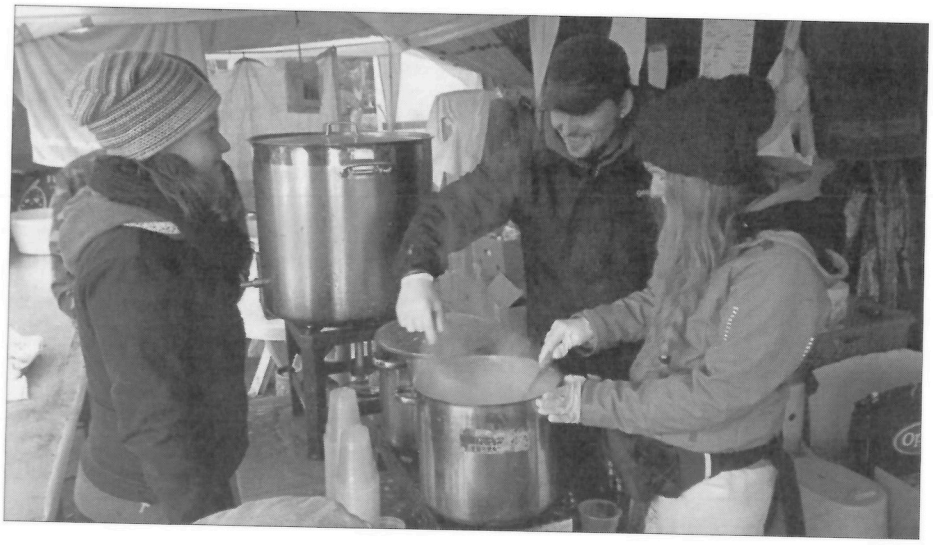
Nein. Das waren einfach arbeitslose Albaner, die gehört haben, dass man da etwas verdienen kann. Viele Menschen in Preševo sind arbeitslos. Und die haben die Leute zu den Bussen gebracht, z.B. hat da ein Arbeitsloser ca. 500 Euro am Tag gemacht.

Und die Flüchtlinge haben dafür selbst bezahlen müssen?

Ja. Und ich glaube, da waren die Albaner das Problem. Die Militärpolizei hat sie mit Elektroschocker teilweise zurückgedrängt, aber nach einer Stunde waren sie wieder da. Dann wieder Elektroschocker. Und so hin und her. Einmal haben sie sogar die scharfen Hunde herausgelassen. Es war wirklich immer eine explosive Stimmung. Ist klar, wenn ich 500 Euro am Tag verdienen kann, dann greife ich auch zur Schusswaffe, wenn jemand mir »meine« Leute, mein Geld wegnimmt.

Danach warst du auf Lesbos. Wo genau dort? Und nur auf Lesbos?

Ich war nur auf Lesbos, und zwar vom 18. Dezember 2015 bis zum 12. Februar 2016. Lesbos ist eine der größten griechischen



Inseln, die Hauptstadt ist Mitilini. In dem kleinen Ort Moria befindet sich das offizielle Camp. Zur Türkei ist die kürzeste Strecke ca. 10 Kilometer. An der türkischen Küste – ca. drei Autostunden von Izmir entfernt – gibt es eine relativ gute Übergangsstelle, wo sehr viele Leute übersetzen.

Wie viele Leute waren da?

Wenn es voll war 2000 bis 3000. Und es ist auch jeden Tag gewachsen, und die Infrastruktur ist immer besser geworden. Am Anfang hat man kleine Zelte gehabt, sehr viele, 100 bis 150. UNHCR hat dann große Hauszelte aufgebaut.

Hat es Situationen gegeben, wo die Freiwilligen und die Organisationen nebeneinanderher gearbeitet haben? Oder haben die sich untereinander gut koordinieren können?

Teils, teils. Also im Großen und Ganzen war es getrennt. Da waren die offiziellen bezahlten NGOs und auf der anderen Seite die freiwilligen HelferInnen. Und es gab auch zwei Camps. Ein Freiwilligen-Camp und ein offizielles Camp, wo die Registrierung stattgefunden hat. Man hat sich gegenseitig nicht weh getan. Man hat sich geduldet. Wir haben dann teilweise auch im offiziellen Camp mitgeholfen. Das Camp ist ständig gewachsen. Als ich weggegangen bin, gab es schon eine ganz ordentliche Infrastruktur. Alles hat ohne Bürokratie funktioniert. Es gab ein bisschen eine Hierarchie im Sinne von Anmelden, wenn man als »VolontärIn« arbeiten will. Angefangen von Müll einsammeln bis Tee ausschenken oder kochen. Jede/r hat sich da irgendwo einbringen können.

Helfersyndrom

Die Flüchtenden werden an den Küsten von HelferInnen empfangen, und da hat es oft eine Überreaktion von den HelferInnen gegeben. Die Boote kommen an und jetzt wollen alle den Menschen im Boot helfen. Ich sage immer »Helfersyndrom«. Eine ganz eigenartige Situation … in einem Fall kommt eine Mutter mit Baby und eine Ärztin läuft hin und stülpt dem Kind eine Mütze über den Kopf. Die Mutter hat die Haube natürlich heruntergerissen. Das gibt es auch, dieses unbeholfene Helfen und Überreaktionen. Hat die Ärztin dann aber eingesehen.

Wer kommt auf Lesbos an? Sind es noch immer viele Ärzte und AkademikerInnen?

Inzwischen sind nicht mehr so viele gut ausgebildete Menschen unterwegs, und eher mehr Familien. Familien mit Kindern (auch Kleinkinder) und auch sehr viele Junge. Die Ankunft von älteren Menschen hält sich in Grenzen.

Und wie war die Situation bei den Registrierungsstellen?

Es gab drei Registrierungsstellen, jeweils eine für Menschen aus Afghanistan, Syrien und Irak.

Die Situation muss man sich so vorstellen: Da stehen 500 bis 1000 Menschen und die wollen alle gleichzeitig irgendwo hinein. Was passiert dann? Es wird gedrückt. Es gibt Gedränge und Unruhe. Und wir sind mitten drin und versuchen Polizeiaufgaben zu übernehmen. Denn sie waren einfach immer überfordert und haben es nicht geschafft, Ordnung hineinzubringen.

Ist es wirklich so, dass z.B. in Griechenland der Staat überfordert ist? Oder ist es ein Szenario, das bewusst herbeigeführt wurde?

Einerseits ist der Wille nicht vorhanden. Andererseits ist es auch auf die Hierarchie, die Befehlsstruktur, den Menschen, der mit der Situation überfordert ist, zurückzuführen.

Haben die Bullen und Frontex versucht, die Freiwilligen an der Arbeit zu hindern?

Gelegentlich, aber das war nicht das Problem. Die offiziellen Institutionen haben die Situation nie in den Griff bekommen. Keine Chance.

Man ist schon permanent der Gefahr ausgesetzt gewesen, dass man ins Gefängnis muss. Wir sind immer wieder im Küstenabschnitt unterwegs gewesen und haben die Westen eingesammelt – für die Bodenisolierung der Zelte.

Die Schwimmwesten?

Ja. Mein Auto war voll mit diesen Rettungswesten, die wir an den Küsten eingesammelt haben. Auf dem Weg zum Camp kannst du natürlich aufgehalten werden. Und das Problem ist dann, was machst du mit den Westen, wenn dich jemand fragt? »Ja, ich isoliere die Zeltböden damit. Ja, was denn sonst?« (lacht). Und dann kommt wahrscheinlich die Frage: »Willst du sie vielleicht in die Türkei bringen und wieder verkaufen?« Dann hast du die Scheiße am Hals.

Und wie sehen die Einheimischen die Situation? Ist es für sie ein Problem? Helfen sie?

Im Juli [2015] sind ungefähr 100 bis 150 Boote pro Tag angekommen. Pro Tag! In den letzten drei Monaten waren es durchschnittlich noch 15 Boote pro Tag.

Juni, Juli, August bei einer Hitze von 35 bis 40 Grad und die Flüchtenden sind oft ganz im Norden der Insel angekommen. Da waren keine HelferInnen da, nur Einheimische. Und die Flüchtlinge haben dann einen weiten Weg nach Moria gehabt. Zwischen 50 und 70 Kilometern bei 40 Grad. Und dort sind keine Wälder oder Beschattung. Teilweise sind die Einheimischen dann mit den Autos losgefahren und haben den Leuten etwas zu trinken gegeben. So sind die Einheimischen sensibilisiert worden und haben geholfen.

Als ich auf Lesbos war, gab es eine gewisse Art von Normalität. Man hat nichts mehr gesehen, man hat nichts mehr gehört. Weil da waren die Camps, und da waren die Küstenabschnitte. Die Flüchtlinge sind teilweise in der Früh oder am Abend angekommen. Am Tag eher selten.

Ich habe das Gefühl, die Einheimischen nehmen das sehr gelassen. Ist zur Normalität geworden. Einerseits weil sie daran verdienen – tausende von HelferInnen brauchen Zimmer. Im Winter, wo kein Tourismus ist, haben die auf einmal Einnahmen für Übernachtungen und Essen. Und natürlich die ganzen Taxis und Busunternehmen. Oder der Schwarzmarkt, wo Motoren verkauft werden. Teilweise von Menschen, die organisiert sind und die aus Schlauchbooten die Motoren herausschneiden und vielleicht sogar wieder in die Türkei bringen. Weiß man nicht.

Im November haben die Länder entlang der Balkan-Route angefangen, die Unterscheidung zwischen »Wirtschafts-« und »Kriegsflüchtlingen« durchzusetzen – ab diesem Zeitpunkt durften nur noch Menschen aus Syrien, Afghanistan und dem Irak weiterreisen. Hat es da auf Lesbos Konflikte zwischen einzelnen Flüchtlingsgruppen gegeben?

Es gab ein paar kleinere Unruhen, aber minimal.

Konflikte zwischen Gruppen, die nicht weiterreisen durften, und Gruppen, die weiterreisen durften?

Ich glaube, das haben sie dann schon kapiert, dass das in dieser Situation nicht unbedingt das Wahre ist. Das Einzige, wo manchmal Unmut entstanden ist… Das hat nichts mit den Nationen zu tun gehabt, sondern das war eher so dieses Warten – drei Tage lang, wenn du Pech gehabt hast. Und die Polizei hat es nie geschafft, Ordnung hineinzubringen. Das war ein permanenter Unruheherd.

Sehen, lernen, tun

Die schlimmste Situation gab es am Hafen, wo die Fähren auslaufen. Wenn das Wetter einmal nicht mitgespielt hat oder gestreikt wurde, dann sind keine Fähren gefahren. Dann hast du auf einmal 1000 bis 2000 Menschen, die gleichzeitig wegwollen. Die haben natürlich alle schon ein Ticket und müssen, bis die nächste Fähre ablegt, großteils im Freien übernachten.

Da gab es einmal eine Situation, wo ich kurz vor dem Abgrund gestanden bin. Vier Leute von uns sind zwischen die Massen gegangen und haben Polizeiaufgaben übernommen, haben einfach versucht, mit abzusperren und Ordnung hineinzubringen. Zu Beginn stehst du 10 bis 15 Meter von der Hafenkante entfernt und tausende Menschen um dich herum. Nicht geordnet. Und die drängen immer mehr und plötzlich bist du nur mehr vier Meter vom Abgrund entfernt. Und dann drehst du langsam durch, weil du Angst hast hinunterzufallen. Du kannst zwar schwimmen, aber es fallen ca. 100 Leute auf dich drauf. Familien, Kinder. Es ist zum Glück nichts passiert. Aber bis heute kann ich es nicht nachvollziehen, warum da die Polizei nicht geschaut hat. Keine Ahnung.

Wie sieht die Situation für Leute aus, wo es dann heißt: »Ihr dürft nicht weiter!« Aus welchem Grund auch immer. Was machen die dann?

Ich habe ihnen nie falsche Hoffnungen gemacht. Ich habe ihnen gesagt, sie können versuchen, irgendwo illegal über die Grenze zu gehen. Aber sie müssen damit rechnen, dass sie irgendwann eingefangen werden. Fünf Grenzen, das ist unmöglich. Sie können sich auch Registrierungspapiere kaufen, haben aber keine »Fingerprints«. Ab dem Augenblick, wo sie das Papier haben, bekommen sie das Ticket für die Fähre. Das können sie sich vorher auch irgendwie besorgen. Das ist, glaube ich, nicht das Problem. Spätestens an der mazedonischen Grenze werden sie dann aufgehalten, weil sie nicht im Computersystem drinnen sind. In dem Augenblick, wo die Leute »Fingerprints« haben, sind sie registriert. Und jetzt haben die Flüchtenden die Registrierungspapiere und sind aber nicht im System. Nützt ja nichts.

Die Leute stranden also auf Lesbos oder in Athen, und dann stellt sich eben die Frage: Bleiben die dann dort? Oder gehen sie dann zurück?

Nein, sie bleiben dort und kommen, wenn sie Pech haben, in Abschiebehaft. Sie können nur illegal untertauchen, z.B. in Athen.

Versuchen Leute, auch auf Lesbos irgendwo unterzukommen?

Ja, vereinzelt. Es gibt sogar SyrerInnen, die dort bleiben. Zum Beispiel ein Koch, der sehr viel mitorganisiert hat in unserem Camp, der hat gesagt, er bleibt hier auf Lesbos.

Wie stellen sich die Flüchtlinge die Situation in Europa vor? Haben sie Pläne? Zum Beispiel, dass sie Geld verdienen und nach Hause schicken wollen? Oder, dass sie sich in Europa ein neues Leben aufbauen oder bis der Krieg vorbei ist abwarten wollen, um dann zurückzugehen?
Gibt es Zeit für solche Gespräche? Erzählen die Leute gleich von sich aus?

Ja, man hat ja 24 Stunden Zeit – bzw. irgendwann schläft man auch. Wir sind durch unsere gelben Warnwesten immer Infopoint für jede/n. Wenn du willst, hast du rund um die Uhr Kontakt. Und dann gibt es auch immer wieder Situationen, wo eben Freundschaften entstehen. Oft gibt es auch SyrerInnen, die Deutsch können. Familien, die man dann immer wieder trifft. Die dann auch, weil sie Zeit haben, helfen. Und die laufen dir dann immer wieder über den Weg. Dann kennt man schon teilweise die Geschichten – z.B. was passiert ist auf der Überfahrt. Und sie erzählen natürlich auch Wünsche …

Natürlich sind die meisten traumatisiert. Der Hauptgrund ist einfach: weg, weg, weg. Bevor ich dort in der Hölle bleibe, riskiere ich diese Fahrt über das Mittelmeer. Wobei die Schwierigkeit der Überfahrt muss man auch relativieren, denn wenn das Wetter passt, ist »überhaupt nichts« dabei. Es ist nur dann ein Problem, wenn es richtig zu stürmen anfängt.

Manche wollen studieren. Manche wollen einfach nur einmal ankommen. Und dann später vielleicht wieder zurückgehen. Nach den Gesprächen glaube ich nicht, dass die dableiben werden. Ich meine, die Jungen suchen eben ihr Glück. Oft sind es Söhne, die alleine unterwegs sind, bei denen die Familie zurückgeblieben ist. Und sehr viele Familien, die sich vielleicht auch eine neue Existenz aufbauen wollen.

Europa ist in diesen Krieg involviert, exportiert Waffen usw. Und jetzt kommen sie in das Land, das Mitschuld an dem Krieg hat – und sind mittlerweile nicht einmal mehr willkommen.

Prinzipiell würde ich schon sagen, sie überlegen sich das nicht wirklich. Weil da geht es darum: nur weg. Und dann hängen sie halt fest. Und momentan hängen sie an der syrisch-türkischen Grenze fest. Viele Menschen, mehr die gebildeten, die kennen schon auch die Hintergründe.

Was sind deine nächsten Schritte? Fährst du wieder nach Lesbos?

Zu Ostern werden wir wieder 14 Tage voraussichtlich nach Griechenland fahren. So 10 bis 15 Leute. Nach Lesbos oder Chios oder Samos. Oder vielleicht sogar in die Türkei hinüber. Wir müssen schauen, wo es gerade wirklich dringend ist.

Ich werde vielleicht dann weiterfahren und möchte mich da wirklich weiter engagieren. Ich habe da eine Freundin kennengelernt … Das ist natürlich auch das Positive: Ganz Europa, die ganze Welt ist dort. Ich habe Leute aus Malaysia kennengelernt, mit denen ich noch in Kontakt bin. Mal schauen…

Mein Schluss-Satz: Jede/r, der/die sich ein bisschen engagieren will, soll das »Helfersyndrom« ablegen. Sehen, lernen, tun.

Nachtrag vom 22. Juni 2016

Vier Monate danach haben wir uns nochmal mit W. getroffen. Seitdem ist viel passiert: Im Mai war er im Flüchtlingslager Idomeni; das Spenden-Annahmelager wurde abgerissen; der Spendenkonvoi ist seit kurzem ein Verein. Mit dem Dichtmachen der Balkan-Route und der Räumung der Hotspots steht aktuell die Integrationsarbeit im Zentrum. Vor Ort geben HelferInnen Deutschkurse und es werden unterschiedliche Freizeitaktivitäten angeboten – vom Lauftreff bis zu Kletterkursen. HelferInnen des Konvois sind auch in Flüchtlingslagern in Griechenland tätig. Es wird sich aber nicht nur um Flüchtlinge gekümmert, z.B. werden auch Familien in Not in Bosnien mit Sachspenden unterstützt.

W. selbst kam erst letzte Woche aus Malaysia zurück, wo er seine neuen Kontakte besucht hat. Er will weiter Menschen helfen und versucht nun, bei *Ärzte ohne Grenzen* unterzukommen. Aus Protest an der Flüchtlingspolitik der EU ist die Organisation dem »Humanitären Weltgipfel« der UNO ferngeblieben und nimmt in Zukunft auch kein Geld mehr von der EU und ihren Mitgliedsstaaten an. Natürlich wollten wir wissen, warum er jetzt diesen Schritt in die Institutionen macht. W. begründet seine Entscheidung damit, dass die NGO Zugang zu den Flüchtlingslagern in Afrika hat und dass er nach sieben Monaten ehrenamtlicher Flüchtlingsarbeit eine Einkommensquelle braucht. ■

https://spendenkonvoi.wordpress.com/
Alle Fotos vom Spendenkonvoi

Rechte Arbeiter in Österreich

1848 schrieb Engels einen schonungslosen Artikel über das reaktionäre Österreich. Versteckt hinter Bergen, gingen Revolutionen und die Zivilisation am Land vorbei, die feudale Barbarei konnte sich lange halten. Später drängte der Wiener *Conrad von Hötzendorf*, Sozialdarwinist und höchster Militär Österreich-Ungarns, unnachgiebig für den Krieg gegen Serbien bis er diese Unterstützung schlussendlich bekam und die feudale Barbarbei in die des Ersten Weltkriegs mündete. Auch der Nationalsozialismus zog Kraft aus der zu diesen Zeiten noch immer ländlichen Struktur Österreichs (die Großfabriken wurden erst von den Nazis gebaut: Voest, Magna, usw.): Nicht nur der Führer, auch mehr als zwei Drittel des von Adolf Eichmann geleiteten *Referats des Reichssicherheitshauptamtes* waren Österreicher – das RSHA war zuständig für die Judendeportationen.

Friedrich Engels: Der Anfang des Endes in Österreich, 27.01.1848, MEW 4

71 Jahre später, Grazer Messehalle, *Conrad-von-Hötzendorf-Straße*: FPÖ-Führer Strache verkündet einen Tag vor der Präsidentschaftswahl, dass FP-Kanditat Norbert Hofer, ein deutschnationaler Burschenschafter, der sich öffentlich gegen Nazis ausspricht, aber gerne mit Nazisymbolen schmückt, gegen den wirtschaftsliberalen Ex-Grünen Van der Bellen gewinnen wird und dann »Kontrolle über das System ausübt, von der Politik bis in den ORF« (*Österreichischer Rundfunk*, öffentlich-rechtliches Fernsehen und Radio).

Zum Wahlsieg am 22. Mai 2016 kam es nicht, in den 72 Prozent Wahlbeteiligung, davon 50,35 Prozent für Van der Bellen, stecken massiv viele »Hoferverhindern« Stimmen, und die kommen nicht vom Land, wo Hofer eindeutige Mehrheiten erreichte. Die FPÖ ficht die Wahl an, weil es einige formelle Unregelmäßigkeiten gab – und bekommt vom Verfassungsgerichtshof recht: Neuwahlen im Herbst.

Gleichzeitig marschieren die FPÖ-Straßentrupps, *die Identitären*, und greifen linke Räume und Uni-Veranstaltungen an. Sogar liberale Zeitungen drucken Artikel, die analysieren, FPÖ-Führer Strache verschmelze den Klerikalfaschismus der 30er mit dem Deutschnationalismus der 40er, viele folgen ihm; »kaum jemand« in Österreich mache »mehr einen Hehl daraus, die Flüchtlinge allesamt für Vergewaltiger oder Barbaren zu halten … die *Identitären* ziehen mit Bengalischen Feuern durch das nächtliche Wien«. Großbürgertum und Proletariat würden sich glänzend vertragen, im Internet wird zum Mord am neuen SPÖ-Kanzler Kern aufgerufen.

Michael Scharang: Zur Lage der Nation, Die Presse, 17.06.2016; David Schalko: Aufstand der beleidigten Massen, FAZ, 26.06.2016

Im Unterschied zur BRD, wo die AfD ein relativ neues Phänomen ist, begann der Aufstieg der FPÖ schon in den 80ern; die Partei bildete von 2000 bis 2006 sogar eine Regierungskoalition.

Nun wäre es falsch, die jüngere Entwicklung in Österreich auf die FPÖ und die Rechten zu reduzieren. Von 2009 bis 2014 gab es einige linke Mobilisierungen, Proteste und betriebliche Konflikte; im Juni 2016 trafen sich so viele Linke wie lange nicht mehr für ein neues Organisierungsprojekt.

Wichtig war die Bewegung von MigrantInnen 2012/13, die mit Unterstützung von Linken und Katholiken Abschiebungen verhinderte, Demos organisierte und die Wiener Votivkirche besetzte; gleichzeitig streikten ErntearbeiterInnen in Tirol wild. Das bereitete den Boden für die Fluchthelfer-Initiativen ab 2015. Im Herbst 2011 streikte die Metallgewerkschaft österreichweit. In vielen Branchen kam es zu kleineren Abwehrkämpfen gegen Kündigungen und Betriebsschließungen. In dieser Phase wurde der Klassenfrieden aufgebrochen. Leider konnte die in der Flüchtlingsbewegung erfahrene Solidarität und Selbstorganisation nicht in die Betriebe vordringen – stattdessen wählen viele Arbeiter die FPÖ; die Nachkriegsherrscher SPÖVP kommen zusammen nicht mal mehr auf die Hälfte der Stimmen, bei den Präsidentschaftswahlen nicht mal mehr auf ein Drittel. Wie kommt´s dazu?

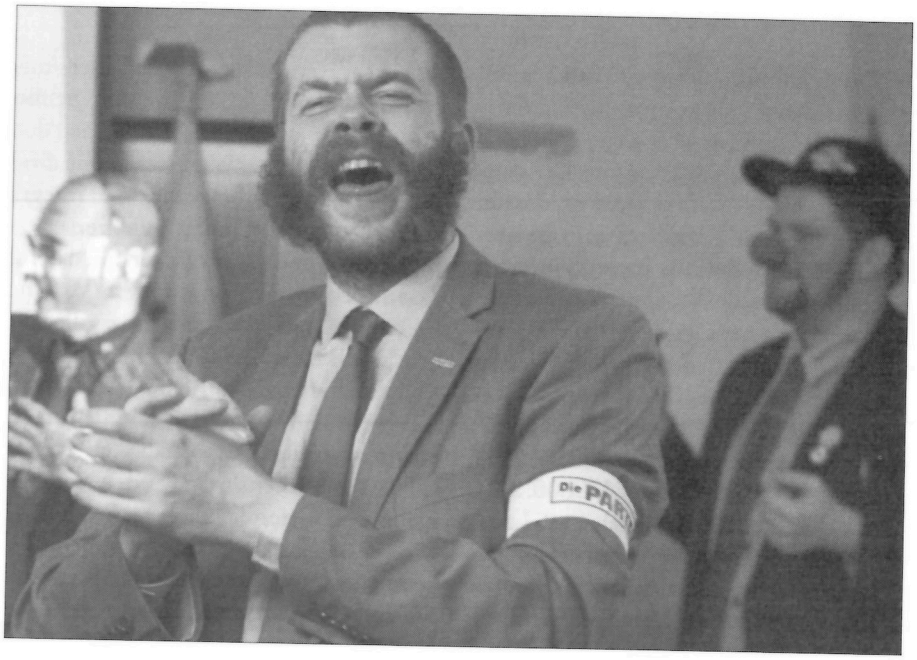
Investitionsquoten 2014:
China: 40 Prozent
Japan: 22
Österreich: 22 (1995: 27)
BRD: 20
Euroraum: 19,5
USA: 19,3
EU-28: 19,3
Spanien: 18,7
Italien: 17,3
Großbritannien: 17,1
Griechenland: 11,3

Hofer steckt sich gern die »blaue Kornblume« ans Revers, das Symbol der unter dem Austrofaschismus illegalen Nazis 1933 bis 1938.

Die rechte Basis in den Betrieben

Es gibt Facharbeiter in österreichischen Betrieben, die in der FPÖ organisiert sind und nach Betriebsschluss ihre KollegInnen auf Sauftouren agitieren. Am nächsten Tag sitzen sie im Pausenraum und posen mit Gewaltfantasien gegen »Asylanten«, um Aufmerksamkeit und Gelächter zu erheischen, während sie am selben Tisch wie ihre »jugoslawischen« (Ex-AsylantInnen), ungarischen, türkischen/kurdischen, usw. KollegInnen sitzen und auf ihren Smartphones herum wischen. Hier ist einiges an heißer Luft dabei, aber entschiedene Zurückweisungen bleiben aus – eher tut man so, als ob man gerade nicht zugehört hat.

Die in der FPÖ organisierten Arbeiter kommen größtenteils aus den ländlichen Regionen. Sie kennen die Menschen, gegen die sie hetzen, nur aus *Facebook-Meldungen* oder der *Kronen Zeitung*, ein nationalistisch-patriotisches Boulevard-Blatt, das an jedem Sozialplatz ausliegt. Sind Ausländer



arbeitslos, dann heißen sie »Sozialschmarotzer«; arbeiten sie, dann nehmen sie »uns« die Ausbeutungsplätze weg.

Die Vorgeschichte: 1989 – 1995 – 2004

Diese drei Jahre stehen für die intensivierte Ausbeutung und ein aufkommendes Gefühl von sozialer Unsicherheit – für Privatisierungen, Globalisierung und Angriffe auf sozialstaatliche Standards, aus denen sich der Aufstieg der FPÖ speist.

Bis 1989 war der Ausländeranteil an der österreichischen Bevölkerung relativ niedrig, die Angst vor ausländischen Lohndrückern wenig ausgeprägt. Innerhalb der folgenden vier Jahre hat sich der Anteil von vier auf acht Prozent verdoppelt. In den Nachkriegsjahrzehnten hatte die SPÖ alles darangesetzt, das Arbeitskräfteangebot knapp zu halten, indem vor allem ausländische Arbeitskräfte benachteiligt und eine Kampfgemeinschaft mit österreichischen ArbeiterInnen sabotiert wurde. Die ÖVP war für Zuwanderung eingetreten, um die hohen Löhne des SPÖ-Klientels zu untergraben. Aus diesen zwei Lagern entstand ein juristischer Dschungel: Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz, Fremdenpolizeigesetz, Asylgesetz, Ausländerbeschäftigungsgesetz, usw.: alle regelmäßig novelliert, teilweise mehrmals pro Jahr, um der wachsenden Zuwanderung nach 1989 Rechnung zu tragen.
Der EU-Beitritt 1995 brachte zwei Entwicklungen: Exportorientierung und Expansion der Banken. Die Osterweiterung der EU 2004 verstärkte all diese Entwicklungen. Von 1995 bis 2014 wuchsen die Exporte fünfmal so schnell wie das BIP. Der Anteil der Bilanzsumme österreichischer Banken am BIP wuchs von 1991 bis 2008 von 213 auf 380 Prozent, ihre Gewinne haben sich von 1995 bis 2007 fast verdreifacht. Die riskante, teils von kriminellen österreichisch-deutschen Politiker- und Managerbanden organisierte Kreditvergabe in (süd-)osteuropäische Länder finanzierte den Exportboom der Industrie und den Bauboom in Slowenien und Kroatien (die nationalistischen Herrschercliquen dieser zwei Länder waren in den Jugoslawien-Kriegen von Österreich massiv unterstützt worden). Alle politischen Lager beteiligten sich am spekulativen Boom und waren Teil der Banden: die SPÖ mit der BAWAG, die FPÖ mit der *Hypo Alpe Adria* und die ÖVP, die seit 2007 ununterbrochen das Finanzministerium stellt, voran Josef »i brauch a Milliarden« Pröll und Maria »shortly without von delay« Fekter.

Verspätete Krise

Österreich überstand die turbulenten Jahre 2008/9 relativ gut, weil die Industrie im Windschatten der deutschen Multis produziert und die Exporte nach einem Einbruch schnell wieder stiegen. Industriell schwächer aufgestellte Länder haben in der Währungsunion keine Chance gegen die niedrigen Lohnstückkosten in der BRD und in Österreich. Die niedrigen Lohnstückkosten kommen zustande, weil der Klassenkampf über die Sozialpartner (Wirtschaftskammer und Gewerkschaften) moderiert wird und in den Exportfabriken relativ moderne Anlagen stehen. Für die österreichischen ArbeiterInnen bedeutet das nur, dass sie die Krise erst dann trifft, wenn die anderen Länder kaputt exportiert wurden. Es war eine Frage der Zeit.

Trotz der steigenden Ausfuhren erholen sich die Wachstumsraten nicht, und die Investitionen

Bewegungen / Mobilisierungen / Streiks 2009 bis 2014:

2009: Mobilisierung der Kindergärtnerinnen in Wien, Streikbeschluss im Schmiermittelwerk von *Shell* in Wien (wurde dann aber abgebrochen)
2009/10: Uni-brennt-Bewegung
2010: Betriebsversammlungen und Demos bei *Austrian Airlines*, 85 Prozent für Streik, danach Lohnerhöhungen und Erhöhung des Mindestlohns; 97 Prozent für Kampfmaßnahmen bei *Siemens* in Wien wegen Personalabbau, das mündete in einen Sozialplan
2011: Proteste gegen die Sparpolitik in der Steiermark, Demos der Krankenhaus-Arbeiterinnen in Wien, Metallerstreik österreichweit
2012: KindergärtnerInnen-Demos, MigrantInnenbewegung (Marsch von Traiskirchen nach Wien, Besetzung der Votivkirche)
2013: 10 000 streiken in acht oberösterreichischen Spitälern, Hungerstreik des Betriebsrats bei MAN in Wien, selbstorganisierter Streik der ErntearbeiterInnen in Tirol, SchülerInnenbewegung gegen die Zentralmatura, LehrerInnenbewegung gegen das neue Dienstrecht
2014: Streik beim Maschinenbauer KBA

Siehe dazu:
Wildcat 98: Widerstand gegen Abschiebungen in Alberschwende, Sommer 2015
Wildcat 96: Österreich: Krise, Korruption, Kämpfe, Frühling 2014 (hier auch eine genauere Geschichte des Aufstiegs der FPÖ)
Wildcat 90: Österreich – Proteste gegen die Sparpolitik, Sommer 2011

sinken. Österreich konnte das bis etwa 2012 durch die weiter steigenden Exporte retuschieren. Seitdem wurden die Überschüsse aber weniger in neue Anlagen investiert, sondern in Form von Dividenden ausgeschüttet. Historisch einmalig ist, dass in den vergangenen vier Jahren das Wachstum nie über einem Prozentpunkt lag und die Investitionen bei stagnierendem BIP um zwei Prozentpunkte zurückgegangen sind. Damit ist Österreich keine Insel mehr, sondern mitten drin in der globalen Überakkumulationskrise. Das und ein Ansteigen des Arbeitskräfteangebots (plus acht Prozent seit 2011) erklären die Rekord-Arbeitslosigkeit, die seit 2012 um ein Fünftel stieg, von 390 000 auf 490 000. 2016 ist Österreich neben Estland das einzige EU-Land, in dem die Arbeitslosenrate steigt, wobei es ein Ost-West Gefälle gibt: Während die Arbeitslosigkeit in westlichen Bundesländern wie Vorarlberg und Tirol zumindest nicht wächst, nimmt sie in Wien und im Burgenland überdurchschnittlich zu – genau dort, wo sich auch das Arbeitskräfteangebot überdurchschnittlich erhöht.

Exportsteigerungen 2014 auf 2015:
EU-27: 3 Prozent
MOEL-17: 5,8
Polen: 7,7
Slowakei: 4,2
Ungarn: 0,5
Rumänien: 5,9
Slowenien: 6,2
Kroatien: 14,1
Serbien: 10,5
Bosnien: -2,9
Kosovo: 33
Albanien: 20
Türkei: 16,2

Auch die Bankenbranche wird heute durch Automatisierung, Schließungen, Massenkündigungen, Abwicklungen und Fusionen umstrukturiert.

Ausbeutung migrantischer Arbeit

Österreich ist stark integriert in den globalen Kapitalismus – als Binnenland ein Logistikhub und Transitknoten zwischen den Nord- und Südhäfen, als Standort einiger Weltmarktführer in strategischen Bereichen wie Lagerautomatisierung oder Eisenbahnstahl abhängig vom internationalen Zyklus, als Tor zu den »Transformationsländern« in (Süd-)Osteuropa Profiteur und Opfer überausgebeuteter Arbeitskraft und als politisch schwankender Flaschenhals der Balkanroute unberechenbarer, launischer EU-Mitgliedsstaat, obwohl wirtschaftlich völlig abhängig von der BRD und dem EU-Binnenmarkt.

Die meisten MigrantInnen kommen aus Deutschland. Dann folgen die ex-jugoslawischen Länder (außer Slowenien, aber zusammengenommen machen die »Jugos« die größte Gruppe aus), die Türkei, Rumänien, Ungarn, Polen und Slowakei – wobei zu beachten ist, dass es eine erhebliche Pendelmigration gibt: im Burgenland und Wien aus Ungarn, in der Steiermark aus Slowenien. Wenn wir mal von der BRD absehen, so kommen genau aus jenen Ländern Menschen hierher zum Arbeiten, in die Österreich immer mehr exportiert und damit die jeweilige nationale Produktion niederkonkurriert.
Die meisten *Flüchtlinge* kommen aus Afghanistan, Syrien und dem Irak. Wenn die zurückgetretene Innenministerin Mikl-Leitner oder Außenminister Kurz über Flüchtlinge und die Schließung der Fluchtrouten reden, spricht aus ihnen der Klassenhass – wenn es nötig wird, werden sie dieselbe Hetze gegen österreichische oder »gut integrierte« migrantische ArbeiterInnen auffahren.

Die Macht dieser PolitikerInnen beruht darauf, dass in Österreich produzierte Waren auf dem Weltmarkt abgesetzt werden, dass illegalisierte Arbeitskräfte die Profite bestimmter Branchen aufrechterhalten und den Abstieg der österreichischen ArbeiterInnen bremsen. Auch die FPÖ würde niemals irgendwelche Exportfabriken schließen lassen, damit keine arbeitslosen (Süd-)OsteuropäerInnen mehr nach Österreich kommen – genau so wenig, wie sie illegale Bau-, Ernte-, Tourismus- und PflegearbeiterInnen am Kommen hindern oder abschieben werden, weil dagegen eine wesentliche Fraktion des Kapitals Sturm laufen würde, teilweise ihre eigene Wählerschaft.

*F*aschistische *P*olitik *Ö*sterreichs

Ein Teil der Flüchtlinge ist im Krieg sozialisiert, hat die islamistische Konterrevolution in den 70ern/80ern miterlebt, zumindest deren reaktionäre Werte indoktriniert bekommen und wird nicht durch einen geografischen Wechsel *plötzlich* zum anderen Menschen werden – die FPÖ versteht nichts von dem und von der Welt, aus der sie kommen: prätentiös-derb im Angriff, gegen fremde Derbheit hysterisch empfindsam. Natürlich ist die österreichische Flüchtlingspolitik unmenschlich. SPÖVP führen das durch, wonach die FPÖ schreit und wofür ihr außerparlamentarischer Arm die *Identitären* seit Monaten auf die Straße geht. Diese Politik, z. B. die Kürzung der Mindestsicherungen für anerkannte Flüchtlinge in Oberösterreich, bringt das hervor, was sie zu verhindern vorgibt: »kriminelle Ausländer«. Das ist von der FPÖ und ihren Schlägern gewollt und normale faschistische Politik. (Wobei auch viele »Inländer« es sich nicht länger leisten können, sich an Gesetze zu halten.)

Die Identitären kopieren von der Antifa ihren black bloc Style und ihre schizophrene Haltung zur (Gegen-)Gewalt – einerseits den politischen Gegner verprügeln, andererseits sich als totales Opfer darstellen, wenn man selbst was abbekommt.

Trotz allem schafft es die FPÖ, als »Protestpartei« dazustehen, weil sie auf verbaler Ebene sehr aggressiv gegen das Establishment von SPÖVP wettert und gegen den globalen Wettbewerbsdruck den Nationalstaat als Schutzmacht für seine BürgerInnen heraufbeschwört. Dass sich in den »wissenschaftlichen« Publikationen der FPÖ, z. B. vom *Atterseekreis*, Forderungen finden, dass etwa mehr Geld in

Rüstung anstatt ins Sozialsystem gesteckt und der erste Krankenstandstag als Urlaubstag gelten soll, wissen die wenigsten.

Aufbruch?

Anfang Juni trafen sich 1000 Linke in Österreich unter dem Motto »Aufbruch – so wie bisher kann es nicht weitergehen«, »für einen Kurswechsel, für soziale Sicherheit und eine neue Art des Wirtschaftens, für ein menschenwürdiges und gutes Leben für alle«, »bauen wir die neue Kraft auf«. Kurswechsel und Aufbau – altbekannte Worthülsen aus dem Politikerkasten. Realpolitisch haben diese linken SPler, SJ, Junge Grüne, SLP, Funke, usw. gute Erfolgsaussichten: der Machtverlust der SPÖ hinterlässt ein Vakuum; der Unmut an den herrschenden Zuständen ist mit Händen zu greifen. Die Integration in den globalen Kapitalismus war verspätet, die Krise kam in Österreich verspätet an, so kommt das Land nun auch den Pesthauch der neuen Linkspartei zu spüren. Syriza, Podemos und andere haben bereits bewiesen, dass nationale Strategien aussichtslos sind und Organisierungskampagnen, die nicht aus konkreten Kämpfen entstehen, schnell zu parlamentarischen Parteien werden. Wille und Bewusstsein allein sind flüchtige Verbündete im Kampf.

Politik von unten = Untersuchung der Klassenzusammensetzung

Gefragt sind linke Basismilitante in den strategischen, bedeutenden Betrieben, wo sie zuhören, die Ängste der ArbeiterInnen ernst nehmen, nicht moralisieren und die verlogene Argumentation der rechten Blender durch den Kakao ziehen. Dabei dürfen wir uns nicht abschrecken lassen von rassistischen Sprüchen/Meinungen oder davon, dass so viele ArbeiterInnen im Wählen der FPÖ eine Option sehen. Es gibt auch ArbeiterInnen, mit denen man gut reden kann über die neoliberale Konstruktion der EU und die Parteien, die das politisch durchsetzen.

Manche ArbeiterInnen wählen die FPÖ nicht aus positiver Überzeugung, sondern weil die Linken – parlamentarische und außerparlamentarische – nichts übrig haben für ihre Themen und nur von Moral und Bewusstsein(*saufbau*), in noch schlimmeren Fällen von ideologischen Verschleierungen ausgehen (Kognitariat, Prekariat, Cybertariat, kreative Klasse, …) anstatt sich an eine ernsthafte Untersuchung der Klassenzusammensetzung zu machen. Diese ArbeiterInnen sind nicht dumm, sondern sie durchschauen die Rhetorik der Mittelklasse-Linken (»Gutmenschen«), für die *Political correctness* das Wichtigste ist und die die Probleme der ArbeiterInnen übergehen, indem sie sie ständig vor sich selber warnen: Ursache des Rechtsrucks sei, dass sie so ungebildet seien. Die kleinste Infragestellung der »*refugees welcome*«-Parole wird als Rassismus abgetan.

Es ist ein reales Problem, dass die weißen Arbeiter-Männer, die in Österreich nach wie vor die Mehrheit der Arbeiterklasse ausmachen, verunsichert sind und in den letzten Jahren *relativ* am meisten Einbußen hingenommen haben – dies auszuklammern und die Spaltung der ArbeiterInnen bzw. das FPÖ-Wählen rein mit Rassismus bzw. mit individuellen moralischen Verfehlungen zu erklären bedeutet, den Kapitalismus aus der Anklage zu entlassen. In dieser Hinsicht lohnt sich sogar ein Blick in die USA, denn bei allen Unterschieden, den zwei völlig verschiedenen Sozialsystemen, finden sich wesentliche Gemeinsamkeiten (manche Kommentatoren sehen den Wahlkampf *Hofer gegen Van der Bellen* als Test für *Trump gegen Clinton*).

In beiden Ländern hat sich der Anteil der ausländischen Bevölkerung seit den 90ern auf 15 Prozent verdoppelt, die Sozialdemokratie hat Reformen gegen die ArbeiterInnen durchgeboxt, die Rechten bedienen sich an MigrantInnen und Flüchtlingen für ihre Sündenbock-Politik, einige Arbeiter ziehen mit, wählen rechts und werden von den meisten Linken abgeschrieben.

Der Unterschied zu Österreich und zu Europa ist, dass sich der Wind betreffend des letzten Punktes zu drehen scheint – es gibt mittlerweile eine breite Diskussion unter Linken zur neuen Arbeiterklasse, mit sehr guten Beiträgen, die die oben genannten ideologischen Verschleierungen aus dem Weg räumen und konkrete Kampfmöglichkeiten in der jetzigen Klassenzusammensetzung aufspüren: neue Arbeiterkonzentrationen bilden sich in angeblich deindustrialisierten Regionen, immer mehr Leute fühlen sich »der« Arbeiterklasse zugehörig, die MigrantInnen bringen frischen Wind in die Organisierung, usw. Vor allem die deutschsprachige Linke kann hier viel lernen!

Was die österreichische Arbeiterklasse angeht, so wird sie in Zukunft ohnehin und unabhängig davon, welcher Bundespräsident und welche Partei an der Regierung die Krise verwalten, etwas internationaler zusammengesetzt sein – die vielen KollegInnen aus dem Ausland werden den Österreichern Möglichkeiten aufzeigen, ihre Fremdenangst zu überwinden. ■

Für einen internationalen Vergleich von Oppositionsbewegungen und neuen Parteien siehe: Susan Watkins: Oppositions, *New Left Review* 98, März/April 2016.

Siehe die BB zu *Sleeping Giant* in diesem Heft und zwei aktuelle Aufsätze im *Jacobin Mag*: Connor Kilpatrick: Burying the White Working Class, 13.5.2016 und Kim Moody: The State of American Labor, 21.06.2016; www.jacobinmag.com

Bewaffneter Konkurrenzkampf

Die Arbeiterklasse ist aufgerufen, sich selbst zu bekämpfen: Anmerkungen zu einer Rekrutierungskrise

Das Folgende ist die knappe Antwort auf eine begrenzte Frage, nämlich: »Sollte die Gewalt innerhalb der Arbeiterklasse von London, z.B. Riots, Ganggewalt und/oder ›islamistischer‹ Mikromilitarismus, als Krieg der Armen gegeneinander aufgefasst werden?«

Die kurze Antwort lautet »Nein«.

Krieg der Armen gegeneinander (oder *Krieg der Armen gegen die Armen*, *Bürgerkrieg der Armen*, …) ist:

- ein Begriff, der ein reales Phänomen zugleich übertreibt und vereinfacht. Der Konkurrenzkampf innerhalb der Klasse ist oft gewalttätig, manchmal tödlich, endlos von verbalen Attacken geprägt und immer von oben organisiert: der 500-Jahres-Plan der Besitzenden.
- ein Widerspruch in sich, wenn die sich bekämpfenden Gruppen »von Armen« als autonome, kriegerische Parteien begriffen werden und nicht nur als das Kanonenfutter anderer. Ein grundlegendes Element von »Krieg« wird hierbei nämlich ignoriert: Hat je eine Gruppe »von Armen« in einem organisierten Zerstörungsfeldzug *ausschließlich gegen andere Arme* gekämpft, wenn nicht unter dem Einfluss von Generälen oder einer anderen höheren Führungsebene?[1] »Die Armen« haben zwar schon oft eigenständig gekämpft, aber der Feind war jedes Mal eine Armee, gesandt von einer Abteilung »der Reichen«.

Das Folgende ist kein Versuch, die Beziehung von ArbeiterInnen in London zu Arbeit und Kapital im Allgemeinen ausführlich zu beschreiben; noch weniger soll revolutionäres Potential à la »Robin Hood« auf die »Gangs« projiziert werden. Der Unterschied zwischen »Gangkrieg« und Krieg – und die Fragwürdigkeit von »Gang« als analytischer/juristischer Kategorie – soll hier hervorgehoben werden, indem sowohl der Begriff Krieg als auch seine Nicht-Entsprechungen ernst genommen werden – also die vielen Fälle von übler, meist geschäftsbezogener Gewalt zwischen informellen Gruppen junger ArbeiterInnen. Es geht hier mehr um die offizielle Propaganda, die »Unternehmertum« als einzigen Ausweg aus dem vermeintlichen proletarischen Elend feiert, als um erzwungene Lohnarbeit, weil es eher diese Propaganda ist als die Realität, die die Business-Logik der »Gangkultur« widerspiegelt und zu ihr beiträgt, d. h. zur weder heldenhaften noch revolutionären Realität von Gangkultur, wie sie heute existiert. Ein großer Teil dieses Textes widmet sich der »Gangkultur«, weil die von einigen französischen Kommunisten – und mit gegenteiligen Motiven von vielen berühmten rassistischen Kolumnisten – vorgeschlagene Gleichsetzung von »urbanen Riots« und »bewaffnetem Islamismus« – zumindest in Bezug auf London – offensichtlich unsinnig ist.

Wer kann es sich leisten, gesetzestreu zu leben?

Kein Beweismaterial wäre weniger brauchbar als die urbanen Riots[2] in den USA 2014/15, in Großbritannien 2011 oder in Frankreich 2005[3], um zu zeigen, dass der gewalttätige Konkurrenzkampf unter den Proletariern einen »Krieg zwischen den Armen« darstellt. Einige ArbeiterInnen wurden durch Gewalt, die nicht von der Polizei ausging, schwer verletzt und einige wenige sogar getötet; die meisten Häuser, die in London *versehentlich* abbrannten, waren von armen Leuten gemietet; es waren Autos von Armen, aus denen die Barrikaden in Paris gebaut wurden usw. Bekannt sind auch die Geschichten von Gruppen in Frankreich, die sich über ihre muslimische Identität definieren, die die Auseinandersetzungen gewaltsam übernommen und nicht zu ihnen gehörende ortsansässige Proletarier und linke Aktivisten herausgedrängt haben. Es gibt keinen Grund, den vielen Berichten von hässlichen Schlägereien, Messerstechereien und Überfällen

[1] Dies ist kein historischer Essay, deswegen werde ich lediglich versuchen, ein paar wahrscheinliche Gegenargumente vorwegzunehmen:
a) Pogrome, Lynchmobs, die Vernichtung von »Ureinwohnern« durch Siedler: 1. So arm, wie sie auch sein mögen, diese Schlächter treten ihren Opfern nicht als »die Armen« entgegen. Sie töten, um ihre Privilegien zu verteidigen (oder zu erweitern). Oft richten sie sich gegen noch Ärmere, die sich billiger auf dem Arbeitsmarkt verkaufen. 2. Die Logik der offiziellen Politik benötigt diese Gewalt, selbst wenn hohe Beamte oft scheinheilig ihr Missfallen darüber äußern. Beide Punkte wurden in den Massakern an »ausländischen« Afrikanern durch südafrikanische Arbeiter 2008 offensichtlich, ebenso wie der Einfluss bürgerlicher »Generäle«.
b) Vorkoloniale Kriegsführung zwischen materiell »armen« »indigenen« Gruppen: Selbst dort, wo es keine Mehrproduktion von Reichtum gab (von dem die Könige von Aschanti, die aztekischen Priester etc. viel hatten), waren diese kriegführenden Gesellschaften Klassengesellschaften. Durch Vererbung, Priestertum oder Wahl an die Macht gekommene Aristokraten gelten alle als »Führungskräfte« im obigen Sinne. Wenn ein Anhänger von Graeber oder Sahlins dennoch einen Fall von wirklicher Klassenlosigkeit aufspüren sollte, dann hat er eben eine Ausnahme gefunden. Aber das ändert nichts

Einzelner nicht zu glauben. Allerdings sollte nicht vergessen werden, dass diese Dinge jede Nacht in den betroffenen Städten passieren; was aber nicht bedeutet, dass sie während eines Riots irgendeinem *kollektiven* Zweck dienen könnten. Darauf zu bestehen, dass all diese Fälle die kollektive oder »kriegsähnliche« Dimension des Riots *begleiten*, heißt NICHT, sie als »Kollateralschaden« abzutun. Es bedeutet nicht, dass sie »unwichtig« und schon gar nicht »durch die Umstände gerechtfertigt« waren. Es heißt einfach, dass Gewalt dieser Art entweder persönlichen, mit dem Riot in seiner Gesamtheit nicht verbundenen Zielen diente (beispielsweise die individuellen Angriffe) oder unbeabsichtigt war, wie dumm das auch gewesen sein mag (wie bei den Londoner Wohnblocks, die abbrannten, als die Geschäfte im Erdgeschoss angezündet wurden). Selbst der Versuch, die Barrikaden in den Banlieues zu »islamisieren« – in welchem Ausmaß, wenn überhaupt, er auch immer stattfand –, kann unmöglich so gedeutet werden, dass die dabei herausgedrängten Rioter die Polizei (im weitestmöglichen Sinne, was auch Schulen, Krankenhäuser und Geschäfte mit einschließt) als Hauptfeind abgelöst hätten.

Es ist sinnvoll, einmal kurz über die Gelegenheiten für ein konzertiertes Blutvergießen innerhalb der Klasse nachzudenken, die ein urbaner Riot bietet, und diesen hypothetischen Albtraum dem gegenüberzustellen, was wirklich geschieht. Die Ereignisse in London vor vier Jahren müssen denen anderswo nicht genau gleichen, um diesen Punkt zu verdeutlichen. Wie der »Krieg zwischen den Armen« ist auch der »Krieg der Jugendbanden« ein verklärender Name für etwas Reales: eine Mischung aus bewaffnet ausgetragenen informellen Geschäften, Rivalitäten um Kleinstgebiete sowie Kleingruppensolidarität und -selbstschutz. Das alles wird mit einer Gewalt durchgesetzt, die London für Jugendliche und junge Erwachsene aus der Arbeiterklasse zu einem gefährlicheren Ort macht als für alle anderen, die dort leben. Die Unvorhersehbarkeiten eines mehrtägigen Riots in der ganzen Stadt, der den normalen Gang der Dinge unterbricht und die Polizei kurzzeitig vertreibt, bot jeder »Gang« mehr als genug Möglichkeiten, mit Gewalt Rechnungen zu begleichen und den eigenen Status ihren Rivalen oder der gesamten Klasse gegenüber zu verbessern. Wer es gewollt hätte, hätte in »rivalisierende« Viertel einfallen können, denn die dort lebenden jungen Frauen und Männer waren auf den Straßen und die normalerweise allgegenwärtige Polizei wegen der Plünderungen abgezogen. Aber in diesem Moment, als es am einfachsten gewesen wäre, ist kein Teil der eigenen Klasse von den Riotern kollektiv angegriffen worden. Der koordinierte Angriff war gegen die offensichtlichen Feinde der Klasse gerichtet: den Staat und die militarisierte Schutzmauer, die viele begehrte Gegenstände umgibt.

Oder ein noch unwahrscheinlicheres Szenario: Wenn Teile der am Riot beteiligten Londoner Klasse eine Auseinandersetzung entlang der Grenzen von »ethnischer«, nationaler oder religiöser Identität hätten starten wollen, wäre auch das leicht gewesen. Aber über dergleichen wurde nichts berichtet.[4] Die Zusammensetzung der Rioter entsprach in etwa den verschiedenen Gruppen der Arbeiterklasse in den jeweiligen Vierteln[5]: Sie war nirgends nur weiß oder nur schwarz; in ein oder zwei Gegenden gab es einen etwas höheren Anteil an Leuten, die als »afrikanisch/karibisch« gelten.[6] In den Listen der Festnahmen in anderen Vierteln kommen wiederum andere aus statistischen Erhebungen bekannte absurde Kategorien häufiger vor (»weiß britisch«/›irisch«/»weiß europäisch«/»andere europäisch«/»asiatisch«/»südasiatisch«/»chinesisch/gemischt«). Tower Hamlets und Newham, die Arbeiterstadtteile Londons mit der anteilig größten muslimischen Bevölkerung gehörten außerdem zu den ruhigsten Vierteln.

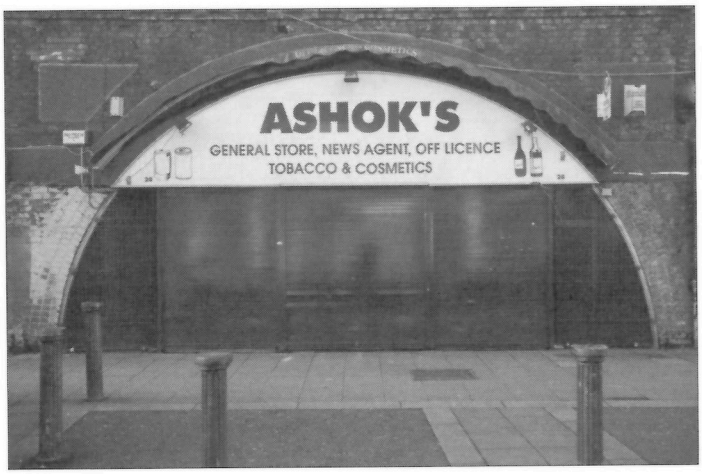
am Hauptpunkt, außer man nimmt an, »primitiver Kommunismus« könnte so aussehen wie die urbane Gewalt des 21. Jahrhunderts.

[2] Oder Aufstände, Revolten … In diesem Zusammenhang ist hoffentlich offensichtlich, dass der Begriff »Riot« hier keine negativen Nebenbedeutungen hat.

[3] Diese Liste endet hier aus praktischen Gründen und um längere Abschweifungen zu vermeiden, die die Unterschiede zwischen den verschiedenen Fällen erklären müssten. Aber die allgemeineren Punkte gelten zumindest für alle Riots der »Armen« in »reichen« Metropolen seit Brixton 1981 (das schließt LA 1992 mit ein). Fälle, bei denen politische Aktivisten die Hauptrolle spielten, wie in London 1999, Seattle 2000, Genua 2001 sind etwas anderes.

[4] Während des Riots in Birmingham ereignete sich ein Mord »zwischen den Rassen«, anscheinend aus persönlichen bzw. geschäftlichen Gründen. Birmingham ist für Spannungen zwischen einigen anglo-afro-karibischen und einigen anglo-asiatischen Gruppen innerhalb der Arbeiterklasse bekannt. Dieser Mord führte kurzzeitig zu einer aufgeregten medialen Deutung des Riots als Auseinandersetzung »zwischen den Rassen«, dadurch wurde der Riot aber nicht dazu.

[5] Mit »verschiedenen Gruppen aus der Arbeiterklasse« sind nur die »proletarischen Bevölkerungsteile eines



Viertels« gemeint, nicht die Bevölkerung ganzer »einheitlicher Arbeiterviertel«. Das ist wichtig, weil die Demographie der Rioter in keinem der betroffenen Gebiete der dort lebenden Gesamtbevölkerung entsprach. Die Londoner Innenstadt macht eine langsame (rassistische) »Säuberung von der Arbeiterklasse« durch, und momentan lebt in jedem dieser Viertel ein recht großer Anteil von (mehrheitlich weißen) Fachkräften und Vermögensbesitzern. Nach statistischen Begriffen sind selbst Tottenham, Brixton und Tower Hamlets historisch mehrheitlich weiß, aber die Klassenlage der »weißen« Bevölkerung hat sich drastischer verändert als die aller anderen Gruppen, und das nicht aufgrund individueller »sozialer Mobilität«, sondern durch den Zuzug von Kaufkraft.

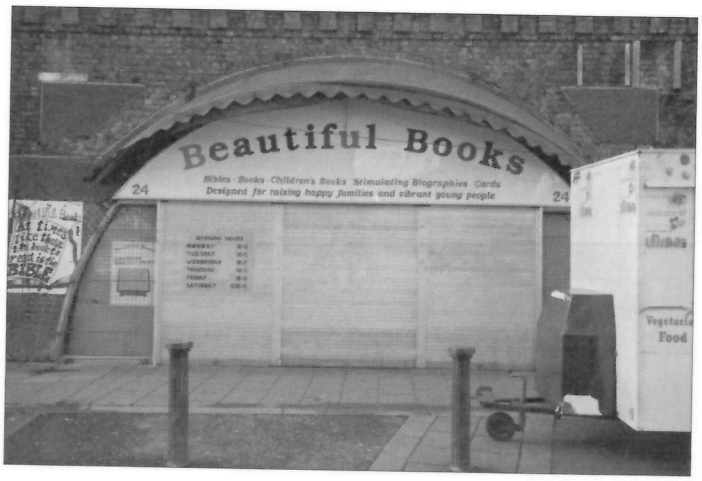
[6] Ich werde hier keine konkreten Gegenden nennen, weil das den falschen Eindruck erwecken könnte, dass der Riot in diesen Gebieten »ethnischer« gewesen wäre als in anderen. London hat keinen wirklichen »Rassenriot« mehr erlebt, seit weiße männliche Jugendliche 1958 einen in Notting Hill anfingen. Offensichtlich ist es für die Medien schwer zu verstehen, dass es eine von Schwarzen angeführte Aktion geben kann, die weder ausschließlich ethnisch noch auf bestimmte Identitäten fokussiert ist, obwohl es dafür deutliche Beispiele gibt. Jahrzehnte elender Versuche der »weißen«

Die andere übliche Spielart des Arguments »Riots sind der Krieg zwischen den Armen« ist die folgende: »Sie plündern und zerstören ihre eigenen *Communities*!« In dieser Version führen die Rioter tragischerweise Krieg gegen sich selbst, ob sie es wissen oder nicht, weil der Riot eine Form der Selbstschädigung ist. 2011 haben viele so argumentiert, oft in sicherem Abstand zum Geschehen. Da die Säuberung der Londoner Innenstadt von der Arbeiterklasse schon länger im Gange ist, hieß das in den meisten Fällen einfach: »Sie zerstören unser zukünftiges Eigentum!« Obwohl dieses Argument ablenkt und banal ist, sagt es doch einiges aus. Was bedeutet »Community« in diesem Zusammenhang und was soll damit passiert sein? Da es keinen Krieg innerhalb der Klasse gibt, geht es am Ende wieder um das nicht ausrottbare Parodox: »Gewalt gegen Eigentum«[7]. Die Bezeichnung von »schwerem Einbruch« und »Sachbeschädigung« als »Zerstörung der *Community*« macht leblose Objekte zu Mitgliedern der Gemeinschaft, es sei denn, man erklärt kommerzielle Immobilienfonds und die Aktionäre von Sport- und Elektronikketten zu virtuellen Gemeindemitgliedern. Aber alle, die Erfahrung im Nicht-Besitzen haben, könnten den Leuten, die derart besorgt sind, erzählen, dass etwas, das man nicht berühren darf, auch durch physische Nähe nicht zu Eigentum wird; und noch weniger wird es dadurch zu einem Teil des Kollektivs. Im Unterschied zu den Zuschauern, die über die »soziale Selbstschädigung« entsetzt sind, unterscheiden die tatsächlichen Zerstörer und Plünderer in einer feindlichen Umgebung immer genau zwischen zwei Sorten von Gegenständen: den einen, die man aus den sie umgebenden Mauern herausreißen und anschließend genießen kann, und den anderen, die man nur zerstören kann. In den herablassenden Reden von der »Selbstschädigung« werden Klamotten, Getränke und riesige Fernseher zu *nützlichen Mitgliedern der Community*, sobald sie mit Gewalt entwendet werden. Dasselbe geschieht weniger direkt mit allem, was durch »quantitatives Easing« von unten zu Geld gemacht werden kann. Aber die Diebstahlsicherung, durch die diese Gegenstände zu »Warenartikeln« reduziert werden, ist – ebenso wie die Fensterscheiben der *Workfare*-Wohltätigkeitsgeschäfte, die großkotzigen Prunkbauten und die Baureklamewände, die eine »atemberaubende Entwicklung« anpreisen – zu nichts nutze außer zur gewaltsamsten Umstrukturierung. Die Arbeit, die in ihre Produktion gepresst wurde, kann niemals wieder angeeignet, sondern nur *enteignet* werden, indem man ihren verhassten Gebrauchswert unbenutzbar macht. Die beim Anblick der Zerstörung betroffenen Zuschauer scheinen zu spüren, wohin diese *für sie selbst* führen könnte, wenn sie hartes Durchgreifen und Aversionstherapie als Heilmittel gegen die Selbstschädigung der *Community* vorschlagen.

Moral ist ein privater
und teurer Luxus (Henry Adams)

Also könnte die Antwort auf die Frage: »Stellen die Riots in London einen Krieg zwischen den Armen dar?« einfach »Nein« lauten. Damit soll nicht geleugnet werden, dass die stattfindenden sich überschneidenden und oft gewalttätigen Auseinandersetzungen die Form von »Intersektionalität« darstellen, die in London wie auch an vielen anderen Orten am deutlichsten sichtbar wird. Die Konflikte spielen sich sowohl auf persönlicher Ebene als auch zwischen kleineren und größeren Gruppen ab. Dabei werden gruppenbezogene, ökonomische und »identitäre« Bezeichnungen in jeder denkbaren Form vermischt.

Aber auch hierfür ist *Krieg zwischen den Armen* nicht der richtige Ausdruck. Es sei denn, der Begriff »Krieg« wird so weit gefasst, dass er nur noch ein großes Ausmaß an Gewalt, Unsicherheit und Angst



bezeichnet anstatt etwas, das in einer größeren kollektiven Dimension aufrechterhalten und organisiert wird. Zumindest in London ist die meiste Gewalt nicht durch einen systematischen Kampf zwischen größeren Gruppen der »Armen«, die sich eine bestimmte Identität zuschrieben, gekennzeichnet – vielleicht auch nur deswegen, weil die Feindseligkeiten ausufern und zueinander in Widerspruch stehen bis hin zur untersten Ebene.[8] Die internen Streitigkeiten und Scharmützel innerhalb »der Armen« stellen keinen Krieg dar, weil sie so zerstreut und orientierungslos sind. Leider gilt dasselbe auch für die Seite »der Armen« in der Auseinandersetzung zwischen den Klassen.

Außerdem ist jedes Gerede über die komplexen Feindschaften innerhalb der Klasse als einfache Tatsache oder frei schwebende Begründung für andere negative Dinge (z.B. eine endlose Reihe von Niederlagen im Klassenkampf) mehr als nutzlos. Denn damit wird der Konflikt innerhalb der Klasse auf ein Verhaltensproblem reduziert. Wenn die Art, wie »die Armen« leben, der einzige Grund für ihre kollektiven Niederlagen ist, wären Bootcamps auf der Tagesordnung: So rufen linke Kulturpessimisten nach der Intervention von Managern, Psychologen und Polizei, um die schlechten Subjekte zu bessern.

Solche psychosozialen Trainings, egal wie unterstützend oder »subversiv« sie gemeint sein mögen, verstärken den wirklichen, systemischen Grund. »Bewusstseinsbildung« ist schon lange durch »Aufbau von Selbstbewusstsein« ersetzt worden, wobei der *Erfolg* eines Mentors von »Risikojugendlichen« oder Langzeit-Sozialhilfeempfängern darin besteht, dass die Patienten an die »wirkliche Welt« angepasst werden, indem ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Rest ihrer Klasse erhöht wird. Bei AbsolventInnen einer Privatschule heißt das *Praktikum*. In der üblichen Vorstellung einer Gang *Aufnahmeritual*. (Die Konkurrenzfähigkeit, die juristischen Personen durch Geldkürzungen nach Art der Troika eingebleut wird, ist das Gleiche auf einer anderen Ebene.)

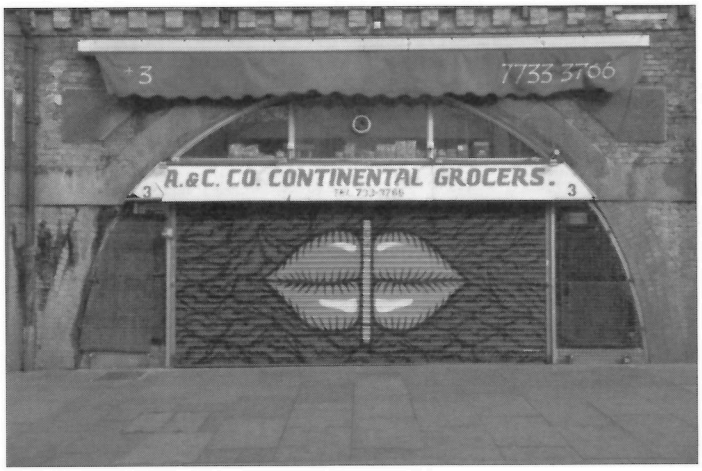
Natürlich gibt es einen ständigen Widerstand gegen diese Bevormundung. Die massenhafte Ablehnung spiegelt sich in der Panik der Wirtschaftslobbyisten vor einem »Fachkräftemangel« und im Versuch der Politik, die jungen Leute auszusortieren, die weder in Ausbildung sind noch arbeiten. Trotzdem scheint sich die »Konkurrier oder stirb«-Mentalität selbst unter denjenigen festzusetzen, die für Coachings nicht geeignet sind. Eine langsam wirkende Strukturpolitik hat sichergestellt, dass niemand, der »arm aufwächst«, es ertragen würde, das Leben seiner Eltern zu wiederholen. Jeder sucht einen »Ausweg«, und von überall ertönt die Maßgabe, dass die Ausgänge nur zu erreichen sind, wenn alle *geschlagen* werden, die dasselbe wollen. Man kann das individuell versuchen, indem man das Coaching annimmt und die Rivalen in Selbsterniedrigung übertrifft, oder semi-kollektiv in einer bewaffneten Bezugsgruppe. Als sich der Londoner *Evening Standard* dazu beglückwünschte, aus einigen »Ex-Bandenchefs« Unternehmer gemacht zu haben, gab er nebenbei das Offensichtliche zu: Es sind dieselben Führungskompetenzen, die auf diesen parallel verlaufenden Wegen ins Management benötigt werden.

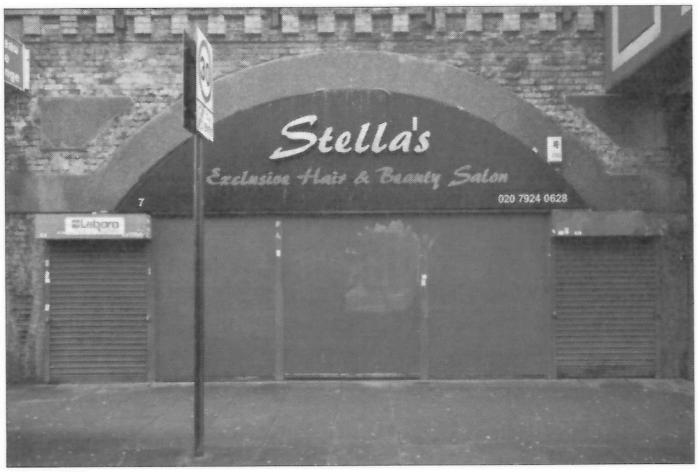
Dass das Konkurrenzdenken selbst die illegalen Formen des sozialen Lebens der Arbeiterklasse durchdrungen hat, heißt noch lange nicht, dass »die Armen« es auch ideologisch akzeptieren müssen. Dabei geht es keineswegs um Einstellungen, denn diese Doktrin ist von Technokraten gemacht; das heißt, sie ist hochpolitisch, ohne politisch zur Diskussion zu stehen: Sie ist eine Art »Naturgesetz«, das nur selbstmörderisch herausgefordert werden kann. Innerhalb dieser institutionellen Halluzination verbessert der maximale Wettbewerb auf jeder gesellschaftlichen Ebene – also bei jedem Schulkind, jedem Arbeiter, jedem Unternehmer, jedem Großkonzern

Linken, die schwarze Arbeiterklasse zu »führen«, sind zum Teil schuld daran, obwohl den Experten auch entgangen ist, dass es gar keine Unterschiede in der Handlungsweise größtenteils schwarzer, »gemischter« und hauptsächlich weißer Communities gibt, die an Riots beteiligt waren (z.B. Liverpool und Umgebung, Manchester).

[7] Außer man vertritt die Ansicht, dass die Polizei Teil der Communities ist. Denn nur sie wurden systematisch und kollektiv angegriffen (selbst die im Restaurant sitzenden Yuppies in Clapham und im West End kamen mit vielen Provokationen und ein paar Überfällen davon). Aber eine solche Behauptung würde selbst einen angepassten Reporter des BBC zum Grinsen bringen, nicht nur wegen der Masse an »loyalen Verstärkungstruppen von außerhalb«, die ab dem zweiten Tag nach London gebracht wurden, ganz nach den jahrhundertealten Regeln taktischer Kriegsführung. Die Autos der Verstärkung hatten Nummernschilder aus den »West Midlands«, »Greater Manchester« etc., also aus Orten, wo ihr Fehlen am dritten und vierten Tag für viel Vergnügen sorgte.

[8] siehe Abschnitt 3.





zunächst gegen sich selbst, dann gegen alle anderen, und ebenso bei Unternehmen, Branchen, regionalen/nationalen Kapitalblöcken, multinationalen Konzernen ... – die Position jeder Einheit auf dem nächsten Level in einem (Unter-)Nullsummenspiel, von dem am Ende jeder profitiert, der zum Verzicht auf »sofortige Befriedigung« bereit ist. Nur durch eine Personalpolitik, die an römische Gladiatoren erinnert, kann etwa Detroit, Indonesien oder auch PEMEX wieder wettbewerbsfähig werden gegen andere Städte, Staaten, Ölkonzerne und so weiter, bis hin zum »globalen Konkurrenzkampf« womöglich gar gegen neu entstehende (kapitalistische) Planeten.

Davon braucht natürlich niemand etwas zu glauben, aber die Sozialmanager, die selbst davon überzeugt sind (außer dem Teil, dass »jeder davon profitiert«), haben die letzten Jahrzehnte darauf verwendet, die Kosten für jeden ins Unerträgliche zu steigern, der dieser Doktrin zuwiderhandelt und nicht ihrer eigenen finanziell gut abgesicherten Klasse angehört. *Relative* Armut ist in der heutigen Zeit kaum zu meistern; jede Existenz, die nicht auf einem Vermögen basiert und sich auf einer steigenden Einkommenskurve bewegt, steuert auf eine zukünftige Katastrophe zu. Die wichtigsten materiellen Gründe hierfür sind bekannt: Einkommensunsicherheit und völlig überzogene Wohnkosten; Sozialleistungen und (Aus-)Bildung werden mit Disziplinierung verbunden; scharfes Vorgehen gegen kollektive Versuche, im Niedriglohnsektor mehr als ein bloßes Überleben hinzubekommen. Im Konkurrenzkampf zu versagen wird zum persönlichen Problem gemacht und damit unerträglich. Dies ist deswegen »persönlich«, weil man es alleine erlebt und dem nur auf Kosten anderer abgeholfen werden kann (bevor das die anderen auf deine Kosten tun); und es ist vor allem deshalb »persönlich«, weil Sozialeinrichtungen, Arbeitgeber und die offizielle öffentliche Meinung sich darin einig sind, dass es sich hier um ein Problem freiwilliger Selbstschädigung handelt. Du hast dir das selbst angetan und nun ist es an dir, dich *mehr zu bemühen* – oder du bekommst, was du verdienst.

Auf diese Weise wird die typische Konkurrenzangst der »Mittelklasse« demokratisiert und mit »den Armen« geteilt, die Vermögensbasis, die diese Angst abfedert, allerdings nicht.[9] Kommentatoren aus der Mittelklasse, die sich (auf die anglo-englische Art) vorstellen, dass Klasse eine Frage von Kultur sei, suchen liebend gern den Grund für die Gewalt innerhalb der Klasse und die allgemeine »soziale Misere« im Niedergang der Arbeiter-Identität (sprich: weiß, anglo-englisch), aber die Wahrheit ist wohl einfacher, als selbst Einfaltspinsel denken: In dem Rahmen, in dem der Begriff »Mittelklasse« überhaupt eine Bedeutung hat, meint er einfach, dass seine Mitglieder sich manchmal einen Ausweg aus der *normalen* strukturellen Gewalt des wirtschaftlichen Lebens erkaufen können. Jeder andere ist sich darüber bewusst, dass er gleichzeitig Opfer und Werkzeug der herrschenden Gewalt ist.[10]

Es überrascht deshalb kaum, dass die berechtigte Angst, *arm zu bleiben,* an vielen Orten auf einem Allzeithoch ist; ebenso wenig, dass direkte körperliche Gewalt innerhalb der Arbeiterklasse statistisch öfter vorkommt als in einer anderen Klasse oder zwischen den Klassen. Daran ist aber nichts Pathologisches. Die akute Angst vor chronischer Armut ist rational und die Schlussfolgerung, dass der einzige Ausweg der Konkurrenzkampf innerhalb der eigenen Klasse ist, ist »Common Sense«, wenn auch sorgfältig von oben genährt. Eine – möglicherweise oft wiederholte – Wahrheit ist, dass viele junge Proletarier versuchen, dem anerkannten Weg der Konkurrenz zu folgen und sich an die Regeln zu halten, in der Hoffnung, am Ende Kleinstkapitalisten oder Mittelständler zu werden. Andere kapieren jedoch, dass es sich um ein abgekartetes Spiel, eine Lotterie[11], handelt, einen Weg der Unterwerfung für Idioten, in der Hoffnung, einen ziemlich sicher unerreichbaren Preis zu gewinnen. Diejenigen, die das erkennen, aber trotzdem

[9] Unter den typischen Erfahrungen der Mittelklasse, die jetzt nach unten »demokratisiert« werden, finden sich: Bewerbungen und Arbeitsbeurteilungen mit Vorstellungs- und Vorgesetztengesprächen, psychometrische Tests, »Bewertung sozialer Kompetenzen« und Prüfung von »Lücken« im Lebenslauf, Karriere- und Statusangst, allgemeine Unsicherheit (wobei dieses Monopol immer eine Fantasievorstellung der Mittelschicht war), Aktienspekulation (durch die erzwungenen privaten Rentenversicherungen heute quasi verpflichtend: selbst denen, die sich dagegen entscheiden, wird ein Kredit an Fonds abgezwungen).

[10] Diejenigen, die sich herauskaufen können, sind trotzdem sowohl Werkzeuge der Gewalt als auch Diener der Werkzeuge. Aber das Beste, das sie sich erkaufen können, ist, nur noch aus der Ferne Knöpfe zu drücken.

[11] Der schreckliche Slogan von »1 Prozent« könnte auch den Anteil der Einsteiger bezeichnen, die in den anerkannten Spielarten des kapitalistischen Wettbewerbs je etwas gewonnen haben.

einen »Ausweg« suchen, finden ihn manchmal im informellen oder »kriminellen« Wettbewerb. Im Unterschied zur »legitimen« Option muss dabei *nicht immer* die Klassensolidarität aufgegeben und sich planlosen »Mentoren« aus der Mittelklasse unterworfen werden. Aber das war schon immer ein unbarmherziges, gewalttätiges Geschäft (in allen Bedeutungen des Wortes), und die meisten Opfer kommen aus der Arbeiterklasse. Es sind die *Regeln des Kapitalismus*, auf die man sich einlässt, und die »Anreize«, diese Regeln zu akzeptieren, wurden über Jahrzehnte von den Institutionen erzeugt.

Aber das Leben in der urbanen Arbeiterklasse ist eigentlich kein Schlachtfeld. Nur Politikberater, deren Kenntnis dieses Lebens gleich null ist, stellen sich etwas anderes vor. London ist eine Stadt mit über acht Millionen Einwohnern, mit jeder Menge Angst vor Armut, mit einer großen informellen / »kriminellen« Wirtschaft und einem langsam steigenden Niveau von individueller Bewaffnung (aber noch weit entfernt vom Waffenfieber auf dem amerikanischen Kontinent und in der Karibik). Die Anzahl der angezeigten »gewalttätigen Vorfälle« ist dementsprechend hoch. Es existieren jedoch keine vergleichbaren Zahlen weder über freundliche oder widerwillige Gleichgültigkeit noch über aktive Solidarität innerhalb der Arbeiterklasse, vor allem deshalb, weil diese Dinge stetig passieren und nicht nur Einzelfälle sind.

Wie gesagt ist die Stadt überproportional gefährlich für die proletarische Jugend, besonders jene, die nicht »weiß/europäisch« ist. Aber »Krieg« ist trotzdem nicht die richtige Bezeichnung für die wiederkehrenden, versprengten und manchmal tödlichen Scharmützel in einer Stadt, in der eine unspektakuläre Solidarität in der Nachbarschaft alltäglich ist, trotz aller Angriffe von oben auf nicht konkurrenzorientiertes soziales Leben. Informelle urbane Solidarität und die politischen Angriffe dagegen sind so weit verbreitete Erfahrungen, dass es unnötig ist, sie hier mit Anekdoten zu belegen. Aber es ist wichtig, daran zu erinnern, dass diese Praktiken nicht angegriffen würden, wenn sie nicht so störrisch überleben würden. Die allgegenwärtigen Kampagnen, sich gegenseitig zu verpfeifen, gibt es nur, weil die Polizei angesichts des Mangels an Informanten verzweifelt. Der Widerstand gegen die Räumung von Arbeiterwohnungen in London war massiv (wenn auch nur selten erfolgreich), teilweise weil sich die Leute weigerten, auseinandergerissen zu werden, auch wenn ihnen neue Wohnungen angeboten wurden. Gentrifizierung als Begriff für »Säuberung von der Arbeiterklasse« ist schon lange kein Ausdruck mehr, den nur linke Aktivisten benutzen. Die Angst vor der Armut zeigt sich bei den Armen manchmal in verächtlichem Reden über andere arme Menschen, deren Schicksale als die schlimmsten gelten: Obdachlose; alternde »Nichtsnutze«, die »den ganzen Tag kiffen« und »nie versucht haben den Block zu verlassen«; die sichtbar geistig Verwirrten etc. Aber diese Verachtung ist nichts im Vergleich zum verbalen Hass, der sich von oben auf die ganze Klasse ergießt. Die Vermögenden stechen normalerweise nicht mit dem Messer aufeinander ein, weil sie das nicht nötig haben, und sie riskieren es nur sehr selten, die Klasse, die sie verachten, auch körperlich anzugreifen (selbst wenn einige sich einen Lynchversuch zutrauen, wenn sie betrunken sind und sich gute Chancen ausrechnen). Aber ihre verbale Boshaftigkeit nach unten spiegelt die wirkliche Verteilung der Gewalt ganz genau, wenn man sich nur bewusst macht, dass die direkte Gewalt zwischen Personen nicht die einzige Form von Gewalt ist.

Die neuen Schrecken des Friedens

Seit 2005 oder schon früher ist es üblich, große Teile der französischen Arbeiterklasse als polarisiert zu bezeichnen: »AraberInnen« und schwarze AfrikanerInnen unter der Hegemonie militanter Muslime auf der einen Seite, der Rest auf der anderen. *Falls* eine solche Polarisierung in Frankreich existiert, entspricht sie in keiner Weise der Situation in London. Damit soll jedoch das Folgende nicht geleugnet werden:

(a) Feindseligkeiten innerhalb der Klasse manifestieren sich in London oft als (Selbst-) Zuschreibung von »ethnischen«, »nationalen« oder religiösen »Identitäten«. Natürlich tun sie das – aber trotzdem machen sich JournalistInnen und SoziologInnen zum Narren, wenn sie versuchen, die Feindseligkeiten entlang dieser Linien darzustellen, besonders wenn sie dabei eine Verbindung von verbaler Selbstvergewisserung und körperlicher Gewalt herstellen wollen. Die Experten unterschätzen unter anderem immer folgende Punkte:

- Konkurrenz und Gewalt aus Gründen, die nichts mit Identität zu tun haben, zwischen Personen, die bestimmte von Experten identifizierte »Identitäten« lautstark verteidigen
- Gewalt zwischen Personen *derselben* anerkannten Identität, entweder aus »statistisch unbedeutenden« Gründen (persönliche Animositäten, Loyalität aus Freundschaft, Anspruch auf Kleinstgebiete, Unterabspaltungen von der Gruppe …) oder weil die zugeordnete Identitätsgruppe gar keine war, nicht mal in der »traditionellen Kultur« (in den guten Berichte über die von MuslimInnen angeführten, aber nicht religiös motivierten Riots von

[12] Weil es sich beim Mythos der »Gangkultur« um einen Spiegel der sozialen Realität handelt, könnten die gängigen Klischees hier von Interesse sein. Es ist bezeichnend, dass die Verunglimpfung von nicht integrierten, »extremistischen« Muslimen und von »Gangjugendlichen« in den Medien sich so selten überschneidet. Und eine weitere Klarstellung: Trotz der schrittweisen Annäherung zwischen dem islamisch-orientierten türkischen Kapitalismus und der MHP/den grauen Wölfen – von denen einige jetzt als staatlich finanzierte »turkmenische« Milizen in Nordsyrien kämpfen – besteht keine Verbindung zwischen den rechten türkischen Gangs in Nordlondon und dem öffentlichen politischen Islam der »Hizb ut Tahrir«-Gruppen, die großenteils bengalisch geführt und in anderen Teilen Londons konzentriert sind. Die vielen linken (d.h. leninistischen) türkischen und kurdischen Gruppen in Nordlondon und ihre angeblichen Überschneidungen mit der »Gangökonomie« sind hingegen eine ganz andere Geschichte, die zu komplex ist, um hier viel dazu zu sagen, außer der offensichtlichen Feststellung, dass sie nichts mit einer »Islamisierung« zu tun haben.

2001 in Bradford und anderen Orten wurde der Mythos der einheitlichen »asiatisch-muslimischen Community« zerstört, was aber fast niemand bemerkte)

- widersprüchlichere und ausdifferenziertere Lebenswege als die der ExpertInnen selbst: verschiedene sich überschneidende »Identitäten«, Allianzen, materielle Notwendigkeiten oder der vollständige oder teilweise Bruch mit diesen.

(b) Man kann nicht davon abstrahieren, dass die Konflikte innerhalb der Klasse so gewaltsam rassistisch zugespitzt sind, wie sie es immer waren. Nur »weiße« IgnorantInnen können so tun, als wäre das nicht so und Unterschiede der Hautfarbe würden keine Rolle spielen. Die *normale* Funktionsweise aller Institutionen, die das proletarische Leben verwalten, ist strukturell rassistisch: Das gilt für Polizei/Justiz, soziale Einrichtungen, Erziehungs- und Bildungswesen, Wohnungsämter und -verwaltung, Gesundheitsversorgung (besonders Psychiatrie), den Arbeitsmarkt insgesamt und ganz offensichtlich die Einwanderungskontrolle. Die offiziellen Kampagnen haben leichte Tabus gegenüber *einigen* öffentlichen Ausdrucksformen von psychologischem Rassismus geschaffen. Aber indem sie Rassismus als individuelles Vorurteil gegen bestimmte Hautfarben definiert und so pathologisiert haben, haben sie letztlich den institutionellen Rassismus legitimiert. Diese Politik hat die Institutionen im Voraus entlastet und gleichzeitig die verleumderische Auffassung verstärkt, dass »rückständiger«, krankhafter Rassismus vor allem in der Arbeiterklasse auftritt. In Wahrheit ist das Gegenteil der Fall. Die Diffamierung von MuslimInnen, die als religiös einheitlich, ohne Klassenunterschiede und oft gar Rasse oder »ethnische Gruppe« dargestellt werden, ist meist von antirassistischen Tabus ausgenommen, sofern sie in Begriffen von »Kultur« und nicht biologisch formuliert wird. Mittelklasse-Spießbürger mit nur wenigen muslimischen Nachbarn machen bei weitem am meisten Gebrauch von dieser Ausnahme.

(c) Gut organisierte, wohl von den Golfstaaten finanzierte wahhabitische religiös-politische Organisationen sind heute in einem Maß einflussreich, das vor zwanzig Jahren unvorstellbar war. In Teilen von London – und wohl auch von Birmingham und kleineren Städten in der Umgebung von Manchester – ist der »sunnitische Islamismus« in einer lose wahhabitischen Spielart mit seiner bürgerlichen Politik in bestimmten Institutionen einflussreich (besonders in den Stadträten) und wird von jungen Arbeitern als Ideologie angenommen. Die Idee islamistischer Milizen zieht gerade so viele von ihnen an, um einen spärlichen Zufluss an Rekruten für den aktuellen Krieg in Syrien und im Irak zu gewährleisten und ein paar symbolische Attentate in England durchzuführen.

Es steht aber fest, dass sich diese »islamistische« politische Kultur (und ihr romantisierter militarisierter Teil) kaum mit der sozialen Basis der letzten größeren Riots oder der bewaffneten informellen (»Gang-«)Ökonomie überschneidet. Das heißt nicht, dass es keine Gangmitglieder oder Gangs gäbe, die sich selbst als Islamisten sehen, aber sie sind höchstens marginal.[12]

Diese rechten Gruppen sind vielleicht die einzigen bürgerlichen politischen Parteien (eine Definition, die sie ablehnen würden, die aber im nicht parlamentarischen Sinn von Partei trotzdem zutrifft), die aktiv von proletarischen Jugendlichen unterstützt werden, wenn auch das Ausmaß und die Kontinuität dieser Unterstützung von außen nicht abgeschätzt werden können.

Außerdem gibt es noch »Jugendbanden« in den Stadtvierteln, die sich stark mit einem streng sunnitischen Islam identifizieren und gelegentlich versuchen, ihn »durchzusetzen«. Aber die Vorstel-

lung von einer Hegemonie des politischen Wahhabismus über die bengalisch-sunnitischen Jugendlichen und erst recht über Muslime aller Richtungen und Klassen oder gar über die gesamte »nicht weiße« Arbeiterklasse ist absolut lächerlich. Nur einige wenige Anti-Islam-Fanatiker fassen alle MuslimInnen auf diese Weise zusammen, und die, die diesen Fanatismus innerhalb des sozialen Lebens der Arbeiterklasse (und nicht in den bürgerlichen Medien oder in der Politik) in die Praxis umsetzen, sind ihrerseits eine kleine, wenn auch sehr gewalttätige identitäre Sekte. Auch sonst gibt es keinen breiten, identitätsorientierten Teil der Klasse, der auch nur davon träumen würde, eine solche Dominanz zu entwickeln, und schon gar nicht auf eine politische Weise. Die Widersprüche zwischen »internen« Unteridentitäten in den einzelnen Gruppen sind viel zu stark, und »externe« Überschneidungen mit dem Rest der Klasse sind viel zu weitreichend und komplex.

Religiöse oder kulturelle Identitätsansprüche können leicht eine schlechte Politik untermauern, aber sie stehen damit nicht automatisch mit dem Klassenkampf in Konkurrenz um die unsterbliche Seele der Arbeiter, aus dem einfachen Grund weil Klasse *nie* eine kulturelle Identität darstellt.

Auf die Wähler aus der Arbeiterklasse hören

Die eine Spielart bürgerlicher rassistischer Rhetorik, die in der Arbeiterklasse Verbreitung findet (meist durch »Weiße«, aber manchmal auch durch »Schwarze« oder »andere« gebürtige Londoner), ist (bisher) hier nur selten in Gewalt umgeschlagen und *geht auf die wirtschaftliche Konkurrenz untereinander zurück*. Um selbst fast so grob zu verallgemeinern, wie es hier kritisiert wird: Eine Abneigung gegen »Ausländer« aus *kulturellen* Gründen (meist begleitet von der strikten Zurückweisung, dass dies mit Vorurteilen wegen der Hautfarbe zusammenhänge) – wegen der angeblichen »Verwässerung der ›nationalen Identität‹«, der »Verweigerung von Integration« … – wird meist von *der* Klasse geäußert, die sich um kaum etwas anderes sorgen muss als um die Kultur. Daher werden solche Meinungen über »Ausländer« nicht mit antirassistischen Tabus belegt. Die an der Oberfläche ähnliche Stimmung unter den »Armen«, die vermutlich einen britischen Pass besitzen, dreht sich oft um die fehlgeleitete *materielle* Angst vor »ausländischer« Konkurrenz am unteren Ende des Arbeitsmarkts und um die wenigen Mittel, die der Staat überhaupt noch widerwillig verteilt. Wenig überraschend wird dieses Gerede von Politikern unterstützt, die erleichtert die Schuld für die Zerstörung proletarischer Lebensbedingungen auf den »demografischen Druck« (also die »ausländische Invasion«) schieben können. Sie wollen die großteils vom »Aufeinanderprallen der Kulturen« unbewegte multinationale lokale Arbeiterklasse entlang dieser Grenzen spalten. (Dass der Lohndruck und der Entzug staatlicher Versorgungsleistungen real und nicht durch Migration erzeugt ist, muss hier nicht nochmal erklärt werden.) Die Bereitschaft *einiger* ArbeiterInnen, »den AusländerInnen die Schuld zu geben«, wird gerne von der Klasse aufgegriffen, die von diesem Glauben profitiert. »Auf die Wähler aus der Arbeiterklasse zu hören« ist heute ein parteiübergreifender Code dafür geworden, die unbarmherzige Migrationspolitik noch weiter zu verschärfen. Die Liberalen auf den Chefetagen machen das Ganze noch schlimmer, wenn sie genauso oft wie ihre Gegner das nationale »Wir« bemühen und die Migration »feiern«, weil sie die »Vielfalt« erhöht (als sprächen sie von Restaurants oder von Tierarten) und dem Kapital nützt. Besonders loben sie dabei, dass man so die fehlenden »Fachkräfte« finden kann.

Die Feindseligkeit gegen »Ausländer« hat London keinesfalls vollständig durchdrungen, dort ist das Proletariat nicht von Engländern dominiert und das dichte Netz sozialer Verbindungen macht das nationale »Wir« zum Witz. Aber diese Feindseligkeit lebt auf einer bestimmten Ebene weiter und nährt eine permanente Angst bei allen, die von der staatlichen Überwachung der Migration betroffen sind, eben weil die Feindseligkeit aus dieser Macht entspringt und sie noch verstärkt. Die Folgen für die Neuzusammensetzung der Klasse sehen düster aus; aber um es noch einmal zu wiederholen, dies ist *kein* Krieg innerhalb der Klasse, weil die Struktur des urbanen proletarischen Lebens dem komplett entgegensteht; und er kommt *nicht* »von den Armen«, weil die dahinterstehende Maschinerie und Interessen komplett die einer anderen Klasse sind. ■

Knastkämpfe in den USA

Seinen letzten Ausdruck findet das Gesetz nicht in der Ordnung, sondern im Gefängnis.
George Jackson, Blood In My Eye (1971)

Noch vor nicht allzu langer Zeit wusste man in den Vereinigten Staaten, dass Kriminalität sich in Abhängigkeit von Armut vollzieht. Man wusste es nicht nur. Es war auch in der Berichterstattung, der Gesetzgebung und der Justiz Allgemeingut. Mit diesem Wissen ging es irgendwann während der Carter-Administration zu Ende. Das Hinscheiden kündigte sich im Erscheinen der Schrift *Thinking about Crime* von James Q. Wilson an, wo der Autor zum ersten Mal die Theorie von den ›zerbrochenen Fenstern‹ veröffentlichte.[1] Sie besagt, dass kleine Verstöße gegen die öffentliche Ordnung hart geahndet werden müssen, um Verbrecher von größeren Verstößen abzuhalten. Es drehte sich alles um Ökonomie, in letzter Hinsicht. Ansteigende Kriminalitätsziffern, desolate öffentliche Haushalte, bankrotte Städte, Stagflation, wilde Streiks und unbotmäßige Jugendliche waren alles, womit Johnsons *Great Society* protzen konnte.

Die liberalen Demokraten standen waffenlos da, was angesichts ihrer Sündenliste in Sachen Krieg als gutes Zeichen hätte verstanden werden können. Übrig geblieben aus dem jahrzehntealten Reform-Programm war einzig Moynihans »Knäuel der Pathologien«. Kombiniert mit der Strafbesessenheit des erneuerten Anti-Drogen-Kriegs der Reagan-Administration ließ diese Agenda für Sozialkritik nach Machart der späten 1960er/frühen 1970er Jahre keinen Raum. Der Bodensatz der an sich schon ekelhaften Mixtur bildet nun das Ferment für ein giftiges eugenisches Gebräu aus evolutionärer Psychologie, Epigenetik und behaviouristischer Volkswirtschaftslehre – komplett mit eigenem reformorientiertem Kurzprogramm:

- Wiedereinführung der Todesstrafe 1976, nach vier Jahren Verfassungswidrigkeit[2]
- Im Bundesstaat New York 1973[3] die Einführung zwingender Mindeststrafen für den Besitz von Rauschmitteln durch den Gouverneur Nelson Rockefeller, Vorbild für das US-Gesetz von 1986 über den Missbrauch von Rauschmitteln mit seiner schändlichen Regelung darüber, dass ein Gramm Crack in der Bestrafung 100 Gramm Kokain, damals noch eine Reiche-Leute-Droge, entspricht;
- Bill Clintons Mantelgesetz zur Kriminalität von 1994, das erheblich zur fast erreichten Verdopplung der Anzahl von US-GefängnisinsassInnen seit 1992 beigetragen hat[4];
- Bill Clintons Höchstgrenzen der Dauer öffentlicher Sozialfürsorge vermittels Einführung einer vorübergehenden Hilfe für Familien in Not[5];
- Reagans, Bushs und Clintons harte Bedingungen für den Zugang und die Nutzungsdauer öffentlichen Wohnraums;[6]
- Gefängnisartige Zwangsschulen für Kinder von schwarzen oder Latino-Eltern[7];
- Gemeinnützige, gewerkschaftlich nicht organisierte, auf mildtätige Sponsoren ausgerichtete Lehrer-Milizen, unerfahrene College-Abgänger mit dem besten Willen, sich der »Gemeinschaft erkenntlich zu zeigen« und zugleich Lehrer-Gewerkschaften ebenso zu unterminieren wie öffentliche Anstellungsverhältnisse[8];
- Brutale Polizeimethoden, passend zum »Krieg gegen Drogen«;
- Panzerfahrende, mit Granatwerfern und M16 gerüstete Polizeitruppen in Schulen.[9]

Über den letzten Punkt ist es zu Auseinandersetzungen gekommen: SchülerInnen in der »Vereinigten Schulregion von Los Angeles« konnten herausfinden, dass die für ihren Schulbezirk zuständige Polizeidienststelle, die »Schulpolizei Los Angeles«, diese Waffen vom US-Verteidigungsministerium erhalten hatte. Sie zwangen die »Schulpolizei Los Angeles« , alle Ausrüstungen an das Verteidigungsministerium zurückzugeben und sich in aller Form aus dem »Verwendungsprogramm 1033 für überschüssige militärische Rüstungsgüter« zurückzuziehen![10]

Irgendjemand hat einmal behauptet, das Gefängnis bilde die wichtigste und am wenigsten verstandene Subkultur in den Vereinigten Staaten. Vielleicht war es George Jackson, der »lebenslänglich« bekam, weil er in einer Tankstelle siebzig Dollar geraubt hatte, aber genau weiß ich es nicht mehr. Man denkt daran, weil die Gefangenen vor der Zeit, als die Rehabilitation von der Agenda gestrichen wurde, bessere Möglichkeiten hatten, die Fähigkeit zum

[1] Siehe George L. Kelling and James Q. Wilson, »Broken Windows,« The Atlantic, März 1982.

[2] Gregg v. Georgia, 428 us 153 (1976), https://en.wikipedia.org/wiki/Gregg_v._Georgia.

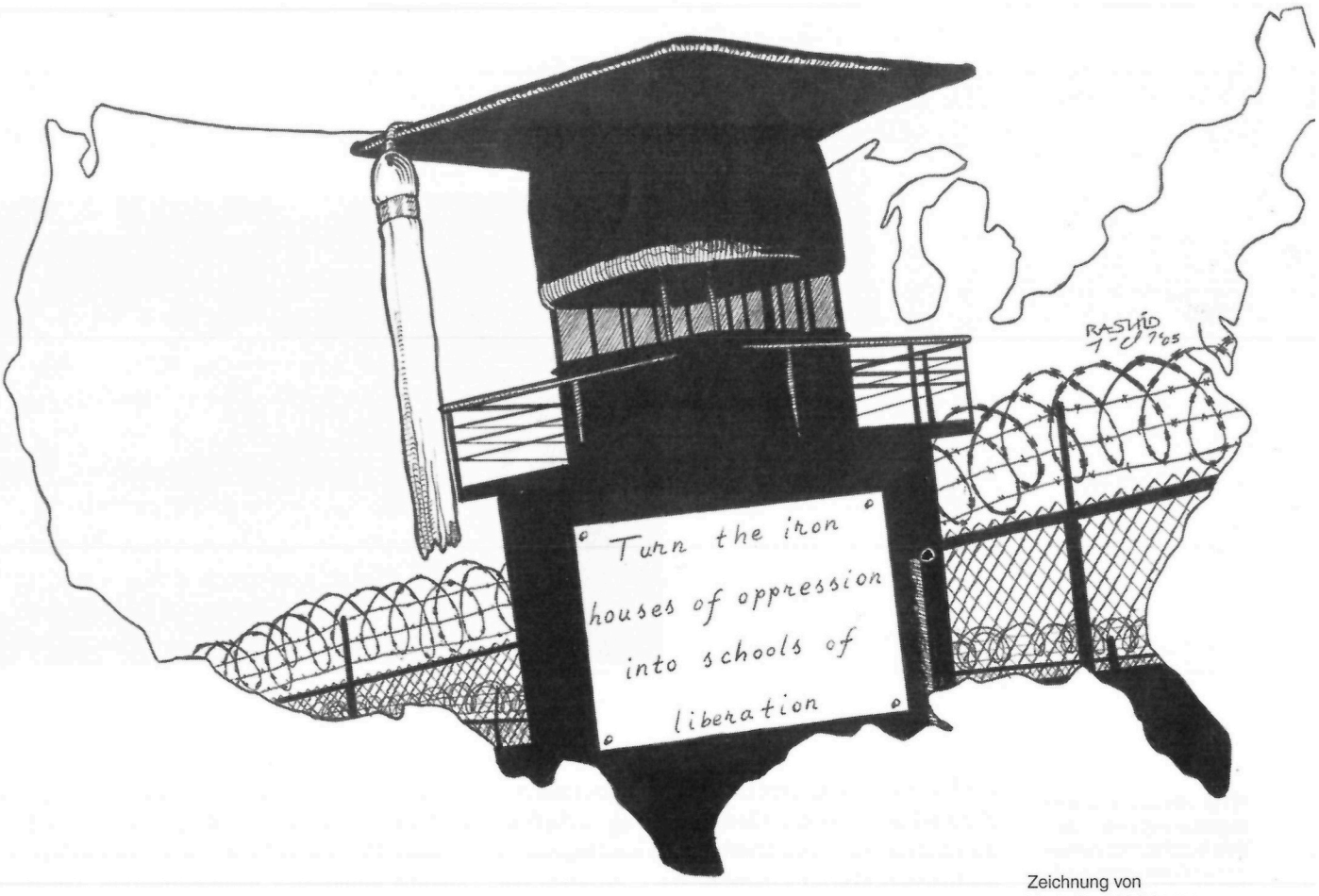
[3] Die »Rockefeller Drug Laws,« https://en.wikipedia.org/wiki/Rockefeller_Drug_Laws.

[4] Nach »Prisoners in 1992«, Bureau of Justice Statistics Bulletin; die Anzahl der Gefangenen in einzelstaatlichen und Gefängnissen des Bundes lag 1992 bei 883 593, Ortsgefängnisse nicht mitgerechnet. »Prisoners in 2014«gibt an, dass es 2014 1 561 500 einzelstaatliche und Bundes-Gefangene gab, wiederum Ortsgefängnisse nicht mitgerechnet.

[5] Die Vorschriften gestatten Unterstützungen mit Dauer von 60 Monaten; einzelstaatliche Regelungen können hiervon nach unten abweichen.

[6] Vgl. »Alcohol, Drug, and Criminal History Restrictions in Public Housing«, Cityscape 3, vol. 15 (2013).

[7] Siehe »KIPP: The Kids in Prison Program,« ein Artikel auf der Webseite *Weapons of Mass Deception*. KIPP, der größte Betreiber privater, staatlich finanzierter Schulen, hat seine Pädagogik buchstäblich auf neuere CIA-Foltertechniken gestützt, wie sie in Guantanamo angewandt werden, und dies ohne alle Übertreibung.



Zeichnung von
Kevin Rashid Johnson

Schreiben zu erwerben und selbständig zu sprechen. So konnten die Leute außerhalb mitbekommen, was sie zu sagen hatten. Beispielsweise stellten im Juni 1971 Strafgefangene aus dem Knast Attica State (im Norden des Staates New York) ein Soziologie-Seminar auf die Beine, das sie selbst leiteten. Dies wiederum führte zur Gründung einer Gruppe, die sich Attica Liberation Faction nannte. Einen Monat später, im Juli 1971, machte die Gruppe mit Forderungen an den Gouverneur Nelson Rockefeller und an die Aufsichtsbehörde für Strafgefangene im Staat New York auf sich aufmerksam. Sie handelten so im bewussten Anschluss an eine Forderungsliste, die 1970 von Gefangenen in der Strafanstalt Folsom State vorgelegt worden war. Die Gefängnisleitung reagierte mit gesteigerten Schikanen, Beschneidung erworbener Rechte und Verweigerung des Gesprächs mit den Strafgefangenen.[11] Das berühmte Experiment von Stanford Prison, 2001 verfilmt im Streifen *Das Experiment* von Moritz Bleibtreu, wurde am 20. August 1971 abgeschlossen. Einen Tag später fand George Jackson bei einem Ausbruchsversuch den Tod durch Knast-Bullen von San Quentin. Landauf, landab wurde in Gefängnissen die Arbeit niedergelegt. Attica trat am 22. August einen Tag lang in Hungerstreik und in eine »rassenübergreifende« Demonstration. Die beim Demonstrieren neuentdeckte Solidarität gab ihnen den Mut, in die Offensive gegen die Gefängnisleitung zu gehen, die das Gespräch über die Forderungen der Gefangenen verweigerte. Sie besetzten zunächst den Flügel der Anstalt, der als Krankenstation diente. Als die Wachen versuchten, sie zurückzutreiben, dehnten sie die Besetzung für fünf Tage auf das gesamte Gefängnis aus. Rockefeller schickte die Nationalgarde, um die Strafanstalt gewaltsam zurückzuerobern. Zehn Geiseln aus dem Wachpersonal und 29 Strafgefangene fanden dabei den Tod.

Es hat kein Ende gefunden. Keineswegs geht es sich nur um »Kriminalität« und pathologische Kulturformen. Es geht eigentilch um Wirtschaftsbeziehungen, und der Sache nach sind sie es immer gewesen. Denkt an den NAFTA-Vertrag, eine weitere von Bill Clintons üblen Hinterlassenschaften. Das Vertragswerk hat Lateinamerika mit billigen landwirtschaftlichen Produkten überflutet, was frühere Bauern veranlasst hat, wirtschaftliche Chancen in *El Norte* zu suchen oder zur Kultivierung von Gewächsen überzugehen, die lukrativer, aber weniger legal sind. Diese müden, armen, zusammengewürfelten Massen, denen es gelingt, die Grenze zu überqueren, finden nicht nur Hoch- und Tiefbau, Fleischverarbeitung, Landschaftsgärtnerei, Hausmeistertätigkeit, wie überhaupt alle möglichen und unmöglichen Beschäftigungen, sondern auch La Migra: die Vollzugsbehörde für Einwanderung und Zoll (ICE). Gelegentlich tritt La Migra just dann in Erscheinung, wenn Arbeitskräfte bessere Behandlung fordern oder höhere Löhne. So jedenfalls war es zum Beispiel mehrfach bei den Fleischpackern.[12]

In vielen Staaten, unter ihnen Texas und Arizona, erleben Arbeitende, dass die ICE zum Vollzug

[8] Chad Sommer, »Teach For America's Pro-Corporate, Union-Busting Agenda,« Salon, January 13, 2014. Es ist natürlich reiner Zufall, dass Wendy Kopp, die Leiterin von *Teach For America*, mit dem Leiter der KIPP-Stiftung, Richard Barth, verheiratet ist. KIPP macht von diesen Lehrern massiv Gebrauch.

[9] Adrian Kudler, »Why Does the LAUSD Have 3 Grenade Launchers and a Tank?« auf der Webseite *LA curbed*.

[10] Eric Mann, »How We Got the Tanks and M16s Out of LA Schools«, Counterpunch, 20.5.2016.

[11] »Attica 1971: Setting the Stage for a Prison Revolt«, US Prison Culture, 27. Juli 2011.

[12] Vgl. Überblick zu den Razzien gegen Fleischpacker von 2006 auf der Webseite *Daily Kos*, »Immigration raids more about union busting than law enforcement« Der Artikel enthält eine Menge Links zu einer Vielzahl von Informationen über den sechs Staaten weiten »Heimatsicherungseinsatz«.

der Einwanderungsgesetze örtliche Behörden mit Zuständigkeit für den Gesetzesvollzug in Auftrag genommen hat – von Sheriff-Stationen bis hin zu städtischen Polizei-Dienststellen.[13] Arizona hat dieser Praxis durch eigene Gesetzgebung ein neues Niveau verschafft.[14] Im Fall ihrer Gefangennahme werden solche Arbeiter in Sondergefängnisse geworfen, wo sie wie normale Strafgefangene behandelt werden, nicht unähnlich jenen normalen Sträflingen, die in alten Tagen als unqualifizierte Arbeitskräfte aneinandergekettet wurden. Zur Abwechslung werden sie auch heute noch auf der Parchman-Farm und der Farm Angola in Louisiana als Landarbeiter eingesetzt, gleichfalls als Dienstleistungskräfte in unterschiedlichen industriellen Verwendungen, wo sie Flugreservierungen bearbeiten und sonstige Call-Center-Tätigkeiten ausführen, mit der Herstellung von Textilien oder Nummernschildern beschäftigt werden oder öffentliche Gebäude reinigen und versorgen, wie Strafanstalten, privatwirtschaftliche Verwaltungsgebäude und auch privat geführte Gefängnisse.

Nicht nur, dass es mit all dem kein Ende hat, sondern ein neues Kapitel wurde aufgeschlagen. Im ununterbrochene Kampf der US-amerikanischen Strafgefangenen um Erhaltung und Stärkung ihrer Menschenwürde spielen Kämpfe um ihrer Arbeit vermehrt eine Rolle. Diese vernetzen sich bewusst mit verwandten Bestrebungen außerhalb der Gefängnismauern, und scheinen immer mehr an Kraft zu gewinnen im Einklang mit den traditionellen Kämpfen der Gefangenen um ihre Menschenwürde. Beifolgend eine kurze Chronik[15]:

Dezember 2008: Der Aufstand von »Motin«

Der erste in der neuen Welle von Gefängnis-Streiks und Knast-Aufständen begann im Dezember 2008 in der Stadt Pecos, Texas, 60 Meilen (ca. 100 km) entfernt von der »Chihuahua«-Grenze, im Reeves County Detention Center, eine der US-Bundesregierung unterstellte, eingewanderten Arbeitskräften gewidmete Gefängniseinrichtung, die von der Firma *GEO Group* betrieben wurde. Ein epileptischer Insasse namens Jesus Manuel Galindo starb in Einzelhaft an einem Anfall, nachdem er selbst und Freunde um seine Entlassung aus der Einzelhaft nachgesucht hatten und ihm medizinische Hilfe versagt worden war. Als Antwort auf seinen Tod erhoben sich die Eingeschlossenen und brannten einen Teil der Anlage nieder. Die Firma GEO gab ihrem medizinischen Subunternehmer die Schuld. Die Gefangenen wehrten sich und randalierten im Januar 2009 fünf Tage lang, was zu Schäden im Wert von 20 Millionen US-Dollar führte.[16]

Dezember 2010: Georgia und die United Nations Against the Machine (UNAM)

Eine »rassenübergreifende« Koalition aus Crips, Bloods, Muslims, Aryan Nation und Latino-Gefangenen öffnete die Bühne für den größten Gefängnis-Streik in der Geschichte der Vereinigten Staaten. Verweigert wurde das Verlassen der Zellen und die Arbeit. Zehn von 78(!) Gefängnissen im Staat Georgia nahmen teil. Die Strafgefangenen führten Beschwerde darüber, dass ihre erzwungene Arbeit nicht bezahlt wurde. (Diese wurde nicht etwa schlecht bezahlt, sondern gar nicht.) Sie verlangten Lohn für ihre Arbeit und stellten unter anderem die Forderung nach Abschaffung der Einzelhaft.[17] Die UNAM ging aus dem Streik hervor.

Juni 2012: Hungerstreik in Jackson State

Mehrere Führungspersonen aus der UNAM wurden durch Verlegung in ein Hochsicherheitsgefängnis

[13] Vgl. »Delegation and Immigration Authority« , Abschnitt 287(g) des *Immigration and Nationality Act*. Dieser Abschnitt wurde 1996 beigefügt. Er »gibt den Direktoren des ICE das Recht, Verträge mit staatlichen und örtlichen Behörden des Gesetzesvollzugs abzuschließen und damit ausgewählten Beamten die Vollzugsberechtigung in der Anwendung der Einwanderungsgesetze zu geben.«

[14] Arizona hat 2010 das Gesetz SB 1070 verabschiedet, den »Support Our Law Enforcement and Safe Neighborhoods Act«.

[15] Das Folgende ist eine Bearbeitung der Chronik aus »Incarcerated Workers Take the Lead: Prison Struggles in the United States, 2008 – 2016« von Tyler Zee von der Gruppe *Unity and Struggle*.

[16] Forrest Wilder, »The Pecos Insurrection«, Texas Observer, 8.10.2009.

[17] Naomi Spencer, »US: Georgia Prison Inmates Strike«, World Socialist Web Site, 13.12.2010.

von Georgia bestraft, bekannt unter der Kurzform »Jackson State«. In diesem Knast hatte die Exekution von Troy Davis stattgefunden. Einige der Verlegten traten dort in den Hungerstreik, um gegen Einzelhaft und die Beschränkung von Familien- und Anwaltskontakten zu protestieren. Der Kampf richtete sich auch gegen mangelnde medizinische Versorgung, denn viele waren nach dem Streik in ganz Georgia verletzt worden.[18] Die Hungernden gaben nach 44 Tagen den Streik auf, doch das Lahmlegen der Telefone der Strafvollzugsbehörde Georgias durch Massenanrufe, ein Marsch auf ihre Büros sowie eine Demonstration vor dem Sitz ihres Chefs zeigte den Teilnehmern des Streiks, dass sie nicht allein waren.

Juni 2011-2013: Pelican Bay, Solitary Housing Unit (SHU)

Pelican Bay, 1989 eröffnet, ist das einzige Super-Hochsicherheitsgefängnis im Staat Kalifornien. Es stützt sich besonders stark auf Einzel-Unterbringung (SHU). Das bedeutet 23 Stunden täglich in der Einzelzelle, dazu Einzelhofgang. Kalifornien hält Menschen jahrzehntelang ununterbrochen im Einzelvollzug. Die längste Zeit in Einzelhaft, mit ununterbrochenen 23 Jahren, hat Hugo Pinelli absolviert, einer der ursprünglichen »Sechs von San Quentin«, denen Unterstützung von George Jacksons Fluchtversuch zur Last gelegt wurde. Strafgefangene wurden aufgrund schlichter Vermutung oder der Behauptung von Bandenzugehörigkeit in Einzelhaft gesteckt. Dort konnten sie festgehalten werden, bis sie bereit waren, andere Gefangene zu denunzieren. Nachdem diese Praxis fast drei Jahrzehnte lang betrieben worden war, befanden sich über 1100 Strafgefangene in der Einzel-Unterbringung von Pelican Bay und weitere in anderen kalifornischen Einzelhaft-Einrichtungen. Die Hälfte war länger als ein Jahrzehnt in der SHU eingeschlossen gewesen, 78 von ihnen zwei Jahrzehnte oder länger.[19] Vor diesem Hintergrund trat in Pelican Bay das »Short Corridor Collective«, eine »rassenübergreifende« Gefangenengruppe, im Juni 2011 in einen Hungerstreik von drei Wochen. Die Streikbeteiligung wuchs auf 6000 Strafgefangene in ganz Kalifornien. Gefordert wurde ein Ende der Gruppenbestrafungen, die Abschaffung der Denunziationsverpflichtung um aus der Einzelhaft herauszukommen, Änderung der Kriterien für Bandenzugehörigkeit, Anwendung bundesstaatlicher Richtlinien für den Einzelvollzug[20], besseres Essen und bessere Programmgestaltung für Langzeit-SHU-Einsitzende.[21] Der Streik brachte internationale Aufmerksamkeit, und die staatliche Legislative begann im August mit Anhörungen. Unternommen wurde nichts. Also traten die Strafgefangenen im September wieder in Hungerstreik. Im Jahr 2011 unterzog die Vollzugsbehörde ihre Grundsätze und ihre Handlungsweise einer Untersuchung. Das Fazit dieser Untersuchung ist, dass der Staat mit praktisch keiner einzigen Regelung für den SHU-Vollzug die Voraussetzungen für die Verurteilung zur Einzelhaft erfüllen konnte. Eine Gruppe von Anstaltsleitern kündigte im März 2012 die Abfassung eines Programms zur schrittweisen Wiedereingliederung von Strafgefangen aus der Einzelhaft in den Normalvollzug an und Gefangene ab jetzt aufgrund von Verhaltensweisen zu Einzelhaft zu verurteilen.[22] Das Programm eröffnete einen Weg aus der Einzelhaft ohne Mitgefangene anzuschwärzen. Es sah außerdem die Einzelfallprüfung sämtlicher SHU-Unterbringungen vor, die aber im Juli 2013 durch einen dritten Hungerstreik unterbrochen wurde: »Zu Beginn, am 8. Juli, traten mehr als 30 000 Einsitzende in zwei Dritteln der staatlichen Gefängnisse in den Hungerstreik – den größten in

[18] Bruce Dixon, »Starving For Change: Hunger Strike Underway In Georgia's Jackson State Prison, Day 15«, Black Agenda Report, 26.6.2012.

[19] Sal Rodriguez, »In California Prisons, Hundreds Removed from Solitary Confinement – and Thousands Remain«, Solitary Watch, 27.1.2015.

[20] Kaum zu glauben, aber es scheint, als hätte die staatliche Strafvollzugsbehörde im Glauben gehandelt, bundeseinheitliche Richtlinien für den Einzelhaft-Vollzug nicht anwenden zu müssen, weil sie im Glauben gehandelt hatte, Einzelhaft überhaupt nicht zur Anwendung gebracht zu haben: »'Bei uns gibt es keine Einzelhaft', erklärte der amtliche CDCR-Sprecher Terry Thornton gegenüber Solitary Watch. 'Wir trennen. Insassen werden aus bestimmten Gründen von anderen Insassen getrennt: Ihre Verbringung findet aus verwaltungstechnischen Gründen statt oder wenn sie beispielsweise den Zellennachbarn getötet haben.'« Sal Rodriguez, »After Hunger Strikes, Solitary Reforms Come to California's Prisons – and Leave Thousands Behind«, Solitary Watch, 1.7.2015.

[21] Sal Rodriguez, »After Hunger Strikes ...«, 1.7.2015

[22] Ebd.

der Geschichte Kaliforniens –, um gegen ausgedehnte Einzelhaft zu protestieren.« [23] Zu den Errungenschaften dieser Abfolge von Hunger-Streiks und den anschließenden gerichtlichen Musterverfahren[24] gehört die Wiedereingliederung der großen Mehrheit der SHU-Fälle in den Normalvollzug (910 von 1.274 im Juni 2015[25]), das Verbot zeitlich unbegrenzter Verurteilungen zu Einzelhaft, Einführung der Verurteilung aufgrund von Verhaltensweisen und die Begrenzung der Einzelhaft in Pelican Bay auf maximal fünf Jahre.[26]

Januar 2014: Das Free Alabama Movement

Von der »United Nations Against the Machine«-Bewegung aus Georgia inspiriert, gründete sich im Knast *St. Clair* das »Free Alabama Movement« und breitete sich von dort in den Knast *Holman* aus. Melvin Ray, der wichtigste Sprecher in der ersten Phase, machte deutlich, dass der Streik ein Kampf gegen jede wirtschaftliche Ausbeutung sei.[27]
Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Streiks sind der Hebel, mit dem die Gefangenen nicht nur ihre menschliche Würde gegen die ständigen Angriffe im Knast wiedererlangen, sondern auch die gesamte Masseninhaftierung beenden können.
Gefordert wurden ein Ende der un- und schlecht bezahlten Arbeit, bessere Lebensbedingungen, Abschaffung der Bestrafung mit Tod oder lebenslanger Haft ohne mögliche Bewährung; Abschaffung von Preisgaunereien bei Geldüberweisungen, beim Telefonieren und beim Eigenanteil an der medizinischen Versorgung sowie eine Reform, die rassistisch diskriminierende Rechtsprechung beendet.[28] Das FAM stellte nach einem zweiten (abgebrochenen) Streikversuch im April eine Verbindung zur IWW[29] her, und hat seitdem Kontakte mit der UNAM, dem »Free Mississippi Movement United«, dem »New Underground Movement« (in Kalifornien), den »Kansas state prisoners« und den »Lucasville 5« in Ohio.

März 2014: Northwest Detention Center in Tacoma, Washington

In einem privaten Abschiebeknast der *GEO Group* in Tacoma in Washington traten rund 750 der 1300 Gefangenen am 7. März 2014 in Hungerstreik und verweigerten die Arbeit. Ihre Beschwerden umfassten den geringen Tagesverdienst von nur einem Dollar, das Fehlen angemessenen Essens sowie Obamas Verfahrensweisen bei der Einwanderungspolitik im Allgemeinen, d.h. die zwangsweise Inhaftierung ohne mögliche Freilassung auf Kaution wegen Verstößen gegen das Einwanderungsgesetz und die perversen strukturellen Anreize zum Vollzug des Einwanderungsrechts: Das *Department of Homeland Security* muss jedes Jahr eine bestimmte Anzahl von MigrantInnen ohne Papiere gefangennehmen, um sein volles Budget zu bekommen![30] Die Strafe für die Streikenden war Einzelhaft.[31]

[23] Rory Carroll, »California prisoners end hunger strike against the use of solitary confinement«, The Guardian, 5. September 2013.

[24] Vgl. Ashker gegen Brown (2013) komprimiert durch das Center for Constitutional Rights: http://ccrjustice.org/home/what-we-do/our-cases/ashker-v-brown.

[25] Sal Rodriguez, »After Hunger Strikes ...« , 1. Juli 2015

[26] Ebd.

[27] Annabelle Parker, »'Let's just shut down': an interview with Spokesperson Ray of the Free Alabama Movement,« San Francisco Bay View, December 2, 2014.

[28] vgl. das Flugblatt des Free Alabama–Mississippi Movement, https://freealabamamovement.files.wordpress.com/2014/11/pamphlet-fam-fmm-uspapersize.pdf.

[29] International Workers of the World, »Solidarity with the Incarcerated Workers of the Free Alabama Movement!« April 18, 2014.

[30] Alex Altman, »Prison Hunger Strike Puts Spotlight on Immigration Detention,« Time, March 17, 2014, http://time.com/27663/prison-hunger-strike-spotlights-on-immigration-detention/.

[31] »Breaking: Hunger Strikes Spread to Texas Detention Center,« Not One More Deportation, March 17, 2014.

März 2014: Joe Corley Detention Center in Conroe, Texas

Die Nachricht vom Kampf im Northwest Gefängnis erreichte schnell die Golfküste,so dass die Gefangenen in einem anderen GEO-Group-Knast (in dem vor allem Migranten sitzen) etwa 60 km nördlich von Houston in Hungerstreik traten. Sie forderten ein Ende von Abschiebungen und Abschiebehaft![32] An einem nationalen Aktionstag im April stürmten 75 bis 100 UnterstützerInnen das Sheriffbüro in Harris County (im innerstädtischen Gebiet von Houston), um die Hungerstreikenden aus Tacoma zu verteidigen. Sie forderten die Abschaffung des Paragrafen 287(g), der der ICE (Immigrationsbehörde) erlaubt, örtliche Polizeibeamten mit der Überprüfung des Aufenthaltsstatus von Festgenommenen zu beauftragen. Währenddessen erhöhte die GEO Group die Zahl der Häftlinge in Einzelhaft und die ICE beschleunigte die Abschiebeverfahren, um die Proteste zu beenden. Am letzten Tag des Hungerstreiks versuchten die Gefangenen auch die Arbeit zu verweigern, aber das konnten sie nicht durchhalten.[33]

Juni 2014: Stewart Detention Center in Lumpkin, Georgia

Der Hungerstreik der Gefangenen im *Stewart Detention Center*, einem Abschiebeknast in Lumpkin, Georgia, begann am 12. Juni 2014. Unter anderem forderten sie… besseres Essen. »Berichten zufolge wurde der Kaffee für die Gefangenen mit demselben Wasser gemacht, indem vorher Eier gekocht worden waren, im Essen wurden Maden gefunden. Die Migranten, die in der Küche arbeiten, sagten dass die Einrichtungen unhygienisch und mit Kakerlaken verseucht waren. Oft wurde zwei oder drei Tage altes Essen aufgetischt, selbst wenn es schlecht geworden war.«[34] Zu den Forderungen gehörten faire Verfahren vor der Verhängung von Einzelhaft oder verschärfter Einschließung in Zellen, warmes Wasser, Klimaanlagen, spanischsprachiges Personal und eine bessere medizinische Versorgung. Die meisten Gefangenen werden wegen Verstoß gegen das Einwanderungsgesetz festgehalten.

Februar 2015: Willacy County Detention Center in Raymondville, Texas

Die Gefangenen in diesem privaten Abschiebeknast an der Grenze, der aus Zelten besteht, hatten die Nase voll von schlechter medizinischer Versorgung, verdorbenem Essen und mangelhaften sanitären Anlagen. Sie bewaffneten sich mit Besenstielen und Küchenmessern und übernahmen die Kontrolle des Knastes. Als das FBI kam, um die Rebellion niederzuschlagen, brannten die Gefangenen die Hälfte der Zelte ab und beschädigten den Rest. Damit zerstörten sie den Knast total; er existiert nicht mehr. 400 der 22 000 Einwohner des Ortes verloren ihren Job, die Schulden des County hatten nur noch Schrottwert.[35]

April 2015: Karnes City, Texas

Eine Gruppe von zehn Müttern, die zusammen mit ihren Kindern, in dieser Haftanstalt der GEO Group eingesperrt waren, verweigerten sowohl das Essen als auch ihre Arbeit für drei Dollar am Tag. Das zogen sie im April zweimal durch. Nach der Krise 2014, als zehntausende unbegleitete Minderjährige die Grenze überschritten, hatte die Obama-Administration netterweise die Zahl der Abschiebeknäste für Familien erhöht. Einiger Wärter drohten, den Streikenden die Kinder wegzunehmen, und einige Streikende kamen zur Strafe in Einzelhaft.[36]

Mai 2015: Tecumseh State Prison in Tecumseh, Nebraska

Im Mai 2015 wollte eine »rassenübergreifende« Gruppe von um die 400 Gefangene dem Gefängnisdirektor sagen, dass sie einen Streik planten, um gegen die willkürliche Einzelhaft und das seit 2012 bestehende »Modell ›Geregelter Hofgang‹«, das den Zugang der Gefangenen zu Krafttraining und Hofgang einschränkt, und eine ganze Reihe weiterer Demütigungen zu protestieren.[37] Ein Gefängniswärter weigerte sich, das Papier mit den Forderungen anzunehmen und dem Direktor zu übergeben. Stattdessen schlug er mit dem Schlagstock auf die Häftlinge ein. Zu diesem Zeitpunkt schlug die Lage in das um, was die Medien einen Riot nennen, was aber in Wahrheit eine Besetzung von zwei der drei Schlaftrakte war. Die Häftlinge hielten diese Trakte für etwa zehn Stunden und verletzten in der ganzen Zeit nur zwei der 20 Wachen.[38] Ein dort eingesperrter Wobbly hat diese Geschichte aufgeschrieben.[39]

Juni 2015: Eloy Detention Center in Eloy, Arizona

In diesem von der *Corrections Corporation of America* betriebenen Abschiebeknast bei Phoenix organisierten circa 200 Gefangene im Juni 2015 einen Hungerstreik, nachdem Wärter einen Gefangenen zusammengeschlagen und in eine Einzelzelle geworfen hatten, wo er starb. Das war der Anlass, aber natürlich stand auf ihrer Beschwerdeliste auch der geringe Lohn für ihre Zwangsarbeit (ein Dollar am Tag) und die mangelnde medizinische Versorgung.[40] Sie forderten außerdem die komplette Abschaffung von Abschiebungen und Abschiebehaft: »Keine Kriminalisierung, keine Haft und keine Abschiebungen.«[41]

[32] Adelita, »The Conroe Detention Center Strike—Reflections of a Houston Militant and Wob,« Unity and Struggle, 18.8.2015 (http://unityandstruggle.org). Adelita, die Autorin, war bei einigen der beschriebenen Ereignisse dabei.

[33] Ebd.

[34] Georgia ACLU press release, »Worsened Conditions at Stewart Led to Hunger Strike Last Week«, 19.6.2014.

[35] Daniel Blue Tyx, »Goodbye to Tent City: After a riot destroys a for-profit prison, Willacy County ponders its economic future,« Texas Observer, 26.3.2015.

[36] Roque Planas, »Mothers Launch a Second Hunger Strike at Karnes City Family Detention Center,« Huffington Post, 14.4.2015.

[37] JoAnne Young, »Ombudsman: Tecumseh Riot Had Reasons,« Lincoln Journal-Star, 3.11.2015.

[38] Paul Hammel, »Report on Tecumseh Prison Riot Finds Too Few Staff, Ineffective Weapons,« Omaha.com, 30.6.2015.

[39] F.W. Chadrick, »Incarcerated Workers' Uprising in Nebraska,« It's Going Down: Daily News of Revolt Across the US, Canada, and Mexico, 2.7.2015.

[40] »Hunger Strike at Arizona Detention Center After Immigrant's Mysterious Death,« Huffington Post, 13.6. 2015.

März 2016: Holman Prison in Atmore, Alabama

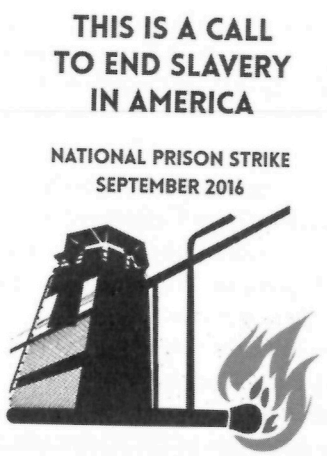
Im Gefängnis in Holman, das schon 2014 Teil des Streiks des »Free Alabama Movement« war, kam es zu einem Kampf zwischen zwei Gefangenen. Zuerst wurde ein Wärter beim Versuch einzugreifen niedergestochen. Danach versuchte der Gefängnisdirektor persönlich den Kampf aufzulösen, ein verhasster Mann, der zum Ansteigen der Gewalt (sowohl der Gefangenen als auch der Wärter) beigetragen und beliebte Programme gekürzt hatte. Auch er wurde niedergestochen.[42] Die Gefangenen besetzten einen Fügel des Gefängnisses und versuchten diesen niederzubrennen.[43] Das »Free Alabama Movement« kündigte einen alabama-weiten Streik an und schickte eine Liste mit Forderungen an die Strafvollzugsbehörde Alabamas, es forderte ein Eingreifen des Bundes und eine Aufhebung der Wiederholungstäter-Gesetze.[44]

Mai 2016: Das »Free Alabama Movement« und der alabamaweite Gefängnisstreik

Das »Free Alabama Movement« benutzt weiterhin den Streik als Waffe. Die Bewegung führte eine Arbeitsniederlegung an, die am ersten Mai begann und für 30 Tage geplant war. An dem Streik beteiligten sich die Gefangenen aus St. Clair, Holman und Staton, denselben Gefängnissen, die auch 2014 Ort des Streiks waren.[45] Als die Gefängnisdirektionen Wind von dem Streik bekamen, verkleinerten sie die Essensrationen und schränkten die Einkäufe der Gefangenen ein. Alle Streikenden wurden abgeriegelt, also für 23 Stunden am Tag in ihre Zellen gesperrt. Gefangene verweigerten sowohl die unbezahlten Aufgaben im Knast als auch die bezahlten für die Industrie, zum Beispiel die Herstellung von Nummernschildern, Bettbezügen, Konserven, Chemikalien, Fahrzeugrestauration und Recycling. In Alabama müssen Gefangene ihren Gefängnisausweis und ihr Gefängnisarmband, Drogentests und Gerichtsanträge jeder Art selbst bezahlen. Die Forderungen umfassten die Abschaffung unbezahlter Arbeit, begründet mit Überlegungen zum 13. Zusatzartikel der amerikanischen Verfassung, der die Sklaverei abschaffte, Verbesserung der sanitären Zustände und der Wasserqualität sowie die Einführung eines Beschwerdeverfahrens. Die Notfallknöpfe in den Einzelzellen hatten nie funktioniert.[46]

April 2016: Eingesperrte Wobblies und der US-weite Gefängnisgeneralstreik in Texas

Am 4. April 2016 organisierten einige eingesperrte Wobblies, Mitglieder des Aufbaukomittees für gefangene Arbeiter (IWOC) der Gewerkschaft, einen Streik, der sich auf sieben texanische Gefängnisse ausweitete: Lynaugh in Fort Stockton, Mountain View in Gatesville, Polunksy in Livingston, Roach in Childress, Robertson in Abilene, Torres in Hondo und Wynne in Hunstville. Die Gefängnisleitung von Roberston, dem Knast, in dem der Streik beginnen sollte, riegelte das Gebäude in der Nacht davor ab, um den Streik vor Beginn zu ersticken, aber am nächsten Morgen ging trotzdem nur eine kleine Minderheit der Gefangenen zur Arbeit, die Freigänger. Robertson blieb drei Wochen abgeriegelt. Gefordert wurde unter anderem die Abschaffung der unbezahlten Arbeit, Bewährung zum frühestmöglichen Zeitpunkt, Aussetzung der 100-Dollar-Eigenbeteiligung bei medizinischer Versorgung, verbesserte Beschwerdeverfahren und eine Klimaanlage. In texanischen Knästen gibt es keine Klimaanlagen.[47] Wer je in Texas war, weiß, dass hier ein ernsthaftes Problem liegt.



Wie geht's weiter?

Wie schon gesagt diese Kämpfe sind nicht zuende. Im Gegenteil, es scheint ein neues Kapitel zu beginnen: Das »Free Alabama Movement«, das »Free Virginia Movement« und das IWOC, das in Gefängnissen im ganzen Land Mitglieder hat, planen nämlich für den 9. September 2016, den 45. Jahrestags des Aufstands in Attica, einen US-weiten Gefängnis-Generalstreik.[48] ■

[41] Phil Benson, »200 Detainees Stage Hunger Strike at Eloy Detention Center,« CBS 5 Arizona, 13.6.2015.

[42] Kenneth Lipp, »Alabama Prisoners Use Secret Cellphones to Protest—and Riot,« The Daily Beast, 20.5.2016.

[43] Carol Robinson, »Alabama Prison Riot: Warden, Guard Stabbed in Uprising at Holman Correctional Facility,« 12.3.2016, www.al.com.

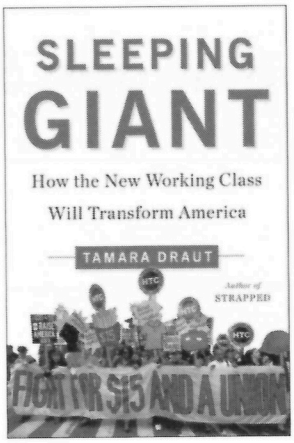
[44] Kenneth Lipp, »Alabama Prisoners...«

[45] Rashad Snell, »More Prisoners Across Alabama Join Prison Strike,« Alabama News, 11.5.2016.

[46] Jack Denton, »Prison Labor Strike in Alabama: 'We Will No Longer Contribute to Our Own Oppression.'«

[47] Cameron Langford, »Texas Disputes Claims of Inmate Strikes,« Courthouse News Service, 22.4. 2016.

[48] »IWW Endorses the Nationally Coordinated Prisoner Work Stoppage on September 9, 2016,« IWW Incarcerated Workers Organizing Committee, 25.5. 2016.



Der schlafende Riese erwacht

Tamara Draut: Sleeping Giant – How the New Working Class Will Transform America. Doubleday, New York, 2016, 272 Seiten, ca. 25 Euro

Anfangs ein spannend zu lesendes Buch, weil man einiges über einzelne ArbeiterInnen erfährt, die sich in der *Fight for 15$*-Bewegung organisieren. Die Autorin – in den USA sehr prominent wegen ihrer Beiträge in großen Zeitungen und im Fernsehen – führte Interviews mit ihnen und berichtet über das neue Selbstbewusstsein, das sich in den Mobilisierungen nach *Occupy* ausdrückt. Die neue Arbeiterklasse ist größtenteils hispanisch und schwarz. Sie macht sie im Pflege- und Krankenhausbereich, in den *Fast food*-Läden, im Dienstleistungsbereich wie in den Banken und Reinigungsfirmen sowie im Einzelhandel und in der Logistikbranche aus. Gemeinsam ist diesen ArbeiterInnen die Einstufung als »unqualifizierte«, obwohl man einiges können muss, um diese Jobs zu machen, z. B. beim Kellnern viele Gäste gleichzeitig aufnehmen und bedienen, im Lager viele Codes kennen, die Geräte bedienen, schwer tragen, usw., und eine unwürdige Behandlung durch die Chefs, die oft nicht den großen Konzernen angehören, sondern irgendein Subunternehmen führen, das die ausgelagerten Aufgaben übernimmt. Die Löhne bewegen sich – je nach Berechnung – von 4,50 bis etwa 15 Dollar die Stunde. 4,50 Dollar kommen zustande, wenn eine Pflegerin 24 Stunden Dienst verrichtet und dafür 110 Dollar pro Tag bekommt (S. 38). In den anderen Branchen kreisen die Löhne um die zehn Dollar pro Stunde. Viele ArbeiterInnen hängen zusätzlich von Essensmarken ab, neun von zehn *Fast food*-ArbeiterInnen haben schon mal Lohnraub erfahren. Die größten Lohneinbußen verzeichnen weiße Männer, von 22,04 im Jahr 1980 auf 17,56 USD in 2012, wobei diese noch immer an der Spitze stehen, aber der Abstand zu Frauen und Schwarzen sich leicht verringert hat (S. 41).

Insgesamt führen die neuen Mobilisierungen dazu, dass die Löhne steigen und große Ketten wie *Walmart* Verbesserungen zusagen. In Seattle, San Francisco und Los Angeles hat sich die *Fight for 15$*-Bewegung praktisch durchgesetzt.

Stark ist die Autorin auch, wenn sie die Entfremdung der den Demokraten nahe stehenden weißen Mittelklasse-Linken von den ArbeiterInnen beschreibt: Immer mehr öffentlicher Aktivismus wurde Umwelt- und Konsumentenschutz oder Regierungsreformen gewidmet – nicht, dass dies für die Arbeiterklasse nicht auch gezählt hätte, aber für diese AktivistInnen waren die Arbeits- und Lebensbedingungen der (weißen) Arbeiterklasse nicht wichtig – in einer Zeit, in der sich die Lohnuntergrenze immer weiter absenkte, Arbeitsgesetze unterlaufen wurden, die Konkurrenz unter den ArbeiterInnen rassistisch und sexistisch ausgetragen wurde, engagierten sich diese Linken für saubere Luft und sichere Autos.

Schwach wird das Buch zum Ende hin, wo es um zivilgesellschaftliche Organisationen und linke Lobbyarbeit geht (S. 179ff). Draut formuliert sogar ein Programm – angelehnt an den *New Deal* redet sie von *Better Deal*, wo sie ein paar realpolitische Vorschläge macht; hier arbeitet sie Bernie Sanders zu und bleibt hinter dem Potential der neuen Arbeiterklasse zurück, dem »schlafenden Riesen«, von dem sie ein paar Seiten vorher sagte, dass er gerade erwacht und außerhalb der zwei Parteien zu einer progressiven Kraft wird (S. 118).

Einen eher unbekannten Punkt berührt die Autorin im Abschnitt, in dem sie die konterrevolutionäre Phase in den 70ern aufarbeitet (S. 107ff.): Nach dem großen Streikjahr 1970 mit 34 großen Arbeitsniederlegungen mit je mehr als 10 000 ArbeiterInnen veröffentlichte der Richter Lewis F. Powell Jr. ein achtseitiges Manifest mit dem Namen »Attack on American Free Trade Enterprise« (1971). Es diente als Blaupause für den Gegenangriff der Unternehmer. Daraufhin wurden die heute einflussreichen konservativen Thinktanks wie *Heritage Foundation*, *American Enterprise Institute*, *Manhatten Institute* und *Cato Institute* etabliert. 1971 wurden Lobbyisten in 175 Unternehmen beschäftigt, 1982 in 2500. ■

Kampfgemeinschaft gegen den Staat

Die Kommune von Oaxaca 2.0

Am 19. Juni 2016 wurden elf Menschen in der mexikanischen Kleinstadt Nochixtlán im Bundesstaat Oaxaca durch Schüsse getötet, viele wurden verletzt, 22 sind verschwunden. Die Bullen versuchten gerade, eine Barrikade der wichtigen Schnellstraße aufzulösen, die die Industriezentren Mexiko-Stadt und Puebla mit Salina Cruz am Pazifik verbindet, wo eine Raffinerie des Ölkonzerns PEMEX steht.

Die Barrikade war Teil der Aktionen militanter LehrerInnen, organisiert in der Gewerkschaft CNTE, die seit 2013 mit Streiks und Blockadeaktionen gegen die Bildungsreform kämpfen; der neueste Streik begann am 15. Mai und wurde unbefristet ausgerufen. Unter den Toten sind mindestens zwei Lehrer, die anderen halfen ihnen beim Aufrechterhalten der Barrikade.

Nachdem im Internet Videos aufgetaucht sind, wo Bullen mit Gewehren auf Protestierende schießen, wurde die offizielle Version, wonach sie unbewaffnet gewesen wären, geändert: Weil »Provokateure« auf sie geschossen hätten, wäre dann doch scharfe Munition zum Einsatz gekommen. Fünf Tage vorher hatte der nationale Sicherheitsbeauftragte verkündet, dass die Barrikaden der streikenden LehrerInnen mit Gewalt aufgelöst würden; anschließend wurden 800 Bullen eingeflogen und zwei Streikführer verhaftet, wobei diese nach dem Rotationsprinzip ausgetauscht werden – die Verhaftungen waren also willkürlich.

Die Barrikade in Nochixtlán war nur eine von vielen, allein im Isthmus von Tehuantepec weiter südlich (bei Salina Cruz) unterhielten die LehrerInnen zusammen mit anderen Militanten 37 Barrikaden bzw. Checkpoints.

In Oaxaca de Juárez, der Hauptstadt des Bundesstaats, marschierten am nächsten Tag 40 000 auf einer Soli-Demo; in der Hauptstadt des angrenzenden Bundesstaats Chiapas, in Tuxtla Gutiérrez, wurde der *Panamerikanische Highway* blockiert, in Mexiko-Stadt kommt es regelmäßig zu Soli-Demos… berichtet wird auch von 200 000 landesweit solidarisch streikenden ÄrztInnen am 22. Juni.

Bildungsreform gegen Bildung

Der Angriff war ein weiterer Versuch des Staates, gegen linke Strukturen vorzugehen, wie er aus den letzten Jahrzehnten bekannt ist. Der *dirty war* in den 70ern, die Niederschlagung der ersten *Kommune von Oaxaca* vor zehn Jahren, Ayotzinapa 2014, Nochixtlán – alles gegen das alte, renitente Landschulen-System gerichtet, das kontinuierlichen Widerstand hervorbringt. Vor allem in den südlichen Bundesstaaten sind diese *Escuelas Normales* keine Orte, aus denen willige Arbeits- oder gar Führungskräfte hervorgehen, sondern KritikerInnen des Regimes, auch RevolutionärInnen. (Übrigens kommen viele ArbeiterInnen, die den ErntearbeiterInnen-Streik im Mai 2015, die Organisierung in den Maquiladoras Ende 2015 und die *Fight-for-15$*-Bewegung in den USA tragen, aus dem Süden Mexikos, vorwiegend aus Oaxaca.)

Offiziell geht es darum, das niedrige Bildungsniveau im Land zu heben. »Das größte spanischsprachige Land der Welt schneidet in den Pisa-Umfragen regelmäßig dramatisch schlecht ab. In den Kernfächern Mathematik, Naturwissenschaften und Lesekompetenz liegen die mexikanischen SchülerInnen weit unter dem Durchschnitt der 34 Staaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). 55 Prozent der mexikanischen Jungen und Mädchen erreichten beim Pisa-Test 2012 nicht das Mindestniveau in Mathematik, 41 Prozent fielen bei Lesen und Leseverstehen durch, und in Naturwissenschaften scheiterten 47 Prozent.« (*Spiegel*, 21.06.2016) Die Pisa-Maßstäbe sind nicht die unseren, aber das Problem ist da – es wird jedoch nicht gelöst, indem man dem Staat gefällige LehrerInnen einsetzt!

Der Staat kümmert sich nicht um das eigentliche Problem, nämlich die große Armut und die fehlende Infrastruktur in den südlichen Bundesstaaten und in Oaxaca im Besonderen, wo Kindersterblichkeit und Analphabetenrate überdurchschnittlich hoch bzw. der Zugang zu medizinischer Versorgung unterdurchschnittlich niedrig sind – die Einzigen, die mal eine Straße asphaltieren oder gar ein schultaugliches Gebäude hinstellen, sind linke Gruppen oder die Mafias.

»Diese Scheißerziehung dient nur der Ausbeutung. [...] Schule absolvieren heißt doch nicht lernen, schon gar nicht Widerstand leisten. Du Lehrer bist nicht schuld, hast das Bildungswesen nicht geschaffen, solltest aber lehren, Feuer zu legen an das verrottete System.«
(Grushgrev – Enseñanza de Rabia; mexikanischer Rap)

Oft müssen die LehrerInnen je einen Tag für An- und Abreise bis zur nächsten Schule hinter sich bringen, um dann drei Tage Kinder der verschiedensten Altersstufen, die 20 verschiedene Dialekte sprechen, zu unterrichten.

Die Kampfgemeinschaft der *Normalistas* ist eine der letzten Festungen der alten Klassenzusammensetzung, nachdem EisenbahnerInnen, die Telekommunikationsgewerkschaft, die ElektrizitätsarbeiterInnen und die PEMEX-ArbeiterInnen abgeräumt wurden. Die Bildungsreform zielt darauf ab, diese Kampfgemeinschaft zu zerbrechen, indem die Lehrinhalte der Landschulen neu bestimmt werden. Die LehrerInnen sollen regelmäßig Eignungstests machen, die von der Regierung entworfen werden; bei dreimaligem Nichtbestehen verliert man seine Stelle. Die Möglichkeit, dass LehrerInnen ihre Stellen vererben, soll dem sonst üblichen Bewerbungsverfahren nach staatlichen Qualitätskriterien weichen – das eine wie das andere fürchterlich.

Innere Widersprüche der Linken

Die Linke in Oaxaca besteht grob aus fünf Fraktionen: der oft genannten Sektion 22 der CNTE, dem finanzstarken und mobilisierungsfähigen Kern des Lehrerwiderstands und selbst wieder nicht homogen (SozialistInnen verschiedener Prägung, PRD-AnhängerInnen usw.) und zerstritten: Die einen lehnen die Bildungsreform ab und andere schlagen Neuerungen auf der Grundlage einer kritischen Pädagogik vor; zweitens indigene Gruppen, die sich auf Tradition und Identität berufen (die Mehrheit der Gemeinden werden nach *usos y costumbres* regiert, den indigenen Gebräuchen und Sitten); drittens ML-Gruppen, die die Führung beanspruchen und sich teilweise offen zum Stalinismus bekennen; viertens Autonome, Anarch@s, Magonist@s, die Wahlen ablehnen und mit der EZLN sympathisieren; zuletzt verschiedene Leute aus der Befreiungstheologie und NGOs.

Im Aufstand 2006 kamen diese Fraktionen zusammen, sie formten gemeinsam die APPO, die »Volksversammlung der Völker Oaxacas«. Damals weitete sich die Bewegung nicht aus, weil sie sich nur auf die Absetzung des PRI-Gouverneurs konzentrierte; es dominierten die Kräfte, die auf Wahlen setzten, vor allem die Stalinisten, die im Geheimen mit der PRD über Listenplätze für die Landtagswahlen 2007 verhandelten.

Alte und neue Klassenzusammensetzung

Rein quantitativ geht der Kampf gegen die Bildungsreform über Oaxaca hinaus – seit 2013 streiken LehrerInnen im ganzen Land und organisieren Demos auch in den nördlichen Bundesstaaten. Neben bis jetzt fruchtlosen Treffen mit Staatsfunktionären gehen die Blockaden weiter, im industriellen Kernland wurden Anfang Juli in allen Richtungen Autobahnen blockiert, die Mexiko-Stadt mit Puebla verbinden (VW-Werk), mit Cuernavaca (*Nissan*-Werk) und Toluca (*FiatChrysler*, *General Motors*). Am 11. Juli demonstrierten 50 000 Leute in Tuxtla Gutiérrez.

Die Bevölkerung unterstützt die LehrerInnen: Leute bringen Kaffee und Brot zu den Barrikaden, Eltern rennen von Tür zu Tür und organisieren die Nachbarschaft. Die Spritknappheit (die Regierung hat Tankstellenbetreiber angewiesen, den Verkauf zu stoppen) und das Abschalten des Internets in Chiapas können die Bewegung nicht zermürben.

Von oben betrachtet ist Mexiko und der ganze Kontinent umkämpfter als 2006, der mexikanische Staat wegen der Verbindungen zu den Mafias und seit Ayotzinapa zunehmend delegitimiert. Die Neuzusammensetzung der Klasse haben wir in den letzten beiden Heften beschrieben (Ernte- und Maquila-ArbeiterInnen, bewaffnete Gruppen, neue Autofabriken...).

Bemerkenswert ist, dass neben den LehrerInnen auch andere Teile der *alten* Klassenzusammensetzung auf sich aufmerksam machen. Anfang März streikten ArbeiterInnen im größten mexikanischen Stahlwerk in der Hafenstadt Lázaro Cárdenas gegen Personalkürzungen wegen sinkender Nachfrage und Konkurrenz aus China – nach elf Tagen wurden 125 ArbeiterInnen wieder eingestellt, 81 bekommen Abfindungen und die Streiktage werden bezahlt. In Cuernavaca streikten die *Nissan*-ArbeiterInnen rechtzeitig zur 50-Jahres-Feier des Werks, nach zwei Tagen gab es Neueinstellungen und vier Prozent Lohnerhöhung. ■

Siehe dazu:
Wildcat 99: Neue Kämpfe im Drogenkrieg-Kapitalismus, Winter 2016
Wildcat 98: Klassenkampf in den nordamerikanischen Gewaltökonomien, Sommer 2015

Außerdem ist ein neues Buch im Unrast-Verlag zu den bewaffneten Gruppen empfehlenswert, das etwas chaotisch, aber sehr ausführlich an den Stand von 2014 heranführt:
Luis Hernández Navarro: Kommunale Selbstverteidigung: Formen des bewaffneten Widerstandes gegen Mafia und Staat in Mexiko, Unrast-Verlag, 2016, 296 Seiten | 18 Euro

Der »Islamische Staat« im Irak und Syrien

Dschihadisten meint in diesem Text alle Kräfte und Personen, die aus der durch Al-Qaida zusammengehaltenen globalen Strategiediskussion und den daraus entstandenen Organisationen hervorgegangen sind. Im Kern geht es dabei um sunnitisch-arabische Kader. Ich benutze im Text IS oft auch als Name der Gruppe in Zeiten, als sie anders hieß: 2003 bis 2006 Al-Qaida Irak, ab 2006 Islamischer Staat Irak, ab 2013 ISIS/ISIL und ab 2014 IS.

Der *Islamische Staat* (IS) hat auf vielen Ebenen eine Bedeutung. Soziopolitisch ist er in Europa, aber auch im Nahen Osten zu einer Front in der Auseinandersetzung mit den Unterklassen geworden; politisch-ideologisch: Große Teile der radikalen Linken Westeuropas haben nach dem heroischen Kampf der kurdischen Selbstverteidigungskräfte um Kobane die Vorstellung von Revolution durch »Volkskrieg« ersetzt (vorher hatten sich eher die wenigen verbliebenen AntiImps auf Rojava bezogen). Geopolitisch hat der IS die Fronten im Nahen Osten durcheinandergewirbelt. Er ist aber nicht die *Ursache* der Instabilität in der Region und der von dort ausgehenden seismischen Wellen rund um den Erdball, sondern deren *Produkt*. Das macht bereits seine Entstehungsgeschichte deutlich.

Der IS vor dem syrischen Bürgerkrieg

Das US-amerikanische Besatzungsregime im Irak schuf die sozialen Bedingungen, aus denen der IS entstehen konnte. Durch die De-Baathisierung verloren große Teile der sunnitischen (genauer gesagt der sunnitisch-arabischen) Bevölkerung ihre Jobs, die freigewordenen Stellen in Staat und Armee wurden durch schiitische Iraker aufgefüllt. Mittels Vertreibungen und Umsiedlungen schufen die schiitischen Eliten ein zusammenhängendes schiitisch dominiertes Gebiet. *De facto* wurde der Irak in drei Regionen geteilt: eine »schiitische«, eine »sunnitische« und eine »kurdische« (die kurdische Autonomie-Region).

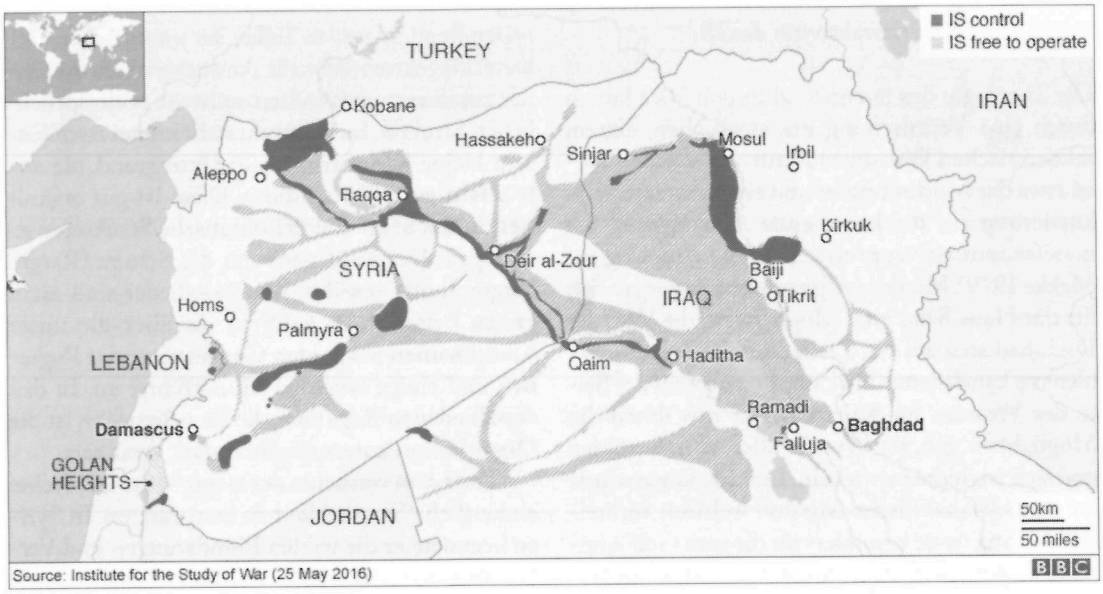
Als Reaktion darauf kam es zum Aufstand von Teilen der sunnitischen Bevölkerung gegen die amerikanische Besatzung, zunächst großteils von den Baathisten angefacht und finanziert. Doch von Anfang an spielten dabei auch Dschihadisten eine Rolle.

Es gab bereits vor der Besatzung des Irak erste Keimzellen dschihadistischer Gruppen; die Entwicklung nahm aber erst wirklich Fahrt auf, als eine Gruppe von Al-Qaida-Kämpfern mit Unterstützung durch Saudi-Arabien (Geld und lokale Kontakte) aus Afghanistan einreiste, um gegen die amerikanische Besatzung zu kämpfen. Diese Kämpfer um den Jordanier Zarqawi veränderten dabei ihre strategische Perspektive: Anstatt durch Aktionen in der islamischen Peripherie (v. a. in Afghanistan und dem Sudan) die Bedingungen für ein globales Kalifat schaffen zu wollen, versuchten sie von nun an, das Kalifat im Irak als dem Zentrum der islamischen Welt zu errichten, damit es sich von dort aus global ausbreite.

Anfangs hatten sie große Probleme: Al-Qaida war eine ausländische Organisation mit wenigen lokalen Kontakten, der es schwerfiel, im Irak Verbündete zu finden und eigene Nachschub- und Rückzugstrukturen zu entwickeln. Aber je länger der Aufstand dauerte, umso einflussreicher wurden die Dschihadisten. Sie forcierten von Anfang an die Strategie, den Aufstand gegen die USA zu einem Bürgerkrieg zwischen Sunniten und Schiiten zu machen. Die extremen Predigten Zarqawis gegen die Schia konnten viele ehemalige Baathisten für AQI (Al-Qaida Irak) rekrutieren, und der Baathismus verlor immer mehr an Einfluss. Im eskalierenden Bürgerkrieg erschien AQI als einzige Schutzmacht der sunnitischen Bevölkerung.

2006 kam diese Strategie in eine Krise: Es wurde klar, dass AQI weder stark genug war, die Angriffe der schiitischen irakischen Armee und der USA zurückzuschlagen, noch die sunnitische Bevölkerung vor den schiitischen Todesschwadronen zu schützen. Angesichts anhaltender militärischer Niederlagen schmolz die Unterstützung für den Aufstand. Die Vision von AQI, in einem Jahrzehnte dauernden Krieg das Kalifat wiederaufzubauen, wurde für große Teile der Bevölkerung immer unattraktiver, und die USA konnten den sunnitischen Widerstand mit Angeboten spalten. Als sie Zarqawi töteten, kam zur bröckelnden Unterstützung eine Führungskrise von AQI hinzu.

In dieser Situation trat die mittlerweile junge und großteils irakische Führung von AQI die Flucht nach vorne an: im Oktober 2006 benannte sie sich in *Islamischer Staat Irak* um und gab ihrem Anführer Abu Omar al-Baghdadi den Titel *Amir al-Muminin* (»Befehlshaber der Gläubigen«), was für alle als Titel eines Kalifen erkennbar war. Es ging um alles oder nichts: Die Organisation widmete sich nun vor allem dem Kampf gegen »abweichende« sunnitische Konkurrenten im Irak – eine blutige Auseinandersetzung. Die internationale dschihadistische Diskussion sah den Kampf im Irak als Sackgasse – als Ausweg erschien eine Verlagerung nach Syrien. Mit seinem autoritären, säkular-baathisti-



schen Regime unter Präsident Assad, dessen Führungsriege auch noch der »häretischen« Sekte der Alawiten angehörten, war Syrien der »perfekte Feind«, der die Möglichkeit bot, auch in der syrischen Bevölkerung und unter den sunnitischen Muslimen weltweit für den Dschihad zu rekrutieren.

Im Irak wurde der Dschihad bis 2010 immer schwächer. Im Juli 2010 schätzten die USA die Anzahl der Kämpfer des ISI auf nur noch 200. Viele Sunniten hofften auf Autonomie und Föderalismus durch Verhandlungen, aber die schiitische Regierung unter Maliki stellte sich immer wieder quer, und spätestens 2012 nach dem Scheitern der »sunnitischen« Ausläufer des »arabischen Frühlings« im Irak war der sunnitischen Bevölkerung klar, dass Verhandlungen nichts bringen würden. Mit dem Frust stieg die Zahl der Kämpfer erneut, im November 2011 waren es laut den USA wieder 8000, Mitte 2013 war der IS wieder die klar dominierende sunnitische Kraft in den sunnitischen Teilen des Irak.

Bürgerkrieg in Syrien – Aufstieg des IS

2011 eskalierten die Aufstandsversuche in Syrien rasend schnell zu einem Bürgerkrieg, wodurch für den IS eine extrem günstige Situation entstand. Seit 2010 waren ausländische Dschihadisten und extreme Islamisten nach Syrien geströmt, nun wurden es noch mehr. Dazu kamen aus den Golfstaaten zurückkehrende Arbeitsmigranten, die für die Ideologie des Dschihadismus offen waren.

Der IS zog viele Kämpfer aus dem Irak nach Syrien ab und konnte dabei auf schon vorhandene Strukturen zurückgreifen. Assad hatte den Aufständischen gegen das amerikanische Besatzungsregime im Irak (und besonders den Dschihadisten) Unterschlupf gewährt und ihnen erlaubt, sich in Syrien frei zu bewegen und Unterstützungsstrukturen aufzubauen, um den Irak zu schwächen.[1]

Assads Versuche der Aufstandsbekämpfung kurbelten den Aufschwung der Dschihadisten in Syrien noch an: Er ließ eine große Zahl von Dschihadisten aus den Gefängnissen frei, um den Aufstand zu delegitimieren und zu schwächen.[2] Und er sperrte rebellierende Mittelschichtsjugendliche mit Dschihadisten in gemeinsame Zellen, wodurch Erstere sich radikalisierten.

Mit Beginn des syrischen Bürgerkriegs Ende 2011wurden die Dschihadisten massiv von den sunnitischen Ölstaaten wie Saudi-Arabien, den Emiraten, Katar, aber auch der Türkei und dem Westen unterstützt. Der Dschihadismus wurde zum Kern der sunnitischen Opposition in Syrien. Der IS beobachtete die Situation in Syrien genau und schickte Kämpfer an alle wichtigen Orte des Aufstands, um die lokale Machtverteilung zu analysieren. Als die Situation günstig war, übernahm er in schneller Folge große Teile der Rebellengebiete, indem er die lokalen Anführer und Soldaten entweder rekrutierte oder tötete. Hiermit beginnt die neue Phase des IS als *territorialem* Staat, der auch tatsächlich eine einheitliche Staatlichkeit zu schaffen versucht (Gesetze werden überall gleich angewendet, die Milizen verhalten sich diszipliniert usw.). Im Juni 2014 erklärte sich der IS erneut zum Kalifat und benutzte nun für Abu Bakr al-Baghdadi den Titel »Kalif« auch offiziell.

Von 2014 bis Anfang 2016 war der IS faktisch die führende Kraft in großen Teilen des Irak mit sunnitischer Mehrheit und in großen Teilen des sunnitisch dominierten ländlichen Syrien.

[1] Bis 2010 sah es so aus, als ginge diese Strategie für Assad auf; er wurde in der internationalen Politik zu einem Faktor der Stabilität, und am Ende schloss Obama mit ihm sogar ein Abkommen, aber dann brachen die Aufstände in Nordafrika aus, und seine Strategie kehrte sich gegen ihn selbst.

[2] Dieses Vorgehen Assads wird heute im Westen als Hauptgrund der Dschihadisierung des eigentlich säkularen Aufstands angesehen. Die anderen Aspekte werden systematisch ausgeblendet.

Die Attraktivität des IS

Die Theologie des IS entstand in den 70er Jahren durch eine Vermischung des staatlichen, extrem sektiererischen Wahabismus mit den sozialen Ideen etwa der Muslimbrüder und einer extremen Fokussierung auf die kommende Apokalypse.[3] Sie manifestierte sich zum ersten Mal im Anschlag auf Mekka 1979[4]. Mit dem Afghanistankrieg ergab sich für das Haus Saud eine Möglichkeit, die Wut der Dschihadisten auf ein Ziel außerhalb Saudi-Arabiens zu kanalisieren. Sie kämpften nun auf der Seite des Westens im Kalten Krieg, was ihnen die Möglichkeit gab, im Westen offen zu rekrutieren und sich weiterzuentwickeln. Ihre Ideologie wurde durch die wahabitische Mission weltweit verbreitet. Wichtig ist sie besonders für die vom Golf kommenden Kämpfer, die über die Stagnation der arabischen Welt frustriert sind und von erneuter Weltbedeutung träumen.

Für westliche Rekruten spielt neben der Theologie das Versprechen auf (soziale) Gerechtigkeit im Kalifat (gleiche Regeln, aber auch gleicher Lohn für alle, soziale Versorgung usw.) eine große Rolle.[5] Dieses Gleichheitsversprechen ist allerdings auf den Kopf gestellt und basiert auf Ausschluss und Unterdrückung: AnhängerInnen der »Buchreligionen« (Juden und Christen) werden zu BürgerInnen zweiter Klasse ohne wirkliche Rechte, AbweichlerInnen vom »wahren« Islam und AnhängerInnen anderer Religionen dürfen ermordet, vergewaltigt und versklavt werden (im Unterschied zum historischen Vorbild ist diese Sklaverei aber keine wirtschaftliche, sondern fast ausschließlich eine sexuelle).

Hier zeigt sich die Doppeldeutigkeit der apokalyptischen/chileastischen Theologie des IS bzw. des aktuellen Dschihadismus: Sie verspricht sowohl das Paradies zu Lebzeiten, als auch das Paradies nach dem Tod bzw. in einer entfernten Zukunft. Trotzdem befeuert diese Theologie eine globale Diskussion, in der viele Beteiligte den Schwenk zum IS mitgetragen haben.

Entscheidend war die Anziehungskraft, die der IS für Teile der frustrierten Aufständischen[6] des »arabischen Frühlings« entwickeln konnte. Er hat sich seit 2006 immer deutlich gegen die Mächtigen im Nahen Osten gestellt, das war etwas Neues im Dschihadismus. Strategisch war es nicht besonders aussichtsreich, ohne Ansehen der jeweiligen Kräfteverhältnisse alle zu Feinden zu erklären.[7]

Der IS: ein »Patchwork-Staat«

Durch die überraschende territoriale Ausweitung und den Zustrom von Soldaten und anderen Freiwilligen schaffte der IS 2013/14 den Übergang von einem propagandistisch verkündeten Staat zu einem realen Staat in großen Teilen der sunnitischen Gebiete. Das extrem schnelle Anwachsen führte zu einer zusammengewürfelten, teilweise widersprüchlichen Struktur. Im Zentrum steht immer noch eine sehr kleine Kaderstruktur im Untergrund, die den IS schon vor 2010 anführte. Diese ist gut organisiert und scheint über bürokratische Strukturen zu verfügen. Der Kalif wird von der Schura (Ratgebergremium) gewählt; ihre Mitglieder sind nicht genau bekannt, es gehören ihr aber die unter Kampfnamen bekannten Gouverneure der Regionen und einige wichtige Militärführer an. In den verschiedenen Regionen, die sie beherrscht, ist die Organisation unterschiedlich stark verankert.

Trotzdem versuchte der IS seit Mitte 2014, eine einheitliche Staatlichkeit zu konstruieren. In Syrien beendete er die wilden Plünderungen und Vergewaltigungen und legte viel Wert auf die juristische Begründung seiner eigenen Brutalität und Exzesse; darüber wurden lange juristische Debatten geführt. Trotz der extremen Zwänge führten die größere Berechenbarkeit (im Vergleich zu den anderen sunnitischen Milizen) und der Versuch, eine (subventionierte) Krankenversorgung und Lebensmittelversorgung sicherzustellen, anfangs auch zu einer gewissen »Attraktivität« der IS-Herrschaft für die jeweilige lokale Bevölkerung.

Auch wenn »Stämme« in der lokalen Situation eine große Rolle spielen, ist der ISweder an Stammesverpflichtungen noch an konkrete Gebiete gebunden. Somit kann er eroberte Gebiete schnell einbinden, sie aber auch wieder aufgeben. Sein Universalismus und der »ausländische« bzw. pragmatische Charakter (Ex-Baathisten, Dschihadisten) ermöglichen es ihm, schnell in Gebiete vorzustoßen, in denen die Strukturen der vorigen Ordnung zerstört sind. In Gebieten ohne sunnitisch-arabische Mehrheit ist es ihm allerdings fast unmöglich, wirksam zu werden.

Finanzierung

Eine wichtige Rolle für die Finanzierung spielen Steuern, Wegzölle und der Zugriff auf einen Teil der riesigen Dollarsubventionen, die die USA in den Irak schütten. Sie sind wichtiger als der Öl-Außenhandel (der keineswegs unbedeutend ist!). Hinzu kamen während der Eroberungen die Einnahmen aus der Konfiszierung von Privateigentum. Durch die Mischung von Einnahmen aus diesen Quellen, den weiter gezahlten Löhnen an Staatsbedienstete im Irak und Syrien und dem Export von regionalen Produkten konnte der IS sich als erste dschihadistische Kraft von der Finanzierung durch andere Staaten und Geheimdienste unabhängig machen.

[3] Eine Analyse der apokalyptischen Theologie, die die materielle Realität im Irak völlig ignoriert, aber trotzdem interessant ist: Graeme Wood: *What ISIS Really Wants* in der Märzausgabe des *Atlantic*

[4] Im November 1979 nahmen etwa 500 bewaffnete wahabitische Islamisten mehrere tausend Pilger als Geiseln und hielten die große Moschee in Mekka für zwei Wochen besetzt, bevor sie von der saudischen Armee und französischen Spezialeinheiten besiegt wurden. Sie hatten ihren Anführer zum Mahdi ausgerufen, dem mythischen Nachkommen Mohammeds, der als Heerführer der islamischen Armee das Ende der Welt einleitet, und forderten alle Muslime zum Aufstand gegen das Haus Saud auf.

[5] Ich führe die Diskussion über den IS als »Sozialstaat« hier nicht fort. Diese Funktion hatte immer enge Grenzen, auch wenn sie zur Hochzeit des IS in den Berichten aus Mossul und ar-Raqqa selbst von seinen Gegnern betont wurde. Mittlerweile ist die Wirtschaft und vor allem die Strom/Wasser-Infrastruktur so angegriffen, dass auch in Mossul und ar-Raqqa Einrichtungen wie kostenlose medizinische Versorgung nur noch im Notfallmodus existieren.

[6] Helmut Dietrich wies im *ak* darauf hin, dass die tunesischen Dschihadisten (er schreibt »Adepten des IS«) vor allem Kinder des Kleinbürgertums sind, die studiert haben, arbeitslos sind und in der Revolte auf den Plätzen waren. Ein Unterschied zu den westlichen Rekruten, die selten über höhere Schulbildung verfügen.

[7] Allerdings hat die IS-Führung die Intensität ihrer Propaganda schon den Situationen angepasst.

Armee

Ähnlich wie der IS in seiner Gesamtheit, ist auch seine Armee nicht einheitlich. Im Irak sind viele politisch-militärische Anführer durch die Armee, Polizei oder die Geheimdienste Saddam Husseins ausgebildet worden und haben ihre Kampferfahrung im Kampf gegen die amerikanische Besatzung erworben; in Syrien spielen daneben auch viele Kämpfer aus Ex-Sowjetrepubliken wie Tschetschenien oder Georgien eine wichtige Rolle, von denen viele nach der (zweiten) Ausrufung des Kalifats aus syrischen Gruppen wie al-Nusra zum IS wechselten. Die (irakischen) Führungskader kommen aus angesehenen Familien, die Mehrheit der ausländischen Rekruten kommt aus der »Mittelschicht«.[8]

Hinzu kam die Rekrutierung der vielen sektiererischen sunnitischen Milizen in Syrien und im Irak, von denen einige über erfahrene Kader verfügten, andere aber einfach nur lokale Banden waren. Der IS überzeugte diese oft, ihm als Ganze beizutreten, und wenn das nicht erfolgversprechend schien, tötete er die Anführer und rekrutierte die Fußsoldaten. Außerdem gibt es Kämpfer, für die der Kampf in der IS-Armee die einzig mögliche Einkommensquelle ist. Mit der Ausweitung ab 2013 wurden die Einheiten des IS so immer diffuser, auch deswegen ist es so schwer, seine militärische Stärke zu beziffern, die Schätzungen gehen von 15 000 bis auf über 150 000 Kämpfer, wobei zumindest die Zahl der gut ausgebildeten Soldaten beim unteren Wert liegt.

Seit Mitte 2015 befindet sich der IS auf dem Rückzug und die Einnahmen sinken. Ohne neue Gebiete gibt es weniger zu konfiszieren, die Nutzung der Dollarmengen wurde erschwert (auch wenn es wohl noch immer die wichtigste Finanzquelle ist), der Irak hat die Zahlung der Gehälter eingestellt, die Bombardierungen schwächen die Ölförderung, und die gezielte Zerstörung von Tankwagen hat die Einnahmen aus Wegzöllen dezimiert. Diese Einschränkungen sind spürbar, so musste der IS im Dezember 2015 in ar-Raqqa den Sold um die Hälfte kürzen[9]. Dennoch ist der IS noch nicht vom direkten finanziellen Zusammenbruch bedroht; der *IHS Conflict Monitor* schätzte im Juni 2016 die Einnahmen aus Ölproduktion, -export und Besteuerung immer noch auf 26 Millionen Dollar im Monat.

Aber die militärische Ausweitung, die den IS von einem unter Dschihadisten und Experten diskutierten Phänomen zu einem globalen Schreckgespenst machte, ist vorbei.

Der kommende Untergang – Das Scheitern in Kobane als Wendepunkt

Kobane war die entscheidende Schlacht für den IS. Bis dahin war es ihm gelungen, seine Kräfte sehr viel stärker aussehen lassen, als sie wirklich waren. Er hatte das Bild einer massiven Armee aufgebaut, die an verschiedenen weit voneinander entfernten Fronten mit voller Stärke zuschlagen kann und ihren Gegnern mit extremer Brutalität begegnet. Die meisten öffentlich bekannten Gefechte fanden in mehrheitlich sunnitischen Gebieten gegen nichtsunnitische Gegner statt, die lieber flohen, als zu viel zu riskieren. In Kobane war der IS dann gezwungen, eine offene Schlacht auf nicht-arabisch-sunnitischem Gebiet zu riskieren. Durch die Erfolge geblendet überschätzten selbst seine Führer ihre militärischen Fähigkeiten und versuchten mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Kräften, Kobane einzunehmen. Dabei erlitt der IS zum ersten Mal wirklich hohe Verluste (wenn auch vor allem an unerfahrenen Soldaten, aber die Wirkung war dennoch enorm).

Trotz der Erklärung der USA, dass die Verteidigung Kobanes kein »strategisches« Ziel sei (Außenminister Kerry), konnten die kurdischen Milizen die Stadt halten und dem IS schwere Verluste zufügen. Die US-Luftunterstützung ermöglichte der YPG, erst die Belagerung Kobanes zu beenden und danach in schneller Folge große Teile des umliegenden Gebiets bis über den Euphrat vom IS zu befreien.

Die Niederlage wirkte demoralisierend auf den IS, denn sie machte offensichtlich, dass seine Erfolge nicht auf die eigene Stärke, sondern auf die Schwäche der Gegner zurückgingen. Seither hat der IS sämtliche wichtigen Gefechte verloren, und obwohl er sich fast immer schnell zurückgezogen hat, summieren sich die Verluste an Soldaten. Die Gebietsverluste waren erst kaum wahrnehmbar, weil der IS gleichzeitig die Gebiete anderer sunnitischer Milizen übernehmen konnte, die durch die russischen Luftangriffe geschwächt waren. Seit September 2015 ist der Rückwärtstrend aber unübersehbar. Zwischen Januar 2015 und März 2016 hat er Schätzungen zufolge 22 Prozent seines Territoriums verloren. Es kann gut sein, dass er bald alle urbanen Gebiete unter seiner Kontrolle verliert.

Schon im November 2014 hatte der IS im Irak die Kontrolle über die Industriestadt Baidschi verloren, im März 2015 kam Tikrit dazu, im November Sindschar und damit der Verlust der wichtigsten Verbindung zwischen Mossul und ar-Raqqa, im Dezember Ramadi. Im März fiel Palmyra, im Juni Falludscha (womit die Anbar-Provinz, eine traditionelle Hochburg des IS, fast vollständig unter der Kontrolle der irakischen Armee ist), und es ist

[8] Allerdings werden mit »Mittelschicht« migrantische Jugendliche aus dem Westen bezeichnet, die zwar nicht aus der Armut kommen, aber für sich keine Zukunft sehen und über keine besonderen Fähigkeiten verfügen. Der IS setzt sie deswegen vor allem bei Selbstmordattentaten und in den ersten Reihen ein.

[9] Die genaue Höhe des Solds ist unklar, der US-Kongress schätzte, zwischen 400 und 1500 Dollar pro Monat, offizielle Dokumente belegen einen Grundsold von 50 Dollar pro Kämpfer (plus 50 Dollar für die Ehefrau und 35 pro Kind).

nur noch eine Frage der Zeit, bis auch Manbidsch fallen wird.

Seit Februar/März 2016 wirkt das militärische Vorgehen gegen den IS sogar koordiniert, gleichzeitig bereiteten die irakische Armee, die irakisch-kurdischen Peschmerga, die syrische Armee mit ihrer russisch-iranischen Unterstützung und die SDF[10] mit amerikanischer Luftunterstützung Angriffe auf den IS vor. Nun zeigt sich, dass der IS nicht genug Soldaten hat, um militärisch zu bestehen; seine Offiziere müssen sich stärker exponieren und können deshalb leichter gezielt ermordet werden.

Die Kriegsberichterstattung der Medien macht es schwer, das Ausmaß der aktuellen Angriffe zu verstehen. Mittlerweile werden realistische Angaben über die Größe des IS-Territoriums gemacht, während diese vorher stark übertrieben wurden und jedes unbewohnte Wüstengebiet dem IS zugeschlagen wurde. Dadurch wirkten die Gebietsverluste viel massiver, als sie es tatsächlich sind.

Inzwischen werden auch die inneren Risse sichtbarer: Durch den Verlust von Verbindungsstraßen und Gebieten wird die Versorgung und Verwaltung der Städte immer schwieriger. Selbst in den zuvor gut versorgten Gebieten wie Mossul gibt es seit einem Jahr wieder Probleme mit der Stromversorgung.

Gleichzeitig wächst der Widerstand in der Bevölkerung. Es vergeht fast kein Tag ohne Proteste, im November und Dezember gab es zwei Berichte darüber, dass die lokale Bevölkerung versuchte, Richter des IS zu erschießen. Im Februar kam es zu Gefechten in Falludscha zwischen dem IS und »Stammesangehörigen«, einzelne Berichte sprachen schon von Eroberung, allerdings ist bei diesen Meldungen schwer einzuschätzen, was Propaganda und was Wahrheit ist. Außerdem wurde in den letzten Monaten immer wieder über Zwangsrekrutierungen sowie Massenhinrichtungen von angeblichen Kollaborateuren in den vom IS beherrschten Städten berichtet.

Immer mehr Kämpfer wollen raus. Und trotz vieler Einknastungen und Hinrichtungen schaffen es viele Deserteure zurück in ihre Heimatländer, z. B. nach Europa. Der IS weiß nicht, wie er das Problem in den Griff bekommen soll. Im Oktober 2015 hatte er eine einen Monat gültige Generalamnestie für Deserteure erlassen, im November und Dezember dann wieder viele Todesurteile vollstreckt.

Ausweichmanöver

Die Terroranschläge im Westen sind Ausdruck der Schwäche des IS in seinem Kerngebiet. Trotz (oder wegen?) dieser Anschläge sank die Zahl der Rekruten aus dem Westen weiter.

Die Anschläge kommen auf verschiedenen Wegen zustande: In Frankreich und Belgien sind es zurückgekehrte Kämpfer, die auf die Unterstützung ihres lokalen Bekanntenkreises bzw. lokaler Strukturen zurückgreifen können; in *San Bernardino* und *Orlando* waren es »inspirierte« Einzeltäter; in Asien (Bangladesch, Indonesien…) sind es lokale Gruppierungen ohne direkte Verbindung zum IS, die als IS handeln.

Im Nahen Osten (Libanon, Jordanien, Syrien, Saudi-Arabien, Türkei…) haben die Attentäter meist direkte Verbindung zu den logistischen Strukturen des ISin Syrien und dem Irak. Dort hat der IS seine Terrorstrategie erneut ausgeweitet. Kurz vor Fertigstellung des Artikels gab es in Istanbul, Bagdad und Medina schwere Anschläge. Während der Anschlag in Bagdad als Reaktion auf die Eroberung Falludschas gesehen werden kann, sind die Anschläge auf einen Flughafen in der Türkei, zu Beginn der Reisesaison, und auf eines der der höchsten islamischen Heiligtümer in Saudi-Arabien zum Ende des Ramadan Kriegserklärungen, die die jeweiligen Regimes vor große Probleme stellen.

Der is hat seine Propaganda gegen Saudi-Arabien massiv ausgeweitet, bezeichnet das Land als Schutzmacht der Schia und wirft dem Haus Saud Korruption vor. Für Erdoğan ist die Situation ähnlich kompliziert wie für das saudische Königshaus. Im Unterschied zu Saudi-Arabien hat die Türkei lange Zeit den is weniger als Bedrohung denn als Werkzeug gesehen, das man in Syrien, aber auch innenpolitisch benutzen konnte. Die Anschläge in Suruç und Ankara passten innenpolitisch sehr gut in den Wahlkampf Erdoğans. Das ist spätestens seit dem Anschlag auf deutsche Touristen in Istanbul im Januar 2016 vorbei. Allerdings ist die Türkei immer noch auf den is angewiesen, um die (vor allem turkmenischen) Milizen in Syrien zu unterstützen, die durch den Vormarsch der syrischen Armee den direkten Zugang in die Türkei verloren haben. Seit Juni bekämpfte die Türkei den is an der Grenze trotzdem auch mit eigenen Truppen, kurz danach fand der Anschlag auf den Istanbuler Flughafen statt.

Was kommt?

Der IS ist in einem so zersplitterten Kriegsgebiet wie Irak/Syrien eine wirksame zerstörerische Kraft, aber er ist nicht dazu in der Lage, ein Land zu regieren und militärisch zu verteidigen.

Die Staatlichkeit des IS war und ist eher ein in die Zukunft verlegter Anspruch als eine realistische Agenda. Dass er jede Regel gebrochen und das Unmögliche versucht hat, war immer Teil seiner Attraktivität. Doch die extreme und völlig unerwartete Erfolgsgeschichte 2013/14 hat auch den IS sel-

[10] Die *Syrian Democratic Forces* wurden von den kurdischen Selbstverteidigungskräften gegründet, um neben Einheiten aus Kurden und ausländischen Freiwilligen auch arabische Einheiten einbinden zu können.

ber überrollt. Die erfahrenen Kader können wahrscheinlich mit den Enttäuschungen und Niederlagen umgehen. Sie haben mehr als ein Jahrzehnt Erfahrung im Guerillakrieg gegen Gegner, die über die Lufthoheit verfügen, und es schon zwei Mal geschafft, sich nach ziemlich verheerenden Niederlagen den veränderten Bedingungen anzupassen und wiederzukommen. Aber es sieht nicht so aus, als würden die in den letzten Jahren gewonnenen neuen Soldaten ihnen weiterhin folgen, das gilt besonders für die internationalen Rekruten.

Der IS ist keine urbane Kraft, sein stabiler Kern betritt nur selten Städte, seine wichtigen Basen befinden sich außerhalb. Er kann die Städte nur durch Bündnisse mit lokalen Eliten und durch Terror unter Kontrolle behalten. In der aktuellen Krise kommt es zwischen den lokalen Eliten und den »auswärtigen« IS-Kadern, die auf die EinwohnerInnen herunterschauen, immer wieder zu Konflikten. Bis Sommer 2016 nahm der IS bei der Verteidigung von Städten keine Rücksicht auf die Zivilbevölkerung. Das war in Falludscha anders. Im Unterschied zu z. B. Ramadi ist es nach der Eroberung keine komplett zerstörte Stadt. Der IS hatte auf die von ihm sonst betriebene zerstörerische Verteidigung verzichtet, deutlich weniger Häuser waren vermint. Die Schäden sind aber trotzdem massiv: Seit Sommer 2014 stand die Stadt unter ständigem Artilleriefeuer, dazu kamen die Bombardierung und der Anfang Juli noch andauernde Straßenkampf.

Mit der Rückeroberung sind die Probleme nicht gelöst: Im Irak misstraut die sunnitische Bevölkerung der irakischen Armee und den Peschmerga, sie fühlt sich seit Jahren benachteiligt und hat von den systematischen Vertreibungen von Sunniten sowohl durch die »irakische Armee« und die sie unterstützenden schiitischen Milizen als auch durch die irakisch-kurdischen Peschmerga gehört. Eine »Befriedung« ist letztlich nur vorstellbar, wenn die Bevölkerung eine eigene politische Perspektive entwickelt.[11] In Syrien ist die Situation durch die instabile politische Situation ähnlich. Auch deshalb wirken die Ankündigungen einer militärischen Eroberung von ar-Raqqa oder Mossul bisher eher halbherzig.

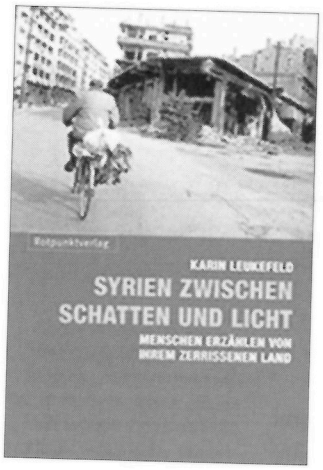
Im Irak eröffnet sich durch den inneren Zerfall des IS und den äußeren Druck in den sunnitischen Landesteilen erneut eine (kleine) Chance, dass die sunnitische Bevölkerung ihren Unmut anders als durch dschihadistische Gruppen ausdrückt. Aber der Terror, mit dem der IS zurzeit den Irak überzieht, droht diese Chance zu zerstören. Gerade die Bombenanschläge in Bagdad nehmen zu, dort übernehmen schiitische Milizen Polizeiaufgaben, und die sunnitischen Vorstädte werden als »Antiterrormaßnahme« weiter entvölkert.

In Syrien gibt es zwar neben dem IS noch andere arabisch-sunnitische Kräfte, militärisch nennenswert sind allerdings nur die islamistischen Gruppen, und auch diese stecken seit der Offensive des Assad-Regimes und Russlands in großen Schwierigkeiten. Daneben versucht die syrisch-kurdische Fraktion mit Hilfe der USA ein föderales Syrien zu propagieren und die nicht-islamistischen Reste der FSA in ihre Armee SDF (Demokratische Kräfte Syriens) zu integrieren, um diese arabischer aussehen zu lassen.

Obwohl die Lage insgesamt ziemlich düster ist, gibt es immer wieder kleine Hoffnungsschimmer: Fünf Jahre nach den Aufständen in Nordafrika haben die Menschen in Tunesien erneut die Straßen in Besitz genommen. Und sie protestieren nicht unter dem Banner des Islam, sondern für die Umsetzung sozialer Forderungen. Gleichzeitig erlebte auch der Irak in den letzten Monaten eine (kleine) Massenbewegung, vor allem in Bagdad.[12] Unter dem Slogan »Die Diebe haben uns im Namen der Religion bestohlen« protestierten sie gegen die schiitisch geprägte Regierung (und die lokalen Autoritäten), aber auch gegen die Parteien im Parlament oder die verschiedenen politisch-religiösen Kräfte und forderten stattdessen einen pluralistischen Irak. Diese Bewegung, auf deren Demonstrationen zum Höhepunkt im Dezember 2015 über 50 000 Leute waren, heißt *madaniyya* (Bürgerlichkeit/ Zivilgesellschaft). Seit Frühjahr 2016 werden die Straßen Bagdads allerdings durch die Mobilisierungen der Anhänger Muqtada as-Sadrs dominiert, einem schiitischen Prediger und irakisch-nationalistischen Populisten, der eine Technokratenregierung zur Lösung der Wirtschaftskrise fordert. Im April 2016 stürmten seine Anhänger sogar das Parlament. Wieder wurde eine säkulare Bewegung durch eine religiöse ersetzt. Aber auch wenn die Bewegungen von unten, die für eine bessere Zukunft gegen den zerstörerischen *Status quo* kämpfen, bisher immer nur kurz aufleuchten, um schnell wieder in Terror, religiösem Extremismus und Bürgerkrieg zu verschwinden – nur in ihnen liegt eine Chance auf eine bessere Welt. ■

[11] Aymenn al-Tamimi hält diese Möglichkeit für sehr unwahrscheinlich, zu groß sei die Angst vor dem IS, zu groß auch die vor der Rache der »Befreier«: »Trotz all dieser Einblicke in die inneren Probleme des ISIS-Projekts halte ich den Zusammenbruch durch eine Revolte im Inneren für sehr unwahrscheinlich. Es ist offensichtlich, dass die inneren Gegner des ISIS sich in einer erstickenden Umgebung befinden, und bis heute hat ihnen niemand ein anderes Modell von Regierung angeboten. Alle internen Aufstände, die passiert sind, wie die Sha'itat-Revolte in der Provinz Deir az-Zor 2014, sind mit brutaler Effizienz niedergeschlagen worden. Aus wirtschaftlicher Sicht ist es unwahrscheinlich, dass die finanziellen Schwierigkeiten der Gruppe zu einem totalen Zusammenbruch führen, da es unmöglich ist, den Geldfluss zwischen ISIS und der Außenwelt komplett abzuschneiden. All das zeigt, dass es die Aufgabe von Kräften von außen sein wird, gegen ISIS in seinem Kerngebiet zu kämpfen.« Aymenn Jawad Al-Tamimi: *Is ISIS good at governing?*, Februar 2016, *Brookings.*

[12] Nibras Kazimi: *Did the ›Twitter Revolutions‹ Fail?*, Januar 2016, *talisman-gate.com.*



»Die Frauen werden das Land wieder aufbauen«

Karin Leukefeld
Syrien zwischen Schatten und Licht
Menschen erzählen von ihrem zerrissenen Land
Zürich 2016 (Rotpunkt-Verlag)
26,50 CHF | 24.00 Euro

Vor genau 100 Jahren steckten die Diplomaten der Siegermächte Picot (Frankreich) und Sykes (Großbritannien) in einem Geheimabkommen ihre Interessengebiete im zerfallenden Osmanischen Reich ab. Der Völkerbund erteilte den beiden Kolonialmächten später das Mandat, diese Länder innerhalb von 25 Jahren in die Unabhängigkeit zu überführen – ein Prozess, der von blutigen Aufständen und der Aufteilung des Landes begleitet war.

Heute tobt in Syrien ein regionaler und internationaler Stellvertreterkrieg um die Kontrolle des Mittleren Ostens, in dem die Bevölkerung zum Zuschauer geworden ist, vier Millionen von ihnen haben das Land verlassen, sechs Millionen finden als Inlandsflüchtlinge v. a. in den von Christen oder Drusen bewohnten Landesteilen Zuflucht.

Karin Leukefeld ist seit 16 Jahren freie Korrespondentin im Mittleren Osten und mittlerweile in Syrien akkreditiert, d. h. sie kann sich dort relativ frei bewegen, aber sie formuliert entsprechend vorsichtig. Sie ist keine »Kriegsberichtserstatterin«, sondern sie will den LeserInnen den Alltag und die Sicht der in Syrien lebenden Menschen nahebringen. Daraus entsteht ein differenziertes Bild über die städtische Gesellschaft in Syrien. Leukefeld will neben dem »Schatten« auch das »Licht« festhalten, für das Syrien einmal stand: Säkularismus, Aufklärung, religiöse Toleranz. Sie stellt Menschen dar, die versuchen, diese Werte zu verteidigen und die Gesellschaft zusammenzuhalten.

Kapitel, die die historischen Ereignisse der verschiedenen Phasen zusammenfassen, wechseln ab mit Gesprächen mit Zeitzeugen, Vertretern wichtiger politischer Familien und Berichte über Besuche in verschiedenen Gegenden des Landes zwischen 2010 und 2016. Vorgestellt werden über die Tochter der Begründer des großsyrischen Nationalismus, ein ehemaliger Regierungsberater, drusische, christliche, muslimische Wissenschaftler, Initiatoren von Frauen- und Kinder-Umweltprojekten, d. h. Angehörige der gebildeten Mittelschicht, aber auch Handwerker, Lastenträger oder Kioskbesitzer. Diskussionen in einem kleinen Freundeskreis von jungen Leuten in Damaskus, die 2011 eine glänzende Zukunft vor sich haben und 2016 in alle Winde zerstreut sind, bilden eine Art Klammer.

Das Buch enthält am Schluss eine ausgezeichnete Chronologie, die nicht nur die innenpolitischen Ereignisse enthält, sondern auch die komplizierten außenpolitischen Konstellationen (Kriege gegen Israel; libanesischer Bürgerkrieg; Ende der Sowjetunion) und manche politische Wendung des Regimes erklären – wie die Beteiligung am Irak-Krieg mit einem kleinen Kontingent Soldaten auf der Seite des Westens .

Frankreichs Teile-und-herrsche-Strategie führte in die nie vollständig akzeptierte Aufteilung Syriens in unabhängige Staaten: Abspaltung des Libanons, Teilung Palästinas, Angliederung der Provinz Alexandrette an die Türkei. Reiche Händlerfamilien orientieren sich nicht an den neuen Grenzen des Nationalstaats Syrien: Von Aleppo aus sind ihre Handelspartner in Mossul oder Diyarbakir oder den Hafenstädten im Libanon.

Arabische, kurdische und syrische Nationalbewegungen konkurrierten nach der Unabhängigkeit mit der Muslimbruderschaft um die Macht und kämpften um die Ausrichtung des Staates – säkular oder religiös. In der Verfassung stand schließlich: der Präsident muss Muslim sein. Die ersten Jahre waren eine Abfolge von Putschen, Attentaten und Hinrichtungen politischer Gegner. Eine städtische gebildete Mittelschicht, die ihre Kinder auf die besten (internationalen) Schulen und Unis schickte, stand und steht einer armen Landbevölkerung gegenüber.

1958 wurde Syrien Teil der Vereinigten Arabischen Republik unter Nasser. Der arabisch-nationalistische Sozialismus verstörte die Großgrundbesitzer, die Händlerklasse finanzierte einen Staatsstreich, Syrien wurde wieder eigenständig, unterstützt vom Westen. Nach einer Folge von Staatsstreichen rivalisierender Fraktionen des Kapitals und innerhalb der Baath-Partei übernahm 1963 der Militärrat der Baath-Partei die Macht. Seither galt der Ausnahmezustand. 1964 wurde ein Aufstandsversuch der Muslimbrüder in Hama mit der Luftwaffe blutig niedergeschlagen. 1970 übernahm Hafiz-al-Assad die Macht in Syrien. Zwischen 1976 und 1982 gab es wieder Aufstände der Muslimbrüder, auf die Hafiz al-Assad mit eiserner Faust reagierte. Oppositionsparteien wurden verboten und wieder erlaubt, politische Gegner verschwanden in einem speziellen Gefängnis. Ein brutales Repressionsregime wurde aufgebaut.

Nach Ausschaltung seines Bruders »vererbte« Assad 1980 das Präsidentenamt an seinen Sohn Bashar. Viele Reformhoffnungen lagen auf dem politisch wenig erfahrenen Augenarzt, der die Bevölkerung aufforderte, »als Team« mit ihm zusammenzuarbeiten. Er hatte große Pläne zur Öffnung des erstarrten Systems, Zulassung privater Schulen – auch Koranschulen, in denen sich Salafisten organisieren konnten. Er startete eine Investitionsoffensive, lud die Auslandssyrer zur Beteiligung ein. Er forderte die Bevölkerung zur Mitwirkung auf, d. h. sie sollte nicht alles dem Staat zu überlassen. »Zivilgesellschaftliches Engagement« war bisher außerhalb von Kirchengemeinden oder Moscheevereinen nicht erlaubt gewesen, wer außerhalb staatlicher Strukturen aktiv war, galt als Oppositioneller.

Probleme gab es zuhauf: eine ungebremste Landflucht wegen Trockenheit und Wassermangel. Viele staatliche Stausee- und Bewässerungsprojekte funktionierten nicht, waren eine gigantische Res-

sourcenverschwendung. Die Landbevölkerung und die Beduinen wollten ihre Lebensweise nicht ändern, die Familien sind kinderreich, haben wenig Schuldbildung, auf dem Land gibt es viele Analphabeten. Die neuen Bildungsmöglichkeiten nehmen v. a. die religiösen Minderheiten in der Küstenregion wahr, auch viele Frauen.

2010 herrschte Aufbruchsstimmung. Bashar al-Assad nahm sich die EU-Versöhnung ehemaliger Feinde – als Vorbild für einen gemeinsamen Wirtschaftsraum mit Iran und der Türkei (»Fünf-Meere-Strategie«). Die EU verhandelte mit Syrien über ein Assoziierungsabkommen. Dies scheuchte die Konkurrenz auf: die Golfstaaten und Israel.

Die Autorin zeichnet ein recht positives Bild dieses Damaszener Frühlings: der Ausnahmezustand sollte aufgehoben werden, die Kurden sollten Pässe bekommen, Parteien zugelassen werden, Internet und Mobiltelefone wurden zugelassen. Frauenförderung wurde groß geschrieben, der Kampf gegen Korruption verkündet. Und politische Gefangene wurden freigelassen, v. a. Islamisten.

Aber diese »Liberalisierung« bedeutete auch private Aneignung öffentlicher Ressourcen. Nach dem Freihandelsabkommen mit der Türkei wurde der syrische Markt mit billigen Industriewaren überschwemmt – in Syrien lag noch viel in Händen des Handwerks. In einer Gesellschaft auf zwei verschiedenen Ebenen der Modernisierung bedeutete dies: verschärfte Spannungen.

Die Zerstörung Syriens

Im Kapitel »Die große Zerstörung« werden die Ereignisse im »arabischen Frühling« und der Aufstieg des IS rekonstruiert. In ihrer dichten Darstellung arbeitet sie heraus, wie schnell die Auseinandersetzung durch Einmischung von außen militarisiert wurde – und der Kontrolle der syrischen Bevölkerung entglitt.

Nach dem brutalen Vorgehen gegen die Schüler in Deraa im März 2011 und die tödlichen Schüsse auf Beerdigungen wurde auf Demonstrationen bald der Sturz des Regimes oder eine »ausländische Intervention wie in Libyen« gefordert. Wer Veränderungen wollte, aber nicht den Sturz des Präsidenten, blieben zuhause oder rief auf Transparenten zur »Einheit« auf.

Nach Leukefelds Darstellung hat Assad sich immer gesprächsbereit gezeigt, die Eskalation hätte vermieden werden können, wenn nicht Teile der Opposition im Ausland auf Militarisierung und internationale Einmischung gesetzt hätten. Im Sommer 2011 wurde in der Türkei die »Freie Syrischen Armee« und der »Syrische Nationalrat« gegründet, unterstützt von der AKP. Französische Regierungskreise gaben die Parole aus, Präsident Assad habe in Syrien keine Zukunft mehr, im August sagte Obama, Assad müsse zurücktreten.

Die Autorin beschreibt eine kleine Gruppe junger Leute, die sich im April 2011 in Damaskus heimlich trafen, um Aktionen vorzubereiten: »Sie stammten aus gutbürgerlichen Kreisen, waren in Lohn und Brot oder studierten und wollten eine Revolution machen. Einer in der Gruppe warnte vor den Folgen, fand aber kein Gehör. Im Laufe der nächsten Monate wurden einige der jungen Leute mehrmals festgenommen, sie verließen das Land.« (S. 269)

Doch wer ist der Kern des Regimes, der die Entscheidungen trifft? Welchen Teil der herrschende Klasse vertritt es? Leukefeld schreibt, »die Geheimdienste« standen vielen der vom Präsidenten geplanten Veränderungen reserviert gegenüber. Bei jeder außenpolitischen Krise zogen sie die Zügel neu an, verhafteten, schüchterten ein. Bashar al-Assad habe sich bei der »alten Garde« nur mühsam durchsetzen können, seine Versuche des Ausgleichs wurden ihm als »Schwäche vorgehalten – auch von der Opposition.

Die weitere Entwicklung des Krieges kann gelesen werden als systematische Zerstörung eines Landes mithilfe von islamistischen Milizen: Anfang 2012 schlossen Deutschland, Frankreich, Großbritannien und die USA ihre Botschaften. Frankreich berief eine Konferenz der »Freunde Syriens« ein, an der die Staaten und die Golfstaaten teilnahmen, während Russland und China fernblieben – eine neue Ost-West-Konfrontation. Saudi-Arabien verhinderte Anfang 2012 die Verlängerung der Beobachtermission, die die Gewalt stoppen sollte, und lieferte stattdessen (gemeinsam mit Katar) große Mengen Waffen an die Kampfgruppen in Syrien, denen sich tausende von Männern anschlossen, die über die türkisch-syrische Grenze einreisten. Die Wirtschaftssanktionen der EU, die v. a. den Ölsektor betrafen, wurden im Mai 2013 auf Drängen der früheren Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich für die »moderaten Oppositionellen« und die »befreiten Gebiete« aufgehoben. Davon profitierten die Al-Nusra-Front und der ISIL. Im September 2015 begann Russland mit massiven Militäroperationen aus der Luft gegen islamistische Kampftruppen, um die syrische Armee und Assad zu unterstützen. »Dutzende Kampfjets aus vielen Ländern waren im Himmel über Syrien unterwegs, außer Russland hatte niemand die syrische Regierung um Zustimmung gebeten, wie es das Völkerrecht vorsieht.« (S. 277) Nach dem Abschuss eines russischen Flugzeugs durch die Türkei wurden die Einsätze koordiniert. Die USA und Europa drängten nun auf eine politische Lösung – auch wegen der Massenflucht nach Europa.

All die Ärzte und Ingenieure, die in Syrien reich geworden seien, hätten als Erste das Land verlassen– zitiert Leukefeld die bittere Bemerkung eines Drusen aus Era, der nach seiner Entführung durch bewaffnete Gruppen sein Haus verlassen musste. (S. 266)

Anfang 2016 kam es auf Einladung des nunmehr dritten UN-Sondervermittlers zu »Annäherungsgesprächen« in Genf, bei denen auch eine Regierungsdelegation und Angehörige der innersyrischen Opposition anwesend waren. USA und Russland vermittelten einen Waffenstillstand, von dem IS und Al-Qaida-Gruppen ausgeschlossen sind.

Ein Ende des Krieges?

In einem Radio-Interview Anfang Juli 2016 berichtet die Autorin von landesweit ca. 500 lokalen Waffenstillständen, die nicht vermittelt durch die Großmächte seien. Und von Versöhnungsangeboten der Regierung: wer seine Waffe abgibt, kann in die Gesellschaft eingegliedert werden.

»Eines Tages wird das Chaos vorbei sein, und dann werden es die Frauen sein, die Syrien wieder aufbauen. Die Männer sind tot, im Gefängnis, oder haben das Land verlassen. Aber die Frauen sind hier, sie werden Syrien wieder aufbauen.« meint ein oppositioneller Kriegsdienstverweigerer, der Hilfe für Inlandsvertriebene organisiert. (S. 302) ■

Disruptiver Wandel

Lesenswert zu Disruption vs. Revolution ist der Artikel von Marcus Hammerschmitt am 10. Juli 2016 auf *telepolis* »Verführerische Vokabeln« http://www.heise.de/tp/artikel/48/48783/1.html

Seitdem es die *Wildcat* gibt, beschäftigt uns die Frage, wie lange noch die zunehmende Prekarisierung eines Teils der FabrikarbeiterInnen in der BRD die in den 70er Jahren erkämpften besseren Bedingungen der alten Stammbelegschaften stabilisiert. Wann schlägt dieser Prozess um, so dass alle zu diesen neuen Bedingungen arbeiten müssen oder die ganze Branche das Land verlässt? Mit der Produktion von Haushaltsgroßgeräten ist trotz der großen Abwehrstreiks bei AEG und Bosch-Siemens vor knapp zehn Jahren genau das weitgehend passiert.

Wir denken, dass in der Autoindustrie dieser Moment recht nahe ist und der »VW-Skandal« hierbei einen Umschlagpunkt darstellt. In der Branche ist sehr viel passiert in diese Richtung; erinnert sei nur an das *Auto5000*-Projekt von Hartz 2001 oder den Pforzheimer Abschluss mit der IG Metall 2004. Trotzdem wurde der Kern der Beschäftigten nicht angetastet – und auch wieder durch die letzte Krise gehievt. Nun kommt der Angriff in der Konstellation Abgasskandal / heraufziehende Wirtschaftskrise / E-Auto.

Noch laufen die Geschäfte

2015 war eines der profitabelsten Jahre in der Geschichte der deutschen und der globalen Autoindustrie. Die Gewinne stiegen – trotz Dieselkrise und der hohen VW-Verluste – insgesamt im Vergleich zum Vorjahr nochmal an. Allerdings geht die Schere immer weiter auseinander, die vier produktivsten Multis – Toyota, Daimler, BMW und Ford – erwirtschafteten mit 55,3 Milliarden Euro fast 60 Prozent aller Gewinne.

Auch für die festangestellten »Mitarbeiter« war Mitte 2016 die Welt noch in Ordnung; bei Porsche erhielten sie 8911 Euro, bei VW fast 4000 Euro Erfolgsbeteiligung (die 5900-Euro-»Gewinnbeteiligung« im letzten Jahr musste wegen der Verluste gekürzt und umbenannt werden) – die Leiharbeiter bekamen selbstverständlich nix.

Strukturell sieht es aber ganz anders aus

Die Exporte der deutschen Autoindustrie nach China sind 2015 um 16 Prozent eingebrochen, auch wenn die Absatzzahlen der einzelnen Firmen mit Ausnahme von VW noch leicht wuchsen. Der massive Aufbau von Produktionskapazitäten in China führt dazu, dass immer mehr Teile der dort verkauften Autos vor Ort gefertigt werden – auch von »deutschen« Unternehmen. Der Trend, dort zu produzieren, wo sie die Autos auch verkaufen (zum Beispiel in Mexiko für den amerikanischen Kontinent; siehe *Wildcat* 98: »Klassenkampf in den nordamerikanischen Gewaltökonomien«) führt dazu, dass die Zahl der Jobs in der Autoindustrie in der BRD deutlich sinken wird. VW will mehr als zehn Prozent der Stammbelegschaften in der BRD entlassen. Auch Ford hat Entlassungen in Europa angekündigt. Bisher soll das noch über Frühverrentungen und das Nicht-Ersetzen von ausscheidenden Beschäftigten gehen – aber die nächste Krise steht vorm Tor. Zudem entfaltet sich der »Abgas-Skandal«.

Der »VW-Skandal« – in dem (fast) alle drin hängen

VW hatte im September 2015 nach Ermittlungen US-amerikanischer Behörden zugeben müssen, bei weltweit mehr als elf Millionen Diesel-Fahrzeugen eine illegale Software eingesetzt zu haben, die Emissionswerte bei Tests künstlich senkte. Das stürzte den größten deutschen Konzern in die tiefste Krise seiner Geschichte.

Die Aufarbeitung geht aber auch deshalb so langsam voran, weil fast alle Autokonzerne ebenfalls getrickst haben – wenn auch geschickter als VW: sie haben das zulässige »Thermofenster« einfach komplett überreizt. Diese Regelung sollte Motoren etwa bei extremer Kälte schützen; dann müssen sie die vorgeschriebenen Werte nicht einhalten. Einige Firmen haben das bis zu 17 Grad

»Heute faseln die Blödmänner, die bis vor kurzem von Nachhaltigkeit gesülzt haben, von Disruption, um sich nach oben zu strampeln.«

Umgebungstemperatur benutzt! Außerdem wissen alle, dass die Verbrauchsangaben, nach denen die Autos zugelassen sind, extrem gefälscht sind. Und Mitte Juli kam raus, dass die EU-Kommission bereits 2010 von den Manipulationen bei den Abgaswerten bei Dieselfahrzeugen wusste. Wo alle drinstecken ist es nicht ganz leicht, die Angelegenheit als »VW-Skandal« abzuwickeln.

Trotzdem kann man es nur als Realsatire bezeichnen, was VW bei der Bewältigung des Skandals abliefert. Fast ein Jahr nach dem Bekanntwerden des Betrugs herrscht noch immer Chaos beim Wegräumen des Drecks. Nur eine kleine Minderheit von 2,5 Millionen betroffenen VW-Fahrern in der BRD wurde bisher in die Werkstatt gerufen. *Auto Motor und Sport* hat zwei dieser Autos vor und nach dem Software-Update testen lassen. Ergebnis: Der Verbrauch stieg an, die Stickoxid-Emissionen blieben gleich. Dazu passt auf der anderen Seite wie die Top-Manager versuchen, sich aus der Verantwortung für den Betrug zu stehlen, den sie angeordnet hatten. In einem zentralistischen Unternehmen wie VW (»Nordkorea nur ohne Straflager«) kam die Anordnung, den US-Markt mit Schummelsoftware zu erobern, von ganz oben. Die USA-Strategie war *bekanntermaßen* Chefsache und steckte auch hinter dem Showdown zwischen Piëch und Winterkorn im April 2015. Und nun wird der Dreigroschenroman aufgeführt, wann habe Winterkorn wohl davon erfahren, »dass die Amis was gemerkt haben«? Und wenn es sich nicht mehr leugnen lässt, dass er davon bereits im Frühjahr 2014 erfahren hat, wird hinterhergeschoben, womöglich habe er es aber nicht geschafft, seine »umfangreiche Wochenendpost« zu lesen. Ja, das kann man sich vorstellen: der Mann musste an seinen Wochenenden ja irgendwie die viele Kohle raushauen, die er bei VW verdient hat (2014 waren es 15,9 Millionen Euro).

VW gerät auch intern unter Druck; im März schrieb das *Handelsblatt*, der Großaktionär Katar, dem 17 Prozent von VW gehören, verliere die Geduld. Der Konzernumbau ginge nicht schnell genug voran; »die Scheichs fürchten um den Wert ihres Aktienpakets«, von ursprünglich mehr als fünf Milliarden Euro in VW-Aktien hatten sie zu diesem Zeitpunkt rund die Hälfte verloren.

Die Süddeutsche Zeitung hat eine Grafik mit allen erwischten Autos online gestellt: http://www.sueddeutsche.de/auto/abgasaffaere-ist-ihr-auto-ein-abgas-trickser-1.2998415

Sind die Klagen existenzbedrohend?

Mitte Mai kündigte auch der norwegische Staatsfond als viertgrößter Anteilseigner des VW-Konzerns an, gegen VW zu klagen.

Ende Juni einigte sich VW mit den US-Behörden außergerichtlich: gut zehn Milliarden Dollar für den Rückkauf manipulierter Dieselautos, plus fast fünf Milliarden Dollar an zwei Umweltfonds, plus mindestens 600 Millionen Dollar an klagende amerikanische Bundesstaaten (davon 86 Millionen Dollar an den Bundesstaat Kalifornien). Die rund 16,2 Milliarden Euro (umgerechnet rund 18 Milliarden Dollar), die VW für den Skandal zurückgestellt hatte, werden allein in den USA drauf gehen – denn dort laufen auch noch strafrechtliche Ermittlungen. Und obwohl die Bundesregierung VW über die Maßen schützt, könnte es auch hier teuer werden: Die zuständige Staatsanwaltschaft Braunschweig eröffnete Anfang Juli ein Bußgeldverfahren. Laut Gesetz müsste VW die Gewinne zurückzahlen, die es durch den Betrug gemacht hat, am Ende könnten »einige hundert Millionen Euro« Strafe stehen.

Sehr viel teurer könnten die weltweiten Klagen von Aktienbesitzer auf Wertausgleich für erlittene Verluste werden. VW hatte am 3. September 2015 gegenüber den amerikanischen Behörden das *Defeat-Device* zugegeben, die Aktionäre aber erst am 18. September mit einer sogenannten Adhoc-Mitteilung informiert. Ende Juni kam die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin) zu dem Ergebnis, VW habe seine Aktionäre *ganz bewusst* über die Risiken von Dieselgate im Unklaren

gelassen. Somit habe das Unternehmen nicht nur gegen die Adhoc-Pflicht verstoßen, sondern sich außerdem der vorsätzlichen Marktmanipulation schuldig gemacht. Deshalb stellte die Bafin Strafanzeige gegen VW bei der zuständigen Staatsanwaltschaft Braunschweig, die nun gegen Winterkorn und den gesamten VW-Vorstand ermittelt. Dadurch haben Aktionäre in einem Rechtsstreit mit Volkswagen deutlich bessere Aussichten auf Schadenersatz. Hierbei geht es um viele Milliarden, die Aktie ist seit Beginn der Affäre von mehr als 160 auf 116 Euro Mitte Juli gefallen. Die Entschädigungen könnten weit über dem liegen, was VW bislang in den USA zahlen soll.

Die deutsche Motorenpresse kommentierte das durchgängig so: Neun Monate nach Bekanntwerden des Skandals nehme die Affäre nun wirklich existenzbedrohende Dimensionen für VW an.

Die geopolitische Dimension

VW ist in den USA nur ein Nischenanbieter, der Marktanteil beträgt nicht einmal zwei Prozent. Aber jeder Automulti muss auf dem US-amerikanischen Markt mitspielen. VW hatte in den letzten zehn Jahren aggressiv darum gekämpft (2008 Eröffnung des Montagewerks in Chattanooga, parallel dazu die »Clean-Diesel«-Werbung, wodurch sich die Verkäufe von Dieselautos in kurzer Zeit verdreifachten). Nun hat die US-Justiz klar gemacht, dass sich Volkswagen dabei verhoben hat. VW verliert nicht nur den amerikanischen Markt, sondern muss dafür auch noch teuer bezahlen. Mit dem Skandal wurde dem Diesel-PKW auf dem US-Markt das Lichtlein ausgeblasen. Die deutschen Auto-Multis waren die einzigen, die in den USA PKW mit Dieselmotoren verkauften.

Selbstverständlich geht es um industriepolitische Interessen der USA. Es ist kein Zufall, dass die Klagen gegen VW immer direkt vor dem Start von Auto-Messen eingereicht wurden. Und die Summen, die VW berappen muss, sind sicherlich nicht »fair« im Vergleich zu *General Motors*. Dessen Management hatte gewusst, dass ihre Autos ein Problem hatten: Zündschlüssel konnten während der Fahrt auf die Aus-Position springen, der Motor schaltete sich ab, Airbags funktionierten nicht mehr. 120 Menschen starben. Trotzdem stellte die US-Regierung das Strafverfahren gegen GM 2015 gegen die Zahlung von 900 Millionen Dollar ein; dazu kommen Entschädigungen für die Opfer.

In der BRD sind 75 Prozent der verkauften BMW, 59 Prozent der Mercedes und 55 Prozent der VW Diesel. Womöglich wurde dem Diesel durch den Skandal auch insgesamt das Licht ausgeblasen – im Juni rückte auch der neue VW-Chef Matthias Müller davon ab.

Somit wird der Abgesang auf die Dieseltechnologie gerade in dem Moment angestimmt, in dem die neuesten Motoren das Stickoxid-Problem gelöst haben.

Was der Abgas-Skandal in Bezug auf die Klassenverhältnisse bedeutet

Sieht es in Wolfsburg in 20 Jahren so aus wie heute in Detroit? Kaputte Infrastruktur, kein Geld mehr, um die LehrerInnen zu bezahlen, Kommune total verschuldet, fast nur noch *bad jobs*…?

Wie oben angedeutet, tut der Konzern einiges dafür, seinen Beschäftigten gegenüber *business as usual* zu signalisieren. Im März ließ man aber den ersten Versuchsballon steigen mit der Ankündigung über die Presse, zehn Prozent der Stammbelegschaft zu entlassen – intern begannen die Vertrauensleute bereits, die KollegInnen auf noch höhere Zahlen vorzubereiten. Die ARD kommentierte, nun werde »deutlich, was der Skandal für die Beschäftigten bedeutet«.

Und die *Süddeutsche Zeitung* machte den Zusammenhang von Krise und Angriff auf die ArbeiterInnen deutlich: »Diese Krise ist die wohl größte, die die gesamte deutsche Autoindustrie seit Kriegsende durchmacht. Und trotzdem: Sie hat etwas Gutes. Denn sie führt endlich zu einem grundsätzlichen Umdenken. Der Sinneswandel ist überfällig und kommt spät, aber immerhin, er kommt. Der Dieselskandal bei VW war so etwas wie ein Weckruf für viele deutsche Automanager, die es sich in den vergangenen Jahrzehnten bequem gemacht und

Der Elektromotor wird gebraucht, um die »Verhandlungsmacht« der AutoarbeiterInnen in den bevorstehenden Konflikten zu untergraben.

auf ihren ja durchaus vorhandenen Erfolgen ausgeruht hatten.«

Nun kommt das Elektro-Auto

Das E-Auto greift die Kernkompetenz der deutschen Automultis bzw. ihrer ArbeiterInnen an: Antriebsstrang und Motoren. Zusammen mit Veränderungen beim Zusammenbauen der Autos (»Kleben statt Schweißen«) wird in Zukunft z. B. auch *Foxconn* Elektroautos bauen können. Was die ArbeiterInnen der Weißen Ware hinter sich haben, steht den AutoarbeiterInnen unmittelbar bevor.

Im Vergleich zu diesen Umbrüchen sind die Ökologie-Argumente zunächst zu vernachlässigen. Beim aktuellen deutschen Strommix stoßen Elektroautos (selbst unter Einbeziehung des Atomstromanteils!) pro Kilometer doppelt so viel Kohlendioxid wie Diesel der neuesten Generation aus, beim Stickoxid sieht es nicht anders aus. Feinstaub entsteht vor allem durch Abrieb an Reifen und Bremsen – hier ändert das E-Auto so gut wie nichts. Trotzdem sorgt die Bundesregierung mit Kaufprämien und Fahrerlaubnissen bei Feinstaubalarm für E-Autos für den Umstieg. Zudem soll die Steuererleichterung für Dieselkraftstoff gestrichen und Dieselautos die Zufahrt in die Städte verboten werden.

Greenpeace rechnet vor, dass ein Auto mit Verbrennungsmotor im Jahr 2020 nicht mehr als 60 Gramm CO_2 pro Kilometer emittieren muss. Wenn es in Größe und Performance einem E-Auto entspräche, sogar weniger als 50 Gramm. Solche Werte könnten E-Autos erst 2030 erreichen, wenn bis dahin der Strommix verstärkt aus erneuerbaren Energien kommt.

Und wenn es tatsächlich um ökologische Gesichtspunkte ginge: Wenn die Stadtbusse in der BRD elektrifiziert würden (Oberleitungen oder E-Motoren), würde das deutlich mehr CO_2 einsparen als was durch die E-Auto-Prämie erreicht werden kann. Und der Elektromotor würde dort eingesetzt, wo er schon jetzt sinnvoll ist: im Stadtverkehr.

Der Elektromotor wird gebraucht, um die »Verhandlungsmacht« der AutoarbeiterInnen in den bevorstehenden Konflikten zu untergraben. Nachdem VW-Chef Matthias Müller Mitte Juni 2016 mit seiner »Strategie 2025« erstmals öffentlich vom Diesel abgerückt war, füllten sich die Spalten der deutschen Motorpresse mit Artikeln zur Elektrozukunft. Alle stellten eine klare Verbindung zum bevorstehenden Umbruch der Autoindustrie her. Nur ein Beispiel: Das Handelsblatt berichtete am 22. Juni unter der Überschrift »Daimler wagt die Energiewende« von einem »radikalen Strategieschwenk«, Konzernchef Zetsche baue das Unternehmen radikal um. »Dazu plant er den Aufbau einer eigenen Submarke für Elektroautos.« Mit der »Strategie 2025« beerdigt Müller auch offiziell die jahrelange Expansion des VW-Konzerns. Er kündigte ebenfalls einen »kompletten Umbau« an, einige Unternehmensteile werden abgestoßen, die Zulieferer in einem eigenen Unternehmen zusammengefasst, ähnlich wie es Ford und GM Anfang des Jahrhunderts schon getan hatten. (zu Kämpfen bei Visteon siehe *Wildcat* 84, Frühjahr 2009)

Früher hätte man gesagt, die Autoindustrie in der BRD steht vor einem Prozess der »kreativen Zerstörung«, aber heute faseln »die Blödmänner, die bis vor kurzem von Nachhaltigkeit gesülzt haben, von Disruption, um sich nach oben zu strampeln«, spottet ein Automanager.

»Nachhaltigkeit« war viele Jahre lang das Lieblingswort deutscher Automanager. Dass es nun von Disruption abgelöst wird, bedeutet nicht unbedingt was Gutes für unsere Umwelt – und gewiss nichts Gutes für die Beschäftigten. Das sieht auch Stefan Bratzel, der Chef des *Center of Automotive Management* in Bergisch-Gladbach, so: »Der technologische Paradigmenwechsel hin zu neuen Antrieben, die Digitalisierung sowie neue Mobilitätsdienstleistungen werden zu einem disruptiven Wandel der Branche führen« sagte er. Die schleichende Konsolidierung der Branche werde sich im konjunkturellen Abschwung beschleunigen. ■

Siehe FAZ vom 27.12.2015: Georg Meck und Bettina Weiguny »Disruption, Baby, Disruption!« ein lesenswerter Artikel! http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftswissen/das-wirtschaftswort-des-jahres-disruption-baby-disruption-13985491.html

Kollektive Emanzipation in der Fabrikarbeit

Ingrid Bauer:
»Tschickweiber haums uns g´nennt...« Die Zigarrenfabriksarbeiterinnen von Hallein.
Die Buchmacherei, Berlin, 2015, 326 Seiten inkl. DVD, 20 Euro

Die Buchmacherei hat Ingrid Bauers 1988 erschienene Dissertation neu rausgebracht und um historische Bilder, ein aktuelles Vorwort und eine DVD-Beilage erweitert. Was sich anfangs etwas langatmig liest, wird zunehmend eine anregende Untersuchung mit analytischem Tiefgang und viel Empathie für Fabrikarbeiterinnen in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts.

Am besten sind die Stellen, die mit Interviewauszügen (die im Originaldialekt transkribiert sind, die Frauen waren allesamt in ihren 80ern) und deren Interpretation herausarbeiten, wie sich die Arbeiterinnen unter den damaligen Bedingungen organisierten. Hallein in Salzburg, wo das österreichische Tabakmonopol eine dieser Tabakwaren-Fabriken hingestellt hat und wo die Geschichte spielt, ist bekannt für den Abbau von Salz und die heute noch existierende Zellstoffindustrie. Bauer zeigt, dass diese Kleinstadt mit damals knapp 10 000 und heute 21 000 Einwohnern eher prominent sein müsste wegen der renitenten Geschichte dieser proletarischen Frauen.

Zigarrenproduktion

Der Beschäftigtenhöchststand war 1922 mit 605 Arbeitern erreicht (davon 554 Frauen). Die produzierten Stückzahlen an Zigarren in diesem Jahr wurden nicht veröffentlicht, aber es gibt Zahlen für andere Jahre. Z. B. produzierten 1912 537 Arbeiter (493 Frauen) insgesamt 27 577 000 Zigarren. Im Streikjahr 1934 und nach zwei Kündigungswellen produzierten 306 Arbeiter (276 Frauen) 10 693 000 Zigarren (S. 180f.). Im Krisenjahr 1923 wurde in allen 10 österreichischen Tabakfabriken radikal saniert, an manchen Standorten wurde über die Hälfte der Beschäftigten gekündigt.

In der Halleiner Fabrik gab es grob vier Abteilungen, in denen die Frauen arbeiteten: Vorrichterei, Puppenmacherei, Spinnerei und Verpackung. Zu mehr als 90 Prozent wurde im Akkord gearbeitet. Aufstiegschancen gab es wenige, »zeitentlohnte ›Tabakwägerin‹ zu werden oder als ›Übernehmerin‹ die Arbeiten an einem Produktionstisch anzuleiten, waren die höchsten Positionen, die langjährige und ›vertrauenswürdige‹ Arbeiterinnen erreichen konnten« (S. 186).

Emanzipation

Der Produktionstisch war neben den hohen Löhnen, der medizinischen Versorgung und anderen sozialen Vorteilen die materielle Voraussetzung, dass die Arbeiterinnen gern in die Fabrik gingen. In der von der seinerzeitigen Rationalisierungs- und Automatisierungswelle noch nicht berührten Zigarrenproduktion konnten die Arbeiterinnen in Zwölfergruppen an einem Tisch zu sitzen und während der ganzen Arbeitszeit miteinander reden. In den Interviews betonen sie den Spaß, ihren Zusammenhalt, die politische Emanzipation und wie sie sich untereinander neue Fähigkeiten beigebracht haben; welche Gefahren es bei einer Abtreibung zu beachten gilt; manche lernten sogar kochen; wiederum andere erzählten, welche Bücher sie gelesen haben, z. B. Bebels »*Der Sozialismus und die Frau*«, während die anderen ihr Tagessoll mitproduzierten, damit die Referentin sich ganz aufs Erzählen konzentrieren konnte (S. 188-227).

Proteste und Streiks

Wenn sich ArbeiterInnen im Betrieb verstehen und Freundschaft schließen, entsteht ein autonomes Kommunikationsnetz – das ist eine der größten Gefahren für Antreiber, Chefs und damit fürs Kapital. So kam es mehrmals zu spontanen Tumulten gegen die Willkür der männlichen Beamten und Aufseher. Die Frauen konnten erfolgreich Zeitraub und andere Ungerechtigkeiten abwehren.

Zu größeren Bewegungen kam es im November 1915, 1916 und im Juli 1917. Während des Kriegs wurden Lebensmittel knapp und aufgrund der langen Arbeitszeit konnte frau die Läden zu deren Öffnungszeiten gar nicht besuchen. Die Arbeiterinnen organisierten eine Demonstration zur Bezirkshauptmannschaft, in deren Verlauf sich auch Kinder einreihten – eine Arbeiterin, damals eines dieser Kinder, erzählt in einem längeren Auszug, dass es sie sehr beeindruckt hat, als 300 Arbeiterinnen »mia woin an Zucker! Mia woin unser Brot haum!« skandierten (S. 149). In allen drei Jahren konnten die Arbeiterinnen ihre Forderungen durchsetzen und sogar erreichen, dass sie als »Schwerarbeiterinnen« eingestuft wurden und damit höhere Brot- und Mehlrationen bekamen.

1918, im Jahr des großen Jännerstreiks auf dem gesamten österreichisch-ungarischen Territorium, streikten die Halleiner Arbeiterinnen mehrmals. Die Fabrikdirektion hielt Mehlreserven zurück, nur mit Mühe konnten 50 bis 60 Frauen daran gehindert werden, dem »Ernährungsreferenten« was anzutun – natürlich holten sie sich die Mehlreserven. In diesem und im folgenden Jahr kam es immer wieder zu Arbeiterinnen-Demos in Hallein, im September 1918 fanden Riots und Plünderungen statt, im Dezember 1919 »schwere Unruhen« (S. 150 – 154).

Dem Personalabbau 1923 standen die Arbeiterinnen eher hilflos gegenüber, erst gegen die Zerschlagung der Arbeiterbewegung im Februar 1934 organisierten die Frauen wieder einen großen Kampf. Die Zigarren-Arbeiterinnen waren in

Hallein die einzigen, die beim Generalstreik nahezu geschlossen mitgemacht haben, in Salzburg als eine »der ganz wenigen überhaupt« (S. 236). Im Interview kommt der Vorwurf an die Männer wieder hoch: »Ausgezeichnet hobt´s eich domois net«. »Mia san außi und haumd gsogt, sie soin si schämen.« (S. 237)

Die Betriebsrätin Agnes Primocic, von der die DVD handelt und die damals in einer kommunistischen Widerstandsgruppe aktiv war, wurde in diesem Jahr entlassen und in den folgenden vier Jahren viermal eingesperrt.

Außerhalb der Fabrik

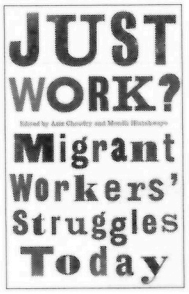
Ein anderer großer Teil des Buchs macht Beschreibungen, Erinnerungen und Reflexionen über die Kindheit, Schulzeit, die erste Zeit danach (z. B. überausgebeutet als Dienstmädchen in München, S. 146) und über das Leben in der Arbeiterfamilie aus. Im Gegensatz zur Hausarbeit hatte die Fabrikarbeit ein fixes Ende – zu Hause schien die Arbeit endlos: Waschen, Putzen, Nähen, Kochen, die Kinder – alles ohne die Hilfe der Männer. Während der jungen Jahre der interviewten Arbeiterinnen, die geprägt waren vom Mangel und von Unsicherheit, schildert Bauer die oft »umsichtige, ausdauernde und schlaue Überlebens-Arbeit«, etwa »gemeinsame Hamsterfahrten« (S. 144).

Heute

Die Fabrik wurde von den Nazis 1940 geschlossen, damit die deutsche Tabakindustrie weniger Konkurrenz hatte.

Dieses Stück Arbeiterinnengeschichte ist sehr ermutigend und hilft dabei, ein Gespür zu entwickeln, worauf es in einer Fabrik unter ArbeiterInnen ankommt. Das Buch ist ein gutes Beispiel dafür, wie (linke) WissenschaftlerInnen und ArbeiterInnen gemeinsam eine richtig erfrischende Lektüre hinbekommen können, wenn sie sich aufeinander einlassen. ■

Kämpfe migrantischer Arbeiter heute



Haziz Choudry, Mondli, Hlatshwayo (Hg.): Just Work? Migrant worker struggles today. Pluto Press, London 2015, 288 S.

Das zweite Buch in der Wildcat Series von Plutopress ist erschienen. Den Auftakt der Serie, *Southern Insurgency*, hatten wir im letzten Heft besprochen (*Wildcat* 99, S. 31). Mit den Themen – globale Arbeiterklasse, globale Migration, Perspektive in den Kämpfen der Arbeiterklasse – liegen die Herausgeber am Puls der Zeit. Umso ratloser lässt einen das Buch zurück, immerhin über 250 Seiten, mit Beiträgen zu Kämpfen/Organisierung von MigrantInnen in Europa, (Süd)Afrika, den arabischen Golfstaaten, Asien und Nordamerika. Fast unmöglich, eine politische These herauszuziehen, historische Bruchpunkte zu erkennen, oder gar Kämpfe historisch und qualitativ einzuordnen. Stattdessen verschwimmt das Material zu einem Brei aus Beschreibungen, Daten, Organisationsnamen – und dem immer gleichen Resümee, dass die Rolle der Gewerkschaften eine widersprüchliche ist. Die *Wildcat Series* will laut Immanuel Ness, einem der Koordinatoren, die »Selbstorganisierung der ArbeiterInnen« zeigen – aber diese ArbeiterInnen kommen nur ganz selten selber zu Wort, und sie scheinen nur mit (neuen?) Gewerkschaften kämpfen zu können. Dieser immer gleiche Rahmen führt die Beiträge eng: zunächst die ökonomische Erzählung, dann die politische Fragestellung wenn Gewerkschaften ins Spiel kommen, oder wenn diese Druck auf den Staat ausüben können.

Liegt es an dieser Engführung oder am akademischen Zuschnitt der meisten Beiträge? Das Buch gibt keine politischen Orientierungen, und man erfährt wenig über die ArbeiterInnen – hartgesottene LeserInnen finden vielleicht im Fußnoten- und Literaturapparat die ein oder andere wichtige Fährte…

Eine Ausnahme ist nur der Beitrag zur Organisierung von MigrantInnen aus Lateinamerika in London (*Towards a History of the Latin American Workers Association 2002–12* von Jake Lagnado). Er reflektiert auf die unterschiedliche Zusammensetzung der MigrantInnen und beschreibt konkret die Widersprüchlichkeit der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften – was aber beides im Resümee nicht aufgenommen wird. Der Beitrag *Migrante, Abante: Building Filipino Migrant Worker Leadership through Participatory Action Research* (Valerie Francisco) hätte ein Beitrag zur Bedeutung des »Werkzeugs Interview« bei der Organisierung von ArbeiterInnen bzw. zur Rolle von »Intellektuellen« sein können, kreist aber zu selbstverliebt um die Frage der Methode.

Ich werde mir auch den angekündigten dritten Band der Serie zu den Arbeiterkämpfen in Südafrika anschauen. Die Themen bleiben wichtig, fertige Antworten auf die gestellten Fragen haben wir auch keine, und letztlich geht es um eine Debatte darüber, wie wir uns zu diesen Kämpfen in Beziehung setzen können – ich habe aber so langsam Zweifel, ob die *Wildcat-Series* dazu beiträgt. ■

Buchbesprechungen

»Heute maßhalten – morgen Maul halten«

(Transparent während des Metallarbeiterstreiks 1963)

FAU Mannheim (Hg.)
Mannheims »andere« Arbeiterbewegung – Beispiele eines lokalen Arbeiterradikalismus
Lich 2014 (Verlag Edition AV)
163 Seiten | 14,80 Euro

Der Buchtitel enthält die zwei zentralen Begriffe (*»andere Arbeiterbewegung« – Arbeiterradikalismus*) der in den 70er Jahren heiß geführten Debatte zwischen Karl Heinz Roth und Erhard Lucas um die Frage, wie das autonome Arbeiterverhalten und die Kämpfe »von unten« jenseits der institutionalisierten Arbeiterbewegung zu fassen sind. In mehreren Aufsätzen wird auf beide Konzepte Bezug genommen, aber die alte Diskussion nicht weitergeführt. Stattdessen erhält die Leserin einen Überblick über wichtige Arbeiterkämpfe in Mannheim. Anlass für diese »ergänzende« Darstellung war die Mannheimer Ausstellung zur Geschichte der Arbeiterbewegung »Durch Nacht zum Licht?« im Jahr 2013.

Hans Joachim Hirsch beschreibt die verschiedenen anarchistischen Gruppen und Personen, ihre Entwicklung und ihre Diskussionen bis 1945.

Mia Lindemanns Beitrag zur Revolution 1918-1920 ist mit 50 Seiten der längste Aufsatz im Band. Sie sieht das größte Problem in der politischen, aber auch sozialen Spaltung der Arbeiter (z. B. in Bauernarbeiter und »volle« Arbeiter) – Mannheim lag eben in einer bäuerlich geprägten Region, aus der kaum Hilfe zu erwarten war. Der wichtigste revolutionäre Versuch – die Ausrufung der »Räterepublik Kurpfalz« nach der Ermordung Kurt Eisners in München – und die darauffolgende Streikwelle, scheiterte nicht nur an der Belagerung durch Freikorpstruppen, sondern auch weil es den Revolutionären nicht gelang, eine Mehrheit der Arbeiter in den Großbetrieben hinter sich zu bringen.

Uwe Fuhrmann beschreibt die Kämpfe im Herbst 1948 und legt dabei den Fokus auf die Konflikte zwischen Gewerkschaftsbasis (vertreten durch die Betriebsräte) und Gewerkschaftsspitze. Die Stimmung in der Bevölkerung schwankte zwischen Unzufriedenheit mit der Versorgung und Hoffnung auf eine Sozialisierung der Produktion. Es kam zu einigen wilden Streiks und Protesten. Die Gewerkschaften versuchten, die Situation unter Kontrolle zu bringen, indem sie punktuell eigene Aktionen machten und gleichzeitig demobilisierend wirkten. Die größte Aktion war der Generalstreik im November 1948, wo den ArbeiterInnen von der Gewerkschaftsführung jede öffenliche Äußerung untersagt wurde, es gab weder Streikposten noch Demonstrationen.

Thorsten Bewernitz beschäftigt sich in zwei Aufsätzen mit den beiden wichtigsten Streiks vor und nach 1968 in Mannheim: dem Metallarbeiterstreik 1963 und den »Gastarbeiterstreiks« 1973. Ab 1962 gab es in Baden-Württemberg einer Welle wilder Streiks,mit denen die Basis »ihre« Gewerkschaft zwingen wollte, die Tarifverhandlungen »konfliktorientiert« zu führen. Sie waren getragen von älteren linken Strukturen im Betrieb, wie dem »Sozialistische Politik«-Lesekreis; migrantische Arbeiter spielten in den Streiks noch kaum eine Rolle. Nach einer Urabstimmung im April 1963 standen im April 1963 alle Mannheimer Betriebe still. Die Unternehmer reagierten mit der ersten großen Flächenaussperrung in der BRD (400 000 MetallarbeiterInnen). Die Aussperrung brachte die ArbeiterInnen zusammen: auf den Kundgebungen und am Ersten Mai waren zum ersten Mal die migrantischen ArbeiterInnen sichtbar.

Im Mai 1973 begann eine Welle spontaner Streiks in der Industrie um Lohnerhöhungen und die Abschaffung der Leichtlohngruppen; allerdings gelang es beim Streik der BandarbeiterInnen in der Traktorenfabrik *John Deere* der Betriebsleitung, die deutschen Arbeiter von den streikenden migrantische BandarbeiterInnen zu trennen. Der Werkschutz, verstärkt um Meister, höhere Angestellte und angeheuerte Schläger, griff die BandarbeiterInnen an und warf einige Vertrauensleute und bekannte Linke aus dem Betrieb. Die Vertrauensleute plädierten daraufhin für den Abbruch des Streiks. Es gab eine kleine Lohnerhöhung, aber der Kampf wurde als Niederlage erlebt.

Für Thorsten Bewernitz sind heute Streiks in der Größe und Spontanität wie 1963 viel schwerer bzw. gar nicht mehr vorstellbar: mit dem Neoliberalismus seien die Arbeiterstrukturen, die diese großen Kämpfe ermöglichten, endgültig zerschlagen. Trotzdem endet der Aufsatz mit einem optimistischen Gedanken: zum einen zeige die weltweit steigende Anzahl von Streiks, dass mit den ArbeiterInnen weiterhin zu rechnen sei, zum andern gebe es mit den (noch sehr kleinen) Kämpfen der BRD wieder zu Streiks von unten kommen könne. ■

Spontis im Betrieb?

Arbeit Bewegung Geschichte –
Zeitschrift für historische Studien
2016/1 – vormals JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung
Schwerpunkt: Linke Betriebsintervention, wilde Streiks und operaistische Politik
Metropol Verlag Berlin. 14 Euro.
Inhaltsverzeichnis des gesamten Hefts und eine Leseprobe auf: arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Wie viele Menschen in der BRD nach 1968 den Kampf in den Betrieben entfachen wollten – und zu einem Teil auch lieber dort geblieben sind, statt sich dem Unifrust oder der Konkurrenz um die wenigen Pöstchen im Wissenschaftsbetrieb auszusetzen – wurde deutlich, als Jan Ole Arps 2011/12 sein Buch »Frühschicht« in verschiedenen Städten vorstellte: die Säle waren gefüllt mit Leuten zwischen Ende 50 und Anfang 60, die sich als Teil einer damals starken Strömung gesehen hatten. »In die Betriebe« zu gehen, war eine Zeitlang so selbstverständlich wie später gegen Atomkraftwerke zu sein.

Das Thema ist in der seriösen Wissenschaft angekommen. Linke Archive verwahren inzwischen Flugblätter, Zeitungen, Broschüren und vor allem Aufarbeitungspapiere, in denen Gruppen zeitnah die eigene Praxis reflektierten. Die *Zeitschrift für historische Studien Arbeit Bewegung Geschichte* – vormals *JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, hat dem Thema »Linke Betriebsintervention, wilde Streiks und operaistische Politik« den Schwerpunkt ihres Heftes 2016/1 gewidmet.

Der Beitrag von Antonio Lenzi beschreibt die Organisationsgeschichte zweier bedeutender Gruppen der Neuen Linken in Italien: während *Lotta Continua* aus der Arbeiter- und Studentenversammlung in Turin »ausgegründet« wird – als Entscheidung der informellen Führung, um der politischen Konkurrenz zuvorzukommen, entsteht *Il Manifesto* als linke Strömung innerhalb der KP mit der Entscheidung, eine Zeitung ohne Absprache mit der Parteiführung herauszugeben. Beiden Gruppen strömen in der damaligen Stimmung zur »Organisierung« mehr Leute zu, als sie anfangs bewältigen können. Während Lotta Continua 1976 als Organisation »starb«, d. h. sich faktisch in verschiedene sich bekämpfende Strömungen auflöste, durchlebte Il Manifesto verschiedene Parteigründungsphasen, ein Teil der ursprünglichen Gruppe kehrte zur Mutterpartei zurück. Allein die Zeitung überlebte bis heute – stark dezimiert. Über die »Betriebsinterventionen« der Gruppen erfahren wir leider wenig Konkretes.

So sind sie nur begrenzt ein Beleg für die Aussage von Sebastian Kaspar (in: »Unter der Parole ›Kampf gegen die Arbeit!‹ Betriebsintervention der frühen Sponti-Bewegung«), dass »Die Spontibewegung ... somit als der Versuch angesehen werden (kann), die italienische Neue Linke auf die Verhältnisse der Bundesrepublik zu übertragen«. (S. 51)

Hier beginnen schon die Schwierigkeiten: Wer waren die Spontis? Die meisten Gruppen lehnten das als Eigenbezeichnung ab. Was ist mit den »undogmatischen« Gruppen, die sich weder in der DKP noch in K-Gruppen organisieren wollten? In diesem Aufsatz werden nur die operaistisch orientierten Gruppen und dabei speziell die Arbeitersache München und der Revolutionäre Kampf Frankfurt behandelt, die Proletarische Front nicht, trotz ihres »italienischen« Organisationsansatzes. Ob der Autor je mit damals Aktiven gesprochen hat, erfahren wir nicht. Seine Belege beruhen hauptsächlich auf Archivarbeit. Viele Fragen bleiben offen: Warum thematisierten die Sponti-Gruppen den »multinationalen Massenarbeiter«? Was war der Unterschied zu »Betriebsinterventionen« anderer Gruppen? Wer gab 1973 die Parole aus, das »Primat der Betriebsarbeit« aufzugeben? Haben nicht etliche Leute Gruppen weitergemacht? »Revolutionäre Ungeduld« ist da eine schwache Antwort.

Der Historiker muss Distanz üben, aber er sollte die Subjekte, über die er schreibt, und ihre politischen Anliegen ernst nehmen. Sätze wie: »die Rückbesinnung auf das ›Proletariat‹ als das vermeintlich revolutionäre Subjekt« (S. 51) zeigen, dass sich der Schreiber diese Frage nie gestellt hat. Wieso wird die studentische Herkunft »als Makel begriffen« (S. 52), wenn eine Gruppe, die das Proletariat erreichen will, über ihre soziale Zusammensetzung reflektiert? »Revolutionäre Naherwartung« (S. 59) – das klingt schon fast diffamierend. Dafür muss dann ausgerechnet ein Zitat der PF herhalten, die man doch aus der Analyse ausgenommen hatte. Wenn in Flugblättern der Rassismus als »raffinierte Waffe des Kapitals« (S. 55) bezeichnet wird und der Autor dies als »meist sehr unterkomplex« bewertet, ist das vor allem eines – oberschlaumeierhaft.

Recht hat Kaspar mit der Uneindeutigkeit der eigenen Rolle: die Spontis lehnten Stellvertreterpolitik vehement ab – sie wollten nicht das revolutionäre Bewusstsein in die Massen hineintragen (S. 55), aber sie wollten Politik in erster Person machen. Das »In-den-Betrieb-Gehen« war für viele ein Lernprozess: sich den Bedingungen aussetzen, unter denen ProletarierInnen leben. Untersuchung machen hieß auch: von ihnen lernen – und mit ihnen zusammen etwas entwickelt, das über die unmittelbare Arbeitssituation hinausgeht. Diesen Aspekt übersieht er. Der Versuch, die Trennung zwischen Politik und Privatleben aufzuheben, hieß ja nicht nur: gemeinsam Feste feiern, sondern das Sich-einlassen auf den gesamten »proletarischen Lebenszusammenhang«, d. h. auch auf den »Zwang zur Arbeit«.

All das sind offensichtlich nicht Sebastian Kaspars eigene Fragen. Er den Spontiansatz im Betrieb als Historiker bewerten, sich aber nicht mit politischen Fragen auseinandersetzen. Indem er alle Punkte abhakt und sein Urteil fällt, verbannt er den »multinationalen Massenarbeiter« in die Geschichte. Auf diese Weise macht er die damaligen Debatten nicht fruchtbar heute.

Am Ende wundert er sich, dass die Spontis bei ihren kurzfristigen Aktionen überhaupt Einfluss nehmen konnten,

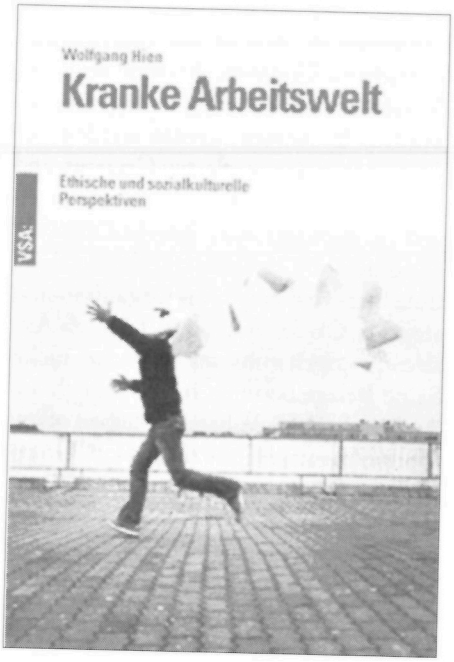
auch wenn der »minimal« war. Die ArbeiterInnen bleiben bei ihm Objekte linker Strategien. Dasbei hatte die Revolte auch viele ArbeiterInnen und Lehrlinge erfasst und zu einem Aufbruch in den Betrieben geführt. Dass der weniger von den ehemaligen StudentInnen ausging, sondern von der neu zusammengesetzten Arbeiterklasse, beschreibt Torsten Bewernitz in seinem Aufsatz über die vielen wilden Streiks 1973 im Rhein-Neckar-Gebiet. (siehe auch die Besprechung von **Mannheims »andere« Arbeiterbewegung** auf Seite **64**)

Die Stimmungsmache gegen die »Terrortürken« während des Streiks bei Ford Köln im Sommer 1973 gibt der Aufsatz »Streik, Solidarität, Selbstermächtigung? Aushandlungsprozesse im Umfeld des wilden Streiks bei den Kölner Fordwerken 1973 und des Besetzungsstreiks bei Krupp Duisburg-Rheinhausen 1987/88« von Nelli Hügel gut wieder. Sie widerspricht den bis heute vorherrschenden Klischees über die »genügsamen Türken«, die Opfer einer »kommunistischen Unterwanderung« wurden, ebenso wie den operaistischen des »allein aus seinem sozialen Elend politisierten migrantischen Massenarbeiters. Aus ihrer Sicht war der Streik auch der Beginn eines Sichhineinkämpfens in die deutsche Gesellschaft, die Entscheidung zum Bleiben. Die türkischen »Gastarbeiter« hatten vor allem die Gewerkschaft aufgescheucht, die in ihren bislang nur Betreuungsobjekte gesehen hatten. In den Jahren danach besetzten sie die Vertrauensleute- und Betriebsratsposten. Der im Aufsatz vorgenommene Vergleich mit der Betriebsbesetzung des Stahlwerks in Rheinhausen nur 15 Jahre später zeigt, dass die »Nationalität« nun keine wichtige Rolle mehr spielte: die Gewerkschaft, die Anwohner, alle kämpften gemeinsam (und vergeblich) gegen die Schließung. Beide Konflikte hätten nachhaltige Verschiebungen verursacht, jedoch keinen »Sozialen Wandel«.

Dietmar Lange behandelt schließlich den kurzlebigen Versuch einer europaweiten Koordination und Organisierung operaistischer Gruppen. Dazu hat er ein Dokument von der Internationalen Arbeiterkonferenz in Paris im April 1973 übersetzt und ein schriftliches Interview mit Karl Heinz Roth geführt.

Davide Serafino beschreibt den »Kampf gegen gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen am Beispiel von ›Chicago Bridge‹ in Sestri Ponente (Genua) 1968/69« als gemeinsame Aktion von Arbeitern und in Sestri lebenden Studierenden, die als »Arbeitskomitee Medizin« mit Fragebögen zu Berufskrankheiten, schädlichen Stoffen, denen die ArbeiterInnen ausgesetzt sind, das Genueser Unternehmertum gegen sich aufbrachten und einen Diskussionsprozess auch in den Gewerkschaften auslösten. Wie in Porto Marghera … waren es auch hier die ArbeiterInnen selbst, die gegen die gesundheitsschädliche Arbeit kämpften.

Aus dieser »Bewegung« kommt auch Wolfgang Hien, der die Beschäftigung mit Arbeit und Gesundheit nach zehn Jahren Fabrikarbeit zu seinem Hauptberuf gemacht hat. Die Kritik der krankmachenden Arbeit im Kapitalismus *und* der herrschenden Arbeits- und Sozialmedizin ist das übergreifende Thema des Buchs, das sehr unterschiedliche Aufsätze aus den letzten Jahren zusammenfasst.



»Am Fließband war völlig egal, ob du schön oder ›vorzeigbar‹ bist«

Wolfgang Hien
Kranke Arbeitswelt. Ethische und sozialkulturelle Perspektiven
Hamburg 2016 | VSA
200 Seiten |16.80

Die ersten Aufsätze des Buches lehren das Grauen. Hunderttausende von ArbeiterInnen wurden über Jahrzehnte Asbest ausgesetzt; Jahre später begann das große Sterben an Lungen- oder Baufellkrebs, das bis heute anhält – über 20 Jahre nach dem Asbestverbot in Europa. Die Arbeitsmedizin verharmloste wissentlich die lange bekannten Gefahren und wälzte die Folgen auf die ArbeiterInnen ab. Viele Berufskrankheiten wurden inzwischen zusammen mit den besonders krankmachenden Arbeiten inzwischen »outgesourct« – nach Indien, Pakistan, Bangladesh. Weltweit sterben jährlich über 100 000 ArbeiterInnen an Asbest.

Der »Nestor« der deutschen Arbeitsmedizin erwarb seine Erkenntnisse in der NS-Zeit und konnte damit nach dem Krieg in BRD und DDR weiter die Leitlinien setzen – weitgehend unkritisiert, da ja die sozialethisch orientierte Medizin mit ihren jüdischen Trägern ausgerottet worden war. Hien kritisiert, dass bis heute eine auf der Konstitutionsmedizin beruhende Selektion betrieben wird zwischen »widerstandsfähigen« und nicht widerstandsfähigen Menschen.

Mehr als die Hälfte aller Beschäftigten in der BRD arbeitet unter körperlich harten Bedingungen – gerade in schlecht bezahlten sogenannten Dienstleistungsjobs. Auch heute wird in Arbeiterstadtteilen zehn Jahre früher gestorben. Menschen unterer Klassen gelten der Medizin immer noch als weniger wertvoll. Zumindest wenn sich mit ihren Krankheiten nichts verdienen lässt. Das sei nicht das in den 80er Jahren beschworene »Ende der Arbeit«, sondern Verelendung im Marxschen Sinne.

Hien kritisiert den im Vergleich zur Aufbruchsstimmung in der Medizinkritik und der Gesundheitstag-Bewegung verengten Blick in der betrieblichen Gesundheitspolitik heute oder in gewerkschaftlichen Debatten über Arbeit und Gesundheit. Die Mitbestimmungskultur in den Selbstverwaltungsorganen der Berufsgenossenschaften betreibe nur eine Mitverwaltung des Elends. Und was nutzt eine Anti-Stress-Verordnung der IG Metall, wenn nicht über Personalbemessung die quantitativen Voraussetzungen zur »Entstressung« der Arbeitsabläufe geschaffen werden. (S. 104) Eine von den Gewerkschaften beworbene Handlungsanleitung trägt den Titel »Gesundheit und Beteiligung in Change-Prozessen«. Sie enthält beschwörende Formeln wie »vertrauensvolle Unternehmenskultur«, »humane Managementmethoden« und »fairer« Veränderungsprozess »auf Augenhöhe«. (S. 106f.) Der Autor ist immer wieder fassungslos über die Ideologisierung von Realität und Begrifflichkeit, die verdeckt, worum es in Wirklichkeit geht: Löhne kürzen, Schwache aussortieren, Druck ausüben. Wer eine radikale Arbeitszeitverkürzung vorschlägt, um gesundheitliche Risiken zu minimieren, gelte heute schon als »Ewiggestriger«.

In die Texte fließen Erfahrungen aus Seminaren mit Betriebsräten, Gutachten auf der Grundlage einer »Teilnehmenden Beobachtung« am Arbeitsplatz, Emails und Briefe von betroffenen ArbeiterInnen ein. Die Menschen, die der »kapitalistische(n) Landnahme im Gesundheitswesen« (so eine Kapitelüberschrift) ausgesetzt sind – als Patienten oder als dort Beschäftigte – sind auch die Hauptadressaten des Buches.

Mit der Veränderung der Arbeitsverhältnisse verändern sich auch die Krankheitsbilder: Burn-out und psychische Erschöpfungszustände ersetzen zunehmend die Massenkrankheiten des Bewegungsapparates. Die neuen Verhältnisse wollen die ganze Person, sie soll alles geben, kreativ, motiviert, flexibel, aber vor allem auch loyal sein. »Feierabend« gibt es nicht mehr. Seine Arbeit machen, reicht heute nicht mehr. »Am Fließband war völlig egal, ob du schön oder ›vorzeigbar‹ bist« (S. 87)

Die Arbeits- und Lebensverhältnisse im gegenwärtigen Post-Fordismus oder Post-Taylorismus seien für manche interessanter geworden, schreibt Hien an anderer Stelle. Gleichzeitig gebe es eine massive Re-Taylorisierung – sogar in den kreativen Bereichen der IT-Arbeit. Bemerkt wird eine Anpassung an die Verhältnisse: das Schielen auf ökonomische Vorteile verdirbt den Charakter, der Konkurrenzkampf macht krank, der Körperkult blendet Anderssein, Krankheit und Tod aus. Hien nennt das Ergebnis eine »neue Art von Klassengesellschaft« Ein Nützlichkeitsrassismus mache sich breit, der die Minderleister ausgrenze und die soziale Ungleichheit bejahe. Die skandalös wachsende Kluft zwischen Eliten/oberer Mittelschicht und den breiten Massen mache epidemologisch nachweisbar krank. (S. 156)

Die neue arbeitswissenschaftliche und arbeitspsychologische Literatur thematisiere durchaus den Angriff auf die Gesundheit,aber mit ihrer Kritik bleibe sie weit hinter dem zurück, was notwendig wäre. Vielen Titeln hafte der Geruch der »Anpassung« an – Anpassung an vorgegebene Förderprogramme überwiegend staatlicher Auftraggeber. Motivation, Produktivität und insbesondere »Beschäftigungsfähigkeit« werden als Zielvorgabe gesetzt. Dabei bliesen die »Ratgeber-Literatur« und gewerkschaftliche Gesundheitspolitiker häufig ins gleiche Horn: statt die Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu thematisieren, sehen sie die Lösung in »Bewältigungsstrategien« und »Resilienz«. Letztere suggeriere, dass es vor allem in der Hand des Einzelnen liege, die eigene Widerstandskraft zu stärken durch gesunde Ernährung, Sport usw. Die strukturellen Ursachen werden als gegeben hingenommen. Solch ein individualisierender Umgang stabilisiere die prekären »neoliberalen« Verhältnisse.

Aufschlussreich ist die im Buch abgedruckte Debatte mit der *Grundrisse*-Redaktion darüber, ob die »postfordistischen« Verhältnisse den ArbeiterInnen mehr Möglichkeiten geschaffen haben oder ganz im Gegenteil: dabei wird er so verstanden, als wolle er zurück zu den ›goldenen Zeiten‹ der Arbeiterklasse!

Was setzt er dagegen?

Hien meint, Arbeit werde immer auch einen belastenden Effekt haben. Arbeit habe ein Doppelgesicht: Arbeit sei nicht wirkliches Leben, aber Arbeit sei selbst Leben. Die materiellen Grundlagen müssen verändert werden durch eine radikale Arbeitszeitverkürzung. Um den Leuten, die nicht mehr können, den Druck zu nehmen, fordert er ein bedingungsloses Grundeinkommen.

Es geht ihm darum, Emanzipation und Aufklärung zu fördern, (S. 89) das Glücksversprechen des Kapitalismus auseinandernehmen (S. 90) und Gegenkulturen aufzubauen (S. 102). Auch die die innere Haltung der Beschäftigten muss sich ändern. In den Gesundheitsberufen fordert er eine andere Ethik in der Behandlung der kranken Menschen unabhängig von der Herkunft oder Leistung.

Einer kritischen Theorie des Subjekts widmet er das letzte Kapitel. Dabei kritisiert er u. a. eine Frauen- und Genderforschung, in der sich der Dekonstruktivismus als gute Möglichkeit erweise, insbesondere marxismusverdächtige Theorien aus der Wissenschaftslandschaft zu vertreiben. (S. 162) Er fragt sich, ob politisches Handeln überhaupt noch möglich ist, wenn es kein autonomes Subjekt mehr gibt, sondern wir uns als ewig fragmentiert und dezentriert begreifen müssen?

Hierzu holt er im letzten Aufsatz »Leiblichkeit« weit aus und wagt einen schwierigen Ritt über Marx, Nietzsche, Husserl, Merleau-Ponty zu Adorno und Judith Butler, Identität und Nicht-Identität. Er landet bei der Bedeutung des Anderen, der Gemeinschaft, die sogar die Epigenetik bestätigen könne. Er visiert eine »Gemeinschaft freier Menschen in all ihren Unterschiedlichkeiten« an, die weder das »Zwangskollektiv im Arbeitsprozess«, noch auf eine »einheitliche und eindeutige kollektive Identität« gegründet sei. Dieses »Werden in Gemeinschaft« (Butler) ersetze »die Idee des souveränen, solistisch oder avantgardistisch oder handelnden autonomen Subjekts«. Er schließt mit der Aufforderung, »den Schmerz in ein Rufen, in ein Schreien, zu verwandeln und damit das leibliche Werden in Gemeinschaft – in den Raum des Politischen hinein – zu konstituieren«. Was das nun genau heißt – diese Auseinandersetzung ist zu führen. ■

Rollt die Lawine?

Tarifabschlüsse oder Kämpfe in den Krankenhäusern?

Freiburg, Universitätsklinik, Ende Mai 2016. Das Ergebnis der Tarifverhandlungen für unser Krankenhaus, eine von vier Universitätskliniken in Baden-Württemberg[1], erfahre ich aus der *Badischen Zeitung*. Rückwirkend zum 1. Mai 65 Euro brutto mehr, ab 1. April 2017 2,35 Prozent und eine Erhöhung des Nachtdienstzuschlags zwischen 0 und 4 Uhr um fünf Prozent. Laufzeit zwei Jahre. Die Azubis sollen in zwei Schritten 40 und 35 Euro mehr bekommen plus einen Tag mehr Urlaub. Ein weiterer Punkt betrifft die Einführung einer neuen Entgeltordnung (EGO) zum 1. Juli 2017, die gerade im Bereich des TVÖD verhandelt wurde[2].

Es ist bereits die zweite Tarifrunde seit 2014, in der viele KollegInnen »mehr Personal« anstatt nur mehr Geld fordern. Noch immer klafft eine riesige Lücke zwischen den fast schon furchteinflößenden Beschreibungen der Realität in deutschen Krankenhäusern und unseren Versuchen, das Ruder mal wieder herumzureißen: immer wieder Zeitungsberichte zum Thema, Enthüllungen im Fernsehen, Tote durch Keime, Personalmangel führt u. a. zu mangelnder Hygiene…

»Fabrik Krankenhaus«, »Industrialisierung der Pflege« ist in aller Munde. Wolfgang Hien beschreibt aktuell in seinem Buch *Kranke Arbeitswelt* den »Ökonomisierungsdruck« seit Einführung der Fallpauschalen, der die Rahmenbedingungen umgekrempelt hat hin zu Auslagerungen und Privatisierungen. Zwischen 1991 und 2014 hat sich die Patientenfallzahl von 14 Millionen auf knapp 19 Millionen erhöht, die Zahl der im Krankenhaus Beschäftigten blieb dabei nahezu konstant bzw. es gibt eine Verschiebung hin zu mehr Ärzten und weniger Pflegepersonal – das Fallpauschalensystem provoziert geradezu mehr Operationen. Wie die Versorgung dieser auch immer älteren und daher insgesamt kränkeren Menschen vor sich geht, interessiert eigentlich nicht. Pflegedienstleitungen geben offen die Parole aus, dass es unter diesen Bedingungen nur um »Sicherheit« gehen kann. Die Belegschaften sollen dafür sorgen, dass »nichts passiert« – und wenn »was passiert«, schiebt man es der einzelnen PflegerIn in die Schuhe, ihrer »falschen Prioritätensetzung«. Wolfgang Hien hält das für »politisch, gesundheitsökonomisch und betriebswirtschaftlich« gewollt. Es braucht auch keine Verschwörungstheorien, um die Gründe dafür zu erkennen. Vor dem Hintergrund einer alternden Bevölkerung wird immer mehr Geld in ein System gepumpt, das immer verzweifelter nach hohen Renditen sucht. Auch da, wo ein »eins nach dem anderen« angebracht wäre, »muss« daher eben wie am Fließband gearbeitet werden, um hier Geld rauszuholen.

Neuere Studien beschreiben den »moralischen Stress« vor allem in den neu formierten Teams auf den Stationen, auf denen die Arbeitsteilung bis ins Extrem getrieben worden ist. Es gibt KrankenpflegerInnen, KrankenpflegehelferInnen, verschiedenste »HelferInnen« für Essensausgabe, für reine Pflegearbeiten, Transportarbeiten, Betten beziehen/waschen, alle Putzarbeiten, Bestellungen, teilweise sogar fürs Medikamenterichten.

Im »Qualifikationsmix« mit den dazugehörigen tarifvertraglich aufgespaltenen Regelungen liegt der tiefere Grund für die oben beschriebene Kluft zwischen einer allseits bekannten Realität und dem viel zu seltenen Widerstand dagegen[3]. Ein bitterer Witz der Geschichte ist, dass sich einige der Umstrukturierungen auf die letzte große Bewegung von KrankenpflegerInnen Ende der 1980er in Europa beziehen können: »Bessere Pflege – keine ›berufsfremden‹ Tätigkeiten« war damals *unsere* Forderung. Heute müssen KrankenpflegerInnen sieben Stunden hintereinander im »Hochverantwortungsbereich« arbeiten – ein enormer Stress, weil »entspannende«, vielleicht von einem Schwätzchen begleitete Arbeiten wie Betten putzen, Ausguss aufräumen, Material beschaffen usw. von speziellem Hilfspersonal z. T. stationsübergreifend erledigt werden.

Papier ist geduldig

In der Tarifrunde 2014 in Freiburg hatten einige KollegInnen versucht, die Anregungen aus der Berliner Charité aufzunehmen: Sie wollten die Tarifauseinandersetzung mit Forderungen nach mehr Personal koppeln und eine »ernsthafte« Streikvorbereitung betreiben. Die lokale ver.di-Führung antwortete mit den Arbeitgeberargumenten aus Berlin: Die Forderung nach mehr Personal würde ins »Direktionsrecht« des Arbeitgebers eingreifen bzw. hierüber könne nicht in einer Tarifauseinandersetzung gestritten werden, es bräuchte eine gesetzliche Regelung. Die Berliner KollegInnen hatten bereits 2013 vom wissenschaftlichen Dienst des Bundestags feststellen lassen, dass dem nicht so ist. Die Freiburger ver.di-Strategie ist seit Jahrzehnten, den Arbeitgeber im Betrieb in Ruhe zu lassen – und dafür alle zwei Jahre ohne viel Aufwand finanzielle Zugeständnisse zu bekommen. Der Haustarif der

[1] Seit Auslaufen des BAT als Flächentarifvertrag bzw. seit den in den 1990er Jahren begonnenen Umstrukturierungen gibt es immer mehr Kliniken ohne Tarifbindung, Kliniken, die unter den TVÖD fallen, und Klinken mit Haustarifvertrag, wie die vier Universitätskliniken in Baden-Württemberg. http://www.wildcat-www.de/wildcat/67/w67weisse_Fabrik.htm zu den wesentlichen Linien der Umstrukturierung Siehe http://www.wildcat-www.de/wildcat/75/w75_fbstreik.htm zum Streik um den Haustarif an der Uniklink Freiburg

[2] Diese neue Entgeltordnung (EGO) ist seit zehn Jahren in Arbeit. Auf ca. 500 Seiten werden Tätigkeiten »leistungsgerecht« gruppiert. Die Gewerkschaften wollen eine »leistungsgerechte« Reaktion auf die Veränderungen der Arbeitswelt, für die Arbeitgeber bietet die EGO die Möglichkeit, an ihnen wichtigen Stellen mehr Geld zu investieren. Durchgesickert ist, dass es deutliche Lohnsteigerungen (200 Euro und mehr) nur für mittlere und höhere Leitungsposten geben soll, z.B. bei der durchschnittlichen KrankenpflegerIn sollen 40 Euro brutto mehr ankommen. Zudem erhalten die Arbeitgeber im Bereich TVÖD eine Kompensation für die im Schnitt höheren Ausgaben unter der neuen EGO: Die Jahressonderzahlung wird von 2016-2018 eingefroren bzw. 2017 sogar um vier Prozentpunkte abgesenkt. Klassenpolitisch führt all das zu einer Verstärkung der eh schon vorangetriebenen Spaltungen bzw. der Illusion, man könnte individuell statt kollektiv Stärke entwickeln

Uniklinken in Baden-Württemberg ist besser als der TVÖD, seit 2010 sind die Nettogehälter (unverheiratet, ohne Kinder) um ca. 220 Euro gestiegen. Vergleiche sind schwierig, aber in Freiburg kann eine Pflegekraft (auch wegen der höheren Zuschläge) netto 300 bis 400 Euro mehr verdienen als in anderen Städten. Dieses Arrangement wurde auch von unten in den letzten Jahren kaum in Frage gestellt, die überdurchschnittlich »alte« Belegschaft scheint sich mit guten Bezügen in die Rente retten zu wollen: eine Strategie, die für immer mehr KollegInnen nicht funktioniert – Krankheiten, Burnouts, eine hohe Fluktuation unter den Jüngeren.

Umso dringlicher wäre es gewesen, im April/Mail 2016 die Forderungen nach mehr Personal in die Tarifauseinandersetzung aufzunehmen. An der Berliner Charité gab es bereits den *Tarifvertrag Mindestbesetzung*[4], insofern »musste« auch in Freiburg darauf Bezug genommen werden. Zur Auftaktveranstaltung kamen KollegInnen aus Berlin; auch in Freiburg sollte »die Streikkultur demokratisiert« werden durch sogenannte *Tarifberater*. Die KollegInnen auf den Stationen sollten direkt Infos aus der verhandelnden Tarifkommission bekommen, um den Stand untereinander diskutieren zu können. Eine hohle Geste, allein das *Ergebnis* der Tarifverhandlungen wurde verspätet über diese E-Mail-Listen mitgeteilt.

Als wir Ende der 1980er Jahre die Krankenhäuser als »Weiße Fabrik« beschrieben, ging es uns nur in zweiter Linie um die Skandalisierung der Fabrik; wir wollten die (fabrikmäßige) *Zusammenarbeit* der Stationsteams beschreiben – und verstehen, wie wir unter diesen neuen Bedingungen kämpfen können!

Hier liegt der Grund für die Popularität und Bedeutung des Streiks an der Berliner Charité, sie haben diese Realitäten öffentlich gemacht, und sie haben gekämpft. Betrachtet man aber allein *das Ergebnis*, kommt man zu einer ernüchternden Einschätzung: Nur für die Intensivbereiche wurden tatsächlich feste Standards vereinbart, für den restlichen Stationsbereich gibt es Orientierungswerte auf Grundlage der PPR[5] und eine sogenannte »Interventionskaskade«, um auf Personalengpässe zu reagieren, z. B. mittels Pflegekräften aus sogenannten Pools oder mit selbständigen »Leasingarbeitskräften«. Das ist in vielen Kliniken bereits gängige Praxis: Die Personaldecke bleibt dünn, und wenn es »brennt«, stopfen Springer kurzfristig die Löcher, natürlich nur mit Zustimmung der Leitung. Und natürlich gibt es verschiedene Gremien, die bei Unstimmigkeiten angerufen werden können. Eine »Interventionskaskade«, um akuten Protest bei Personalnot ganz schnell versickern zu lassen. Das kennen wir in Freiburg von den »Überlastungsanzeigen«. Insofern haben die ver.di-AktivistInnen in Berlin recht: »*Papier ist geduldig, (…) der eigentliche Kampf um die Umsetzung beginnt im Betrieb*«.

Der eigentliche Kampf um die Umsetzung beginnt im Betrieb

Die im *ak 616* ausgerufene »Lawine an Kämpfen in den Krankenhäusern« (Julia Dück: Die Lawine rollt, ak 616, 24.5.2016) gibt es noch nicht. Die Tarifrunde im öffentlichen Dienst (TVÖD) bzw. die Haustarifverhandlungen wie in Freiburg wurden beendet, ohne die Forderung nach Personal aufzunehmen. Es gab auch nicht genügend Druck von unten. Ver.di kann deshalb ihre Gewerkschaftsrolle spielen: eine Tarifrunde beenden – und Streiks im nächsten Jahr in Aussicht stellen. Da Mindestbesetzungen noch kein tarifierter Gegenstand sind, gibt es keine Friedenspflicht – ver.di hat für den Herbst erste Verhandlungen zum Thema angekündigt (»Entlastungsrunde«), im Frühjahr 2017 könne es zu Streiks kommen. Ver.di selber ist in der Frage gespalten: Viele setzen auf eine gesetzliche Regelung, andere sehen Streiks als notwendiges Druckmittel; aus verschiedenen ver.di-Bezirken dringt das übliche Raunen, das könne womöglich zu früh sein, man müsse sich »besser vorbereiten«. So hat ver.di über zehn Jahre gebraucht, um 2016 ein Positionspapier zur »Abschaffung der DRGs«[6] zu formulieren, dabei waren die Auswirkungen bei der Einführung nach 2003 klar, aber da sollte »mitgestaltet« und »politisch eingegriffen« werden

Wenn es zu einer »Lawine von Kämpfen in den Krankenhäusern« kommen soll, dann müssen die KollegInnen endlich in den Spiegel schauen und sehen, dass die heutigen Zustände weder uns noch den PatientInnen zuzumuten sind. Beim Streik an der Berliner Charité kamen eine extrem runtergefahrene Personalsituation und eine aktive linke Betriebsgruppe zusammen. Es braucht aktive Kerne in den Kliniken, die Kontakt zu anderen Abteilungen und Häusern aufbauen und von Beginn an auch die Spaltungen auf den Stationen aufzuknacken versuchen. Auf der Suche nach der »wiederentdeckten sozialen Frage« werden in den nächsten Monaten viele linke AktivistInnen kommende Streiks unterstützen wollen. Hinzugehen, Kontake zu suchen, kann für diese AktivistInnen eine politische Erfahrung werden und für KollegInnen eine wichtige Unterstützung sein. Vorausgesetzt, es kommt zu einer Diskussion, die nicht nur durch die gewerkschaftliche Brille auf die Widersprüche und Möglichkeiten in den Kliniken schaut und gewerkschaftliche Kampagnen nicht mit Kämpfen in den Betrieben verwechselt. ■

[3] Dem widerspricht nicht, dass »fast immer« in irgendeinem Krankenhaus Aktivitäten, auch Streiks laufen. Manchmal geht es um einen Tarifvertrag, schlechte Löhne und die Arbeitsbedingungen, dann wieder um weitere Auslagerungen - ein »Häuserkampf«, aus dem bislang noch keine breite Bewegung wird. So streiken z.B. aktuell seit mehreren Wochen die ArbeiterInnen beim privaten Klinikbetreiber AMEOS für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne.

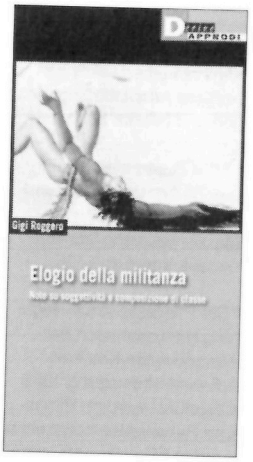
[4] Eine Zusammenfassung des Tarifvertrags »Gesundheitsschutz« unter http://www.mehr-krankenhauspersonal.de/1795

[5] Die Pflegepersonal-Regelung (PPR) war nach der europaweiten Krankenschwesterbewegung 1992 eingeführt worden: Pflege- und Behandlungstätigkeiten wurden Minutenwerte zugeordnet, der Zeitaufwand pro Patient und damit der Personalbedarf errechnet. Nach dem Druck der Bewegung waren die Minutenwerte relativ großzügig bzw. es wurde ein hoher Personalbedarf errechnet – und die Regelung 1997 ausgesetzt. Inzwischen hinken die Werte der Realität hinterher, und politisch war die PPR der Einstieg in die »Messbarkeit«, die Ökonomisierung. Die PPR wird von vielen Pflegedienstleitungen intern weiter als Instrument benutzt, in nicht wenigen Häusern unterschreitet die Personalausstattung die PPR-Werte um 20 und mehr Prozent – das erklärt, warum im Charité-Vertrag 90 Prozent der PPR als Orientierungswert festgelegt worden sind.

[6] Diagnosebezogene Fallgruppen bzw. Fallpauschalen.

Buchbesprechungen

Lob der Militanz



Gigi Roggero:
Elogio della militanza
Note su soggettività e composizione di classe
Rom 2016
(DeriveApprodi)

Roggero lobt den Militanten. Nicht die Aktivistin oder den ehrenamtlich Tätigen. Denn zwischen diesen Kategorien gebe es einen großen Unterschied: der Aktivist will die Gesellschaftsordnung erhalten, der Militante will sie zerstören mit seiner »Disziplin der subversiven Leidenschaft«, mit dem Handeln in der und gegen die Geschichte, nicht im Einklang mit dem Zeitgeist, sondern gegen ihn. Das Buch ist eine scharfe Absetzbewegung und ein (notwendiger) Bruch innerhalb der »antagonistischen Linken« Italiens, die seit geraumer Zeit diese semantische Verschiebung mitgemacht habe, laut Roggero »keine linguistische Konzession, sondern ein strukturelles Abbröckeln«. Denn Aktivismus und Militanz bedeuten nicht das gleiche, sondern gehen von konträren Vorstellungen von Politik und vor allem von entgegengesetzten Einstellungen zur existierenden Gesellschaftsordnung aus.

Roggero will einen Schlusspunkt setzen unter die Phase der zivilgesellschaftlichen Antiglobalisierungs-Proteste, er will die Revolution und den Klassenkampf wieder auf die Tagesordnung setzen. Wir leben noch nicht im Kommunismus und die Entwicklung der kapitalistischen Technologie wird uns auch nicht dorthin bringen – eine vernichtende Kritik an Negri und der *Multitude*. Roggero bricht insgesamt mit dem Postoperaismus, den er selber viele Jahre gepusht hatte. »Der sogenannte Postoperaismus ist erledigt. Der Begriff ist an den angelsächsischen und amerikanischen Universitäten entstanden, als Versuch, die Stärke des Operaismus einzufangen, zu entpolitisieren und vom Konflikt und der Zusammensetzung der Klasse abzulösen. Damit er zur Akademie und zur politischen Ökonomie des geistigen Kapitals passe. Heutzutage ist er sogar zur »*Italian theory*« geworden, entleert und entwaffnet, eingezäunt und in Wert gesetzt.« (S. 12 f.) Schon Ende der 70er Jahre hatte der Postoperaismus »das Problem der Klassenzusammensetzung liquidiert«, indem er die technische unmittelbar mit der politischen gleichsetzte und so tat, als würde im »Postfordismus« automatisch ein neues Klassensubjekt entstehen, das man dann »immateriellen Arbeiter«, »*knowledge worker*« und so weiter genannt hat. (S. 132) Aber jede Benennung einzelner Subjekte negiere den revolutionären Ansatz des Konzepts der (Untersuchung der) Klassenzusammensetzung und mache daraus einen Ansatz innerhalb des Systems. Seit wir vom Prekariat reden, sind wir verloren.

Immer wieder kommt Roggero auf diesen Punkt zurück: Der größte Fehler der Bewegungen der letzten Jahrzehnte war, dass sie die eigene Subjektivität mit der sozialen Realität verwechselt und die eigenen Aspirationen mit denen der Klasse gleichgesetzt haben. »Es gab einen Kurzschluss zwischen Militanten und Prekariat. Ausgehend von der richtigen Einsicht, dass immer mehr Militante selber in der verbreiteten Prekarität lebten, kam man zu der falschen Annahme, die Militanten seien selbst der direkte Ausdruck des Prekariats, und aus Untersuchung wurde Selbstuntersuchung, mit einer geradezu strategischen Selbstreferenzialität.« (S. 144)

Roggero nimmt den Streit zu Beginn der 70er Jahre wieder auf, als Romano Alquati im »gesellschaftlichen Arbeiter« die *Tendenz* zur Neuzusammensetzung der gesamten Arbeiterklasse sah, Toni Negri hingegen die politisierten Studenten Norditaliens unter diesem Begriff organisierte – Roggero stellt sich deutlich auf die Seite seines Lehrers Alquati. Er kritisiert im Buch immer wieder die politischen Slogans derjenigen, die ihre kapitalistischen Qualifikationen bereits für einen Gebrauchswert (für die Revolution oder für die befreite Gesellschaft) halten, und entsprechenden sozialen Status und Gratifikation fordern. Das sei zunächst falsch gewesen, seit der globalen Krise aber geradezu gefährlich geworden. Denn die Prekären wurden stärker unterschichtet, und nun stellen sich die bisherigen Diskurse für die sozial besser gestellten Schichten in einem ganz anderen Licht dar: »Eine kleine karrierebewusste Mittelschicht schließt sich mit den Berufsgruppen zusammen, die sich erfolgreich gegen ihre Deklassierung gewehrt haben. Und gerade aufgrund der Verarmung breiter Schichten können sie nun die Rolle der neuen Vermittler einnehmen. Das heißt, sie halten den Klassenkampf zurück und blockieren die Radikalisierung des Konflikts. Die Subjekte der Innovation gegen die potentiellen Subjekte der Transformation.« (S. 149) Oder wie man auf Deutsch sagen würde: die kreativen Klassen gegen die Proleten. Diese sowohl quantitativ wie qualitativ weit überschätzten Subjekte verkörpern noch eine kapitalistische Hoffnung

auf Aufstieg, die allen anderen Segmenten des Proletariats verweigert wird. Fälschlicherweise sieht man sie in einigen Bereichen der Bewegung als mögliche Avantgarden im Kampf.

Wie bereits angedeutet geht Roggero zu den frühen Operaisten, um sein Anliegen zu untermauern. Aber im Buch geht er noch weiter zurück, zum »Mohr aus Trier«, zu Lenin… – denn: »Wenn wir nicht von vorne anfangen, fallen wir zurück... verknöchern die Begriffe, verwandeln sie in Dogmen und machen aus dem Operaismus, was er nie war: eine Schule« (S. 13). Marx gegen den Marxismus und Lenin gegen den Leninismus benutzen, um die eigene politische Theorie neu zu begründen. So hatten es die frühen Operaisten gemacht, um sich gegen die offizielle Arbeiterbewegung abzusetzen; so macht es Roggero, um sich gegen die linke Mittelklasse abgrenzen, die seit zwei, drei Jahrzehnten die Bewegungen dominiere. Gegen die Auftrennung der Bewegung in akademische TheoretikerInnen einerseits, dumpfen Praxisfetischismus andererseits, pusht Roggero die »mittlere Ebene«, auch Alquati habe das Wirken des Revolutionärs hier verortet.

Roggero behält den Begriff der »kognitiven Arbeit« bei, aber er will vom »kognitiven Facharbeiter zum koginitiven Massenarbeiter« kommen. Weg vom rätekommunistischen Stolz auf die eigene Arbeit, stattdessen Antagonismus und Bruch. Allerdings stützt er seinen Begriff der kognitiven Arbeit auf einen der schwächsten Texte Alquatis (»Università di ceto medio«). »Kognitive Arbeit« will er nicht verstanden wissen als Entgegensetzung von manueller und geistiger Arbeit; aber letztlich reitet er sich ins Unglück, wenn er (z. B. auf S. 135) herauszuarbeiten versucht, dass sowohl die kämpfenden Lagerarbeiter (ital. »facchini«, »Lastenträger«) »Wissen und spezielle Fähigkeiten« in den Produktionsprozess einbringen, als auch die Wissenschaftlichen Angestellten an den Unis manchmal Pförtnerdienste verrichten – praktisch landet er da wieder bei »mit Wischmop oder Laptop«-Parolen, die er ja eigentlich angreifen und überwinden wollte. Die Abtrennung der linken Szene Italiens von der sozialen Realität macht er damit gerade *nicht* zum Thema. Und macht er mit »kognitiver Arbeiter« nicht genau den Fehler (»Benennung einzelner Subjekte«), von dem er sich absetzen wollte?

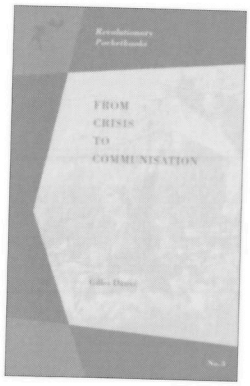
Selbstorganisierung oder Lenin?

Der zentrale Gedanke Roggeros »wir müssen als erste ankommen, weil wir sonst gar nicht ankommen«, ist nicht leicht zu diskutieren: Einerseits ist er absolut richtig sowohl gegen Positionen, die in der kapitalistischen Entwicklung den Weg zur Befreiung sehen als auch gegen Positionen, die das Abwarten predigen; andererseits basiert er auf blanker Selbstüberschätzung wie in der von ihm prominent zitierten Antwort Alquatis auf die Frage, ob die Operaisten die Revolte auf der Piazza Statuto erwartet hätten: »Wir haben sie nicht erwartet, aber wir haben sie organisiert.« Sein Lenin ist wie bei vielen italienischen GenossInnen weniger eine historische denn eine mythische Figur. Wie Tronti einmal sagte »Die Partei ist der Blick Lenins aus dem Fenster der Iskra auf den gegenüberliegenden Bürgersteig«.

Wenn »die Befreiung der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiter selbst« sein wird und sein muss, weil *nur sie* die herrschende Ordnung aufheben können, indem sie sich selber abschaffen, dann bedeutet diese Selbstabschaffung aus revolutionärer Sicht die *Umdrehung* der gesellschaftlichen produktiven Kooperation und die »Expropriation der Expropriateure«. Wo sehen wir aktuell solche Tendenzen? Darauf hat auch Roggero keine Antworten, aber ein paar gute Hinweise zur Methode, wie wir Antworten finden können (z.B. sein auf Alquati – wen sonst? - gestützter Rat, nicht nur die »heißen« Punkte, die Kämpfe, zu untersuchen, sondern vor allem die »lauwarmen«, den Bereich zwischen kapitalistischer Kooperation und Konflikt). Roggero wirft wichtige Fragen auf; um sie stellen zu können, räumt er viel von dem weg, was er in den letzten Jahren selber vertreten hatte (Grundeinkommen, Prekariat). Ein wichtiges und sehr anregendes Buch, das dabei hilft, uns genauer zu orientieren. Der Bruch mit dem Postoperaismus könnte ein fruchtbarer Schritt nach vorne sein – aber nur dann, wenn wir nicht wieder beim abgehobenen Subjektivismus des 70er Jahre Operaismus landen. Dem wird Roggero zustimmen – aber gerade deshalb ist sein sich durchziehender politischer Vorschlag »Lenin!« so aufgesetzt und wenig hilfreich. »Wenn wir nicht *wirklich* von vorne anfangen, fallen wir zurück.« ■

Mehr Postmoderne als Kommunismus

Anmerkungen zur »Kommunisierung«



Gilles Dauvé: *From Crisis to Communisation*; PM Press; Oakland; voraussichtlich August 2016; ca. 192 Seiten, ca. 16 Euro

In den letzten 20 Jahren haben wir immer wieder was von Gilles Dauvé übersetzt und veröffentlicht; eine Auswahl gibt es weiter unten. Vielleicht entwickelt sich im Gefolge dieser Buchbesprechung eine Diskussion über *Kommunisierung* und eine erneute Auseinandersetzung mit diesen Texten.

2011 schrieben Karl Nesic und Gilles Dauvé den Text *Communisation*, danach lösten sie sich als *Troploin* auf. Die Gründe für diesen Schritt finden sich in *What Next?* Ausschlaggebend war für Nesic unter anderem das Steckenbleiben in der *Communisation*-Diskussion. Dauvé machte allein weiter und legte 2015 *Eclipse and Re-Emergence of the Communist Movement* zum dritten Mal in knapp 45 Jahren neu auf. Sein neues Buch *From crisis to communisation* ist eine erweiterte und überarbeitete Neuauflage des Textes *Communisation*.

»In den letzten Jahren ist Kommunisierung zu einem radikalen In-Wort geworden, dessen Popularität sich weit über den Kreis der bedauerlicherweise ›communisers‹ gennanten VertreterInnen erstreckt. […] Der Begriff ist dehnbar geworden und zum Sammelbegriff für eine breite Palette von Einstellungen und Theorien – mit substanziellen und wichtigen Unterschieden. […] Viele Kommunisierungs-TheoretikerInnen tun so, als hätten sie ein für alle Mal die Lösung gefunden und stellen die heutige Zeit als eine Periode dar, in der die proletarische Bewegung nur ein Ziel hat bzw. haben kann: Kommunismus.«[1] Mit diesem Eingangs-Statement benennt Gilles Dauvé die Probleme. Tatsächlich kann man in der Fülle von Texten mit unterschiedlichen Positionen, die sich alle auf Kommunisierung beziehen, schnell den Überblick verlieren.

Gegen das Mixen von Theoriefragmenten

Kommunisierung meint *Vergemeinschaftung* (franz. »communisation«, engl. »communization«). Als theoretische Strömung ist diese im Frankreich der 1970er Jahre entstanden, ausgehend von der Einsicht, dass es kein Übergangsstadium (»Diktatur des Proletariats«) vom Kapitalismus zur freien Gesellschaft braucht. Um das bestehende System zu zerstören, muss die Reproduktion der Klassenverhältnisse überwunden werden, das Proletariat muss sich selbst abschaffen, alle existierenden kapitalistischen Bedingungen und Beziehungen müssen in kommunistische umgewandelt werden. Kommunismus ist nicht ein Ziel am Ende des revolutionären Weges, sondern durch die Kommunisierung – die umgesetzt kommunistischen Praktiken – kommt es zur unmittelbaren Produktion des Kommunismus. Die Forderung nach der Vergemeinschaftung eines jeden Aspekts des menschlichen Lebens und aller menschlichen Beziehungen ist sympathisch – gerade in Zeiten, wo es für die radikale Linke *en vogue* ist, alles schön voneinander zu trennen. Aber Dauvé betont in seiner Kritik, dass »Kommunisierung« ein *Konzept* ist, entstanden in einer bestimmten historischen Phase. In den aktuellen Krisen müsse dieses »Konzept« weiterentwickelt werden. Wie kann aus den globalen Kämpfen der letzten beiden Jahrzehnte Kommunismus entstehen? Damit grenzt er sich scharf von Gruppen wie *Théorie Communiste*, *Endnotes*, *Das Unsichtbare Komitee* usw. ab, die aus dem Begriff eine geschlossene Theorie machen.

Im letzten Kapitel (»A veritable Split«) fasst Dauvé die Auseinandersetzung mit diesen Gruppen zusammen. Er kritisiert das »2-Phasen-Modell« von TC-SIC[2], die nach eigener Aussage ihre theoretische Basis *»auf eine Einschätzung gründen, die Théorie Communiste Ende der 1970er Jahre machten: die Krise der Arbeiterbewegung und die sie begleitende Umstrukturierung der kapitalistischen Klassenbeziehung haben zu einer Situation geführt, wo es keine anerkannte Arbeiteridentität, die gegen das Kapital gewendet werden kann, mehr gibt«*[3]. Diese Periodisierung unterteilt die kapitalistische Geschichte in zwei unterschiedliche Phasen: In der ersten Phase war die »reformistische Klassen-Aktion« *unvermeidbar*, in der zweiten wird sie *unmöglich*. Denn nun kann sich das Verhältnis Kapital-Lohnarbeit nicht länger selbst reproduzieren. Sie gehen explizit davon aus, dass die Arbeiterklasse das Kapital nur angreifen kann, wenn sie eine Identität als Arbeiterklasse hat. Dauvés Kommentar: *»Das hat mehr mit der Postmoderne als mit kommunistischer Theorie zu tun.«* (S. 180). Dem können wir nur zustimmen.

Dauvé arbeitet heraus, dass TC-SIC das Proletariat von der Arbeit und dadurch in letzter Konsequenz die Revolution von der Klasse entkoppeln. Außerdem werden von Ihnen bestimmte Aspekte (Unmittelbarkeit) hervorgehoben und andere (Klasse) heruntergespielt. *»[…] das Mixen von alten Referenzen (Kapital, Wert, Arbeit …) mit neuen (Communisation, Identität, Gender …) liefert für eine ganze Reihe von kritischen SpezialistInnen das geeignete Material.«* (S. 181; Everything Must Go!).

[1] Ein aktuelles Beispiel: Joshua Clover: Riot. Strike. Riot: The New Era of Uprisings; Verso; London; Mai 2016

[2] Mit TC-SIC meint Dauvé die »internationale kommunistische Diskussionsgruppe« die auch das englischsprachige »International Journal for Communisation« heraus bringt.

[3] http://sicjournal.org/about/; vergleiche auch den aktuellen Text von *Endnotes* (»Unity in separation«).

Back to the roots

Laut Dauvé war das Konzept Kommunisierung bei seiner Entstehung von mehreren Strömungen inspiriert: Die Form (Ablehnung aller Vermittlung durch Parlament, Partei oder Gewerkschaft) stamme von der »holländisch-deutschen Linken« – so nennt er die Rätekommunisten. Der Inhalt (Ent-Akkumulation – dis-accumulation) komme von der »italienischen Linken« – so nennt er die Bordigisten. Der Prozess/Ablauf (Transformation *aller* Aspekte des täglichen Lebens, Ausdehnung der Arbeiterverwaltung in verallgemeinerte Selbstverwaltung) stamme von der Situationistischen Internationale – nennen wir sie »französische Linke«.

Gegenüber den restlichen »KommunisiererInnen« führt Dauvé zwei wichtige Punkte an, die sich wie ein roter Faden durch das Buch ziehen: das Verhältnis Kapital-Lohnarbeit sowie die Produktion von Wert seien nach wie vor »zentral«. Bei der Frage nach *Vergemeinschaftung* gehe es um das Verhalten und die *gesellschaftlichen* Beziehungen des Proletariats – welches das revolutionäre Subjekt darstellt. Für den revolutionären Durchbruch brauche es Solidarität und die Aufhebung der Trennung zwischen Hand- und Kopfarbeit. Solidarität entstehe nicht aus einer (äußerlichen) moralischen Verpflichtung, sondern aus praktischen Handlungen und Wechselbeziehungen, aus der Abschaffung der Arbeit: *»Die revolutionäre Aktion wird nicht durch die beste oder gerechteste Art der Güterverteilung angetrieben, sondern durch die menschlichen Verbindungen und die daraus entstehenden Aktionen. Bei Vergemeinschaftung setzt sich die Tätigkeit gegenüber ihrem produktiven Resultat durch, da dieses Resultat von den Impulsen und Verbindungen abhängt, die die Aufständischen in der Lage sind, untereinander zu schaffen.«*

Kapitalismus, Realsozialismus und kommunistische Doktrinen gingen alle vom Primat aus, lebenswichtige Bedürfnisse befriedigen zu müssen. Natürlich wird ein Mensch ohne Essen verhungern. Trotzdem wird die Frage nach der Produktion der Grundnahrungsmittel zum falschen Ausgangspunkt, wenn dabei vergessen wird, dass die menschliche Existenz eine *gesellschaftliche* ist. Wir essen nicht zuerst, um uns dann im zweiten Schritt der Gesellschaft anzuschließen. Ihren Bedürfnissen – Hunger, Errichten von Behausungen usw. – begegnen Menschen in Verbindung mit anderen. *»Was das aufständische Proletariat motiviert (auch den hungrigen Teil), ist nicht das Bedürfnis, sich selbst zu ernähren, sondern sich mit anderen ProletarierInnen zu assoziieren, welches – neben anderen Effekten – ihm ermöglichen wird zu essen. Der Notwendigkeit, Nahrungsmittel zu produzieren, z.B. Karotten anzubauen, wird mittels gesellschaftlichen Beziehungen – welche neben anderen Aktivitäten auch zum Anbau von Gemüse führen – begegnet werden.«* Lebensnotwendigkeiten haben keinen Vorrang vor gesellschaftlichen Verbindungen.

Streik!

Unter den »communisers« vertritt z.B. *Das Unsichtbare Komitee* die Position, dass es im aktuellen System keine Teilung in Produktions- und Zirkulationssphäre gebe, sondern alles im Fluss ist.[4] Deshalb sei die Blockade das einzige effektive Kampfmittel. Dauvé hält entgegen: *»Es wäre eine Illusion zu denken, man könnte Streiks durch Blockaden ersetzen, aufgrund der Annahme, dass produktive Arbeit unnötig geworden ist. [...] Diese Vorstellung verinnerlicht die Selbstdarstellung des zeitgenössischen Kapitalismus.«*

Dauvé will daraus nicht die Schlussfolgerung ableiten, nur bestimmte Teile des Proletariats könnten die Revolution machen. Denn es braucht auch die Massen an Menschen »ohne Reserven«, Semi-ProletarierInnen usw: *»Uns geht es darum, was im Zuge der Revolution passieren wird. Keine Revolution kommt ohne Massenstreiks und Blockaden voran, was nur von außerhalb des Arbeitsplatzes wohl nicht erreicht werden kann: ein Universitätsdozent und ein Kraftwerkstechniker haben nicht den gleichen gesellschaftlichen Einfluss. Aber das sagt uns nichts darüber, was jeder von ihnen machen wird, wenn einmal der Aufstand unterwegs ist.«* (S. 134-135)

[4] Unsichtbares Komitee: An unsere Freunde; Edition Nautilus; Hamburg; April 2015

Dauvés Überlegungen sind scharfsinnig – und wie so oft macht er nur den ersten Schritt. Wenn der Streik zentral bleibt, aber nur revolutionär werden kann, wenn die ArbeiterInnen dabei ihre eigene Rolle kritisieren und überwinden – dann wäre doch die wichtigste Aufgabe, solche Kämpfe daraufhin zu untersuchen. Dann wäre doch eine reale Auseinandersetzung mit Klassenzusammensetzung, Arbeitermacht und den Zentren der Mehrwertproduktion angesagt?

Dauvé sieht eine allgemeine Niederlage der ArbeiterInnen seit 1980 durch Intensivierung der Arbeit, steigende Arbeitslosigkeit, Einfrieren von Löhnen, Kürzung der Sozialausgaben usw. Aber heute gebe es mehr systematischen und bewussten Widerstand gegen diese Verschlechterungen als noch vor 20 oder 50 Jahren. Ein Wendepunkt war der UPS-Streik 1997, ein anderer die Proteste migrantischer ArbeiterInnen 2006 in den USA. Seitdem steigt weltweit die Anzahl an Streiks und Riots, womit die Kritik am Kapitalismus wieder ins Zentrum rückt.

Ohne Kritik der Arbeit kommen die Bewegungen nicht voran

Die Bewegungen Ende der 60er Jahre hatten das Thema *Selbstorganisierung* auf die Tagesordnung gesetzt. Die aktuellen Bewegungen bauen darauf auf. Dauvé: »*Die Autonomie, die den Höhepunkt und das Ende der proletarischen Welle im Jahr 1977 darstellte, ist das implizierte Programm des Proletariats des frühen 21. Jahrhunderts – aber sie kommen nicht darüber hinaus. Anstatt diese Grenzen der Autonomie zu thematisieren, wird sie zum Ziel verklärt.*«

Die Platzbewegungen wollen sich das Leben wieder aneignen; Produktion und Arbeit sollen nicht mehr zentral sein. Dauvé sieht darin einen möglichen Ausgangspunkt für eine Kritik der Arbeit und Ökonomie, dazu müssten sich diese Bewegungen aber mit Produktion und Arbeit auseinandersetzen! Es geht um die Kritik der Arbeit, dieser kann nicht ausgewichen werden.

Ein Zeichen für das Kommen einer neuen revolutionären Periode ist laut Dauve das vermehrte Auftreten von *Anti-Arbeit-Protesten* – dabei riskierten die ArbeiterInnen ihren Job, weil sie sich nicht mehr um das Wohl des Unternehmens kümmern. Diese Proteste würden von kleinen Minderheiten losgetreten und weiten sich dann aus. Die Kämpfe werden nicht nur auf Arbeit ausgetragen, sondern auch dort, wo das Proletariat lebt – Dauve spricht hier von *anti-proletarischen Handlungen* gesprochen. Wenn Rioters »ihre eigene« Infrastruktur (Schulen, Bibliotheken, usw.) zerstören, sehe es auf den ersten Blick so aus, als würde das keinen Sinn ergeben bzw. sich um rein nihilistische Aktionen handeln. Es gibt aber einen sehr guten Grund dafür: Rioters zerstören u. a. die Infrastruktur, weil sie für das gesellschaftliche System steht – bzw. das Mittel für dessen Reproduktion ist –, das sie angreifen wollen. Die Selbstabschaffung des Proletariats impliziert die Zerstörung der Lebensbedingungen, welche das Proletariat kontrollieren, aber auch schützen.

Die Schienen verlassen

Dauvé schildert zwei Beispiele – die Besetzung einer Druckerei und einen Streik von Eisenbahnarbeiter*Innen* –, die dabei helfen könnten, die Gesellschaft zu *kommunisieren*. Bei einem isolierten Streik von EisenbahnarbeiterInnen sei es unwahrscheinlich, dass diese über ihre eigenen Bedingungen hinausgehen – weil sie es nicht müssen. Wohingegen ein Generalstreik, Massenunruhen und Riots den normalen Fluss der gesellschaftlichen Reproduktion stoppen. Für die EisenbahnarbeiterInnen z.B. eröffnet diese Ausdehnung der Arbeitsniederlegungen und das Entstehen von Straßen- und Nachbarschaftsinitiativen weitere Möglichkeiten. So könnten sie z. B. andere Streikende und DemonstrantInnen kostenlos von einer zur nächsten Stadt bringen. Bei der Entscheidungsfindung und Durchführung sind ja sie selbst und andere direkt beteiligt. Sie müssen damit beginnen, anders über das Eisenbahnsystem zu denken und anders zu handeln. Denn der Erfolg der Kommunisierung hängt vom Verschwinden sozialer Identitäten und Hierarchien ab.

Dauvé benutzt nach wie vor das »Konzept Kommunisierung«; nur so kann er das grundlegende revolutionäre Rätsel lösen: Wie wird aus dem Arbeiterkampf ein revolutionärer Kampf? Wie können die Klassenkämpfe nicht nur zum Sieg der einen über die andere Klasse führen, sondern zur Abschaffung von beiden? Er ist entsetzt über den Unsinn, den diverse »KommunisierungsTheoretikerInnen« mit dem Begriff anstellen. Deshalb dieses Buch.

To be continued

Auf der Website **troploin.fr** finden sich weitere Texte von Dauvé und Nesic, u.a.:
- An A to Z of communisation (2015)
- The Bitter Victory of Councilism (2014)
- Value, Labour Time & Communism: Re-Reading Marx (2014)
- What Next? (2012)
- Communisation (2011)

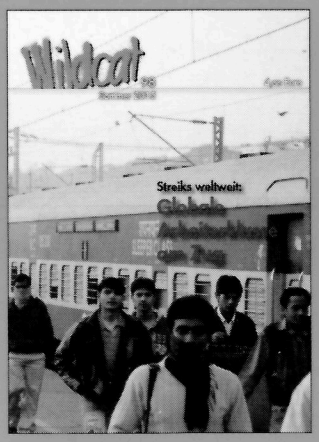
Von *Wildcat* übersetzte Texte von Dauvé (großteils online auf wildcat-www.de):
- *Wildcat-Zirkular* Nr. 50/51: 1917-1937 – Wenn die Aufstände sterben; Mai/Juni 1999
- *Wildcat-Zirkular* Nr. 52/53: Niedergang und Wiederkehr der kommunistischen Bewegung; Juli 1999
- *Wildcat-Zirkular* Nr. 65: Lieben die ArbeiterInnen die Arbeit?; Februar 2003
- *Wildcat* 76: Wir wollen Nichts! – Gilles Dauvé zum sogenannten Aufruhr in den Banlieues; Frühjahr 2006
- *Wildcat* 88, Beilage: ArbeiterInnen verlassen die Fabrik; Winter 2010/2011

Wildcat

Back Issues.

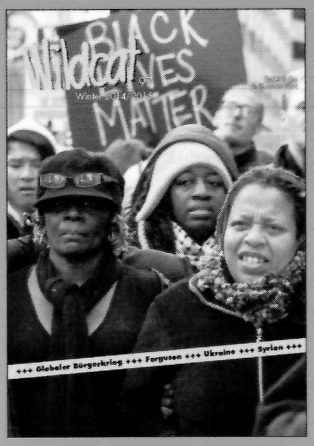
Wildcat 99 (Winter 2015/16)

Wanderung, Flucht und Arbeit
Willkommenskultur: Kümmern oder kämpfen?
Türkei: Wilde Streiks in der Automobilindustrie
Mexiko / USA: Kämpfe im Drogenkrieg-Kapitalismus
China: Wirtschaft am Abgrund
Südafrika: »Students mast fall!«
Zuwanderung und NSU - Neues vom tiefen Staat
Bolivien: An der Grenze eines Entwicklungsmodells
Riots in den USA: Krieg der Armen gegen die Armen?



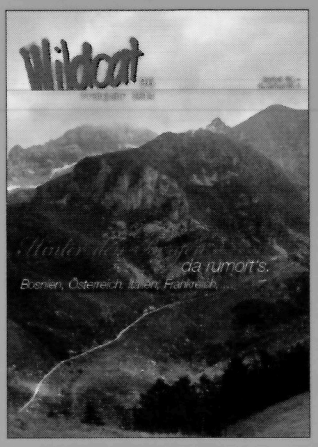
Wildcat 98 (Sommer 2015)

Baltimore's »Fire next time«
Hongkong: Schüler und Studenten im Kampf
BRD: Europa arbeitet in Deutschland
China: Der Lernprozess der WanderarbeiterInnen
Mexiko – USA: Klassenkampf und Gewaltökonomie
Griechenland: Die Linke an der Regierung
Südafrika: ArbeiterInnen gegen den ANC-Staat
Nordafrika: Proletarisierung, Streikwelle, Aufstand
Südamerika: ¡Hasta la victoria siempre!
Delirium im Donbass



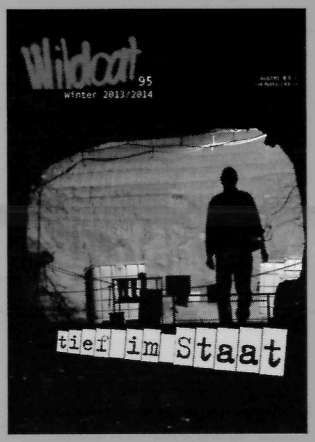
Wildcat 97 (Winter 2014/2015)

Ferguson: Bewegung gegen Bullenmorde
Bodentruppen gesucht – Der globale Bürgerkrieg
Krieg und Revolution in Syrisch-Kurdistan
Drei Tage Volksaufstand in Turin – Krise der selbständigen Arbeit in Italien
Südafrika: »Economy can go to hell«
Bangladesch: Streiks der Textilarbeiterinnen
Indien: Kapitalistische Entwicklung und Egalitarismus
China: Streik der Schuharbeiterinnen
Grüne Visionen oder Fracking-B!ase



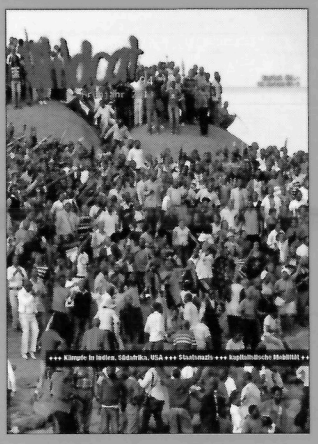
Wildcat 96 (Frühjahr 2014)

NSU: Beihilfe im Amt
NSA: Public/Private Surveillance Partnership
Ukraine – Die Bewegung vom Majdan
Panorama der Krise
Italien
Frankreich
Österreich
Bosnien
Indien
Boom, Bust und Kämpfe in den »Schwellenländern«
Bewegung und Beruf: Linke im Dilemma



Wildcat 95 (Winter 2013/2014)

Platzbesetzungen – eine globale Bewegung?
Tiefer Staat:
Faschos in Griechenland
Ägypten nach dem Putsch
NSA leck geschlagen
Autoindustrie – Kämpfe und Spaltung
Südafrika – Marikana ein Jahr danach
Streik und Streikunterstützung bei Neupack
Streik und Betriebsschließung bei Norgren
Aufruhr in der Bretagne
Green New Deal

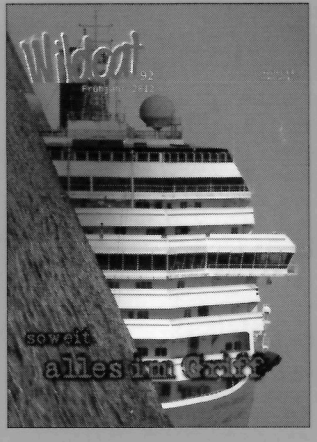


Wildcat 94 (Frühjahr 2013)

Slovenien: Das Ende der Transformation
Südafrika: Hier gibt es keine Parteien, nur Arbeiter!
Griechenland: Kämpfe in der Krise
Blick auf eine vergewaltigende Gesellschaft
BRD/NSU: Es dürfen keine Geheimnisse bekannt werden, die das Handeln des Staates beeinträchtigen
Umschlagpunkte: Kämpfe gegen die kapitalistische Mobilität
USA: Blaumann und Blaufrau
Buchbesprechnungen: Wallerstein, Bayat, P.M.

Wildcat 93 (Herbst 2012)

Der NSU und der Staat
Auto Slaves: Die Krise der Auto-Gesellschaft
Der deutsche Sonderboom am Ende
Bergarbeiterstreik in Spanien
Alles Lüge! Bolivien, Frühjahr 2012
Mursis Zeitbombe – Ägypten nach den Wahlen
Neues aus der weißen Fabrik
Beilage:
Materialien gegen die Individualisierung – Betriebserfahrungen von den 70er Jahren bis heute



Wildcat 92 (Frühjahr 2012)

Heimatschutz: Unsere Staatsnazis
Ägypten: Schritt für Schritt
MigrantInnen: Kämpfe in den Golfstaaten
Krise in Eurpa – Rückkehr des Klassenkampfs
Griechenland: Fortgesetzte Angriffe, Riots, Streiks
China: Das war das Jahr des Hasen
Indien: Kampf bei Maruti Suzuki
Commons-Debatte
Kasachstan: Frühling in der Steppe
aktuelle Buchbesprechungen

Wildcat

AUS DEM INHALT

- Brexit
- Niedergang des IS
- Frankreich: Klassenkämpfe im Ausnahmezustand
- Selbstorganisation auf der Balkanroute
- Streiks in US-Knästen
- Krieg der Armen gegen die Armen?
- Update Österreich: Tiefe Krise